Hansjörg Frommer

Reichspolitiker aus Baden und Württemberg im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Karlsruhe 2012

Einführung

Seit ich bei der Volkshochschule Geschichte unterrichte, war mir die Landesgeschichte ein wichtiges Anliegen, und zwar als Vorgeschichte von Baden-Württemberg, als gemeinsame Geschichte des deutschen Südwestens seit der Römerzeit, im Mittelalter und bis zur französischen Revolution, als gemeinsame Geschichte und nicht in der Verengung der antagonistischen Perspektive von Baden und Württemberg, die im 19. Jahrhundert vielleicht zur eigenen Identitätsfindung nötig war und heute seltsame Urstände feiert. Aber die Geschichte von Baden-Württemberg vor 1800 war mehr als die Geschichte von Baden und Württemberg, und das wollte ich bei meinen Kursen und in meinen Materialien zeigen, so etwa in dem Projekt

"Bausteine zur Landesgeschichte – 2500 Jahre Land der Geschichte" das ich 2001 für den Volkshochschulverband Baden-Württemberg zum 50. Geburtstag des Landes erarbeitet habe, aber auch in den beiden beim INFO-Verlag in Karlsruhe erschienen Bänden

Die Salier und das Herzogtum Schwaben. 1992

Die Perle der Krone. Die Staufer und ihr Herzogtum Schwaben. 1996 Ein dritter Band über die Geschichte Südwestdeutschlands vom Ende der Staufer bis 1600 ist leider bisher nicht im Druck erschienen.

In meinen Kursen habe ich immer wieder herausragende Persönlichkeiten in den Mittelpunkt gestellt, vor allem für die deutsche Geschichte nach 1900. Dabei ist mir aufgefallen, dass Baden und Württemberg einen hohen Anteil an wichtigen Reichspolitikern vor und nach dem Ersten Weltkrieg stellten, und von einem gewissen Zeitpunkt an habe ich systematisch an einer Reihe mit solchen Politikern gearbeitet, und diese Portraits lege ich jetzt in dem kleinen Band vor. Die Reihe beginnt mit zwei Leitern des Auswärtigen Amtes in Berlin, dem badischen Freiherrn Marschall von Bieberstein nach 1890 und dem Württemberger von Kiderlen-Wächter vor dem Weltkrieg. Beim Ende des Weltkriegs tragen einige Südwestdeutsche politische Verantwortung: Der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden, der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, der letzte Generalquartiermeister Wilhelm Groener, die sozialdemokratischen Führer Friedrich Ebert und Hermann Müller, die Zentrumspolitiker und Reichskanzler Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth. Auch Friedrich Naumann habe ich in die Reihe eingeschmuggelt, weil er seine politische Heimat in Württemberg gefunden hat. Am Ende der Weimarer Zeit steht Eugen Bolz, der letzte württembergische Staatspräsident, und auch Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der Attentäter des 20. Juli 1944, ist ein Kind des Landes. Die Reihe endet mit Theodor Heuss, der die Brücke von Weimar zur Nachkriegszeit bildet und die frühen Jahre der Bundesrepublik Deutschland als erster Präsident nachhaltig geprägt hat.

Es sind keine ausgearbeiteten Portraits, sondern Sammlungen mit Quellen, Textstücken, Interpretationen und Beurteilungen, die die Bewertung dieser Persönlichkeiten vorbereiten und erleichtern sollen. Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre einige Neuentdeckungen.

Karlsruhe, im Dezember 2012 (60 Jahre Baden-Württemberg) und in meinem 75. Semester als Kursleiter bei der Volkshochschule Karlsruhe

Hansjörg Frommer

Reichspolitiker aus Baden und Württemberg im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

01. Marschall von Bieberstein und Alfred von Kiderlen-Wächter

Außenstaatssekretäre 1890 – 1897 und 1910 – 1912 (2010)
 12 Seiten

02. Friedrich Naumann (2011) 12 Seiten

03. Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Kaisers (2004) 12 Seiten

04. Matthias Erzberger (2005) 10 Seiten

05. Friedrich Ebert (2008) 12 Seiten

06. General Wilhelm Groener (2010) 12 Seiten

07. Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth (2008) 8 Seiten

08. Hermann Müller (2007) 8 Seiten

09. Eugen Bolz (2009) 10 Seiten

10. Claus Graf Schenk von Stauffenberg (2009) 11 Seiten

11. Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp (2011/1997) 17 Seiten

Meistens handelt es sich um Kursunterlagen für Seminare in der Volkshochschule, je ein Termin samstags von 14 bis 17.30, um Textauszüge, Abbildungen, Bewertungen, nicht um eine ausformulierte Gesamtbeurteilung.

Die Zusammenstellung zu den beiden Staatssekretären und zu General Wilhelm Groener habe ich im selben Stil gemacht, aber nicht als Kurs angeboten und durchgeführt.

Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein (1842 – 1912) Alfred von Kiderlen-Wächter (1852 – 1912) Ein Badener und ein Württemberger im Auswärtigen Amt

Lebensdaten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein

(nach Stephan Ph. Wolf in: Badische Biographien, Neue Folge, Band 4, Stuttgart 1996)

- 1842 12. 10. in Karlsruhe geboren
- 1861 Reifeprüfung in Karlsruhe ("vorzüglich")
- 1861 1864 Jura-Studium in Heidelberg, Freiburg i.Br.
- 1865 Rechtspraktikant
- 1886 Hofjunker
- 1887 Referendär
- 1871 Amtsrichter in Schwetzingen, Staatsanwalt in Mosbach (Rang eines Kreisgerichts-Assessors), Kammerjunker
- 1872 Staatsanwalt beim Kreis- und Hofgericht in Mannheim, 1873 Zweiter Stellvertreter des Oberstaatsanwaltes beim Oberhofgericht in Mannheim, 1875 Rang eines Kreisgerichtsrates
- 1875 1883 als Grundherr südlich der Murg Mitglied der 1. Kammer
- 1876 1883 Kaiserl. Kommissarius bei der Reichsbankhauptstelle in Mannheim
- 1878 1881 MdR (Deutsch-konservativ)
- 1879 Landgerichtsrat in Mannheim
- 1882 Erster Staatsanwalt in Mannheim
- 1883 Kammerherr
- 1883 1890 Ao. Gesandter und bevollmächtiger Minister am Kgl. Preuß. Hof, stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat in Berlin
- 1885 Geheimer Legationsrat
- 1890 1897 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, 1894 1897 zugleich preuß. Staatsminister
- 1897 1912 Botschafter in Konstantinopel
- 1907 Delegierter auf der 2. Haager Friedenskonferenz
- 1912 Botschafter in London
 - 24. 9. In Badenweiler gestorben

Marschall von Bieberstein und der Sturz Bismarcks

In seinen verlogenen Erinnerungen "Ereignissen und Gestalten 1878 – 1918", in denen er alle seine Fehler und falschen Entscheidungen auf andere ablud, schrieb Wilhelm II. auch: Als die Rücktrittsabsichten des Fürsten Hohenlohe im Bundesrat bekannt wurden, hatte mir der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenberg, sehr pointiert gesagt, ich möge nur um Himmelswillen nicht wieder einen Süddeutschen nehmen. Diese seien für die leitenden Stellen in Berlin nicht geeignet, hier wüssten sich die Norddeutschen naturgemäß besser durchzusetzen; es sei also für das Reich besser, einen Norddeutschen zu wählen.

Daran ist zumindest richtig, dass Süddeutsche unter Bismarck in den oberen Etagen des Reiches keine Rolle spielten und im persönlichen Regiment Wilhelms II. eher herangezogen wor4den waren. Die Badener hatten beim Sturz Bismarcks offenbar schon mitgewirkt, denn das zweite Kapitel im dritten Band von Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen" heißt "Großherzog von Baden" und beginnt mit der Feststellung:

Auf die Entschließungen des Kaisers hat nach meiner auf Äußerungen Sr. Maiestät begründeten Wahrnehmung der Großherzog von Baden, der mich in früheren Perioden wohlwollend und wirksam unterstützt hatte, in der letzten Zeit meiner Amtsführung einen für mich störenden Einfluss gehabt. (S. 27)

Der Verbindungsmann von Baden nach Berlin war seit 1883 der Freiherr Adolf Marschall von Bieberstein, ein Karrierejurist, der aber gleichzeitig durch seine adlige Stellung zeitweilig Mitglied der Ersten Kammer und Hofjunker und später Kammerherr war, also zum persönlichen Umfeld des Karlsruher Hofes gehörte. Er kannte das Berliner Parkett schon von seiner Zeit als Reichstagsabgeordneter für die Deutschkonservativen 1878 – 1881. Jetzt wurde er ao. Gesandter und bevollmächtiger Minister am Kgl. Preuß. Hof und stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat. Bismarck schrieb über ihn:

Ob Herr von Marschall diese Sachlage durch seine Berichte nach Karlsruhe klar zum Ausdruck gebracht hat, weiß ich nicht; ich erinnere mich nicht, dass er in den sieben Jahren, während deren er badischer Gesandter war, jemals eine Unterredung mit mir gesucht oder gehabt hätte. Aber durch seine Intimität mit meinem Kollegen Boetticher und durch seine Beziehungen zu Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes ist er jedenfalls für seine Person vollständig unterrichtet gewesen. Man sagte mir, dass er schon seit längerer Zeit die Sympathien des Großherzogs zu gewinnen und Antipathie gegen die Personen, welche ihm die Aussicht nach oben hinderten, zu erzeugen gesucht hat. (G&E, Bd. 3, S. 31)

Bismarcks Urteile sind immer spitz und äußerst subjektiv, und Marschall war am Ende ein Gegner. Er war seit 1883 als badischer Gesandter und Bevollmächtigter in Berlin. Der Bundesrat war eine schwierige, aber politisch höchst einflussreiche Institution, und Marschall gehörte zu den aktiven Mitgliedern mit anfänglich guten Beziehungen zum Bismarck-Clan und zum Geheimen Legationsrat Friedrich von Holstein, der unter der Protektion Bismarcks zur grauen Eminenz im Auswärtigen Amt aufgestiegen war und seit einiger Zeit die Ablösung Bismarcks betrieb, weil er dessen prorussische Politik missbilligte. Holstein meinte, dass er Marschall gegen Bismarck beeinflusst habe, aber es ist möglich, dass der Großherzog und sein Gesandter einfach die Zeit für eine Ablösung des alten Reichskanzlers für gekommen sahen, nicht unbedingt für einen Politikwechsel.

(Hans Klaus Reichert, Baden am Bundesrat 1871 – 1890. Dissertation Heidelberg 1962.) (S. 220) Marschall, Immediatbericht vom 13. 2. 1890 an den Großherzog: Nach den Vorgängen der letzten Tage nehme ich keinen Anstand auszusprechen, dass der Herr Reichskanzler mit Entschiedenheit und mit allen Mitteln das Ziel verfolgt, Seine Majestät mit Höchstderen arbeiterfreundlichen Tendenzen ad absurdum zu führen, und aus der Niederlage seines kaiserlichen Herrn sich selbst einen Triumph zu bereiten. Leider muss ich sagen, dass dem Gelingen dieses Planes nach verschiedenen Richtungen bereits die Wege geebnet sind. ...

Weil ein neuer Reichskanzler und eine neue Regierung nicht das Vertrauen des Reichstags oder des Bundesrats brauchten, wurde die Nachfolge nicht offen diskutiert, sondern nur im Umfeld des Kaisers Favoriten gekürt und zerredet. Marschall berichtet an den Großherzog über eine Unterredung mit dem Kaiser am 5. 3. 1890 (S. 228):

Dann habe er [Bismarck im Gespräch mit dem Kaiser] angefangen, von einzelnen Personen zu sprechen, zuerst von Herrn von Helldorf, den er außerordentlich hochschätze, dann von mir, obgleich mein Name nicht genannt worden sei. Der Kaiser sagte mir, ich scheine beim Kanzler einen großen Stein im Brett zu haben, denn er habe mich außerordentlich gelobt und davon gesprochen, dass er meinen Eintritt in ein Reichsamt oder ins preußische Ministerium wünsche. ... Der Kaiser fuhr fort, es sei ihm vorgekommen, wie wenn der Reichskanzler eine Ahnung davon gehabt habe, dass er zum Bruche entschlossen sei, wenn die Kabinettsfrage gestellt werde, ganz besonders habe das Hereinziehen verschiedener Personen in das Gespräch den Eindruck gemacht, als ob der Reichskanzler herausbringen wolle, wer als sein Nachfolger in Aussicht genommen sei. ...

Am 15. März entzog der Kaiser Bismarck das Vertrauen, das Rücktrittsgesuch datiert vom 18. März. Der General Waldersee, der die antirussische Einstellung Holsteins teilte und am liebsten einen Präventivkrieg gegen Russland führen wollte, rechnete sich die besten Chancen aus. Doch Wilhelm II. ernannte am 20. März den General Leo von Caprivi zum neuen Reichskanzler. Der 59jährige Caprivi hatte im Krieg von 1870 als Moltkes Lieblingsschüler gegolten und war von 1883 bis 1888 Staatssekretär im Reichsmarineamt gewesen. Über die Aufgabe der Marine geriet er mit dem zukünftigen Kaiser in Streit, weil er sie im untergeordnet-defensiven Bereich sah, der Kaiser aber eine aktive Hochseeflotte wollte. Deshalb übernahm er 1888 wieder ein Armeekommando und wurde nach dem unschönen Abgang Bismarcks durch die Ernennung zum Reichskanzler überrascht, weil er keineswegs zur "Kamarilla" gehörte. Außer dem Reichskanzler musste auch ein neuer Chef für das Auswärtige Amt ernannt werden, denn Herbert von Bismarck trat zusammen mit seinem Vater zurück.

Marschall von Bieberstein als Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1890 - 1897

(Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd.1 Erinnerungen, 1956, S. 148/149) Ich redete Herbert [von Bismarck] dringend zu, in seiner Stellung [als Staatssekretär] zu bleiben. Er werde vom Hofe und von der Regierung wie ein rohes Ei behandelt werden, und es könnten sich doch allerlei Möglichkeiten bieten. Er ging jedoch, wie ich hörte, besonders auf Drängen seiner wütenden Mutter. ...

Ich meinerseits hatte, als der Kanzlerwechsel eintrat, erklärt, dass ich dienen bleiben, aber keine größere Stellung annehmen würde. Als Caprivi mich fragte, wen ich für einen geeigneten Staatssekretär halten würde, nannte ich in erster Linie Alvensleben, in zweiter Marschall. Alvensleben lehnte ab, weil ihm die parlamentarische Rednergabe fehle; es gab wohl auch noch andre Gründe, die ihn hinderten, Caprivis schwankendes Schifflein zu besteigen. Marschall nahm sans phrases an, als Caprivi ihn fragte, und dieser zog aus Marschalls Art einen günstigen Rückschluss auf Marschalls Charakter. Sobald Fürst Bismarck erfuhr, dass Marschall angenommen habe, ließ er ihn rufen und redete ihm ab. Marschall erzählte mir, gleich nach der Unterredung, dass der Fürst ihm gesagt habe: "Mein Sohn und ich, wir haben zusammen die Arbeit, die das Auswärtige macht, kaum bewältigen können, wie wollen Sie bei Ihrem Mangel an Erfahrung diese Last allein tragen? Ihre Zukunft liegt im Justizministerium. Der Philosoph dort drüben (er meinte Schelling) kann es nicht mehr lange machen. Und dann sind Sie nach meinem Ermessen der geeignete Mann für die Stellung." Marschall hatte inhaltlich erwidert, er könne als Beamter von 48 Jahren, wenn der Kaiser ihm eine Stellung anbiete, nicht von Hause aus erklären, dass seine Kräfte dazu nicht ausreichten. Er müsse jedenfalls den Versuch machen.

So schildert Holstein die Berufung Marschalls zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt, die zum 1. April 1890 erfolgte. Auch anderen Äußerungen nach war Marschall kein Unbekannter und galt als ministrabel, selbst wenn die Außenpolitik bisher nicht sein Feld war. Neben den Schwierigkeiten, die von den beiden Bismarcks ausgingen, war die erste außenpolitische Aufgabe der Rückversicherungsvertrag mit Russland, der auslief und verlängert werden sollte. Holstein und Waldersee wollten ihn nicht verlängern, weil sie eine aggressive antirussische Politik vertraten. Dem entsprach eine antideutsche Stimmung bei vielen russischen Politikern, die lieber ein Bündnis mit Frankreich sahen. Auch Caprivi war gegen eine Verlängerung, aber nicht aus antirussischen Motiven, sondern aus rechtlichen Gründen, denn der geheime Rückversicherungsvertrag stand im Widerspruch zu den Bestimmungen des Dreibundes, der das Deutsche Reich mit Österreich-Ungarn und Italien verband. Da Marschall vermutlich diese Ansicht teilte und auch der Kaiser gegen eine Verlängerung war, wurde der Vertrag nicht verlängert. Das verstärkte in Russland die anti-deutsche politische Richtung. Die Bismarck-Front kreidete Caprivi-Marschall diese Nichtverlängerung als ersten Fehler einer unerfahrenen Laienspielschar an.

Ein zweites großes Projekt war der Ansatz zu einem umfassenden Ausgleich mit Großbritannien im sogenannten Helgoland-Sansibar-Vertrag vom Juli 1990. In 11 Artikeln wurden strittige Interessen- und Grenzfragen in Afrika geklärt, im Westen wie im Osten. Großbritannien verpflichtete sich, für die Abtretung des Festlandsbesitzes des Sultans von Sansibar einzutreten, der Deutsch-Ostafrika angeschlossen wurde. Dafür verzichtete Deutschland auf weitere Ansprüche in Sansibar. In Artikel XII des Vertrages trat Großbritannien Helgoland an Deutschland ab. Bismarck verkürzte den Vertrag auf einen für Deutschland angeblich äußerst ungünstigen Tausch von Sansibar gegen Helgoland und überschüttete seine Autoren mit Hohn und Spott (lat. caperder Bock, capro – ich schieße einen Bock, caprivi – ich habe einen Bock geschossen). Tatsächlich war der Vertrag der Ansatz zu einem vernünftigen kolonialen Ausgleich mit Großbritannien, und Helgoland wurde für die deutsche Kriegsmarine zu einem zentralen Stützpunkt. Aber die vernichtende Bismarck-Kritik blieb in der deutschen Öffentlichkeit an Caprivi und Marschall haften.

Caprivi und Marschall hatten eine klare außenpolitische Konzeption. Sie wollten die Bündnissysteme verstärken durch eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. (Wolfgang J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. Propyläen Weltgeschichte, Band 7, II, Berlin 1995, S. 286):

Zunächst jedoch ließ sich Caprivi durch diese Entwicklung der Dinge nicht sonderlich beirren. Vielmehr ging der Kanzler zielbewusst daran, die bündnispolitische Bindung des Deutschen Reiches

an Österreich-Ungarn und Italien durch Abschluss eines Systems von Handelsverträgen zusätzlich zu untermauern, eine Politik, die auch unter innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten dringend geboten erschien. Denn nur durch die konsequente Entwicklung des Deutschen Reiches zu einem exportorientierten Industriestaat könne, wie Caprivi richtig urteilte, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf Dauer gesichert werden, selbst wenn dies eine Abkehr von der Politik des Hochschutzzolls zugunsten der Landwirtschaft zur Voraussetzung hatte, die seit 1879 zu einem Eckpfeiler des Systems der Solidarität der agrarischen und industriellen Interessen geworden war. So schloss das Deutsche Reich seit 1891 in rascher Folge Handelsverträge auf weitgehend freihändlerischer Grundlage mit Österreich-Ungarn und Italien und dann auch mit Belgien ab, denen wenig später Verträge mit Rumänien, Bulgarien und Serbien folgten. Im Verlauf von nur wenigen Monaten entstand damit ein System von Handelsverträgen, das auf eine Intensivierung des zwischenstaatlichen Handels abzielte und der deutschen Wirtschaft den Zugang zu den europäischen Märkten erleichtern sollte. Das Handelsvertragssystem Caprivis umfasste, mit Ausnahme Belgiens, alle iene Staaten, mit denen das Deutsche Reich direkt oder indirekt in bündnispolitischen Beziehungen stand. Wesentliche Voraussetzungen für den Abschluss dieser Verträge waren eine Absenkung der Getreidezölle von 5 Mark auf 3.50 Mark pro Doppelzentner Getreide und die weitgehende Liberalisierung der Einfuhr von Agrarprodukten namentlich aus den ost- und südosteuropäischen Ländern. Sosehr diese Politik im Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Exportwirtschaft lag, die nur für diesen Fall hoffen konnten, sich in Ost- und Südosteuropa größere Exportmärkte erschließen zu können, sosehr erbitterte sie die Agrarinteressenten, zumal die ostelbische Großgüterlandwirtschaft, der Jahrhundertwende die ersten Auswirkungen der sprunghaft angestiegenen überseeischen Getreideproduktion auf dem deutschen Binnenmarkt zu spüren bekommen hatte. Die Agrarier sahen durch die Handelsvertragspolitik nicht nur ihre wirtschaftliche Position erheblich beeinträchtigt, sondern darüber hinaus ihre traditionelle Vorrangstellung in Staat und Gesellschaft unmittelbar gefährdet. ...Dies hat dann in der Folge die innenpolitische Machtbasis Caprivis immer stärker untergraben. Der Kanzler scheiterte schließlich 1894 an der geschlossenen Phalanx seiner konservativen Widersacher, allerdings ohne dass an den Grundzügen des in den Jahren 1891 bis 1893 geschaffenen Systems bilateraler Handelsverträge auf freihändlerischer Basis grundsätzlich etwas geändert worden wäre.

Die Bilanz der Außenpolitik des Gespanns Caprivi – Marschall ist also durchaus positiv, aber Staatssekretär Marschall, welcher mit Geschick und Temperament in den vordersten Reihen der Befürworter der neuen Wirtschaftspolitik focht, war bald im konservativen Lager der bestgehasste Mann geworden. (Richard von Kühlmann: Die Diplomaten. Berlin 1939. Mit einem Portrait des Freiherrn von Marschall, S. 39 – 50, Zitat S. 43)

Caprivi trat zermürbt im November 1894 zurück und wurde als Reichskanzler durch den 12 Jahre älteren katholisch-bayrischen Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst ersetzt, einen Nennonkel des Kaisers, der Marschall als Staatssekretär beibehielt. Aber die Schwierigkeiten wurden größer. Zum einen gelang es Marschall wohl nicht, den Korpsgeist des Auswärtigen Amtes zu überwinden, denn der Einfluss des Legationsrats Friedrich von Holstein auf die Führung der auswärtigen Politik wurde immer entscheidender, und Holstein war gegen einen Ausgleich mit Großbritannien. Zum andern griff der Kaiser mit seinem "persönlichen Regiment" immer stärker und unberechenbarer in die Politik ein. Ein schönes Beispiel ist die Krüger-Depesche vom 3. Januar 1896, mit der der Kaiser persönlich dem Präsidenten von Transvaal, "Ohm" Krüger, dazu gratulierte, dass die Buren den Jameson Raid, einen Überfall britischer Söldner, von dem sich die britische Regierung distanziert hatte, zurückgeschlagen haben. Holstein schildert das Zustandekommen des Telegramms so (S. 161):

Es war, glaube ich, am 2. Januar 1896, dass der Kaiser seinen Reichskanzler überfiel — der Ausdruck scheint mir hier der passende — mit einer Gruppe von Herren, die der Land- und Seemacht angehörten, der Politik jedoch gänzlich fernstanden. Mir sind noch die Admirale Hollmann und Senden und der Flügeladjutant (früherer Gouverneur von Ostafrika) Schele im Gedächtnis. Mir scheint jedoch, dass noch einer oder zwei mehr dabei waren. Marschall ward gerufen. Er ersuchte den Kolonialdezernenten Kayser und mich, in einem Vorderzimmer des Kanzlerpalais, dem früheren Wohnzimmer von Herbert, uns aufzuhalten für den Fall, dass er unserer bedürfen sollte. Nach längerer Zeit kam Marschall herein und wies in der ihm eigenen lakonischen Art Kayser an, ein Telegramm, dessen Inhalt er gleichzeitig angab, an Krüger zu

redigieren. Als ich, wie natürlich, Bedenken äußerte, sagte er: "Ach lassen Sie doch; Sie wissen ja gar nicht, was da drin alles vorgeschlagen wird, dies ist noch das wenigst Schlimme." So entstand das weltberühmte Telegramm.

Auch Wilhelm II. bestätigt in seinen verlogenen Memoiren, dass das Telegramm aus der Feder von Marschall stammt. Aber seiner Erinnerung nach war er dagegen, doch der *Einfluss einer so energischen*, der Rede mächtigen Persönlichkeit, wie Herr von Marschall, der ehemalige Staatsanwalt (S. 69) war so präponderant, dass der Kaiser wider besseres Wissen nachgab. Das Telegramm wurde in England als ungerechte Einmischung empfunden und löste eine antideutsche Welle aus.

Mommsen zitiert (S. 294) einen Tagebucheintrag Marschalls: Die Dinge mit Seiner Majestät gehen schlecht. Er greift fortwährend in die äußere Politik ein. Ein Monarch muss das letzte Wort haben, S. M. will aber stets das erste haben, dies ist ein Kardinalfehler.

Solche Vorfälle und ein Gallenblasenleiden mögen dazu beigetragen haben, dass Marschall amtsmüde war, um seinen Abschied bat und zum 20. Oktober 1897 ausschied. Sein Nachfolger als Staatssekretär wurde der preußische Adlige Bernhard von Bülow, der dann 1900 auch den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst als Reichskanzler ablöste.

Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel (Ende 1897 – 1912)

(Wolfgang J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, S. 353) Als Marschall von Bieberstein 1897 der Botschafterposten in Konstantinopel übertragen wurde, ursprünglich in erster Linie, um ihn politisch kaltzustellen, war er noch ein Anhänger der traditionellen Linie der deutschen Orient-Politik, die jedes unmittelbare politische Engagement des Reiches im Osmanischen Reich oder in den angrenzenden Gebieten eher zu vermeiden trachtete. Doch er wurde angesichts der großen Möglichkeiten, die sich der deutschen Wirtschaft dort zu bieten schienen, schon bald eines Besseren belehrt. Im Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse vor Ort hielt er es für unmöglich, weiterhin an der offiziellen Linie der deutschen Orient-Politik festzuhalten, die auf eine strikte Trennung der wirtschaftlichen und politischen Interessen hinauslief. Konzessionen würden deutschen Firmen dann und nur dann vorzugsweise gewährt, wenn dahinter die Bereitschaft der deutschen Regierung stehe, das Osmanische Reich notwendigenfalls auch in politischen Fragen zu unterstützen. In der Folge wurde Marschall zu einem ungewöhnlich aktiven Promotor deutscher Wirtschaftsinteressen in der Türkei, und es gelang ihm, seinen französischen. englischen und russischen Kollegen am Hofe des Sultans den Rang abzulaufen. ... Damit suchte Marschall die Weichen für die künftige Entwicklung des deutschen informellen Imperialismus im Osmanischen Reich im Sinne der Interessen der Reichsleitung zu stellen; die deutschen wirtschaftlichen Projekte im Osmanischen Reich sollten für politische Zwecke in Dienst

deutschen wirtschaftlichen Projekte im Osmanischen Reich sollten für politische Zwecke in Dienst genommen werden. Ihm schwebte als Zukunftsbild die informelle Herrschaft des Deutschen Reiches über den ganzen Orient vor: »Wenn ich ein Zukunftsbild ausmale, wie die Dinge sich einst gestalten werden, wenn Deutschland fortfährt, sich im Orient wirtschaftlich auszustrecken -, der Hafen von Haidar-Pascha, dem zu erheblichen Teil auf deutschen Schiffen deutsche Waren zugeführt werden, die Bahnlinie von dort bis Bagdad ein deutsches Unternehmen, das nur deutsches Material verwendet und zugleich für Güter und Personen die kürzeste Linie bildet aus dem Herzen Deutschlands nach seinen ostasiatischen Besitzungen – so tritt dem vor[aus]schauenden Auge der Moment entgegen, in dem der berühmte Ausspruch, dass der ganze Orient nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei, eine interessante historische Reminiszenz, aber keine aktuelle Wirklichkeit mehr bildet.«

Im Herbst 1898 reiste der Kaiser in die Türkei, traf und verstand sich mit Sultan Abdul Hamid und erklärte sich in einer berühmten Rede in Damaskus zum Schutzherren der gesamten islamischen Welt. Der Preis für die Konzession zum Bau der Bagdadbahn war die bedingungslose Unterstützung der korrupten Sultansregierung gegen Reformbestrebungen, aber auch bei Armenierprogromen. Als 1908 der Sultan durch die jungtürkischen Reformer aus der Armeeführung gestürzt wurde, schien Marschalls Politik in eine Sackgassse geraten zu sein, aber er fand bald Kontakt zur neuen Führung und konnte im folgenden Jahr der jungtürkischen Regierung einen Kredit unter Führung der Deutschen Bank vermitteln, den französische Banken zuvor abgelehnt hatten, So wurden die deutsch-türkischen Kontakte weiter intensiviert, und die deutsche Botschaft unter Marschall war die Drehscheibe, allerdings unter Verzicht auf jede kritische Bewertung etwa der Armenierfrage oder in Mazedonien.

Marschall von Bieberstein bei der 2. Haager Friedenskonferenz 1907

Als Botschafter führte von Marschall im Juni/Juli 1907 die deutsche Delegation bei der Haager Friedenskonferenz. Der Kaiser hatte verboten, über eine mögliche Abrüstung auch nur zu verhandeln. So blieb als Thema die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts: (Markus Bredendiek: Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 (1994), 5.1 Die Verhandlungen auf der zweiten Haager Konferenz, Text im Internet) In der Kommission, die sich mit der Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes beschäftigte, hielt am 23. Juli 1907 der deutsche Vertreter Marschall eine vielbeachtete Rede zu dieser Thematik. Hierin stellte er fest, dass sich der deutsche Standpunkt zu dieser Frage im Vergleich zur ersten Haager Konferenz grundlegend geändert hätte. War man damals (1899) davon ausgegangen, dass für eine solche Einrichtung die Erfahrungen fehlten, sei man nun für dessen Errichtung. Deutschland sei auf diesem Wege auch bereits Schritte gegangen und hätte mit England und den USA Schiedsverträge abgeschlossen, die das gesamte Gebiet der juristischen Streitigkeiten abdeckten. Gegen einen obligatorischen Weltschiedsvertrag hätte man aber von deutscher Seite grundlegende Bedenken, da man in einem bilateralen Vertrag konkrete geographische, wirtschaftliche, finanzielle und historische Beziehungen und Traditionen berücksichtigen könnte, die in einem globalen Vertrag nicht eindeutig zu definieren wären. Politische Konflikte, so Marschall weiter, gehörten ohnedem nicht vor ein Schiedsgericht, wogegen juristische Auslegungsfragen von Verträgen meist keinen genügenden Anlass bieten würden, um von einem Schiedsgericht verhandelt werden zu müssen. Auf diesem Gebiete könnte man jedoch zu Übereinkünften kommen, wobei das Gebiet des internationalen Verkehrs- und Postrechts prädestiniert wären. Abschließend stellte Marschall fest, dass er in einem Ausbau der Beschlüsse von 1899 eine weitere Förderung des Schiedsgerichtsgedankens sehe und forderte die Konferenz auf, einen wirklichen permanent tagenden Gerichtshof in Den Haag zu schaffen. Die Reaktion des Plenums auf diese Rede war stürmisch bis begeisternd; lang anhaltender starker Beifall und Glückwünsche von allen Seiten machten dies deutlich. Rückblickend äußerte sich Marschall jedoch, dass ihm selbst nicht klar war, "ob die gehaltene Rede, für oder gegen das Weltschiedsgericht gerichtet war." Dies war in diesem Moment des Konferenzverlaufes jedoch nicht von allzu großer Wichtigkeit, denn Deutschland gewann durch die Ausführungen Marschalls bei vielen Teilnehmern großes Ansehen und Anerkennung. Desweiteren entwickelte sich Marschall im Verlauf der Konferenz zu einer allseits geachteten und respektierten Persönlichkeit. Die Intentionen der deutschen Regierung waren aufgegangen: Deutschland stand im Mittelpunkt des Konferenzgeschehens und nicht im Abseits, eine Isolierung war nicht mehr zu befürchten und das Deutsche Reich hatte seine friedlichen Absichten unter Beweis stellen können. Dies war für die Reichsleitung außerordentlich wichtig, da Deutschland nicht, wie es während der ersten Haager Konferenz 1899 der Fall war, in der internationalen Öffentlichkeit als "Friedensstörer" stigmatisiert wurde ... In der Reichsleitung registrierte man dieses positive Zwischenergebnis mit Befriedigung. Ebenso wurden auch mit großer Aufmerksamkeit die englischen und amerikanischen Pressestimmen zur Rede Marschalls verfolgt. Die "Daily News" überschrieb z.B. einen Artikel mit "Hague Debacle" und kritisierte darin, dass die britische Delegation nichts für den Frieden täte (British do Nothing for Peace). Dem Artikel war ein Interview mit dem bekannten amerikanischen Pazifisten W. T. Stead beigefügt, in dem er konstatierte, dass Deutschland - durch die Rede Marschalls - auf der Konferenz die Führung übernommen habe (Germany Takes the Lead) und England nichts täte, um selber positiv in Erscheinung zu treten. ... Freiherr Marschall von Bieberstein unterhielt selbst gute Beziehungen zu den in Den Haag vertretenen Journalisten. Seinen dabei verfolgten Grundsatz beschrieb er folgendermaßen: "Ich pflege die Korrespondenten hervorragender Blätter zu empfangen und ihnen zu sagen, was ich für richtig halte. Ich glaube, die Konferenz hat ein Interesse daran, dass die Presse richtig informiert werde. Sonst schreibt dieselbe Falsches oder gar nichts über die Konferenz. Beides ist nicht wünschenswert.". ... Marschalls Haltung auf der Konferenz zur Schiedsgerichtsfrage wich jedoch grundlegend von der 1899 eingenommenen Position und zeigte deutlich die veränderte Haltung des Deutschen Reiches. Man sah nun in einem Schiedsgericht eine begrenzte Möglichkeit der Konfliktregulierung, ohne jedoch grundsätzliche Machtinstrumentarien aus der Hand geben zu müssen.

Das Auftreten Marschalls bei der Haager Konferenz scheint ihn kurzfristig zum möglichen neuen Reichskanzler gemacht zu haben. So berichtet Holstein, Erinnerungen, S. 132/133: (15. Januar 1908) Eine konzentrische Agitation ist im Gange, um Marschall zum Reichskanzler zu machen. Hatzfeldt-Trachenberg, obschon selber nicht wunschlos, erklärt Marschall für den einzigen möglichen Kandidaten, für den einzigen, welcher die jetzige Situation würde zurechtrücken können. Ballin hat dem Kaiser direkt dasselbe gesagt. Marschalls Anhänger drängen zur Entscheidung, weil sie sagen, dass, falls dieselbe sich verzögere, Marschalls Aussichten in sechs Monaten schlechter sein würden als heute. Seine Haager Verdienste, (welche allerdings in Wirklichkeit die Verdienste von Kriege sind), würden schon halb vergessen sein, und auch seine Stellung in Konstantinopel werde merklich kleiner geworden sein, da der Sultan sich persönlich durch Marschalls Auftreten verletzt fühle und einen Wechsel wünsche.

Ich bin der Ansicht, dass Marschalls Verstand und Beredsamkeit ihn zu einem mehr als durchschnittlichen RK machen würden, sein Charakter aber ist unzureichend. Er ist deshalb zunächst mal in seinen persönlichen Beziehungen absolut unzuverlässig.

Marschall von Bieberstein als Botschafter in London 1912

(Richard von Kühlmann, Marschall von Bieberstein, in: Die Diplomaten, S. 49)

Als in London der Botschafter Graf Wolff Metternich dem Druck ihm feindlich gesinnter Kreise in Deutschland weichen musste, fiel der Blick sowohl des Kaisers als des Kanzlers sozusagen von selbst auf den Freiherrn von Marschall, der unbestritten den Ruf hatte, Deutschlands fähigster Diplomat zu sein. Sowohl der Kaiser als auch Bethmann Hollweg legten entscheidenden Wert auf die Pflege der Beziehungen zu England. Auch für Marschall war der Posten anziehend. Wenn er sich auch der Schwierigkeiten der Aufgabe voll bewusst war, so fand er doch ziemlich weit vorgeschrittene Verhandlungen, welche die Hoffnung rechtfertigten, dass England nicht nur seinen "Widerstand

gegen die Vollendung der Bagdadbahn aufgeben, sondern dass sogar eine moralische und pekuniäre Mitwirkung Großbritanniens bei Fertigstellung der Bahn sich erreichen lassen werde. So die Durchführung seines Lieblingsprojektes diplomatisch erreichen zu können, musste für Marschall ein sehr verlockendes Ziel sein. Darüber hinaus schien die Möglichkeit, die Beziehungen zu London dauernd zu bessern, günstiger als jemals vorher in der neueren Geschichte. Diese Besserung herbeizuführen hätte seinem diplomatischstaatsmännischen Wirken die Krone aufgesetzt und ihm einen dauernden Platz in der deutschen Geschichte verschafft. Der Empfang, der sowohl von der Regierung als von der Gesellschaft und der Presse dem neuen deutschen Botschafter bereitet wurde, bekundet die großen Erwartungen, mit denen alle seiner Mission entgegensahen.

Marschall traf am 18. Juni 1912 zum glanzvollen Abschluss der Saison in London ein. Anschließend reiste er zur dringend notwendigen Erholung auf sein Gut Neuershausen bei Badenweiler. Dort starb er am 24. September im Alter von fast 70 Jahren. Damit endete eine politische Karriere, die 1878 mit einem Reichstagsmandat begonnen hatte.



Lebensdaten Alfred von Kiderlen-Wächter

- Politiker, Diplomat (Biographie im Internet: www.dhm/lemo/html/biografien/Kiderlen)
- 1852 10. Juli: Alfred von Kiderlen-Wächter wird als Sohn eines württembergischen Hofbankiers in Stuttgart geboren. Er nimmt 1870/71 als Freiwilliger am Krieg teil.
- 1871- 1877 Er studiert Rechtswissenschaften in Tübingen, Leipzig und Straßburg.
- 1877 Kiderlen-Wächter entscheidet sich für eine Diplomatenlaufbahn und tritt in den Dienst des Auswärtigen Amts.
- 1880 Sein erster Auslandsposten führt ihn als Legationssekretär nach Kopenhagen.
- 1881 1885 Kiderlen-Wächter arbeitet als Legationssekretär an der deutschen Botschaft in St. Petersburg. 1885 wechselt er an die deutsche Vertretung in Paris.
- 1886 Kiderlen-Wächter erhält eine Stellung als Legationsrat in Konstantinopel/Istanbul.
- 1888 1898 Zuständig für Orientfragen, wird er zum "Vortragenden Rat" befördert. Fortan begleitet er Kaiser Wilhelm II., der die Karriere des Diplomaten wohlwollend verfolgt, auf dessen jährlichen Nordlandfahrten. Aus dieser Zeit stammt seine Bekanntschaft mit Friedrich von Holstein (1837-1909), der als treibende Kraft der deutschen Außenpolitik gilt, und Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, welcher zum engsten Freundeskreis des deutschen Monarchen zählt.
- Nach der Veröffentlichung einer Karikatur in dem Satireblatt "Kladderadatsch", die dem Berufsdiplomaten die politischen Fähigkeiten eines "schwäbischen Spätzles" zuschreibt, fordert Kiderlen-Wächter den Herausgeber der Zeitschrift zum Duell und verwundet ihn. Kurze Zeit nach diesem Vorfall wird Kiderlen-Wächter zu vier Monaten Festungshaft verurteilt, von denen er jedoch nur zwei Wochen verbüßt. Seine diplomatische Karriere bleibt unbeeinträchtigt.

 Kiderlen-Wächter erhält eine Stellung als preußischer Gesandter in Hamburg.
- 1895 Er wird nach Kopenhagen versetzt, wo er den Posten des Botschafters einnimmt.
- Der wegen seines derben Sarkasmus berüchtigte Württemberger fällt aufgrund der "erstaunlichen Ungeniertheit seiner Ausdrücke" bei der Berliner Hofgesellschaft und in höchsten politischen Kreisen in Ungnade.
- 1900 1908 Kiderlen-Wächter leitet die Gesandtschaft in Bukarest, die als "diplomatisches Abstellgleis" gilt. 1907/08 vertritt Kiderlen-Wächter parallel zu seinen Aufgaben in Bukarest die vakante Stelle eines Botschafters in Konstantinopel und leitet die Verhandlungen um den Bau der Bagdadbahn ein.
- 1908 Wilhelm II. ernennt ihn zum stellvertretenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt.
 Zusammen mit britischen Kollegen erreicht er die Überwindung der Bosnien-Krise, die im
 Zuge der Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn ausgelöst worden war.
- 1909 27. Juni: Kiderlen-Wächter übernimmt endgültig die Leitung des Auswärtigen Amts in Berlin und ist bemüht, in Zusammenarbeit mit Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg eine Annäherung an Großbritannien zu erreichen. Diese außenpolitische Richtungskorrektur versucht er fortan gegen den kontinuierlichen Widerstand des Flottenadmirals Alfred von Tirpitz durchzusetzen.
- 1911 1. Juli: Im Widerspruch zu seinem außenpolitischen Verständigungskonzept unterstützt Kiderlen-Wächter die Forderung des Alldeutschen Verbands, gegen die Kolonialpolitik Frankreichs in Nordafrika zu intervenieren, und initiiert den "Panthersprung" nach Agadir (Marokko), der in der Folge eine internationale Krise heraufbeschwört. Entscheidend für diese Vorgehensweise sind der andauernde Prestigeverlust des Deutschen Kaiserreichs, den er durch eine entschlossene Machtpolitik zu beheben gedenkt, sowie eine weitgehende Fehleinschätzung der Reaktionen der Entente.
 - 4. November: Das nach der "Zweiten Marokko-Krise" mit Paris geschlossene "Marokko-Kongo-Abkommen" bringt nur geringe koloniale Zugewinne in Westafrika, die den politischen Einfluss Kiderlen-Wächters eher abschwächen als stärken.
- 1912 2. Oktober: Die erneute Bosnien-Krise veranlasst den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, eine Rede zu veröffentlichen, die alle europäischen Mächte zu einer Neutralitätspolitik auf dem Balkan auffordert.
 - 30. Dezember: Alfred von Kiderlen-Wächter stirbt in Stuttgart.

Die Karriere von Kiderlen-Wächters im Auswärtigen Amt 1877 - 1908

Nach einem Jurastudium in Tübingen, Leipzig und Straßburg entschied sich der junge von Kiderlen-Wächter für den diplomatischen Dienst und trat in das Auswärtige Amt ein. Erleichtert wurde ihm dieser Weg durch die Beziehungen seiner Mutter zur württembergischen Königsfamilie und zu den Familien Varnbühler, Spitzemberg und Weizsäcker. Er durchlief die übliche Karriere mit Innendienst und Außenposten. So war er als Legationssekretär in Kopenhagen, Paris, St. Petersburg und Konstantinopel. 1888 wurde er Leiter der Abteilung für Orientfragen und begleitete in der Folgezeit den Kaiser auf verschiedenen Reisen.

Im Auswärtigen Amt war er der Schützling des Legationsrats Friedrich von Holstein, der zwischen 1888 und 1906 durch die Überzeugungskraft seiner politischen Analyse und die Personalpolitik das Amt und damit die deutsche Außenpolitik maßgeblich beeinflusste. 1906 glaubte Holstein, durch die Erste Marokkokrise einen Keil zwischen Frankreich und Großbritannien treiben zu können. Aber die Rechnung ging nicht auf, Deutschland isolierte sich weiter und Holstein musste seinen Abschied nehmen. Er starb 1909. In seinen nachgelassenen Erinnerungen schreibt er über die Zusammenarbeit mit Kiderlen (S. 196):

Die deutsche Regierungspolitik kann aber diesmal [1908, als Holstein nicht mehr im Amt und Kiderlen als Fachmann für Orientfragen zurückgeholt war H.F.] der Vorwurf des Schwankens und der Zweideutigkeit nicht treffen. Ich kann Bülow das Zeugnis geben, dass ich während des häufigen schriftlichen und mündlichen Verkehrs während jener ersten Orientmonate niemals bei ihm die geringste Neigung gespürt habe, Österreich im Stich zu lassen. Durch die Novemberkrisis und durch meine erneute Erkrankung ward dann der Verkehr unterbrochen, aber Kiderlen war inzwischen an die Arbeit gegangen und leitete im Einvernehmen mit mir — wir sahen uns wöchentlich zweimal — den Gang der Sache. Um es aber nicht zu machen wie manche andre Leute und für mich alles Verdienst in Anspruch zu nehmen, muss ich hervorheben, dass dabei Kiderlen keineswegs bloß auf meine Gedanken angewiesen war. Seine gute Orientierung, seine zielbewusste Sicherheit machten mir jedesmal von neuem einen guten Eindruck. Ganz aus sich heraus machte er auch, als neulich die Botschafter von Frankreich und England mit dem Vorschlage kamen. Deutschland solle mit diesen beiden zusammen in Wien zugunsten des Friedens einwirken, die Gegenanregung: "In Wien, nein, aber gern in Belgrad; denn der Friede werde nicht durch Österreich, sondern durch Serbien bedroht." Es war dies ein sehr guter Schachzug, vorteilhaft für Deutschland und für den Frieden. Das Verdienst daran gebührt Kiderlen allein, aleichviel ob er die Erklärung aus dem Stegreif abgegeben oder noch vorher die Genehmigung des Reichskanzlers eingeholt hat.

Dieses Lob Holsteins ist nicht vergiftet. Es zeigt, dass er in Kiderlen den berufenen Nachfolger für die Schlüsselstellung im Auswärtigen Amt sah. Das sahen andere wohl auch so. Im Wege stand seiner beruflichen Karriere sein persönliches undiplomatisches Auftreten. 1894 duellierte er sich mit dem Herausgeber des "Kladderadatsch" wegen eines dort erschienenen Artikels über den "schwäbischen Spätzle". Er verwundete ihn und musste dafür ins Gefängnis. 1900 wurde er wegen seines rüpelhaften gesellschaftlichen Tons als Botschafter nach Bukarest "abgeschoben". Von dort aus vertrat er 1907 bis 1908 von Marschall in Konstantinopel, als der Delegationsleiter in Den Haag und anschließend in Heimaturlaub war. Danach kehrte der wohl fähigste Diplomat, der damals im auswärtigen Dienst des Reiches stand (Mommsen, S. 450) ins Auswärtige Amt zurück und wurde Unterstaatssekretär. Unter dem eher passiven Staatssekretär Wilhelm von Schoen und seit 1909 unter dem außenpolitisch völlig unerfahrenen Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg wurde er der eigentliche Gestalter der deutschen Außenpolitik, seit 28. Juli 1910 auch offiziell als Staatssekretär.

Kiderlen war nicht verheiratet, lebte aber mit seiner Lebensgefährtin Hedwig Kypke zusammen. Nach seinem Tod konstatierte die eifrige Beobachterin des Berliner Geschehens, Freifrau Hildegard von Spitzemberg, neben dem furchtbaren Arbeiten sei Kiderlens Lebensweise, wozu sie das unbekümmerte Essen und Trinken zählte, seiner Gesundheit schädlich gewesen (zitiert bei Ralf Forsbach, Alfred von Kiderlen-Wächter. Ein Stuttgarter im diplomatischen Dienst. Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Band 20, Kohlhammer Stuttgart 2001, S. 307 – 340, Zitat S. 310).



Alfred von Kiderlen-Wächter Porträtfotografie

bei Ralf Forsbach, S. 309

Disholau.

Die deutsche Außenpolitik unter Kiderlen-Wächter 1908 - 1912

Außenpolitik war zur Zeit Bismarcks vor allem Europapolitik gewesen, obwohl die wichtigsten Kolonien unter Bismarck erworben wurden. Aber unter seinen Nachfolgern sollte das Kaiserreich Weltmacht werden und Weltpolitik betreiben. Davon sprach nicht nur der Kaiser, sondern auch die vom Alldeutschen Verband gesteuerte öffentliche Meinung war dafür. Die Außenpolitik von Caprivi und Marschall war noch eher europäisch ausgerichtet, selbst der Helgoland-Sansibar-Vertrag. Aber danach wurde die deutsche Weltmachtstellung immer mehr das Ziel. Holstein, Bülow und der Kaiser sahen Deutschland wegen der Gegensätze der anderen Weltmächte in einer guten Position, denn England und Frankreich standen 1898 wegen Faschoda und dem Sudan am Rande eines Krieges, und England und Russland hatten tiefgreifende Differenzen in Persien, in Indien und im Fernen Osten. Dazu kam als Lieblingsprojekt des Kaisers das völlig überzogene Flottenbauprogramm des Admirals von Tirpitz, das Großbritannien als echte Bedrohung empfinden musste, ebenso wie das von Marschall als Botschafter forcierte deutsche Engagement in der Türkei, die Bagdadbahn, die sich dem britischen Ägypten näherte. Dem französisch-russischen Bündnis von 1892 folgte deshalb die französisch-britische Entente cordiale von 1904. Um sie zu

stören, inszenierte Deutschland 1906 die erste Marokkokrise. Marokko war ein selbstständiges Sultanat, das nach internationaler Übereinkunft allen Mächten gleichermaßen offenstehen sollte, aber immer stärker unter französische Protektion geriet. Der Kaiser besuchte Agadir, Deutschland trat offensiv für die Rechte der anderen Mächte in Marokko ein und hoffte, dass auch die Briten sich für den freien Handel und damit gegen Frankreich stellen würden. Aber die Briten vermuteten, dass die Deutschen Agadir zu einer Station für ihre neue Kriegsflotte ausbauen wollten und damit die britischen Seewege vor allem nach Ägypten und Indien bedrohen könnten. Sie stärkten deshalb die französische Position. Eine Konferenz in Algeciras formulierte eine wachsweiche Erklärung, die am offiziellen Status festhielt. 1907, ein Jahr später, kam es auch zu einem englischrussischen Ausgleich in den strittigen Kolonialfragen. Damit stand Deutschland nicht nur vor einem weltpolitischen Scherbenhaufen, sondern sah sich auch in Europa von einer russisch-französischbritischen Entente eingekreist. Diese Situation traf von Kiderlen an, als er 1908 die außenpolitische Führung übernahm.

Als Europapolitiker sah Kiderlen das Verhältnis zu Großbritannien als am wenigsten belastet. Es gab keine direkten Konflikte und durchaus gemeinsame Interessen. Auch weltpolitisch gab es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Deshalb trat er ebenso wie Bethmann-Hollweg und Marschall von Bieberstein, der sich deshalb 1912 nach London versetzen ließ, für eine deutschenglische Annäherung ein. Es gab seit 1909 Gespräche mit Lord Grey und schließlich die Mission von Lord Haldane 1912, aber sie scheiterten, weil die Deutschen eine Neutralitätsgarantie für Europa wollten und die Briten einen Verzicht auf das Flottenwettrüsten forderten. Darauf wollte der Kaiser auf keinen Fall eingehen, obwohl die Flotte in der tatsächlichen deutschen Kriegsplanung überhaupt keine Rolle spielte. Lord Haldane kehrte entsetzt über das Chaos in der deutschen Führung nach London zurück.

Kiderlen und die deutsche Außenpolitik standen unter öffentlichem Druck, weil der Bevölkerung mit ungeheurem Propagandaaufwand Weltmachtstellung, Flottenpolitik und Kolonien als wichtigste Ziele vorgegaukelt wurden und jedes Hinhalten, Taktieren und Nachgeben als nationale Demütigung galt. Um zu einem kolonialen Zugeständnis zu kommen, wollte Kiderlen Frankreich unter Druck setzen und löste die zweite Marokkokrise aus, als er am 1. Juli 1911 das deutsche Kanonenboot Panther nach Agadir abordnete. Mit diesem "Panthersprung" wollte er erreichen, dass die Kompensationsgespräche, die seit 1910 mit dem französischen Botschafter Cambon geführt wurden, endlich zu einem Ergebnis kamen, denn Deutschland hatte sich mit dem französischen Protektorat über Marokko abgefunden. Es bekam schließlich auch einen Teil des französischen Kongo als Neukamerun. Aber die Kanonenbootdiplomatie, die Kiderlen vermutlich wegen der deutschen Öffentlichkeit gewählt hatte, verhärtete die Situation und ließ Deutschland vor der Welt als brutalen Angreifer dastehen. Stille Verhandlungen mit Frankreich hätten wohl zum gleichen Ergebnis geführt und vielleicht sogar das deutsch-französische Verhältnis verbessern können. Aber das wollte weder die französische noch die deutsche Politik, obwohl Deutschland seit 1911 an einer Reform des Statuts von Elsass-Lothringen arbeitete. Aber die Militärgroteske von Zabern 1913 machte alle solchen Anstrengungen zunichte.

Auf Agadir folgte 1911 der Tripoliskrieg, in dem der Bündnispartner im Dreibund; Italien, durch einen Angriff auf Tripolis das Protektorat über Libyen errichtete, das nominell noch zur mit Deutschland eng verbündeten Türkei gehörte. Kiderlen entschied sich für die Solidarität mit Italien, wie 1908 für Österreich, als es das seit 1878 besetzte Bosnien-Herzegowina annektierte. Auf dem Balkan bahnte sich ein neuer Krisenherd an, weil Serbien, Bulgarien und Griechenland sich unter russischer Vermittlung gegen die Türkei verbanden. Der Krieg begann im September 1912 und führte in wenigen Wochen zu einer türkischen Niederlage und zum Verlust von Albanien und Mazedonien. Aber Österreich war gegen eine Vergrößerung Serbiens und Russland gegen Bulgarien. Durch deutsche und englische Vermittlung kam es Anfang Dezember zur Londoner Botschafterkonferenz, auf der unter anderem die Bildung eines Fürstentums Albanien beschlossen wurde. Das internationale Krisenmanagement funktionierte also zu Kiderlens Zeit noch. Bevor im Februar 1913 die Sieger wegen der Aufteilung von Mazedonien übereinander herfallen sollten, starb Alfred von Kiderlen-Wächter im Alter von 60 Jahren plötzlich am 30. Dezember 1912 in Stuttgart.

Friedrich Naumann über Kiderlen-Wächter

(Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. DVA Stuttgart 1937, der die Kommentierungen Naumanns zum Zeitgeschehen in der "Hilfe" und andere Veröffentlichungen Naumanns ausgewertet hat) Siebenstern tb 1968, S. 329/330:

Im Sommer 1910 holte Bethmann Hollweg den Gesandten von Kiderlen-Waechter aus Bukarest als Leiter des Auswärtigen Amtes an seine Seite. Die Erinnerung, die Naumann an dessen Auftreten im Reichstag 1908 hatte, Verteidigung der Bürokratie in der Kaiserdebatte, war nicht sehr günstig; zumindest konnte der neue Mann nicht als ein Psychologe gegenüber Volksvertretung und Presse gelten. Das Urteil bessert sich: neben dem »Romantiker« (Wilhelm II.) und dem »Kantianer« (Bethmann) wird in ihm der »Praktikus« gesehen, der Mann der konkreten Nüchternheit, dem doch eine wagende Frische nicht fehlt. Das Ziel Kiderlens war, eine freiere Stellung Berlins gegen Wien zurückzugewinnen und auf den ein paarmal missglückten, abgelehnten oder vernachlässigten Akkord mit London hinzuarbeiten. Aber auf dem Weg dazu lag die Auseinandersetzung mit Frankreich. Die Pariser Regierung hatte sich, Deutschlands relative Vereinsamung ausnützend, praktisch über den Inhalt der Algeciras-Akte hinweggesetzt und seine rechtliche Privilegierung in Marokko zu einem tatsächlichen Protektorat ausgedehnt. Kiderlen sah keine gewisse Möglichkeit, diesen Zustand rückgängig zu machen, und versprach sich wohl auch nichts von Rechtsbeschwerden; er wollte die Franzosen zur politischen Verhandlung zwingen, sie sollten die Anerkennung ihrer marokkanischen Stellung bezahlen. Deshalb, im Sommer 1911, die Entsendung des Kriegsschiffes »Panther« vor die marokkanische Küstenstadt Agadir. Kiderlen ließ es geschehen, dass dieser Entschluss in Deutschland weithin als die Wiederaufnahme einer aktiven Marokkopolitik gewertet wurde, in kräftiger Zustimmung und wacher Skepsis. Er selber verfolgte ein anderes Ziel: nach einer kolonialen Abschlagszahlung der Franzosen im Kameruner Grenzgebiet glaubte er, die deutsche und die französische Öffentlichkeit werde sich mit dem neuen Tatbestand des wechselseitigen Gewinns gern abfinden. Darin aber täuschte er sich. Das vertragschließende Pariser Kabinett Caillaux konnte sich nicht halten. Die deutsche Rechtspresse fühlte sich von Kiderlen irregeführt.

Der Zustand beim Beginn des Jahres 1911 war von Naumann so beschrieben worden: »Es wächst eine Schicht von Nebenverträgen, und diese Nebenverträge machen die Grundverträge tatsächlich mehr oder weniger unwirksam. « Das zielte auf Abreden, die außerhalb des Grundsystems Dreibund – Zweibund hin und her geschlossen wurden. Nicht als ob die Lage damit durchsichtiger würde. Sie verschwindet leicht in »unklaren und vieldeutigen Worten« (Bethmann); Kiderlen wird gelobt, weil er sich einer »einfachen und geschäftlichen Ausdrucksweise« bedient. Seine Politik war »so objektiv und so wohlwollend wie möglich« behandelt worden. Aber die Gesamtwürdigung des Marokko- und Kongo-Vertrages, im Anschluss an die Reichstagsdebatte, steht unter dem Wort »Ein nationaler Bußtag« (16. November 1911). Sie ist herb und unwillig. Die Regierung hat nicht erreicht, was sie hätte erreichen müssen: »Entweder mehr wirkliche Friedensgarantien zwischen uns und den Franzosen oder mehr an brauchbarem Kolonialgebiet.« Wozu besaß sie den militärischen Hintergrund? ...

Das Rad der Geschichte dreht sich: dem Ende der Marokkokrise folgt Italiens diplomatisch wohl gesicherter und erfolgreicher Angriff auf das türkische Tripolis. — Naumann prägt den Begriff, den zwei Jahrzehnte später Mussolini variierte: »proletarischer Imperialismus«, meint aber zugleich, was die sozialökonomischen Aussichten betrifft, dass er ein »proletarischer Irrtum« sei. Kiderlen steht, wie einige Jahre früher Bülow, zwischen »Verbündeten und Freund«, es folgen die Balkankriege gegen die geschwächte Türkei, die Selbstzerfleischung der Sieger, die Spannungen um die Adriaposition. Das Jahr 1912 verdeutlicht dies vor allem, dass Russlands innere und militärische Sicherheit, gemessen an 1909, stark gewachsen ist. Ein paarmal taucht bei Naumann die Frage auf, ob nicht eine stärkere Stützung der Türken möglich gewesen wäre.

Zusammenfassende Bewertung von Kiderlen-Wächter

(Ralf Forsbach, S. 338-339)

Kiderlens Mittel blieben die der klassischen Diplomatie. Er gestaltete die Politik in Gesprächen; persönliche Beziehungen waren somit von großer Wichtigkeit. ... Konferenzen, auf denen die Chance zur individuellen Beeinflussung durch kollektive Kontrollen gemindert war, wich Kiderlen so lange wie möglich aus. Die Bedeutung, die ein gutes Verhältnis zu kleineren oder aufstrebenden Staaten erlangen konnte, sah er nicht. Länder wie Spanien oder Japan, die - folgt man

imperialistischem Denken - zur Umklammerung potentiell feindlicher Staaten von Nutzen gewesen wären, ignorierte er. Der rasant wachsende Einfluss der USA auf das Weltgeschehen blieb ihm offenbar verborgen; ein zielgerichtetes Bemühen um gute Kontakte zu Washington ist nicht festzustellen. Den Wert multilateraler Verträge, gar internationaler Organisationen veranschlagte er gering. Von privaten Friedens- und Verständigungsinitiativen hielt er sich fern, riet im Falle der deutsch-französischen Beziehungen zeitweise sogar von einem kulturellen Austausch ab. Neue Ideen, die zu einer Institutionalisierung der Kulturbeziehungen etwa im Sinne Heinrich Pohls oder Karl Lamprechts hätten führen können, begriff Kiderlen nicht als Chance, internationale Kontakte zu intensivieren und somit die Friedensbereitschaft zu fördern. Wirtschaftspolitische Fragestellungen bewegten ihn als Staatssekretär nur noch am Rande. ...

Es ist ersichtlich geworden, dass, wie es Emily Oncken formuliert hat, Kiderlens Politik nicht immer in ein sinnvolles Raster, in ein zusammenhängendes und logisches System zu zwängen ist. Ein stark irrational-zufälliges Element war seinem Handeln eigentümlich. Dieser Eindruck entstand, wenn Kiderlen, so Geoffrey Barraclough, durch »action« die »Stagnation« deutscher Außenpolitik zu überwinden suchte. Doch letztlich sind eindeutige Prämissen zu erkennen, denen Kiderlen folgte. Wege und Prioritäten verschoben sich, seine Politik aber blieb von vier Maximen geprägt, nämlich der Annäherung an England, der Stabilisierung des Dreibundes, dem Erhalt des Friedens und schließlich dem Aufbau eines zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Afrika. Erste Erfolge hat Kiderlen auf allen vier Gebieten verzeichnen können. Keine der Vorstellungen konnte er aber realisieren beziehungsweise längerfristig sichern.

Das große Konglomerat aus Bismarckscher Außenpolitik, »Neuem Kurs«, »Weltpolitik« und kolonialem Engagement ist Kiderlen nicht gelungen. Zu lückenhaft war seine Konzeption, die sich nur selten in Memoranden, öfter in seinem politischen Handeln widerspiegelte. Kiderlens Macht erreichte zudem nicht das erforderliche Ausmaß, um seine Pläne der Verwirklichung nahezubringen. Dennoch hat er - durchaus eingedenk aller aufgezeigten schwierigen Rahmenbedingungen - seine Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Was schon in den ersten Monaten seiner Amtsführung als Staatssekretär erkennbar war, verschärfte sich nach der Zweiten Marokkokrise. Kiderlens Politik blieb einseitig immobil. In bedrohlichen Konfliktsituationen ergriff er die Initiative. Er demütigte Iswolski und damit Russland, er suchte die Auseinandersetzung mit Frankreich und gab selbst Österreich-Ungarn zu erkennen. wo die Grenzen der »Nibelungentreue« lagen. Doch solchen Initiativen zur Machterweiterung oder Krisenbewältigung stehen keine gleichrangigen Schritte zur Verbesserung bilateraler Beziehungen gegenüber. Es obsiegte stets eine misstrauische Vorsicht, die allenfalls den Dreibund stabilisierte und das bestehende System bewährter Freundschaften einstweilen sicherte. So hinterließ Kiderlen seinem Nachfolger große Aufgaben, ohne dass dessen Handlungsfreiraum in besonderem Maße eingeengt gewesen wäre. Noch war der »point of no return« nicht erreicht. Noch hatte, anders als Oswald Spengler glaubte, der Weltkrieg nicht begonnen.

Literatur

Ernst Jäckh (Hg.), Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlass. 2 Bde. Berlin/Leipzig 1924.

Ralf Forsbach, Alfred von Kiderlen-Wächter (1852 – 1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich. 2 Bände. Göttingen 1997.

Friedrich Naumann (1860 – 1919) - liberal-sozialer Gründungsvater, Wahlheilbronner, Publizist ...

Themen:

Friedrich Naumanns persönliche Entwicklung:

- vom Theologen und Pfarrer zur Inneren Mission und zur Sozialarbeit 1880 1890
- von der Reformunfähigkeit der (ev.) Kirche zum National-Sozialen Verein bis 1896
- vom National-Soz. Verein zur Freisinnigen Vereinigung und in den Reichstag 1907 Irrungen und Spaltungen des Liberalismus in Deutschland

Friedrich Naumann und der Wilhelminismus

Friedrich Naumann als politischer Schriftsteller: - die "Hilfe" als Zeitkommentar

- Demokratie und Kaisertum 1900
- Mitteleuropa 1915

Friedrich Naumann im Ersten Weltkrieg und danach

Der Angriff von Götz Aly und Erhard Epplers Verteidigung (2011)

Friedrich Naumann stammt aus dem sächsischen Pfarrhausmilieu und wirkte als Publizist und Politiker vor allem in Berlin. Aber er ließ sich (auch vermittelt durch seinen Schüler und Freund Theodor Heuss) mit seinen liberal-sozialen Ideen in Heilbronn aufstellen und gewann 1907 den Wahlkreis. So steht er auch in der württembergischen liberalen Tradition und wurde deshalb in die Baden-Württemberg-Reihe mit aufgenommen.

Friedrich Naumann: Theologe, Politiker

(aus dem Internet: www.dhm.de/lemo/html/.../NaumannFriedrich/index.html)

1860 25. März: Friedrich Naumann wird als Sohn des Pfarrers Friedrich Naumann und seiner Frau Agathe Marie (geb. Ahlfeld) in Störmthal bei Leipzig geboren.

1879-1883 Theologiestudium in Leipzig.

1881 Naumann gehört zu den Mitbegründern des nationalgesinnten "Vereins deutscher Studenten".

1883 Tätigkeit in Johann Hinrich Wicherns (1808-1881) Erziehungsstätte "Rauhes Haus" bei Hamburg, dessen Idee der Inneren Mission ihn stark beeinflusst.

1886 Übernahme einer Pfarrstelle in Langenberg (Erzgebirge).

1889 Heirat mit Maria Magdalena Zimmermann in Blasewitz.

1890 Naumann wird Vereinsgeistlicher der Inneren Mission. Er tritt für eine grundlegende Erneuerung des Protestantismus ein. Auf dem neu gegründeten Evangelisch- Sozialen Kongress wird er Wortführer einer liberal gesinnten christlich-sozialen Gruppierung, die sich gegen den politischen Konservatismus des Theologen und Politikers Adolf Stoecker stellt.

1896 Naumann gründet den "Nationalsozialen Verein" und als dessen publizistisches Organ die Zeitschrift "Die Hilfe". Unter dem Einfluss von Max Weber tritt der "Nationalsoziale Verein" für Demokratisierung, Sozialpolitik und eine expansive deutsche Außenpolitik ein.

Naumann gibt sein Pfarramt auf und lebt als freier Schriftsteller in Berlin.

1900 Veröffentlichung seines Programmbuchs "Demokratie und Kaisertum".

1902 In der Studie "Neudeutsche Wirtschaftspolitik" entwirft Naumann das Konzept eines
"Industrieparlamentarismus" und plädiert für eine freie Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung.
1903 Auflösung des "Nationalsozialen Vereins" und Mitgliedschaft in der linksliberalen Freisinnigen

Vereinigung. Er setzt sich für eine Parlamentarisierung der Verfassung und die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ein.

1907 Mitbegründer des Deutschen Werkbunds, einer Vereinigung von Künstlern und Industriellen. **1907-1918** Mitglied des Reichstags.

1910 Naumann betreibt die Vereinigung der zersplitterten linksliberalen Gruppierungen zurFortschrittlichen Volkspartei (FVP). Er plädiert für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

1914 Zu Beginn des Erstenb Weltkriegs unterstützt er die Politik der deutschen Regierung, distanziert sich jedoch von aggressiver Annexionspropaganda.

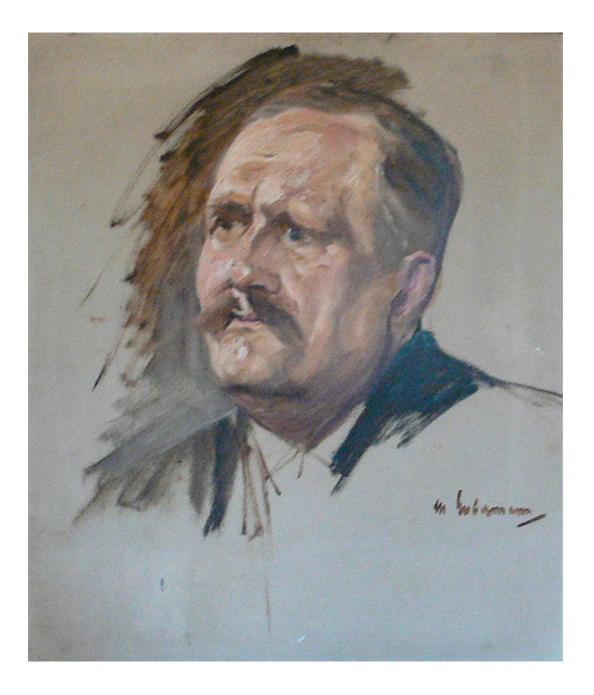
1915 Veröffentlichung des aufsehenerregenden Buches "Mitteleuropa", in dem er eine Abmilderung der Kriegsziele und eine enge wirtschaftliche Föderation mit Ost- und Südosteuropa fordert.
1917 Er unterstützt die Resolution der Mitte-Links-Parteien im Reichstag für einen Verständigungsfrieden und setzt sich innenpolitisch für Verfassungsreformen ein.

Naumann gründet die Staatsbürgerschule in Berlin (ab 1920: Hochschule für Politik).

1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Als ihr Parteivorsitzender vertritt er die DDP im Verfassungsausschuss. In seiner Partei und in der Öffentlichkeit kämpft er gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrags.

24. August: Friedrich Naumann stirbt - vermutlich an einem Schlaganfall - in Travemünde. (ka/mr/ge)



Max Liebermann: Skizze zum Porträt Friedrich Naumann; Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart

Friedrich Naumann und der Wilhelminismus

Zeitgeschichtliche Einordnung Naumanns in der Einleitung von Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. DVA Stuttgart 1937. Siebenstern tb 1968, S. 27

Friedrich Naumann übernahm 1890 das Amt eines »Vereinsgeistlichen der Inneren Mission« in Frankfurt a. M. Er war dreißig Jahre alt. Der Zeitpunkt bleibt für den Sinn seines öffentlichen Wirkens symbolisch.

Es ist das Jahr von Bismarcks Entlassung. Die »wilhelminische Epoche« beginnt, Dies Wort, in der Nachkriegsliteratur in Umlauf gebracht und gegen die »Bismarckzeit« gestellt, trägt einen bitteren Unterton: vom tragischen Ausgang dieses Abschnitts deutscher Geschichte empfangen nicht bloß die Politik und ihre Führung das herbe Urteil des »Schuldig«, fast das ganze geistig-kulturelle Leben erfährt eine Entlarvung, eine Entwertung. Ein Vierteljahrhundert, das sich in naivem und lautem Hochgefühl auf seine Leistungen viel zugute getan hatte, verfällt fast einer Art von Verachtung. Wilhelm II. habe mit seinen Charakterfehlern, seinen Unarten und sprunghaften Begabungen ein Volk verdorben oder doch seine Oberschicht — was sich innerlich unversehrt hielt gegen diesen Einfluss, in Teilen des Heeres und der Beamtenschaft, erreichte dies in der Abwehr. Aber während hier auf einen unglücklichen Mann, dem das Schicksal die Würde der Tragik neidet, Anklage gehäuft wird, meldet sich der Einwand: nein, ihr tut unrecht! Dieser Mann, so hoch er gestellt war, hatte im Guten und Schlimmen gar nicht die Eignung, einen Typus zu prägen. Was ist er denn anderes in seinen Gesinnungen und Gewöhnungen als der Reflex einer allgemeinen Entwicklung, Spiegelung des Wesens der führenden Gruppen, ihr sichtbarster Repräsentant. »Wilhelminismus« ist eine geistig-politische Haltung, die von dem Fürsten sich nur den Namen borgte; sie ist keine subjektive Leistung oder Schuld, sondern objektiver Tatbestand, der den November 1908 (und auch den November 1918) überdauert hat.

In diese Epoche fällt Naumanns öffentliches Wirken; nicht ganz ein Jahr überlebt er ihren Ausgang. Indem wir diese zeitlichen Grenzen scharf betonen, deuten wir unsere Aufgabe: Naumann in dieser Zeit, die auch seine Zeit ist, zu zeigen. Etwa als ihren Gegenspieler? Eine Erscheinung in lichten Farben auf einem dunklen oder verwischten oder unruhevollen Grunde? Naumann steht nicht gegen diese Zeit, sondern in ihr, durchaus mit allen Sinnen, er lebt aus ihr; dass er tiefer aus ihr lebt als die andern, dass dies tiefere Leben ihn Fragen stellen lässt, die fast ohne Echo, sicher ohne Antwort bleiben, das allein mag ihn manchem um die Jahrhundertwende so »unzeitgemäß« erscheinen lassen — Nachfahre, Vorläufer? Eifernde Verehrung hob und hebt ihn in die Reihe der deutschen Propheten, und als Propheten wollen auch solche ihn gelten lassen, die mit einer Distanz der Kühle das Außerordentliche seines Wesens anerkennen - das Wort Prophet hat dabei die Temperatur gewechselt. Beide Betrachtungen treffen den seelischen Kern des Mannes nicht. Ihm galt der Prophetenmantel wenig, den man ihm gerne borgte. Er wollte seiner Gegenwart dienen, um eine Zukunft zu sichern. Er hatte Phantasie — aber er nährte sie von den Wirklichkeiten.

Das Jahr der Wende, 1890, musste ihn innerlich an der Seite des jungen Kaisers sehen. Er war nicht mehr und nicht weniger bismarckisch gewesen als die Generation, der er angehörte: sie erlebte ihre erwachende Jugend in einer Zeit, die noch den Nachhall der siegreichen Feldzüge hörte. Wer von den Zeitgenossen sah die tieferen Hintergründe des Konflikts zwischen Bismarck und Wilhelm II.? Gewiss nicht die Generation, die im Februar 1890 einen der Ihrigen sprechen hörte, in dem Erlass über den Arbeiterschutz, über Angelegenheiten, die gerade ihr wichtig geworden, von ihr, nach ihrer Meinung, eben erst entdeckt waren. Dieses im Generationsgefühl Gepackt-Sein von den sozialpolitischen Anläufen Wilhelms II. ist für die Naumannsche Frühzeit schlechthin bestimmend. Nichts würde törichter sein, als verkennen zu wollen, dass er an Wilhelm II. geglaubt hat. Die Wahrung der eigenen Stellung musste nach wenigen Jahren zum Gegensatz führen. Aber man spürt, dass er sich durch viele Jahre sein Kaiserbild retten möchte. Auch dort, wo er sich zur Opposition gezwungen sieht, bleibt diese dem Kaiser gegenüber lange befangen. Erst 1908 hat sich Naumann innerlich von Wilhelm II. getrennt. Er ist ihm übrigens nie persönlich begegnet.

Fragen, die sich gestaut hatten, traten nach 1890 schier plötzlich in das Bewusstsein der Nation. Sie waren natürlich schon vorher vorhanden — die achtziger Jahre hatten die drei Grundpfeiler der Sozialversicherung erstellt und damit den deutschen Typus der staatlichen Leistung und Sorge für die gewerbliche Lohnarbeiterschaft begründet. Aber mit dieser Sicherung und Versicherung war die sachliche Problematik der »sozialen Frage« nicht ausgeschöpft, die politische kaum berührt.

Diese war von Bismarck im Jahre 1878, dem Jahre der beiden Attentate auf den alten Kaiser Wilhelm I., durch das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« auf eine allzu einfache Weise gelöst worden, die von Wahl zu Wahl ihre Wirkungslosigkeit erweisen musste.

Die Werke Friedrich Naumanns:

Demokratie und Kaisertum 1900: Naumann glaubt an eine 'Weiterentwicklung zu einem sozialen Kaisertum, zu einem echten "Volkskaiser", einem bonapartistischen Führer.

Mitteleuropa 1915: Naumann setzt sich dafür ein, aus der Kriegsgemeinschaft eine echte Wirtschaftsgemeinschaft Mitteleuropa zu machen.









Erster Beamtenturjus der Staatsbürgerichule

Bie bereits in Rr. 1 der "Mitteilungen" angekündigt verden konnie; veranstultet der Demotratische Beamten-nusschuß in der Zeit vom 24. bis einschließlich 29. Ro-vember 1919 seinen ersten Beamtenkursus in der

sember 1919 jeinen ersten Beamtenturjus in Der von Friedrich Kaumann und Milheim heile wegründeten Staatsbürgerichule.
Die Hörerkarte für alle Borlefungen tostet 15 R.
Der Preis für einzelne Lagestarten beträgt 3 R.
Anmeldungen sind sofort an die Staatsürgerschule, Berkin NM. 40, Kromprinzenwier 27, III
Tel. Moadit 9596) zu richten.

Borlefungsfolge:

Rontag, den 17. Rov., 9—12 vorm. und 4—7 nachm.: Bilhelm Heile, Chefredakteur, R. d. R.: "Die Reichs-

Dienstag, den 18. Ron, 9—12 vorm. und 4—7 nachm.: Martin Bend, Rebatteur: "Die Gofchichte ber politichen Barteien".

Ritimach, den 19. Nov., 9-12 porm., 3-5 nachm. u. 8-10 abbs.: Albert Fastenberg, Geb. Reg.-Rat, M. Zeiler, Reichs-gerichtsrat, Ernft Remmers, Direktor des Deutschen Beamtenbundes, P. d. R.: "Beamtenrecht" — Beamten-desoldung" — "Braktische Beamtenpolitit".

onnerstag, den 20. Nov., 9—12 vorm. und 4—7 nachun.: Cothein, Reichsminifter a. D., DR. b. N., Brof. Dr. 3ado, 1. Borfigender der Deutschen Liga für Balterbund: Die Schuld am Lusammenbruch Deutschlands" — Brobleme ber auswärtigen Politit".

Frauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei

Berlin SW. 11, Köthener Strafe 35, Eingang Bernburger Straf

Naumann / Freier Staat und freie Kirche

(Ein Wort an deutsche Männer und Frauen.)

Als die Könige von uns gingen, nahmen sie allerlei Brunt und Burden mit fich; es verschwand mit der Majestät auch die altgewohnte Berbindung von "Thron und Altar". Es wird in den Rirchen nicht mehr für den Landesvater gebetet, und die firchlichen Oberleitungen werden nicht mehr als Königliche Konsistorien oder Königliche Superintendenten bezeichnet. In den evangelischen Landestirchen gibt es teinen "Landesbischof" mehr: Mit einem Schlage find die Rirden von ihren staatlichen Bindungen frei geworden. Dadurch ift zwar mancher in seinen Gefühlen verlett, weil er noch an den liebgeworbenen Gewohnheiten hängt, aber es ift gleichzeitig auch ein herzenswunsch vieler ber allerbeften Chriften erfüllt, benn in hunderttaufend treuen Chriftenhergen wurde es ichon seit langer Zeit als eine Verweltlichung der Kirche empfunden, daß es in ihr ein sichtbares, irdisches Oberhaupt geben follte. Es murbe ein Unterschied gefunden zwischen dem wahren Evengelium der Bergpredigt und der offiziellen Berfassung der Stoatsfirche. Aus tieffter Frömmigkeit heraus wurde ber Tag ersehnt, an dem einst einmal der einfache Glaube wieder ohne Zepter und Kronen walten wurde. Dann erft, fo hoffte man, murden wir den vollen Segen ber heiligen Gemeinschaft des Glaubens genießen fonnen.

Dieser Lag der Befreiung des Glaubens vom öffentlichen Joch ist schneller herbeigetommen, als wir dachten. Wie ein Dieb in der Nacht tam die große Uberraschung: eure weltlichen Retten fallen zu Boden! Es tam alles aber so schnell und gewattsam, daß es vielen Chriften noch gar nicht aufgegangen ist, wie sehr Gott durch die Revolution mit ihren Seelen redet. Jest erft wird das allgemeine Brieftertum der Gläubigen gur Bahrheit werden, denn jest sollt ihr alle, Männer und Frauen, die Träger und Trägerinnen eurer Rirche fein! Ihr werbet zeigen, ob euch euer

Staatsbürgerichule

Berlin RR. 40, Kronpringenufer 27, IH. Tel Moabit 9596. Borlejungen in der Zeit vom 6. bis 11. Oftober 1919.

Universitätsprojeffor Dr. Bergitraeffer: "Geschichte und Brogramm der politichen Berteien." Womag, den E. Oftober, 6—8 Uhr abends (3. Vortrag.)

Friedrich Weinbaujen, M. d. N.: "Geschichte und Ziele der gewersschritigen, wirtschaftlichen und beruflichen Organisationen." Montag, den 6. Oktober, 8—9 Uhr abends. (3. Vortrag.)

Dr. Karl Böhme, M. d. A.: "Die deutsche Landwirschaft." Montag, den 6. Oftober, 9—10 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Georg Bernhard, Berlagsdirefter: "Die politiche Presse des In- und Auslands." Dienstag, den 7. Oktober, 6—8 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Martin Bend, Redafteur: Organisationskunde, Bereinsand Berkammlungsrecht. Dienstag, den 7. October, 8—10 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Wilhelm Heile, Cheftedafteut, DR. d. A.: "Die Kunst der politischen Rede." Mittwoch, den 8. Oktober, 6—7 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Bilhelm Heile, Chefredatteur, M. d. A.: "Die Verjasjung der Deutschen Republik." Wittmoch, den 8. Oktober, 7—8 Uhr abends. (3. Vortrag.)

Dr. Luppe, Burgermeifter, D. d. R .:

"Der Aufvau der deutschen Berwaltung im Reich, Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde." Wittwoch, den 8. Oftober, 8—10 Uhr abends. (3. Bertrag.)

Dr. Käthe Gaebel: "Soziaipolitit." (Heimarbeit.) Donnerstag, den 9. Oktober, 6—8 Uhr abends. (8. Bortrag.)

Dr. Bergitraeffet: "Innerpolitische Geschichte Deutschlands feit den Freiheits-

Donnerstag, den 9. Ott., 8—10 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Dr. L. Duidde, M. d. A., Universitätsprosessor: "Geschichte der deutschen Versassung von den Gesesten Zeiten dis zur Gegenwart." Freitag. den 10. Ottober, 6—7 Uhr abends. (3. Bortrag.)

Dito Anichte, Chefredatteur, M. d. A.: "Brogramm und Organization der Deutschen dem. Bartei." Freitag, den 10. Oktober, 7—8 Uhr abends. (3. Vortrag.)

Dr. Hans Wehberg, Liga für Böllerkund: "Bölferrecht und Friedensbewegung." Freitag, den 10. Oftober, 8—10 Uhr abends. (3. Borirag.)

Dr. Paul Rehrbach: "Auswärtige Bolitit." Sonnabend, den 11. Oft., 8—10 Uhr abends. (8. **Bort**rag.)

Ankündigung für Kurse in der Staatsbürgerschule 1919

Artikel Naumanns zur Kirchenfrage für den Frauenausschuss der DDP während der Nationalversammlung 1919

Der Bruch mit der Kirche

(Zitat aus Theodor Heuss: Friedrich Naumann, S. 122)

Am 16. Dezember 1895 - vier Tage nach Stoeckers sechzigstem Geburtstag - hatte der Evangelische Oberkirchenrat seinen Erlass gegen die »sozialen Pfarrer«, gegen ihre »unbesonnene Parteinahme für die Forderungen einer einzelnen Bevölkerungsklasse« bekanntgegeben. »Den hervorgetretenen irrigen Anschauungen gegenüber kann nicht nachdrücklich genug betont werden, dass alle Versuche, die evangelische Kirche zum maßgebend mitwirkenden Faktor in den politischen und sozialen Tagesstreitigkeiten zu machen, die Kirche selbst von dem ihr von dem Herrn der Kirche gestellten Ziele: Schaffung der Seelenseligkeit, ablenken müsse...« Das richtete sich gegen die »Jungen«, aber es traf weniger sie als Stoecker, der stärker als die meisten von ihnen die spezifisch kirchliche Aufgabe in der sozialen Arbeit herausgestellt hatte. Aber, wie dem sei, wie der Aufgabenkreis und die Sinnverwirklichung einer evangelischen Kirche gedeutet werden mochte und mag — das Bestürzende dieser Erklärung war, dass sie von derselben Behörde erlassen wurde, die vor fünf Jahren ihre Geistlichen aufgefordert hatte, die Arbeiterfrage zu studieren und in den Kampf um ihre gerechte Lösung einzutreten. Stoecker nennt den Erlass brieflich »scham- und ehrlos«, »die klirrende Kette am Bein des Staatskirchentums«. Der freundliche Wind für eine christlich-soziale Gesinnung, der vor ein paar Jahren einen freudigen Enthusiasmus belebt hatte, war einer starren Kälte gewichen. Ein paar Wochen später bestätigte der königliche Summus episcopus diese Wendung: »Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, ist auch sozial, christlich-sozial ist Unsinn, « Das war, in dem bösen Stil, der den alten Fritz kopierte, mit persönlichen Ausfällen gegen Stoecker, am 28. Februar 1896 vom Berliner Schloss depeschiert worden ... Stoecker hatte im Sommer 1895 an Naumann geschrieben: »Schenkt es Ihnen Gott, was er uns versagt hat, dass Sie eine große Arbeiterpartei zu bilden vermögen, so wird sich niemand mehr freuen als ich ... Gott hat Ihnen, glaube ich, eine große Mission zugedacht; aber sie müssen, glaube ich, das Evangelische im Evangelisch-Sozialen mehr betonen."

(Zitat aus: Ursula Krey: Der Naumann-Kreis, in R. von Bruch, F. N. in seiner Zeit, S. 132) Die Konflikte mit dem Frankfurter Konsistorium eskalierten schließlich in der Frage des politischen Engagements und hatten eine öffentliche Maßregelung seitens der Kirche zur Folge - ein Akt, der allerdings das Gegenteil bewirkte. Ein Beispiel aus der praktischen Gemeindearbeit soll das Gesagte veranschaulichen. So berichtete ein kaufmännischer Beamter von seinen ersten Kontakten zum Frankfurter Arbeiterverein, mit dem er als Lehrling zu Beginn der neunziger Jahre in Berührung kam. Er schilderte die "schweren Kämpfe" zwischen seiner materialistischen Weltauffassung und dem Christentum. Ausschlaggebend für seine Teilnahme am Vereinsleben war schließlich die Überzeugungskraft Naumanns, denn: "Ich merkte, der Mann hat Führer-Qualitäten; von pfäffischer Verdummung und beabsichtigter Irreleitung armer Schäflein, die durch Erlernen von Bibelsprüchen und Gesangbuchsversen erzielt werden, konnte hier keine Rede sein." Die früheren Vorurteile des Lehrlings hatten sich als hinfällig erwiesen: und er schwärmte im Rückblick von der schönen Zeit: "verbunden mit ihm blieb ich durch das Lesen seiner "Hilfe" und seiner Werke." Seinen späteren beruflichen Erfolg schrieb er diesen prägenden Einflüssen zu. So verwandelte sich die anfangs kritisch-reservierte Erwartungshaltung erst allmählich in eine bedingungslose Gefolgschaft. Eine solche Verbundenheit durch die Hilfe-Lektüre ist typisch für die Rezipienten, besonders im Vergleich zum persönlichen Austausch bei den Weggefährten und zum regen Briefwechsel bei den Multiplikatoren. Der eben genannte Kaufmann erlebte jedoch ebenso die Probleme jener Zeit mit dem Frankfurter Konsistorium, die Naumann selbst bitter mit den Worten kommentierte: "Die Stellung eines sozialen Pastors habe ich zur Genüge am eigenen Leibe erfahren müssen. ... Man warf uns ins Wasser, und wenn wir ertranken, wars unsere Sache."

(Zitat aus: Ursula Krey: Der Naumann-Kreis, in R. von Bruch, F. N. in seiner Zeit, S. 136) Nach einer zweijährigen Verbandstätigkeit in der Südwestdeutschen Konferenz der Inneren Mission als Interimslösung gab Naumann 1897 endgültig sein Pfarramt auf und widmete sich ausschließlich der Publizistik und Politik, fortan ohne sicheres Einkommen noch mehr auf Unterstützung angewiesen. Zugleich verlegte er seinen Wohnsitz nach Berlin, was eine entscheidende Zäsur in persönlicher, beruflicher und politischer Hinsicht bedeutete. Die zunehmende Konzentration auf die "Hilfe" als Haupteinnahmequelle sowie als Kommunikationsforum bestärkte den inneren Zusammenhalt und eine politisierte Identität des Naumann-Kreises, während nach außen hin, über lokale und regionale Grenzen hinweg, weite Leser- und Leserinnenkreise erreicht

wurden. Der öffentliche Wirkungsgrad wurde dadurch wesentlich erweitert, obwohl ein zweites risikoreiches Zeitungsprojekt 1897 an mangelnder Resonanz scheiterte: "Die Zeit" war als "Organ für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage" von Naumann für ein bildungsbürgerliches Publikum konzipiert, jedoch durch den Ortswechsel organisatorisch unzureichend umgesetzt worden. Neben den Pfarrern verzeichnete der Kreis einen regen Zulauf von Professoren (Baumgarten, Bärge, Bousset, Brentano, Curtius, Deissmann, Goetz, Harnack, Jäckh, Jastrow, Lamprecht, von Liszt, Lotz, Quidde, Schubring, Schulze-Gaevernitz, Sohm, Tönnies, Weber), darunter nicht nur Geistes-, sondern auch Naturwissenschaftler (von Düring, Voigt); außerdem freie Berufe, wie Rechtsanwälte, Journalisten, einige Fabrikanten, Unternehmer und Industrielle (z.B. Robert Bosch, Peter Bruckmann, Walther Rathenau, Hans Jordan), Kulturschaffende (wie Erich Schlaikjer); aber auch Angehörige des klassischen Mittelstandes, Handwerker und Lehrer, und sogar ein paar Arbeiter gehörten dazu. Ein solch weites Spektrum an Berufen, mit einem hohen Anteil an gesellschaftlichen Meinungsbildnern, war bemerkenswert. Hier wurden berufliche und soziale Schranken überwunden, auch wenn Meinungsverschiedenheiten an der Tagesordnung waren.

Elly Heuss - Knapp

Elly Knapp, die Tochter des Straßburger Wirtschaftswissenschaftlers Georg Friedrich Knapp, wurde durch die Lektüre der "Hilfe" tief geprägt, wie sie 1902 an Naumann schrieb, als sie ihm für "Die Zeit" ein kleines Legat übertrug. Persönlich lernte sie ihn erst 1904 kennen, als er als Politiker in Straßburg war. Wegen seiner Bekanntschaft mit Knapps und anderen war Naumann an der Entwicklung der Verfassungsfrage im Elsass sehr interessiert und beteiligt. Elly Knapp, die im Naumann-Kreis Theodor Heuss kennengelernt hat, schreibt in ihren Briefen: (Zitate aus: Elly Heuss-Knapp: Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen. 1961)) (an Friedrich Naumann, noch unbekannt, Oktober 1902) ... Ich möchte gern die Gelegenheit benutzen, um Ihnen zu danken für alles, was Sie seit Jahren, ohne es zu wissen, mir geschenkt haben. Ich kann sagen, dass Sie keinen geringen Teil an meiner Erziehung hatten, ich war fast noch ein Kind, als ich mir schon von meinem Taschengeld die "Hilfe" hielt. Und ich habe es Ihnen zu danken, dass mir seither alle die sozialen Gedanken immer mehr zum Lebensinteresse und Lebensinhalt werden.

(an Lotte Jürgens November 1904, S. 36) ... Außerdem stehen wir noch so ganz unter dem Eindruck der Naumann-Tage, dass es mir vorkommt, als müssten alle Menschen, die ich liebhabe, auch etwas davon spüren. Denk Dir, nach dem Naumann-Vortrag in dem Unionssaal sagte ich ihm guten Tag, nachdem er mich schon durch Nicken begrüßt hatte. Da streckte er mir gleich seine Hand entgegen und fragte, wann er mich besuchen dürfe. Ich sagte in so einem Ton: "Wann Sie wollen", dass er sehr lachen musste. Und er hat uns am Tag darauf eine ganze Stunde lang besucht. Ich habe ihn dann noch den ganzen Staden runterbegleitet und gab mir Mühe, Bescheidenheit zu heucheln, so oft ich Bekannten begegnete.

Am nächsten Tag war Versammlung im "Roten Haus" in Schiltigheim. politische Versammlung, Bier, Rauch und Debatte mit den Sozialdemokraten. Nur zehn bis zwanzig Damen, zum ersten MaL dass Damen überhaupt anwesend waren. Es war wieder fein, dauerte aber von acht bis dreiviertel ein Uhr! Darauf war ich so drin in der Begeisterung, dass ich am folgenden Sonntag mit noch zehn andern nach Saar-Union fuhr, auch zu einer Versammlung. Vorher hatten wir noch mit Naumann gegessen und fuhren abends auch mit ihm heim. Du kannst Dir denken, dass ich die ganze Woche in erhöhter Temperatur lebte und dass mir jetzt der stille November recht grau vorkommt.

(an den Vater November 1905, S. 51) Das war also das eine große Erlebnis. Das zweite wurde der Abend bei Naumann. ... Es waren noch außer mir einige der jungen "Hilfe"-Redakteure da, alles Brentano—Schüler ... ein sehr netter Abend. Naumann, ganz und gar nicht Politiker, sondern ein christlicher Hausvater, der das Tischgebet spricht. Als wir eng beisammen an dem kleinen Tisch unter der Hängelampe saßen, lachte er und sagte, so wie in Mannheim, wo wir zuletzt bei Hirschs zusammen waren, sei's hier nicht. Und ich fand, dass es viel schöner sei und viel mehr zu ihm gehörig.

(an den Vater September 1906, S. 84): Naumann malt viel. Neulich saß ich einen ganzen Morgen dabei und las ihm die Bauernballaden vor. Er hat merkwürdigerweise sehr wenig Sinn für die Gedichte, überhaupt für Literatur. Lyrik verachtet er. Aber manche Balladen haben ihm gefallen – wenn und weil sie auf historischer Grundlage beruhen. Sobald sie erfunden sind, findet er es Blech. Ebenso sind seine Aquarelle. Man darf nie etwas malen, was nicht da ist, und nie etwas weglassen. Er ist ein genialer Rationalist.

Die Daily-Telegraph-Affäre und der Bruch mit dem Kaiser

(Friedrich Naumann in einem Brief an Max Weber vom 30. Oktober 1908, zwei Tage nach der Veröffentlichung des Interviews, bei Heuss, S. 285):

Während der letzten Tage habe ich unausgesetzt an unser Gespräch in Heidelberg denken müssen. Ich muss zugeben, dass Sie in der Beurteilung des Kaisers leider recht gehabt haben. Es wird mir schwer, dies zuzugeben, aber ich glaube, dass wir von jetzt ab politisch nur noch darüber nachdenken können, wie wir die Einwirkungen dieser Stelle auf die deutsche Politik vermindern können. Das ist keine kleine Sache, und es sind bis heute wenige, die diese Angelegenheit unter größeren und weltgeschichtlichen Gesichtspunkten auffassen. Soviel ich sehe, wird man im Reichstag einiges zur Kritik sagen, aber im übrigen alles lassen, wie es ist. Meine Versuche, die Reichsfinanzreform zu einer Vermehrung der Rechte des Reichstags zu benutzen, haben im eigenen freisinnigen Kreise bis jetzt kein Verständnis gefunden. Die heutigen Freisinnigen sind so weit entfernt von einer Generation, die staatsbildend wirkt, dass sie nicht einmal mehr einen inneren Trieb in dieser Richtung empfinden...«

Gerhard A. Ritter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1914. Ein historisches Lesebuch. S. 316 ff: Die Kritik an Wilhelm II. und seinem Regierungsstil erreichte ihren Höhepunkt in der sog. Daily-Telegraph-Affäre. Die Krise wurde ausgelöst durch ein in der Londoner Zeitung Daily Telegraph am 28. Oktober 1908 veröffentlichtes Interview des Kaisers mit einem pensionierten britischen Obersten, in dem Wilhelm II. unter Verwendung vertraulicher Informationen in denkbar taktloser Form die deutschen Beziehungen zu Großbritannien und anderen Großmächten erörterte. Das vorher dem Kanzler von Bülow zur Prüfung vorgelegte Interview, in dem der Kaiser seine Freundschaft gegenüber England mit der England-Feindschaft der Mehrheit der deutschen Bevölkerung kontrastierte, musste den Eindruck von der Zwiespältigkeit und Unzuverlässigkeit der deutschen Politik verstärken und die außenpolitische Situation des Reiches verschlechtern. Unter dem Eindruck der einmütigen Kritik der deutschen Presse, aller Parteien, ja selbst des preußischen Staatsministeriums und der Vertreter der Bundesstaaten, hat Wilhelm II. schließlich Bülow die in der Presse veröffentlichte Zusage gegeben, dass er künftig die verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten in der Politik des Reiches wahren wolle.

Der liberale Publizist und Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann erörtert unter dem Eindruck der Daily-Telegraph-Krise in einer Artikelserie der >Hilfe< vom Januar 1909 die Notwendigkeit und die Schwierigkeit einer grundlegenden Reform des deutschen Regierungssystems.

Ein großer Sturm ist durch unser politisches Leben dahergebraust, ein Sturm des Volksempfindens gegen den Kaiser. Nicht das ist das wesentlichste, was dabei an Verfassungsänderungen erreicht oder vielmehr nicht erreicht wurde, sondern die Tatsache selbst, dass nun das Kaiserproblem vor aller Welt aufgeworfen ist [...]

Dieser spätere Geschichtsschreiber wird viel mehr von unserem gegenwärtigen Kaiser wissen als wir, denn ihm werden besonders in der auswärtigen Politik Aktenstücke sich öffnen, die für uns verschlossen sind, und vor allem wird er wissen, ob die Zeit Wilhelms II. mit einer großen nationalen Niederlage schließen wird oder nicht. Wir hoffen, wünschen, ersehnen mit allen Fasern unseres Wesens, dass es nicht geschehe, aber wer will es leugnen, dass wir alle im stillen uns vor einer politischen Katastrophe fürchten, die nicht kommen muss oder soll, aber die doch kommen kann? Wir überdenken die ungeheure Macht, die durch Erbschaft, Geschichte, Verfassung, Zeitlage und Personalkraft in diese eine Hand gelangt ist, ahnen, wie alle Anforderungen an sie im Augenblicke der nationalen Gefahr sich ins unabsehbare steigern werden, und fühlen, dass eine fast übermenschliche Last in der Vereinigung aller monarchischen Rechte liegt. Die Steigerung des Heeres, der Marine, der Artillerie, des Verpflegungswesens, der öffentlichen Anteilnahme an allen Vorgängen machen den Zukunftskrieg zu einem Rätsel von grauenhafter Dunkelheit. Dieser Krieg steht im Mittelpunkte des monarchischen Problems, denn sowohl die alte wie die neue Monarchie ist in ihrem Kerne Militärhoheit und Leitung des Verteidigungssystems. Möge er gnädig an uns vorübergehen! Möge er überhaupt nicht kommen, damit der Historiker dereinst nichts anderes zu behandeln habe als eine Zeit des Friedens ohne Einbuße an weltgeschichtlicher Macht! [....]

Die monarchische Person wird voraussichtlich solange an der Spitze der deutschen Reichsverwaltung stehen, als sie einen ehrenhaften Frieden zu garantieren in der Lage ist oder sich im Kriege bewährt. Welche Folgen eine Niederlage haben würde, kann niemand vorhersehen, da in diesem traurigsten Falle alles auf die Umstände ankommt, unter denen sich das Unheil vollziehen würde.

Irgendwelche Absichten oder Möglichkeiten, vor einer nächsten weltgeschichtlichen Prüfung die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Regierungssystems zu ändern, bestehen fast auf keiner Seite, umso weniger als bei allen schweren Sorgen, die man hinsichtlich der monarchischen Führung hat, jede andere Art, die nationalen Kräfte zu organisieren und zu dirigieren, als noch gefahrvoller und für jetzt geradezu undenkbar erscheint. Die Monarchie ist ja deshalb so hoch gestiegen, weil es neben ihr überhaupt keine regierungsfähigen Stellen gibt. Es gibt keine regierungsfähige Aristokratie und keine regierungsfähige Demokratie, keine regierende Parlamentsmehrheit, und nicht einmal eine Stelle, die morgen die sichere Führung der Staatsgeschäfte in die Hand nehmen könnte, wenn heute die Monarchie versänke. Um die mächtige Zentralstelle herum ist eine höchst unbehagliche Leere. Man lasse alle unsere politischen Helden am geistigen Auge vorübergehen, sowohl die Minister wie die Parlamentarier, und erst wenn man das getan hat, weiß man, worauf die Monarchie beruht. Sie beruht nicht zum kleinsten Teil darauf, dass die größten organisatorischen Talente des Deutschtums nicht in die politische Arbeit hineingehen. Wir sind ein unpolitisches Volk. und deshalb kommen wir nicht los vom Monarchen.

Das ist kein angenehmes Bekenntnis, und manche meiner Freunde würden es für klüger halten, wenn ich es nicht ausspräche. Aber was hilft es, wenn wir uns vormachen, wir würden am Morgen nach dem Tode der Monarchie eine regierungsfähige Demokratie oder irgendetwas Ähnliches besitzen? Lasst uns doch offene Augen haben! Wenn heute der Reichstag allein die Quelle der staatlichen Machtausübung wäre, wenn Königtum und Bundesrat uns aus einem seligen Jenseits dabei ironisch zuschauten, was würde diese Quelle der Macht anfangen? Würde sie das sein, was das englische Unterhaus in seinen besten Zeiten unter Disraeli und Gladstone gewesen ist? Sicherlich nicht, denn auch dieses Unterhaus ist langsam gewachsen. Es wuchs im Kampf mit Monarchen, aber nicht indem es plötzlich an ihre Stelle trat, sondern indem es langsam anfing, sich mit ihnen in die Verantwortung zu teilen. Auch diejenigen von uns, die für die Zukunft eine Erhöhung der Regierungsfähigkeit des Parlaments erstreben und erhoffen, können jetzt nicht vor das Volk hintreten und ihm sagen: vertraut das Schicksal eueres politischen und wirtschaftlichen Lebens irgendeiner Blockmehrheit an, wie sie zur Zeit im Reichstage möglich ist! Ganz gleichgültig, wie man diese Mehrheit herausrechnen möchte, so wird sie stets eine Zusammenfassung von starken Gegensätzen sein, mag sie mit oder ohne Zentrum geknetet werden. Es ist hier nicht der Platz, darzustellen, weshalb das alles so ist. Das ist eine Sache für sich. Genug, dass wir als Ergebnis des letzten Bismarckischen Jahrhunderts eine so bedauerliche politische Blutarmut im deutschen Volke vorfinden, dass es keine hinreichenden Gegenkräfte gegenüber der Monarchie *gibt!* [...]

Carlyle sagt irgendwo, dass jedes Volk die Regierung hat, die es verdient. Das antworten wir allen denen, die jetzt mit einem Male jammern und wehklagen, als sei es etwas ganz Neues, dass die deutsche Politik nicht vom deutschen Volke selber gemacht wird. Ihr Klageweiber, was habt ihr denn bisher getan? Wo wart ihr denn, wenn Volkspolitik gemacht werden sollte? Wo waren eure Gedanken und wohin flossen eure finanziellen Mittel? War euch nicht jede Tänzerin wichtiger als die Ausübung des obersten Regiments? Wo waret ihr bei den Versammlungen der Staatsbürger? Ihr verlangt, dass der Kaiser euch nicht von oben herab behandeln soll? Ihr! Erst soll unsere Bildungsschicht etwas tun, ehe sie ein Recht hat zu räsonnieren. Ihr werft dem Kaiser vor, dass er nicht methodisch politisch arbeitet. Ganz recht. Aber macht ihr es denn anders? »Dem impulsiven Regiment« entspricht eine Bildungsschicht, die ganz ebenso ist. Dieser Kaiser, über den ihr euch aufregt, ist euer Spiegelbild! Ihr werdet in demselben Maße von seinem persönlichen Regime freiwerden, als ihr selbst etwas Politisches tut! Ihr sagt, er redet zuviel! Gewiss! Aber was tun denn die anderen? Wer überlegt gründlich, wer studiert Politik, wer achtet die politische Geistesarbeit der Väter? Das Volk soll sagen: mea culpa, mea maxima culpa, wir selber sind schuld, dass alles so weit gekommen ist. Wir alle müssen den Staat neu begreifen lernen, den neuen Staat mit seinem Großbetriebscharakter, und müssen von vorn an lernen, für den neuen Staat ein neues Regiment zu schaffen, eine Form des Regiments, die den Volksbedürfnissen entspricht in der Art des englischen Systems. Auch das englische System ist nur solange wirksam, als das englische Volk ein politisch tätiges Volk ist. Sobald es erschlafft, kommt entweder der Absolutismus oder die Niederlage oder beides. In diesem Sinn brauchen wir eine politische Reformation an Haupt und Gliedern. Sie wird den Inhalt der politischen Kämpfe der nächsten Jahrzehnte ausmachen. -

Die Reichskanzler nach Bismarck:

Leo von Caprivi 1890 - 1894 Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst 1894 - 1901 Bernhard (seit 1899 Graf) von Bülow 1901 - 1909 Theobald von Bethmann-Hollweg 1909 - 1917 Georg Michaelis (Juli bis Oktober 1917) Georg (seit 1914 Graf) von Hertling (November 1917 bis September 1918) Prinz Max von Baden (September bis 9. November 1918)

Die ungelösten Verfassungsfragen:

Die preußische Wahlrechtsreform. In Preußen galt immer noch das Dreiklassenwahlrecht, im Reich und in den anderen Bundesstaaten das allgemeine Wahlrecht. Verschiedene Reformansätze scheiterten, so von Bethmann-Hollweg 1910. In der kaiserlichen Osterbotschaft von 1916 wurde die Reform angekündigt, aber erst im Oktober 1918 umgesetzt.

Die elsässische Verfassungsreform: Elsass-Lothringen war seit 1871 "Reichsland" unter preussischer Verwaltung, in einem extrem föderativen Bundesstaat waren die Elsass-Lothringer ohne eigene Vertretung und damit Reichsbürger zweiter Klasse. Die Reformansätze von 1911 mit einer eigenen Landesvertretung wurden verwässert und vom Militär ausgebremst. Der "Zwischenfall von Zabern" verhärtete im Herbst 1913 die Fronten weiter.

Mehr Einfluss des Reichstags auf Militär, Finanzen und Haushalt und auf die Zusammensetzung der Regierung bis hin zur "Parlamentarisierung" der Reichsregierung wurden von einzelnen erhoben, aber von den Reichstagsparteien in ihrer Mehrheit nicht gefordert. Erst die Regierung Hertling begann, mit den Parteien zusammenzuarbeiten, und erst im Oktober 1918 wurde die Regierung vom Vertrauen des Reichstags abhängig gemacht.

Die wichtigsten Weggenossen Friedrich Naumanns:

Max Weber (1864 – 1920), Soziologe, Jurist, Nationalökonom, Seit 1896 Professor in Heidelberg, mit Friedrich Naumann bekannt und Mitbegründer des national-sozialen Vereins. Max Weber war ein scharfer Kritiker des Kaisers und der Reichsverfassung und für viele Positionen Naumanns der grundlegende Analytiker.

Das Haus seines jüngeren Bruders Alfred Weber (1868 – 1958), Professor für Kultursoziologie in Heidelberg, war ein konstanter Treffpunkt für den Freundeskreis.

Lujo Brentano (1844 – 1931) war ein einflussreicher Professor für Wirtschaftswissenschaften und "Kathedersozialist", der für einen sozialen Ausgleich und eine Annäherung an die Gewerkschaften und die Sozialdemoktatie eintrat und in ständigem Austausch mit Naumann stand. Bei ihm promovierte der Naumann-Jünger Theodor Heuss.

Adolf Damaschke (1865 – 1935) war Pädagoge und Führer der Bodenreformbewegung in Deutschland. Er gehörte zu den "freien Christen" und trat für eine andere und offene Schule ein. Deshalb wurde er als Lehrer entlassen. Er wurde Herausgeber des "Naturarzt" und wirkte für eine Reform der Lebensführung, für die Bewegung der Sonnen- und Lichtbäder. Auch Naumann war aus eigener Erfahrung (eine Kneipp-Kur hatte ihn geheilt, nachdem alle ärztlichen Versuche nicht genutzt hatten) ein Anhänger der Naturheilkunde. Damaschkes eigentliches Thema wurde aber die Bodenreform, die jedem den Weg zum eigenen Haus öffnen sollte. Der Siedlungsbau, der nach dem ersten Weltkrieg überall neue Wohnsiedlungen und Vororte schuf, geht auf seine Ideen zurück. Damaschke gehörte zum engeren Naumann-Kreis.

Theodor Heuss (!884 – 1963), Jünger und später Freund von Friedrich Naumann, sein Nachfolger in der Berliner Hochschule für Politik und als demokratischer Abgeordneter und sein wichtigster Biograph. Theodor Heuss hat nach dem zweiten Weltkrieg dafür gesorgt, dass die FDP-nahe Stiftung den Namen von Friedrich Naumann übertragen bekam.

Georg Friedrich Knapp, Professor für Nationalökonomie in Straßburg, seine Tochter Elly und der (reichsdeutsche) Straßburger Bürgermeister Otto Back (bis 1907) und sein (elsässischer) Sozialdezernent und Nachfolger Rudolf Schwander, die baulich viel für das neue Straßburg geleistet hatten, aber vor allem für ihre vorbildliche Sozialpolitik bekannt waren, das "Straßburger System", das vieles von den national-sozialen Ideen Friedrich Naumanns umgesetzt und praktisch erprobt hatte.

Der Angriff von Götz Aly (24.01.2011):

Das historische Elend des deutschen Liberalismus heißt Friedrich Naumann (1860–1919). Die FDP ehrt diesen Mann seit 1958 als Namenspatron ihrer parteinahen Stiftung. Er gehört in die Gilde der politisierenden Pastoren und veröffentlichte 1897 das Manifest National-sozialer Katechismus. In protestantisch-belehrender Art kommt dieses politische Programm als Abfolge von 268 Fragen und Antworten daher. Hier eine Kostprobe:

"Warum nennt ihr euch nationalsozial? Weil wir überzeugt sind, dass das Nationale und das Soziale zusammengehören. Was ist das Soziale? Es ist der Trieb der arbeitenden Menge, ihren Einfluss innerhalb des Volkes auszudehnen. Was ist das Nationale? Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluss auf der Erdkugel auszudehnen. Kann man den Einfluss aller Kulturvölker nicht gemeinsam ausdehnen? Nein, denn dazu ist der Absatzmarkt für diese Völker nicht groß genug. Hat die Sozialreform in Deutschland gute Aussichten? Ja, sobald sie in Zusammenhang mit der Machterweiterung des deutschen Volkes betrieben wird.

Aus welchem Grund muss also die arbeitende Menge national sein? Aus Selbsterhaltungstrieb. Was für eine Politik ist demnach zu fordern? Eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen. Was für Kolonien sind zu erstreben? Kolonien in gemäßigtem Klima, wo deutsche Ansiedlungen möglich sind. Bei welchen Gelegenheiten können solche Kolonien gewonnen werden? Bei Friedensschlüssen nach glücklichen Seekriegen."

Das sind neun Fragen und Antworten aus der Geisterwelt der Nationalsozialen, die anderen stehen im Internet:

1915 veröffentlichte Naumann das vielgelesene Buch "Mitteleuropa". Darin vergoldete er den Krieg zum "Schöpfer einer mitteleuropäischen Seele" und forderte: "Solange uns also die Sonne noch leuchtet, müssen wir den Gedanken haben, in die Reihe der Weltwirtschaftsmächte erster Klasse einzutreten. Dazu gehört die Angliederung der anderen mitteleuropäischen Staaten und Nationen." Wer sollte nach Naumann die herrlichen imperialen Ziele erreichen? "Unsere Arbeiterschaft zusammengebunden mit unseren geschulten Unternehmern, mit unseren Syndikatsleitern, mit unseren Geheimräten und Offizieren." Diese "Volksmaschine geht ihren Gang, ob der Einzelmensch lebt oder stirbt", schwärmte Naumann und freute sich, wie "von allen Seiten der Staats- und Nationalsozialismus" wachse.

Der Nobelpreisträger und ordoliberale Wirtschaftswissenschaftler Friedrich A. Hayek zählte 1944 Friedrich Naumann zu den Wegbereitern des Nationalsozialismus. Hitler hatte große Passagen seines außenpolitischen Programms bei diesem abgeschrieben, und wer Naumann liest, begreift, warum die fünf liberalen Abgeordneten des Reichstags, darunter Theodor Heuss und Ernst Lemmer, am 24. März 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zustimmten, und zwar mit dieser Begründung: "Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen wurde."

Frage an die Damen und Herrn der FDP und der Friedrich-Naumann-Stiftung: Warum um Himmels willen pflegen Sie diesen Namen? Ist Ihnen wirklich alles egal?

Die Antwort Erhard Epplers: Der linke Naumann (14.02.2011)

Friedrich Naumann, 1860 geboren, war ein evangelischer Theologe, der zuerst im Rauhen Haus in Hamburg und dann als Seelsorger in einer Gemeinde von Textilarbeitern erfuhr, wie das Leben eines Arbeiters oder einer Arbeiterin um 1890 aussah. Er schlug sich auf ihre Seite und war überzeugt, dabei in der Nachfolge Jesu Christi zu handeln. Was er "christlich-sozial", manchmal sogar "christlichen Sozialismus" nannte, stieß in seiner mehrheitlich stockkonservativen Kirche auf empörten Widerspruch. Daher nannte er später seinen Verein nicht mehr "christlich-sozial" sondern "national-sozial". Der Amtskirche setzte er sein Bekenntnis entgegen: "Solange es Menschengeschichte gibt, wird es Sünde und Elend geben. Aber ebenso lange wird es christlich sein, die Finsternis hell zu machen, Sklavenketten zu brechen und Höhlen in Häuser zu verwandeln." Für Liberale muss dieses Credo sehr fremd geklungen haben. Da glaubte einer nicht an den Fortschritt und sah Sklavenketten in einem Land, in dem vor dem Gesetz doch alle gleich waren. Als Naumann einsehen musste, dass seine kleine Partei – die nie mehr als 2 700 Mitglieder hatte - keine Chance hatte, blieb nur die Wahl zwischen Resignation und der Einordnung in eine lebensfähige Partei. Einige Naumannianer schlossen sich den Sozialdemokraten an. Naumann selbst stieß zur "Freisinnigen Vereinigung", weil er nicht ohne Grund fürchtete, dass eine so profilierte Figur wie er, zudem Theologe, in einer so disziplinierten Partei anecken würde.

In Preußen – und das waren um 1900 zwei Drittel Deutschlands – gab es immer mindestens zwei liberale Parteien. Nationalliberale gehörten zu den Stützen der Monarchie, die linken Liberalen, die sich 1910 zur "Fortschrittlichen Volkspartei" zusammenschlossen, eher zu ihren Kritikern.

Naumann, obwohl ein Verehrer des – vor fünf Jahren verstorbenen – Kanzlers, zog 1903 die linken Liberalen vor, weil er dort eher eine Chance sah, seine eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Und das tat er dann mit der ihm eigenen Sprachgewalt und Überzeugungskraft.

Naumann unterschied in vielen Vorträgen und Schriften zwischen einem "älteren", manchmal auch "theoretischen" oder "formalen" Liberalismus und einem "neuen" oder auch "praktischen" Liberalismus. Der alte, formale, theoretische Liberalismus propagierte den freien Markt und also den Freihandel mit allem, auch mit der Arbeitskraft. Der praktische, neue Liberalismus jedoch wusste, "dass nur der frei sein kann, der weiß, wovon er die nächsten vier Wochen lebt. Wer das nicht weiß, dem nützt die schönste Theorie darüber, dass man sich frei verkaufen könne, zunächst nichts" (Die politischen Parteien S. 92). Genau so argumentierten die Sozialdemokraten, und Naumann wusste dies. So konnte er definieren: "Der Sozialismus ist die denkbar weiteste Ausdehnung der liberalen Methode auf alle modernen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse" (Freiheitskämpfe S. 52). Sein "praktischer Liberalismus", zu Ende gedacht, ergab das, was im Godesberger Programm "demokratischer Sozialismus" heißt.

Naumann hat sich bis zu seinem frühen Tode auf der linken Seite der politischen Skala eingeordnet. Er suchte "die Mehrheit links vom Zentrum". Naumann hat 1918 die "Deutsche Demokratische Partei" mitgegründet. Sie sollte, anders als die "Deutsche Volkspartei" Gustav Stresemanns, eine Stütze der Republik sein in einer Koalition mit den Sozialdemokraten. Und das blieb sie auch. Dass ihr die Wähler davonliefen, hatte viele Gründe. Einer war, dass Friedrich Naumann schon im August 1919, 59-jährig, starb.

Naumann war, wie viele aus der Generation Wilhelms II, begeistert vom Werk Bismarcks, dem endlich geschaffenen Deutschen Reich. Ein Chauvinist war er nicht – oder nur einmal in seinem Leben, als er die Hunnenrede seines Kaisers verteidigte. Das hat er dann bedauert, als er, immerhin sechs Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs, diesen Kaiser durchschaute. Sein Buch über "Mitteleuropa" skizziert nicht die Herrschaft einer deutschen Herrenrasse über ihre Nachbarn, sondern einen föderalen Zusammenschluss Mitteleuropas, also auch der Habsburgermonarchie – zu einer Wirtschaftsgemeinschaft unter deutscher Führung. Das war weit weniger unvernünftig als die Annexionspläne, die damals sogar einem Stresemann einleuchteten. Kein Wunder, dass Naumann sich später für die Friedensresolution des Reichstags verkämpfte, die von der deutschen Rechten, später von den Nazis, als Verrat denunziert wurde.

Dass die heutige FDP – und noch mehr ihre Naumann-Stiftung – für einen Liberalismus steht, den Naumann leidenschaftlich bekämpft hat, ist verwunderlich, aber keine Schande. Aus dem National-Sozialen Verein (1896 – 1903) einen Vorläufer der Nazis zu machen, ist nicht einmal den Nazis selbst eingefallen. Mit diesem Verein hat sich Naumann vom antisemitischen Hofprediger Stöcker abgesetzt.

Der europäische Sozialstaat ist in mehr oder minder demokratischen Nationalstaaten entstanden. In diesen Kontext gehört Friedrich Naumann. Mit jenem Bündel aus Ressentiments, das die Nazis schnürten: Antiliberalismus, Antisozialismus, Antisemitismus, Antihumanismus, mit Rassismus und Neuheidentum hatte Naumann nichts zu tun.

Literatur:

Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. DVA Stuttgart 1937.

3. Auflage Siebenstern Taschenbuch 1968.

Margarethe Vater (Hrsg.): Ell Heuss-Knapp – Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen. Wunderlich Tübingen 1961.

(Friedrich-Naumann-Stiftung): Friedrich Naumann 1860 – 1919. 1. Auflage 1985.

(mit vielen Faksimiles und Zeichnungen von Friedrich Naumann).

Gerhard A. Ritter: Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1914. Ein historisches Lesebuch.

VR Kleine Vandenhoeck-Reihe Göttingen 1957.

Peter Theiner: Sozialer Libewralismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im

Wilhelminischen Deutschland (1860 – 1919). Nomos Baden-Baden 1983.

Stefan-Georg Schnorr: Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert.

Nomos Baden-Baden 1990.

Rüdiger vom Bruch (Hrsg): Friedrich Naumann in seiner Zeit. De Gruyter Berlin 2000.

Prinz Max von Baden (1867 - 1929) - der letzte kaiserliche Reichskanzler

Themen:

Prinz Max von Baden als preußischer General und seit 1907 als badischer Thronfolger Prinz Max im 1. Weltkrieg: Rotes Kreuz und Kriegsgefangene. Internationale Kontakte.

Politische Geschichte der deutschen Führung im 1. Weltkriea.

U-Boot-Krieg und Friedensresolution im April 1917 Preußische Reform und Reichsreform Die nicht-parlamentarische Regierung Hertling Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk Die Hoffnung auf die Sommeroffensive 1918

Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler am 3. Oktober 1918
Erwartungen und Defizite
Friedensbemühungen durch Briefe an Wilson
Reformbemühungen
Rücktritt am 9. November 1918.
Übergabe der Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert.



Prinz Max zieht sich nach Salem zurück und arbeitet dort bis zu seinem Tod 1929 vor allem an der Gründung einer Schule für die zukünftige deutsche Elite nach den Ideen von K. Hahn.

Literatur:

Prinz Max von Baden: Deutschlands moralische Aufgabe im Weltkrieg. 2 Kundgebungen. Flugschriften der "Deutschen Politik". Kiepenheuer Weimar 1918. (Rede in der 1. Badischen Kammer Dezember 1917 und Interview Februar 1918)

Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. DVA Stuttgart 1927

Reichhaltige Memoirenliteratur

Prinz Max von Baden. In: Große Badener. Hrsg. Helmut Engler. DVA Stuttgart 1994, S. 211 Prinz May von Baden: In. Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart LpP 2005. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland. 4 Bände München 1954-1968.

Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920. Tübingen 1959. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1961.

1914-1918, Düsseldorf 1961. Hans Herzfeld: Der erste Weltkrieg. dtv Weltgeschichte 20. Jahrhundert, Bd. 1, 1968. Gerhard Schulz: Revolutionen und Friedensschlüsse. dtv WG 20. Jahrh., Bd. 2, 1967. Gerd Hardach: Der erste Weltkrieg. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. J., Bd. 2, dtv 1973

Der Erste Weltkrieg. Wirklichkeit, Wahrnehmung, Analyse. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994

N. Ferguson: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999

Roger Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002 Wolfgang J. Mommsen: Bürgerstolz und Weltmachtstreben 1890 – 1918. Propyläen

Geschichte Deutschlands, Band 7,2, Berlin 1995. Wolfgang J. Mommsen: Die Urkatastrophe Deutschlands: Der Erste Weltkrieg.

Stuttgart Klett-Cotta 2002 (Gebhardt-Handbuch der deutschen Geschichte)
Wolfgang J. Mommsen: Der erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters.
Studien zur Geschichte des ersten Weltkriegs. Fischer tb 2004.

Prinz Max von Baden **Politiker**

1867 - 1929

Quelle: http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/BadenMax/

1867

10. Juli: Prinz Max von Baden wird als Sohn des preußischen Generals Wilhelm Max von Baden und seiner Frau Maria (geb. von Leuchtenberg) in Baden-Baden geboren. Nach einer humanistischen Ausbildung wird Max von Baden preußischer Offizier.

1900

Heirat mit Maria-Luise von Hannover, königlicher Prinzessin von Großbritannien und Irland, Herzogin zu Braunschweig-Lüneburg.

1907

Nach dem Tod seines Onkels wird Max von Baden designierter Nachfolger seines kinderlosen Neffen, des Großherzogs Friedrich II. von Baden, sowie Präsident der Ersten Badischen Kammer.

1911

Er nimmt als Generalmajor Abschied aus dem aktiven Militärdienst.

1914

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs gehört Max von Baden als Vertreter des Großherzogs dem Stab des Generalkommandos des 14. Armeekorps an, dem die badischen Truppen unterstehen. Die Unzufriedenheit mit seiner Stellung und seine schwache Gesundheit veranlassen ihn, in die Heimat zurückzukehren.

Oktober: Mit der Übernahme des Ehrenvorsitzes im Gesamtvorstand des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz beginnt seine Fürsorgetätigkeit zugunsten der Kriegsgefangenen im In- und Ausland. Max von Baden nutzt dabei seine verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen und schwedischen Hof sowie seine Beziehungen in die Schweiz.

1916

Er wird Ehrenpräsident der deutsch-amerikanischen Kriegsgefangenenhilfe des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer (CVJM).

1918

- 30. September. Reichskanzler Georg Graf von Hertling empfiehlt bei seinem Rücktritt Max von Baden als Nachfolger.
- 3. Oktober: Max von Baden wird zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten berufen.
- Oktober: Auf Druck der Obersten Heeresleitung (OHL) übermittelt Max von Baden ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson auf Basis von dessen 14-Punkte-Programm.
- 26. Oktober: Max von Baden erzwingt die Entlassung des Generals Erich Ludendorff aus der OHL.
- 9. November: Um die Monarchie zu retten, verkündet er eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übergibt Friedrich Ebert, Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), das Amt des Reichskanzlers. Die SPD ist stärkste Partei in Reichstag.

Nach seinem Rücktritt widmet er sich auf Schloß Salem der Gründung einer Schule, die zur Heranbildung einer neuen geistigen Elite in Deutschland beitragen soll.

6. November: Prinz Max von Baden stirbt in Salem.

Politische Führung im 1. Weltkrieg

Wilhelm II., geb. 1859, König von Preußen und Kaiser seit 1888 Er ernennt und entlässt auf eigene Verantwortung den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten. Er war "oberster Kriegsherr" und damit die höchste militärische Autorität.

Theobald von Bethmann Hollweg, geb. 1856, Jurist in der preußischen Staatsverwaltung, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, seit 1907 zusätzlich (Reichs-)Staatssekretär des Inneren, 1909 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Er vertrat als Kriegsziel eine eher "indirekte Hegemonie".

Der Reichskanzler war der einzige verantwortliche Minister, unter ihm standen fünf Staatssekretäre, aber keiner für Krieg. Dafür war ausschließlich die OHL zuständig.

Helmuth von Moltke, geb. 1848, Neffe des älteren Moltke, preußische Militärkarriere auch im vom diesem zum Führungsinstrument ausgebauten Großen Generalstab, von Wilhelm II. protegiert, seit 1906 als Nachfolger Schlieffens Generalstabschef. Er entwickelte trotz eigener Bedenken den Schlieffenplan weiter, der einen Sieg in Frankreich zwischen dem 36. und 40. Tag vorsah. Moltke wurde nach der Marneschlacht durch Falkenhayn an der Spitze der Obersten Heeresleitung (OHL) ersetzt. General Erich von Falkenhayn, bisher preußischer Kriegsminister, verfügte die Einbeziehung der belgischen und nordfranzösischen Schwerindustrie in die deutsche Rüstungswirtschaft und gilt als Erfinder der Abnutzungsstrategie von Verdun 1915/1916, mit der Frankreich "ausgeblutet" werden sollte.

Der Reichstag war 1912 neu gewählt worden und hatte folgende Zusammensetzung: Konservative 57 Abg, Nationalliberale 45, Linksliberale 42, Zentrum 91, SPD 110, andere 52. Der Reichstag war nach Mehrheitswahlrecht gewählt, der preußische Landtag nach dem Dreiklassenwahlrecht von 1850, und der Reichskanzler war nicht vom Vertrauen des Reichstags abhängig. Die Linksliberalen, das Zentrum und die SPD waren für eine Verfassungsänderung: Gleiches Verhältniswahlrecht im Reich und in Preußen und "Parlamentarisierung" der Reichsregierung.

Burgfrieden: Der Kaiser kannte in seiner Rede vom 4. August 1914 "keine Parteien mehr, nur noch Deutsche", und der Reichstag nahm in einer Sondersitzung die Kriegskredite an. Die Kriegsführung galt nicht als Sache der Politik. Tatsächlich wurden politische Entscheidungen immer mehr in den Kronrat übertragen, in dem unter der Führung des Kaisers Politiker und Militärs gemeinsam entschieden, wobei seit der Ernennung der 3. OHL mit Hindenburg und Ludendorff im Sommer 1916 die OHL immer stärker die direkte Kontrolle übernahm: Finanzen (Helfferich), Eisenbahn, Rüstungs- und Kriegswirtschaft, Dienstpflichtgesetz Dez. 1916. Jedes Aufmucken gegen die faktische Kriegsdiktatur galt als verräterisch, jeder Zweifel am Sinn des Krieges als Feigheit, der Ruf nach inneren Reformen war eine Gefährdung der "Heimatfront". Der Kaiser konnte als Oberster Kriegsherr seine persönliche Machtstellung gegenüber der Vorkriegszeit deutlich ausbauen und entschied in der Regel für die Militärs.

Krisenjahr 1917:

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg oder die Rolle der USA als mögliche Vermittler. Die militärische Führung verlangte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im Atlantik, um den Nachschub für England und Frankreich zu unterbinden und die beiden Staaten so zum Kapitulationsfrieden zu zwingen. Die Militärs hielten die Stärkung der Alliierten durch eine amerikanische Kriegserklärung für wenig problematisch.

Der Kanzler und die Politiker im Reichstag sahen inzwischen die Notwendigkeit für einen Verständigungsfrieden und den amerikanischen Präsidenten Wilson als den gegebenen Vermittler. Auch hielten sie die Stärkung der Alliierten durch die Reserven der USA für fatal. Trotz aller Gegenreden entschied sich der Kaiser am 9. Januar 1917 für den U-Boot-Krieg. Dafür kündigte Kaiser Wilhelm in der "Osterbotschaft" vom 7. April grundlegende Reformen in Preussen an. Trotzdem kam es im April 1917 zu Unruhen und Streikbewegungen wegen der schlechten Versorgungslage, aber auch wegen der Aussichtslosigkeit des Krieges. Die Führungskrise spitzte sich zu, und Bethmann Hollweg verhandelte mit den "Linksparteien" vom

Zentrum über die Linksliberalen bis zur Sozialdemokratie. Am 6. Juli sprach Matthias Erzberger im Reichstag über das Versagen des U-Boot-Krieges, am 11. Juli wurde die endlich vom Kaiser unterschriebene Kabinettsorder zur Reform des preußischen Wahlrechts veröffentlicht, am 13. Juli trat Bethmann Hollweg zurück, weil die OHL jede weitere Zusammenarbeit ablehnte. Am 19. Juli beschloss der Reichstag mit seiner linken Mehrheit die Friedensresolution für einen Verständigungsfrieden.

Der Kaiser lehnte Prinz Max von Baden als Reichskanzler ab, weil er sich nicht von einem jüngeren Reichsfürsten beraten lassen könne. Ludendorff präsentierte ihm den unbekannten preussischen Unterstaatssekretär Georg Michaelis als willigen Erfüllungsgehilfen, der die preussische Wahlrechtsreform ablehnte und das Baltikum zum Kriegsziel erklärte. Nachdem die Reichstagsmehrheit ultimativ seinen Rücktritt forderte, musste er am 31. Oktober gehen. Sein Nachfolger wurde der bayrische Ministerpräsident Georg Graf Hertling, ein Vertreter des Zentrums, der den liberalen Abgeordneten von Payer als Vizekanzler akzeptierte, aber eine parlamentarische Regierung ablehnte. Sein Außenstaatssekretär von Kühlmann musste 1917/18 die Verträge mit Russland und der Ukraine aushandeln und dabei gegen den Maximalismus der militärischen Vertreter wenigstens den Schein eines Verhandlungsvertrages wahren.

Im Sommer 1918 wollte Ludendorff mit einer Offensive an der Somme den Siegfrieden erzwingen. Die Offensive scheiterte auch wegen der amerikanischen Truppen. Im August wurde Ludendorff zunehmend pessimistisch, und am 1. Oktober forderte er von der Regierung ultimativ die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. Daraufhin trat der Reichskanzler zurück.

Nach einigen Bedenken nahm Prinz Max von Baden am 3. Oktober das Amt an und bildete eine Regierung mit Vertretern der Mehrheitsparteien. Matthias Erzberger übernahm das schwere Amt des Verhandlungsführers für die Waffenstillstandsverhandlungen. Prinz Max wollte eigentlich eine Stabilisierung der Front abwarten, um günstigere Bedingungen für den Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson zu erreichen, aber Ludendorff drängte zum Abschluss um jeden Preis, bis er am 24. Oktober plötzlich von sich aus den Befehl zum Weiterkämpfen an allen Fronten erließ. Daraufhin setzte Prinz Max die Entlassung Ludendorffs durch. Sein Nachfolger wurde der sehr viel umgänglichere General Groener. Prinz Max wollte sehr schnell demokratische Reformen durchführen, um dadurch eine bessere Ausgangslage für die Friedensverhandlungen zu schaffen. Am 28. Oktober wurde das Gesetz zur Parlamentarisierung der Reichsregierung verkündet. Damit und mit der Abdankung Kaiser Wilhelms hoffte er, die Monarchie erhalten zu können. Aber der Kaiser zog sich am 29. Oktober nach Spa zurück und verweigerte jede Antwort. Er wäre gern an der Spitze einer Einheit in den Kampf gezogen und gefallen, aber keine Einheit wollte das mit machen.

Seit Mitte Oktober zerbrach der Verbündete Österreich-Ungarn. In Deutschland begann die Revolution mit dem Befehl der Marineleitung, zu einer letzten Heldenschlacht auszulaufen. Die Matrosen verweigerten am 1. November den Befehl, und der Ungehorsam breitete sich schnell über ganz Deutschland aus. In Baden und Württemberg endete die Monarchie am 22. bzw. 20. November.

Scheidemann (SPD) kündigte dem Kanzler am 7. 11. an, dass seine Partei jetzt die Republik fordern würde. Um die Monarchie zu retten, gab Prinz Max am 9. November mittags den Rücktritt des Kaisers bekannt, obwohl der noch nicht unterschrieben hatte. Aber nachdem Karl Liebknecht inzwischen die Republik ausgerufen hatte, schloss sich Scheidemann um 17 Uhr für die SPD an. Am Abend des 9. November übergab Prinz Max die Amtsgeschäfte des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitssozialdemokraten.

Der Waffenstillstand wurde von Erzberger am 11. 11. 1918 in Compiègne unterzeichnet.

Aint Max von Baden: Evinnermegen med Dokumente

3d sab deutlich, daß der Krieg in diesem Jahre — da wir ebenso wie die Allisticht auf einen raschen Sieg verloren hatten — zu einer Straftprobe der Revens geworden war. Dersenige Staatsmann würde sein Jost heil durch die Krifis hindurchführen, der der beste Phydologe wäre. Darans ergab sich: die Regierung sollte sich umgehend eine neue Bertrauensgrundlage schaffen. Das konnte nur geschehen, wenn die "Neuenientierung" aus einem Schlagwort zu einer Wirklichkeit wurde. Ich fab dannals in der Resonn des preutzischen Wahlrechts das wirksame und geningende Keilmittel.

Alufang Buli schrieb ich an Baeften:

Salem, Baben, 7. Juli 1917.

Mein lieber Oberstleutnant v. Baeften!

"Nach unserer Zegegnung im März d. S. glaube ich ein, wenn auch bescheibenes Linrecht darauf zu haben, Shnen die solgenden kuzen Auskführungen zu senden, in der Gewissbeit, daß Sie dieselben so nehmen werden wie meine damasligen Außerungen, nicht als der Zudringlichkeit, sondern der Bilfsdereitschaft entspringend.

"Die innere Lage, von der äußeren deeinflußt, scheint mir folgende zu fein: eine wachfende Kriegsmübigteit in allen Kreisen, eine starte Gärung in der ärmeren Zevösserung, namentlich der arbeitenden Klassen genährt durch die Euggestion der westlichen und amerikausschen Stassen gestrassen. Des des eine Fraken und der Kreisen und der Kreisen der Kreisen und der Kreisen der Kreisen der Geriebungen find die Greibungt der Ereignissen vollen. Dreußen Ercheinungen find die stiebeutschen Gereignissen großen Städen und Inderlich am unerfreusichsten berührt. In den großen Städen und Inderlich am unerfreusichsten wohl dem großen Städen und Inder Wolle, Eine weitere Rolle spielt der U-Bootfrieg, und zwar deshalb, weil die Bewölkenung große Hielt der U-Bootfrieg, und zwar deshalb, weil die Bewölkenung große Kosspinischen und sied nun zu gefäusch worden? Auf Geruft die min fich nun gebie zindenburgsche Offensten unsteres Bolkes Friedensaussschlichen. Hausgeblieden und kann ja auch nicht erwartet werden rechneten, ist

"Zon allen Seiten sagen unsere Feinde unserem Zolf: Ihr könnt Frieden haben, wenn ihr demokratisser worden seid, vorher aber nicht. Dieses insame Wort wird geglaubt und jedensfalls von der Sozialbennokratie verwertet. Es külk auf fruchtbaren Voden, weil die Reichse seinn Bertranen genießt, und speziell in Preußen, weil von dort aus das Wort Reuorientierung bis jest nur als ein Verschen in die Westprechen in die West gesett werden ist.

"Wir stehen also vor solgender Erwägung und Fragestellung: Rönnen wir den Krieg sortsegen, ohne innere, schwere, die Einigkeit schäbigende, die Munistonserzeugung gesährdende Unruhen besinchten zu missen wenn wir dem Aunsche des Tolkes nach sogenannter Bennokratisserung nicht sofort entgegenkommen? Ich also bieses Wort-Demokratisserung... Man misse ein deutsche Wort ersinden, das die Mitarbeit weitester Volkstreise am Leben des Staates bezeichnete. Das hie Mitarbeit weitester deutschland schon, und, wie wir sept sehen, nicht zu unserem Schaben. Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, daß dies in Preußen auch entsteht.

"Preußen hat den unverbesserlichen Fehler begangen, nicht schon vor dem Krieg sein Wahlrecht zu ändern, dann stände vieles ganz anders. "Ich war kein Freund der Osterbosschaft, weil sie nur ein Bersprechen war.

"Wein Programm wäre jest: sofortige Realisterung der Ofterbotschaft durch eine, wenn noch möglich, freie Sat des Raisers. Diese
Realisterung muß in erster Linie das Wahstrecht Preußens treffen, dem aus dieses konzentriert sich der Saß der Diehrheit des preußischen und beusschen Wahstrechts, weil ich es als eine Unwahrbaftigkeit ansehe. Beim anderes einführen, ein Proportional- oder nicht auf Westig aufgebautes Phrasmanstrecht. Die preußisch Regierung muß es selbst einbringen und durchsechten, was zwer sofort. Ferner mißten liberal denkende Männer in die preußische Regierung und Berusen dentende Männer in die preußische Regierung und Berusen berkende Männer in die preußische Regierung und Berwaltung berusen werden. So allein glaube ich, daß wir ohne Schaden der Notwendigkeit eines vierten [Rriegs-]Wänters ins Luge sehen können.

"Man fagt, die Dberste Geerestettung, besonders Einen Ludendorsff, sei dagegen. Man fagt, der Reichskanzler könne diesen Widerland nicht überwinden. Ift die Oberste Kerestettung eines basdigen Sieges sicher, so hat sie recht, sonst nicht. . . .

"Ich habe in der kurzen Zeit unseres Gegenüberstehens volles Bertrauen zu Ihren Liteil und zu Ihren menschlichen unbedingten Zuvertrauen zu Ihren weshalb wage ich es, an Sie die Frage zu stellen: Kann ich in dieser Sache etwas tun und sind Sie geneigt und imstande, mich auf der bezeichneten Linie zu unterstütigen?

"Wenn dem so ift, so schreiben Sie mit, bitte, nach Karlstuhe zwei Zeilen, aus denen ich Ihre Meinung erkennen kann. Da ich aber weiß, wie sehr Sie in Anspruch genommen find, möchte ich Sie bitten, nur

TO7

¹ Bom 7. April 1917.

in Solagworten zu antworten. Ich werde Sie schon verstehen: Kriegelage, Friedensaussichten, Dauermöglichkeit unseres Aushaltens, Umsang der Gärung und der möglichen Unruhen; persönliche Stellung des Kanzlers und Audendorss zu der Realisserung der Osterborsschaft.

"Ich verlange viel, ich weiß es, es steht Ihnen aber vollkommen frei, mir einsach zu sagen, daß ich hier nichts tun kann oder sollte, wenn Sie meinen, daß mein Weg salsseneinen, daß mein Weg salsseneinen, daß

"Mit einem fehr freundlichen Gruß bin ich stets 3hr sehr ergebener

Max, Prinz von Baden."

Mein Arief stel auf fruchtbaren Aoden. Die Antwort, die ich erhielt, ernnutigte mich, nach Bersin zu reisen. Ich wußte damals noch nicht, daß die von mir empfohlenen Maßnahmen tastend und zigernd erscheinen mußten gegenüber der Reform, die Kacften seit Wochen betrieb. Er hielt längst den Zeitpumst sier vorüber, an dem noch von dem gleichen, allgemeinen und geheimen Wahtrecht etwas abgehandelt werden köunte. Kaeften leiteten seine parteipolitischen Erwägungen. Er kannte nur das Ziel: die deussche Widrelt, die seusschapskaft zu stärken, die feindliche zu schwächen. Die Fousschitte im Intern forderke er im Interesse Kriegssührung.

Lonfervatio Zuli war ein Manifest von zehn bedeutenden Gelehrten, meist konservatio gerichteten Männern, in der Presse erschienen, das die Einskihrung des allgemeinen, gleichen, geheinnen und direkten Wahlrechts stu ein Gebot der Stunde exklärte. Der "Vorwärts" sprach von der Kundgebung der "zehn Aufrechten". Dans Delbrück war der Verfasser.

Der mehrer Zugenblick wäre beinahe die ganze Alktion gescheitert, weil mehrere der Antergeichner Gewissebenken bekamen, ob nicht die Oberste Beeresleitung sich durch diese össerste Henrie. Da war es Baeften, der auf eigene Berantworkung, ohne vorherige Rückfrage bei seinem Chef, den Berren die Garantie der Resonanz im Bauptquartier vermittelte.

Taffächlich ging er noch weiter in dem, was er für geboten hielt; die Wahltreform schlen ihm notwendig, aber nicht hinreichend. Um die Kriegs-kraft des deutschen Wolkes zu ihrem letzen Einsatz zu bringen, sah er mur den Weg, die Volksdertrefung an der Verantwortung zu beteiligen.

Am 8. Juni hatte Baeften seinem Chef einen sehr ernsten Bortrag gehalten:

Ein neuer Kriegswinter nach der großen Entfäuschung werde kaum durchzuhalten sein — das sage jeder, der den Rohlrübenwinter erlebt hat. Dann sprach er von der Rottvendigkeit, einen Verständigungskrieden zu

fuchen. Lubendorff fragte: Wie folle der kommen? Backten: Nur über England — dort ist der Alngehunkt. Paris ist unwersöhnlich. Und dann enswickelte Backten den Gedanken der politischen Offensive gegen die engrische Beimatfront. Ludendorff hörte aufmerklam zu — am Schulffe war er gehackt. Rum erklärte Backten: Diese Alkiion seist eine Umbildung der Jegerung voraus. Eine starke Bolksbewegung nruh hinter den Kanzler gebracht werden. Er regte die Bildung eines Ministeriums der inneren Sammlung an mit einer breiten Front von rechts bis links: führende Perschlichkeiten des öffentlichen Lebens, ausgefucht nach ihrer Tüchtigkeit, ohne Rückseiten des öffentlichen Lebens, ausgefucht nach ihrer Tüchtigkeit, ohne Rückseit der Parten und Ronfession, sollen er unter anderen Erdestarp, Raumann, neten Parlamentariern nannte er unter anderen Erdestarp, Raumann, Ebert oder Davig mit beutlichen Zeichen ihrer grundsählichen Zustimmung an.

faße, die bie beiben Männer trennten; vielmehr Könnte man fagen, dass lichkeit, falls der Kanzler fich von Zimmermann, vor allem aber vor Belfferich trennte, den damals die Oberste Beeresteitung als Bethmann einzuleiten. Leider blieben alle diese guten, vorbeugerden Pläne in den ersten Lubendorff und Serm v. Bethmann. Man mistraufe einander, ja man orientierte sich nicht einmal mehr. Es waren weniger sachliche Gegendie persönliche Gegnerschaft eine unsachliche Stellungnahme verursachte. Die Frage der Mahlrechtsreform und der Beranziehung von Parlamen tariern hätte eine raschere Erledigung finden können, wenn nicht die Oberste Heeresleitung gefürchtet hätte, durch eine Einigung mit Bethmann üben einem Ranzler, ber auch ihn meistern könnte. Siefgehende Temperaments unterschiebe lagen zwischen dem Denker Bethmann und dem Safmenficher Ludendorff; keiner verstand die Sprache des anderen. Es war, als ob du unselige Spaltung im deutschen Wefen, auf der unser Bersagen in der Be schiebte so häufig beruht, fich in diesen beiden Männern in tragischer Weis verkörpert hatte. Anfang Juli schien ein Rompromiß im Bereich, der Mög innen wie nach außen. Der Kanzler beauftragte Payer, Borverhandlungen Anfägen steden. Unsere Regierungsmaschine war wie gelähmt. Die Ursache — so hörte ich später — war die Enkfremdung zwischen dem General diese großen Fragen seinen Abgang zu verzögern, den sie für eine Staats notivendigkeit hielt. Der General Ludendorff glaubite, daß nur eine Rampf natur die öffentliche Meinung und das Parlament meistern könnte. Eini im Grunde — so meinten seine Freunde — verlangte der General nach bosen Geist anfah. Bon Golf angeregt follte eine Aussprache von Man rung durch die Aufnahme von Parlamentariern stärken zu können, nach Richt viel später wurden ähnliche Erwägungen in der Amgebung des Raisers angestellt. Man glaubte auch dort, die Postition der Reichsregie-

zu wann pervengepupet werden. Bethmann konnte kein Bertrauen mehr aufbringen und verfagte sich.

So geschab nichts, und der Sturm brach los, als der Reichstag zuschmentrat und Erzberger frisch und tatendurstig von Wien eintraf, aber zetränkt mit dem Pessimismus, der dort herrschte.

Am 11. wurde die Julivotschaft des Raisers veröffentlicht, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht dem Botke verhieß. Bethmann Hollweg trat am 13. Juli zurück?

Alls ich an diesem Lage in Berlin eintraf, fand ich eine geradezu hyste-

rische Erregung vor, die durch die Jundskagshise noch gesteigert wurde. Die widerspruchvollsten Rachrichten wurden noch am Albend an mich berangebracht: Bethmann ist entsassen, weil er im Begriss stand, sich dem kaudinischen Boch der Friedensresolution zu beugen — so sagten die einen; die anderen behaupteten mit gleicher Bestimmtheit: Erzberger hat ihn beseitigt, weil er die Resolution nicht annehmen wollte.

In Wahrheit mußte er gehen, weil die Oberste Beeresseitung und einzelne Parlamentarier ihn stürzen wollten und die Sozialdemokraten ihn nicht mehr hielten. Aus den verworrenen Gerüchten löste ich im Laufe der nächsten Sage die folgenden Insormationen heraus:

2lm 5. Just hatte Scheidemann sehr scholgte ber Borsschligkeit Bethmanns gesprochen. Tags darauf ersolgte ber Borsschlige bergers ³ im Kauptausschuß ohne sede Warnung. Er bestritt der Marine ihre Rechmung, erklärte, kein Bertrauen mehr zum Staatsssektretär der Marine, Capelle, zu haben, und schloß mit der Forderung, die Regierung solle sich zu einem reinen Berteidigungskrieg bekennen und von Eroberungsabstäcken lossagen. Der Entkäuschung über den U-Bootskrieg und der Sorge um Österreichs Durchhaltekraft gab er hemmungstosen Ausdruck. Im Anschluß an diese Sigung wurden auf Naumanns Antrag interfraktionelle Behrechungen eingeleitet zwischen Bertretern der drei Parteien: Behrun, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Bolkspartei. Es kam zur Einigung in der inneren und äußeren Politik auf der folgenden Erundlage: allgemeines, zleiches, geheimes Wahtrecht für Dreußen, keine Zwangs-

refolution wurde gefaßt.

Die Oberste Beeresteitung war empört darüber, wie Bethmann die Krisis behandeste. Als der Austrifa im Interfraktionellen Ausschuß saut geworden war, die beiden Beerstührer zu bören, waren sie bereitwillig nach Berstim gereist und vertrauten darauf, daß sie durch sibe darlegung der Kriegs-lage die Albgeordneten beruhßen, zum mindesten sie von der Rotwendigsteit siberzeugen könnten, die gegenwärtigen Kampshandungen nicht durch Rervosstät zu sienen Ber Briegsbeit siberzeugen könnten. Die Generale wurden nur zu einem mistärischen Borstrag beim Kaifer zugelassen. Die vongesehene Aussprach mit den Parteistügeren nurde als politische Betätigung angesehen und verwehrt. Rach zunehmen gedenke; jest gingen sie zum offenen Kampf über und stellten dem Kaiser die Kabinettsfrage: Bethmann oder wir.

Zunächst schien es, als wollte der Raiser dieser Drohung gegenüber sest bleiben. Er hätte wohl zum mindesten den Feldmarschall dazu bewegen kömnen, seine Demission zurückzuziehen und mit Bethmann weiterzuarbeiten. Der Berzog von Araunschweig seste sich siur der bern vergen von Araunschweig seste sich siur dein Kanzlerwechsel vorzumehmen, ohne den rechten Nachfolger in Bereitschaft zu haben. Auch schien ihm Her v. Bethmann zu diesem Rriege zu besem kein kriege zu balten und das Programm der Reuvinschenzin in die Sozialdemokraten beim Rriege zu halten und das Programm der Reuvinschlierung in die Satungesen, ohne daß Erschlitterungen den Setaat gestälvedeen.

Da fanden die Anterredungen des Kronprinzen mit besonders ausgewählten Bertretern der parlamentarischen Parteien statt: Erzberger und Stressmann bielten den Kanzserwechsel sin unbedingt ersprecisie und konnten sich auf Beschlüsse dareien berusen. Seur v. Payer warme vor dem Sprung ins Dunkle. Mit besonderer Sorgfalt wurde erkunder: ist sie Sozialdemokraten Berr v. Bethmann noch der Mann ihres Berranensse Aus der Almwort, die der Albzendener Savid gab, musse der Kroupvinz schließen, daß die Sozialdemokraten zwer den Kanzser seinerweges stürzen wollten, ihn aber auch nicht sitt umentbekrisch bielren. Er insonnierte pflichkgemäß seinen Bater, und so trennte sie Schie

Ich habe in den nächsten Tagen viele Menschen gesehen: Siplomaten, Soldaten, Parlamentarier. Ein Bössichkeitsbesuch des Generalseldmar-schalls in meinem Botel hatte die öffentliche Aufmenksamfeit auf mich ge-

¹ Eine interessant Darallese ift das Berhältnis von Bismarch und Moltke im Reiege 1870/71, vgl. On d'en, Größberzog Friedrich von Baden und die beutsche Politit von 1854 bis 1871, II. Band, S. 293 ff., 305 f., 313 ff., 327 f. Über Moltkes Setellung zur Politit ("ich habe mich nur um mititärische Singe zu künnnern") vgl. ebenda 300 ff.

[&]quot; Die Bekannkniachung erschien erst am 14. Juli 1917.

¹ Ral. M. Errberger Griefinitie im Realthuin Gruffennt uns Burn 1000

^{&#}x27;Sathateiled hatte Bethmann kurz vor seiner Enklassung die Leabtrechleresorm einen Schrift weitergeführt durch den Erlaß vom 11. Juli 1917.

kenkl. Kombinationen knüpften sich an meinen Ramen, die jeder Erundslage entbehrten, und ich exhielt mehr Besuche, als mir lieb war. Wohin ich hörte, wurde von Kerrn v. Beshmanns Entlassung mit Erleichterung

Parlament hielten eigentlich nur Paper und Saußmann treu zu ihm. schaftlichen Natrioten ebenbilttig waren, die gegen ihn standen? Im Alber der Saß der Rechten kümmerte ihn mehr, als ihn die Sympathie Wo waren die mächtigen Belfer im öffentlichen Leben, die den leiden-Rückhalt in der öffentlichen Meinung gehabt hätte. So aber mußte er nach zwei Fronten kämpfen. Aluch diese Ausgabe wäre vielleicht noch in seinem Bereich gewesen, wenn seine Mitarbeiter ihn mit Bertrauen auf feine cigene Linie erfullt hatten. Sie aber waren haufig voller Stepfis, und die ihm innewohnende "Krankbeit des Zweifels" lähmte dann vollends feine Entschlußkraft. Sch habe ein tragisches Dokument in meinem Besit, das Zeugnis ablegt für seine Bereinsamung, die er auch während der Ranzlerschaft gefühlt haben muß. Es ift ein Brief aus bem Dezember desfelben Jahres. 1 Man hört deutlich die Klage heraus: warum hatte ich so wenig Bundesgenoffen! An ihnen hat es ihm wahrlich gefehlt; sie befähigen häufig einen Menschen, über sich selbst hinauszuwachsen. Rach Sagows Abgang fand Bethmann für seine ethisch orientierte Außenvolitik spontanes Berständnis eigentlich nur bei dem treuen Stab seiner näheren Mitarbeiter in der Reichskanzlei, unter den Staatssekretären nur bei Solf. können, wenn die Oberste Beeresteitung ihn gestügt hätte — und der Obersten Beevesleitung gegenilber hätte er sich durchgeseigt, wenn er einen brechen. Bethmann Kollweg hätte der öffentlichen Meinung Herr werden weniger gegen die militärischen Widerffande, die ihm entgegen waren, als gegen den staatsmännischen Willen, der nicht stark genug war, sie zu niffe bin ich zu der Auffassung gekonnnen, daß Bethmanns Sury eine nationale Rataftrophe war. Ich bin nicht blind gegen feine Schwächen; ich weiß, daß die verhängnisvollen Entscheidungen, die gegen seine besfere Einsicht erzwungen wurden, vor der Geschichte Anklage erheben werden — Gleich bamals war ich anderer Meinung; im Lichte der späteren Ereigder Demokraten freute.

Ich glaube heute, daß die Freunde Berrn v. Bethmanns recht haben, wenn sie sagen: die Aidung der parsamentarischen Majorität auf der Insis des Berständigungskriedens hätte ihm die ersehnten Machtmittel in die Sand gegeben, um sich und sein Programm durchzusen.

Auf die Frage, die ich häufig an meine Besucher richtete: Mas sie denn au Berru v. Berfimanns Sturz so glücklich mache? bekan ich meist all-

gemeine Redensarten zu hören, wie: Endich flare Berhältnissel Es stellt sich aber heraus, daß die Berren über die nächste Zukunft noch gänzlich im unklaren waren; zum mindesken wußten viele nicht, wen sie sieht zie Wachelber Berren Berren sollwegs wünschen sollwegs nicht ernstlich näherzetreten. Ginzelne Parlamentarier, wie Erzberger und Stresenann, arbeiteten sin Einzelne Parlamentarier, wie Erzberger und Stresenann, arbeiteten sin Billow, gegen den damals unisbewindliche Widerschen kandeten scher Berrestraftionelle Ausschubliche Wieden schen sanden. Sinter dem Sturz Berrn v. Bethmanns stand fand faheiges Denken und fahriges Kandeln. Man zeiger parlamentarischen Machensche schen Schelber sich seigen bei schwerse im Erwennit dem Säbel, führte die schwerse im Erweden zugen. den bern schoe seigen wirden wierde.

Sch habe noch in legter Stunde mich bennüht, Schnmung gegen die Friedenstesolution zu machen, obgleich ich den zwei vergeblichen Weise ausgegangen waren. Saeften hatse David beschieden und seinem Reeis ausgegangen waren. Saeften hatse David beschippener, sie dertagung der Frieden und zurseltung zum Berschaufgen gegen geben über die Saltung der Berste ihm beruhigende Aerschaufgunger geseben über die Saltung der Berschen Geberstein zur Berschausgen, die er nicht nur ehrlich meinte, sondern deren tatsächliche Grundlagen im Saupfquartier gegeben waren. Er hatte ihn auf die Reiegslage hingewisch, besonders auf das schwere Ringen bei Euck. Sest sei es nicht an der Zeit, Dokumente des Berzgens in die Öffentlichkeit zu bringen. "Ihr könnt dreist einer innere Krifis machen, aber nur kein Wort, das die misse kürsche Kanpfkraft schwächt. Weingt im gegenseitigen Einverständen sins auf den Berdsscholution."

Aber Baeften hatte fauben Ohren gepredigt.

Ebensowenig gelang es, den Sozialdemokraten einen neuen Weg zu zeigen, wie sie das Programm des Aerfändigungsfriedens wirksam in die Offentlichkeit bringen komten, ohne gleichzeitig den Eindruck deutscher Mutlosseit zu vermitteln: Iwingt den Kanzler, endlich die Erklärung über Belgien unzweideutig abzugeben. Auf diesen Kat erfolgte die über-raschende Antwort: Dann bricht die wichtigste Errungenschaft in der paralghen Geschichte Deutschlande, die neugewonnene Majorität auszeinander; wenn wir das Zentrum halten wollen, dürfen wir die belgische Frage nicht aneitsten.

3ch traf den Abgeordneten Erzberger zufällig in der Stadt und richtete

Preußisches Wahlrecht und Friedensresolution

a) Die Juli-Botschaft des Kaisers vom 11. VII. 1917.

Michaelis-Schraepler, Bd. I, Nr. 172, S. 324

Auf den Mir in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimme ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, den 11. Juli 1917

An den Präsidenten des Staatsministeriums.

(gez.) Wilhelm R.

(gez.) Bethmann Hollweg

103 Die Friedensresolution des Deutschen Reichstags vom 19. VII. 1917

Michaelis-Schraepler, Bd. II, Nr. 241, S. 37 ff.

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: "Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.

Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden.

Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.¹)

104 Stimmen zur Friedensresolution des Reichstages

a) Bedenken Hindenburgs.

Michaelis-Schraepler, Bd. II, Nr. 239, S. 32

Aus den Aufzeichnungen Conrad Haußmanns²) vom 14. VII. 1917.

Hindenburg erklärte bei einer Besprechung mit Reichskanzler Michaelis:

... Drei Gründe seien für seine Haltung maßgebend, die er kurz und offen hervorhebe: 1. Die Unterhändler haben auf der Friedenskonferenz zu wenig Spielraum und gebundene Marschroute, wenn man den Satz gegen die "erzwungenen Gebietsabtretungen" und "Vergewaltigung" stehen lasse. 2. Der Satz verhindere die Erzwingung von Gebietserweiterungen und die "strategischen Sicherungen durch Grenzverrückung" und entziehe uns damit einen Schutz gegen einen neuen Krieg oder einen Vorteil in dem neuen Kriege. 3. Es werde bei einem Teil des Offizierskorps die unentbehrliche Kampfesenergie nachlassen, wenn man ihnen sage, daß auf den Vorteil von Eroberungen im voraus verzichtet sei, und damit schädige man den Geist des Offizierskorps...

106 Der Übergang zur parlamentarischen Monarchie

Hohlfeld, Bd. II, Nr. 163 b, S. 385

Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vom 28, X, 1918.

Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats 1. Im Artikel 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt: und des Reichstags erforderlich.

sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundeswelche Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, rats und des Reichstags.

Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt:
Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.
Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer

Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

4. Im Artikel 53 Absatz 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

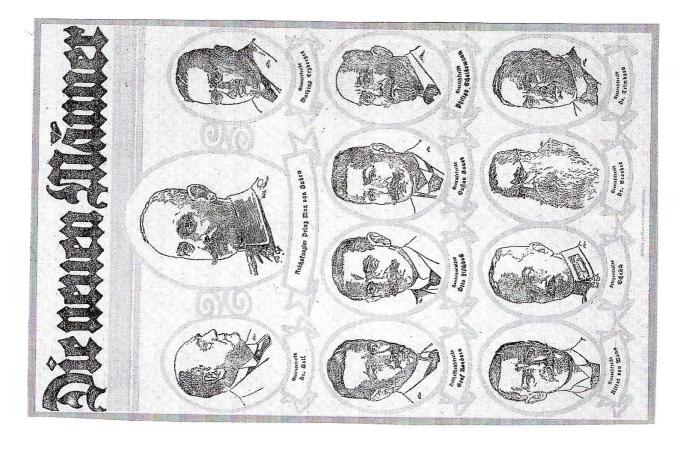
107 Ludendorff beginnt am Siege zu zweifeln

Michaelis-Schraepler, Bd. II, Nr. 346, S. 282

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen, v. Hintze, über Besprechungen mit General Ludendorff im Fuli und August 1918.1)

General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefaßte Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen. Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Avesnes General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: "Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja. .

Vor der Besprechung zu vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir – ich glaube am 13. August – hat mich General Ludendorff mit der in Gang befindlichen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und allein beiseite genommen und mir eröffnet, er habe mir im Juli gesagt: er sei sicher, ıhn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. . .



Furchtbar und entsetzlich! Es ist so! In der Tat! Als wir versammelt waren, trat Luder dorff in unsere Mitte, sein Gesicht von tiefstem Kummer erfüllt, bleich, aber mit hoch erhobenem Haupt. Eine wahrhaft schöne germanische Heldengestalt! Ich mußte a Siegfried denken mit der tödlichen Wunde im Rücken von Hagens Speer.

Er sagte ungefähr folgendes: Er sei verpflichtet, uns zu sagen, daß unsere militärisch Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Westfront durchbrochen werder Er habe darüber in den letzten Tagen Sr. M. zu berichten gehabt. Zum ersten Mal s der O. H. L. von Sr. M. bzw. vom Reichskanzler die Frage vorgelegt worden, was s und das Heer noch zu leisten im Stande seien. Er habe im Einvernehmen mit der Generalfeldmarschall geantwortet: "Die O. H. L. und das deutsche Heer seien au Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültig Niederlage wohl unvermeidbar bevor. Bulgarien sei abgefallen. . . So sei vorauszt sehen, daß dem Feinde schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikane in großer Sieg, ein Durchbruch in ganz großem Stile gelingen werde, dann were dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten üb den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen.

Diese Katastrophe müsse unbedingt verhindert werden. Aus den angeführten Gründe dürfe man sich nun nicht mehr schlagen lassen. Deshalb habe die O. H. L. von Sr. In und dem Kanzler gefordert, daß ohne jeden Verzug der Antrag auf Herbeiführur eines Waffenstillstandes gestellt würde bei dem Präsidenten Wilson von Ameril zwecks Herbeiführung eines Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte.

Er habe sich nie gescheut, von der Truppe Äußerstes zu verlangen. Aber nachdem jetzt klar erkenne, daß die Fortsetzung des Krieges nutzlos sei, stehe er nun auf de Standpunkte, daß schnellstens Schluß gemacht werden müsse, um nicht noch u nötigerweise gerade noch die tapfersten Leute zu opfern, die noch treu und kamf fähig seien.

Es sei ein schrecklicher Augenblick für den Feldmarschall und für ihn gewesen, dies Sr. M. und dem Kanzler melden zu müssen. Der letztere, Graf Hertling, habe in würdig Weise Sr. M. erklärt, er müsse daraufhin sofort sein Amt niederlegen. Nach so viel Jahren in Ehren könne und wolle er als alter Mann nicht sein Leben damit beschließe daß er jetzt ein Gesuch um Waffenstillstand einreiche. Der Kaiser habe sein Abschieg gesuch angenommen".

Excellenz Ludendorff fügte hinzu: " Zur Zeit haben wir also keinen Kanzler. Wer wird, steht noch aus. Ich habe aber S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an c Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einzieh sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. § sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!"

Die Wirkung dieser Worte auf die Hörer war unbeschreiblich! Während L. sprac hörte man leises Stöhnen und Schluchzen, vielen, wohl den meisten, liefen unwi kürlich die Tränen über die Backen. Ich stand links neben dem Generalintendant Gen. v. Eisenhart. Unwillkürlich hatten wir uns an der Hand gefaßt. Ich habe die sei fast kaputt gedrückt.

Nach seinen letzten Worten neigte L. langsam das Haupt, machte kehrt und ging sein anstoßendes Zimmer.

Dringende Bitte der Obersten Heeresleitung an die Regierung um Herausgabe des Friedensangebotes

Etaelis-Schraepler, Bd. II, Nr. 370, S. 325

Tiegramm des Legationsrates v. Grünau an das Auswärtige Amt vom 1. X. 1918.

Exz. seine dringende Bitte zu übermitteln, das Friedensangebot sofort hinausgehen isssen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne. Heute hielte die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen age, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Ingebot im allerungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler, und könne jederzeit irgendwo eine Division versagen.

habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat und möchte auben, daß wir schlimmstenfalls nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulzziens begründen können.

Simons gab Bințe Renutuis von meiner Aeröffentlichung und vertrat sie ihm gegeniiber. Wir hätten nach den Meldungen aus dem Bauptsquartier in der sessengung gehandelt, daß der Entschliß des Kaisersquar Llbenzenglich sessengung.

Singe machte geltend, daß aus seinen Mitteilungen kein Rückschuß auf den Charakter der Entschließungen Seiner Majestät hätte gezogen werben können. Sinnens beskritt dies: Nie und ninnner hätten wir den kaatstechtlich und politisch unmöglichen Gedanken einer teilweisen Abdankung in unsere Erwägungen einstellen können. Mir vurde deutsich, daß auf der anderen Seite mein Aerfuch, noch im legten Augenblick die Monarchie vor dem Sturz zu bewahren, als Staatsstreich angesehen wurde.

Ebert kehrte in die Reichskanzlei zurück, um seine Verhandlungen über die Regierungsbildung fortzussiliven. Er war immer noch bemüht, den organischen Zusanzendang mit der Vergangenheit nicht zu lösen. Landsberg und Scheibennann gedachte er als Staatssekreitere zu berusen, die bisherigen Staatssekreitere aber wollte er bitten, ihre Amter vorstäufig weiterzussilihren. Haufmann wurde ersucht, es danend zu tun. Er erwiderte, die Antwort darauf werde seine Fraktion erteilen. Ebert dat ihn, in jedem Fall an der ersten Proklamation mitzuwirken. Unter Saußmanns und wohl auch Simons' Beihisse erstsanden zwei Aufruse.

In dem ersten verkündete Ebert die Abernahme der Ranzlerschaft mit

den Worten:

An Die beutschen Bürger!

"Der bisherige Reichskanzler Prinz May von Zaben hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekreitre die Wahrnehmung der Geschökkanzlers übertragen"

Der zweite richtete sich an die Kräfte der Ordnung, die den Staat vor dem Zerfall schützen follten:

An alle Behörben und Beamten!!

"Die neue Regierung hat die Führung der Geschäffe übernommen, um das deutsche Wolf vor Bürgerkrieg und Kungersnot zu bewahren Keichsverfassung als Ganzem so deutsich zevor, daß "die Liberlassung der kaiserlichen Gewalt an einen anderen Bundeskürsten oder andere Persönlichkeiten eine Zerstärung des kunskollen Versässung des kunskollen Berfassung des k

bes bestehenden Rechts bedeutet hätte". (Richard Ehoma, Der Spronverzicht des Kaisers, "Frankfurter Zeitung" vom 21. Alugust 1919.)

' Es näre ganz undenkdar gewesen, daß die alten Beamien und Offiziere sich der neuen Regierung zur Berstügung gestellt hätten, wenn der Porinz ihr nicht einen Rest von Legitimität gegeben hätte. Er, Simonis, hätte es nur deshalb über sich gebracht. (Anspeung von Simonis nach dem Reise.)

und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzussesen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Kand leisten.

"Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausstlesfern.

"Selft also mit mir dem Zaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekonnnen ist.

Berlin den 9. November 1918.

Der Reichskungler Chert."

Imischen 5 und 6 Abr ging ich zu Ebent, um Abschied von ihm zu nehmen.

Ebert sagte zu mir: "Ich bitte Sie dringend zu bleiben." Ich fragte: "Zu welchem Iweck?"

Ebert: "Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben."

Diese Bitte war in den letzten Etunden von meinen früheren Mitzarbeitern wiederholf an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Berrn Ebert:

"Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Anabhängigen ein Abkommen zu tressen, und mit den Anabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten."

An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück:

"Berr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Berz!" Er antwortete: "Ich habe zwei Schne für dieses Reich versoren." Sch habe später die Frage oft erörtert und mir immer wieder selbst vorsgelegt, ob ich die Monarchie hätte retten können, wenn ich am 9. November die Reichsverweserschaft angenommer. hätte. Ich habe immer mein unmittelbares Gesihl bestätigt gesimden: Diesen Weg hätte ich gehen können, wenn ich vom Kaiser zu seinem Stelwertreter ernannt worden wäre. Bei der Durchführung eines Staatsstreichs wäre ich an meinem Gewissensselssert.

6.13

Matthias Erzberger (1875 – 1921) - Zentrumspolitiker, Friedenspolitiker, Finanzpolitiker

Themen:

Der politische Aufstieg Matthias Erzbergers Erzberger im Ersten Weltkrieg (Verständigungsfrieden und Reichsreform) Die Waffenstillstandsverhandlungen Für Völkerbund und Frieden Die Reichsfinanzreform Helfferich-Prozess und politischer Mord

Matthias Erzberger - Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit

(Text zur Sonderausstellung im Pfinzgaumuseum 14. Februar bis 28. März 2004)

Matthias Erzberger (1875 - 1921) zählt zu den inzwischen vergessenen Politikern in der deutschen Geschichte - sicherlich zu Unrecht. Viele denken bei der Erwähnung des Namens an das am 26. August 1921 auf ihn verübte feige Attentat. Dieses führt ihn in die Reihe der zahlreichen Opfer rechtsradikaler, terroristischer Gruppierungen, die sich als entschiedene Gegner der Weimarer Republik verstanden und deren Ziel es war, namhafte Befürworter und Repräsentanten der ersten deutschen Republik zu beseitigen. Gerade 28 Jahre alt war der aus einfachen Verhältnissen stammende Erzberger als er im Wahlkreis Biberach für die Zentrumspartei in den Reichstag gewählt wurde. Nach anfänglicher Befürwortung eines "Siegfriedens" erkannte Erzberger die Fragwürdigkeit dieses Kriegsziels und vertrat dann den Gedanken eines "Verständigungsfriedens". Sein Einsatz für eine Friedensresolution des Reichstages und die Parlamentarisierung des Kaiserreiches bestimmten seit 1916 seine "Realpolitik".

Mit seiner Unterschrift unter den Waffenstillstand wurde schließlich 1918 der Erste Weltkrieg beendet. Er stellte sich ganz in den Dienst der jungen deutschen Republik und trat dafür ein, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Als Finanzminister setzte er eine Reform durch, mit der die Finanzhoheit des Reiches gegenüber den Ländern hergestellt wurde, und die Voraussetzungen für geordnete Reichsfinanzen, vor allem die Konsolidierung der vom Weltkrieg katastrophal geschädigten Wirtschaft, geschaffen werden sollte. Parteipolitisch trat er für die Öffnung des Zentrums zu einer modernen überkonfessionellen Sammlungspartei ein, die mit ausgeprägtem sozialpolitischem Profil zu einer modernen Volkspartei heranreifen konnte. Dieses Konzept diente nach 1945 als Vorbild für die Programme christlich-demokratischer Parteien.

(Prof. Dr. Hartmut Weber, Präsident des Bundesarchivs)

Literatur:

Matthias Erzberger, Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden. Bln., R. Hobbing 1918 Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgt, DVA 1920

Ernst Bauer: Erzberger. Bilder aus seinem Leben und Wirken, Kämpfen und Leiden. Ludwigsburg u. München. Verlag Carl Diemer. 1925

Theodor Eschenburg: Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform. Serie Piper München 1973.

Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt/M. 1976

Wolfgang Ruge, Matthias Erzberger. Eine politische Biographie. Union Berlin 1976. Matthias Erzberger (1875 – 1921). Staatsmann und Demokrat. Landkreis Biberach 1986 Rudolf Morsey, Matthias Erzberger. Sankt Augustin : Konrad-Adenauer-Stiftung, Zentralabt. Kommunikation und Medien, [2001]

Wolfgang Michalka (Hg.): Matthias Erzberger: Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit, i.A. des Bundesarchivs, Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 2002

- Zeittafel Matthias Erzberger (© 2005 Haus der Geschichte Baden–Württemberg)
- 1875 Am 20. September wird Matthias Erzberger in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb geboren. Sein Vater ist gelernter Schneider und arbeitet als Briefträger. Seine Mutter stammt von einem Bauernhof.
- 1894 Erzberger tritt als Volksschullehrer in den württembergischen Schuldienst ein.
- 1896 Als Redakteur beginnt Erzberger in Stuttgart bei der katholischen Zeitung "Deutsches Volksblatt" zu arbeiten. Politisch engagiert er sich für die katholische Zentrumspartei.
- 1897 Ehrenamtlich übernimmt Erzberger die Aufgabe eines Arbeitersekretärs und berät in den folgenden Jahren Tausende vor allem in Rechtsfragen.
- 1899 Beim Zusammenschluss christlicher Gewerkschaften spielt Erzberger eine wichtige Rolle.
- 1903 Für das Zentrum zieht Erzberger in den Reichstag ein. Mit 28 Jahren ist er dort der jüngste Abgeordnete.
- 1904 Erzberger wird Mitglied des Haushaltsausschusses und entwickelt sich in den nächsten Jahren zu einem der einflussreichsten Finanzpolitiker.
- 1905/06 Im Reichstag prangert Erzberger Missstände in den Kolonien an.
- Im Ersten Weltkrieg organisiert Erzberger deutsche Auslandspropaganda.

 Am Anfang des Ersten Weltkrieges forderte Erzberger die Annexion Belgiens, Polens und des Baltikums durch Deutschland. Weil er als Organisator deutscher Auslandspropaganda und durch seine Verbindungen zum Vatikan sehr gut informiert war, erkannte er verhältnismäßig früh, dass Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte. Deshalb setzte er sich energisch für einen Verständigungsfrieden ein.
- 1917 Vergeblich verhandelt Erzberger im Frühjahr mit einem russischen Politiker über einen deutsch-russischen Waffenstillstand.
 Im Juli regt Erzberger die Friedensresolution des Reichstages an. Außerdem zählt er zu den Gründungsmitgliedern des Interfraktionellen Ausschusses.
- 1918 Am 4. Oktober 1918 wird Erzberger Minister im Kabinett Max von Baden. Ab 8. November verhandelt Erzberger in Compiègne über einen Waffenstillstand. Am 11. November beendet Erzberger mit seiner Unterschrift unter das Abkommen den Ersten Weltkrieg. Zurück in Berlin bleibt er trotz der Revolution Minister und ist für Waffenstillstandsfragen verantwortlich.
- 1919 Im Mai und Juni setzt sich Erzberger erfolgreich dafür ein, dass die Weimarer Nationalversammlung der deutschen Unterschrift unter den Versailler Vertrag zustimmt. Am 21. Juni wird Erzberger Vizekanzler und Reichsfinanzminister im Kabinett Gustav Bauer. Das Reich hatte nach dem Krieg immense Schulden. Riesige Reparationsforderung der Allierten waren zu erfüllen. Innerhalb von neun Monaten ordnete Erzberger als Finanzminister das Steuer- und Finanzwesen neu. Die Steuerhoheit wurde von den Ländern auf das Reich verlagert, der progressive Einkommenssteuersatz drastisch angehoben Erzberger wollte die Kriegslasten sozial gerecht nach Leistungsfähigkeit verteilen. Er schuf dabei Strukturen, die bis heute Bestand haben.
- 1920 Der Prozess Helfferich-Erzberger beginnt am 19. Januar. Helfferich hatte den Reichsfinanzminister in einer Serie von Zeitungsartikeln so verleumdet, dass Erzberger nur mit einer Anzeige reagieren konnte. Während des Prozesses wird am 26. Januar auf Erzberger ein Attentat verübt, das der Minister verletzt überlebt.

 Der Prozess wird bis März fortgesetzt. Die Verurteilung Helfferichs zu einer Geldstrafe von 300 Mark kommt einer moralischen Verurteilung Erzbergers gleich. Der Minister tritt zurück, um sich rehabilitieren zu können.
- 1921 Im Sommer bereitet Erzberger sein politisches come back vor. Er hat seine Rehabilitierung erreicht.
 - Am 26. August 1921 wird er auf einem Spaziergang bei Bad Griesbach (Schwarzwald) erschossen. Am 31. August 1921 begleiten Tausende Erzbergers Leichnam zum Biberacher Friedhof.

Die Last des Friedens

Matthias Erzberger (Zentrum), Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission, in seinen vertraulichen Aufzeichnungen vom 1. Juni 1919:

I. Wenn der Friede unterzeichnet wird.

Ungeheuer schwere Lasten ruhen auf dem deutschen Volk.

1. Außenpolitische Folgen:

Der Kriegszustand hört auf. Die Blockade wird beseitigt. Die Grenzen öffnen sich, es kommen wieder Lebensmittel und Rohstoffe ins Land, der deutsche Kaufmann kann auf Privatkredit Waren kaufen. Der Export kann wieder beginnen. Die Kriegsgefangenen kommen in die Heimat zurück. Polen wird gezwungen, seine Angriffsabsichten aufzugeben. Die Einheit des Reichs bleibt bestehen.

2. Innenpolitische Folgen:

Die Steuerlasten werden außerordentlich drückend sein, aber durch die vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen wird eine Beruhigung und ein gewisser Ausgleich geschaffen. Die Arbeit wird in steigendem Umfang wieder aufgenommen werden können. Neben der Befriedigung der Inlandsbedürfnisse kommt der Außenhandel wieder in Gang. Der Bolschewismus verliert an Werbekraft. [...]

II. Wenn der Friede nicht unterzeichnet wird.

I. Außenpolitische Folgen:

Der Kriegszustand wird wieder aufgenommen, und zwar wahrscheinlich sofort mit dreitägiger Kündigung des Waffenstillstandes. Die Alliierten, und zwar sämtliche, auch die Amerikaner, rücken in breiter Front vor, wie weit ist nicht bekannt, aber mindestens bis zu einer Linie, die durch Kassel parallel des Rheines läuft. Insbesondere wird das Ruhrgebiet besetzt. Außerdem liegen Nachrichten vor, nach denen die Alliierten einen Korridor von Frankfurt bis Prag bilden wollen um Norddeutschland von Süddeutschland zu trennen. Die Blockade wird verschärft. [...]

2. Innenpolitische Folgen:

Allgemeine Lebensmittel-, Waren- und Rohstoffnot in Deutschland. Von den Grenzen werden die Bevölkerungen von Osten und Westen nach dem Innern Deutschlands zusammenströmen und die Lebensmittelnot ins Ungeheuere steigern. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets fällt der Nachschub an Kohlen fort, daher ist allgemeiner Zusammenbruch des Verkehrs und Hungersnot in den großen Städten in einigen Wochen zu erwarten. Überhandnehmen des Bolschewismus, der seine Zeit gekommen sieht. Plünderung, Mord, Todschlag wird an der Tagesordnung sein. [...] Das Deutsche Reich fällt auseinander. Die einzelnen Freistaaten werden dem Anerbieten und Druck der Alliierten, mit ihnen Frieden zu schließen, nicht widerstehen können. Dieser Zustand der Ohnmacht Deutschlands wäre einer mächtigen Strömung innerhalb der 'Alliierten (Frankreich und England) erwünscht. Die Alliierten würden Deutschland daher auflösen und die einzelnen Teile sich selbst überlassen.

(aus: H. Michaelis/E. Schraepter [Hq.]: Ursachen und Folgen. Bd.3, Berlin 1958, S.360ff.)



Helfferich, Karl (Wikipedia Internetencyclopädie)

Karl Theodor Helfferich (* 22. Juli 1872 in Neustadt an der Haardt; † 23. April 1924 in Bellinzona, Schweiz), ältestes von sieben Kindern, (darunter Emil Helfferich) des Textilfabrikanten Friedrich Helfferich, war ein deutscher Politiker und Bankier.

Helfferich studierte Jura- und Staatswissenschaften in Straßburg. Nach seiner Habilitation in Berlin (1899) wirkte er als Privatdozent. 1901 war er als Experte mit dem Titel Professor für Währungsfragen und in der Wirtschaftsabteilung des Reichskolonialamtes tätig. 1904 wechselte er in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes und war seit 1906 als Direktor der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft in Konstantinopel beschäftigt. Nach Tätigkeiten als Privatdozent und Volkswirt wurde Helfferich 1908 ins Direktorium der Deutschen Bank berufen. Der Deutsche Bank-Gründer Georg von Siemens wurde später sein Schwiegervater. 1915 wurde er Staatssekretär im Reichsschatzamt, weitere politische Funktionen folgten. Er verantwortete die Kriegsfinanzierung des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg durch Anleihen, die den Staat hoch verschuldeten und somit voll auf eine Refinanzierung durch die Verlierer des Kriegs zugeschnitten war, was zu den als katastrophal empfundenen inflationären Folgewirkungen führte. Durch die Niederlage verloren viele deutsche - vermeintlich patriotische - Sparer ihr Vermögen.

Seit dem 22. Mai 1916 war er als Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (bis zum 23. Oktober 1917) und Vizekanzler (bis zum 9. November 1917) tätig. Nachdem Helfferich eine Besteuerung der Kriegsgewinne zunächst hinausgezögert hatte, regelte er sie schließlich so, dass die Kriegsgewinner nicht ernsthaft belastet wurden. Zunächst eifriger Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, gehörte er seit der Jahreswende 1916/17 zu dessen aktivsten Befürwortern. Unter der dritten OHL war er maßgeblich an der Ausarbeitung des Hilfsdienstgesetzes und Förderung des Hindenburg-Programms sowie an der Ausarbeitung der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest beteiligt. Als diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches im Sommer 1918 nach Moskau entsandt, brach er seine Tätigkeit dort jedoch bereits nach zehn Tagen ab.

In der Weimarer Republik war Helfferich führender Politiker der rechten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Durch radikale antirepublikanische Propaganda sowie Mordaufrufe gegen sog. Erfüllungspolitiker war er einer der prominentesten Vertreter der extremen Rechten. Seine Polemiken gegen Republikaner, Linke und sog. Erfüllungspolitiker wie Walther Rathenau, Matthias Erzberger und Joseph Wirth schufen ein Klima, das zu den politischen Morden der Weimarer Republik führte. Durch einen Beleidigungsprozess vom 19. 1. bis 12. 3. 1920, der ihm eine Geldstrafe brachte, zwang er Erzberger zum Rücktritt. Im Juni 1920 in den Reichstag gewählt, verteidigte er 1920/21 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss seine Politik während des Krieges. Durch seine Tiraden gegen den Abschluss des Vertrages von Rapallo, besonders durch seine Schmährede gegen Walther Rathenau am 23. Juni 1922, war er mitverantwortlich für dessen Ermordung am 24. Juni 1922.

Er entwarf 1923 den Plan einer Roggenwährung, der abgelehnt wurde, dessen wesentliche Merkmale aber im Plan für die Einführung der Rentenmark übernommen wurden. Während der Hyperinflation 1923 war Helfferich an der Einführung der Rentenmark beteiligt. 1924 kam er bei einem schweren Eisenbahnunglück bei Bellinzona ums Leben. Begraben ist Helfferich auf dem Hauptfriedhof in Neustadt an der Haardt.

Politische Schriften von Karl Helfferich nach dem 1. Weltkrieg:

Karl Helfferich: Fort mit Erzberger!, Berlin Scherl 1919

Karl Helfferich: Der Weltkrieg. 3 Bände. Karlsruhe i. B.: Schille, 1925, Ausg. in 1 Bd.

Karl Helfferich: Das zweite Versailles. Berlin: Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle, 1924 Karl

Helfferich: Freies Deutschland oder internationale Reparations-Provinz.

Berlin: Brunnen-Verlag K. Winckler, 1924

Friedensresolution des Reichstags 19. VII. 1917

(beschlossen von einer Mehrheit aus Liberalen, Zentrum und SPD)

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres

das Wort der Thronrede: "Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbstständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.

Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden.

Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg: Über die päpstliche Friedensintitiative von 1917

Der Reichskanzler hatte sich nahezu einen ganzen Monat Zeit genommen, um am 24. 9. in Beantwortung des Schreibens des Nuntius vom 30. 8. 1917 seinen Dank »für die gütige Übersendung der interessanten Mitteilungen« auszudrücken. Er betonte zwar, dass die Kaiserliche Regierung mit den Bemühungen des Kardinalstaatssekretärs »für sofortige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens« vollkommen übereinstimme, dass sie sich der Auffassung anschließe, »dass eine genaue Präzisierung der Kriegsziele den Weg bilde, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien« werde erzielen lassen, dass dabei »die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden« hatten. Dann aber brachte der Kanzler ein Moment in seine Antwort, das mit dem Kriegesschluss und dem Frieden nichts zu tun hatte, ein historisches Moment, das augenblicklich noch ins Gefühlsleben überschlägt, das aber aus diplomatischen Verhandlungen herausgestellt bleiben musste: die Frage der Kriegsschuld

Aber weder von dieser Frage war die Rede in dem Briefe des Nuntius oder in dem englischen Telegramm noch von der Frage, wer Sieger oder Besiegter sei; man wollte von Seiten der Gegner Frieden anbahnen. Der Kanzler aber wirft alle diese Fragen auf: wenn die Gegner glaubten, sie hätten »als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt«, so weise er »schon jetzt« darauf hin, »dass die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird: nämlich eine völlige Niederwerfung Deutsch-lands und seiner Verbündeten. « Ginge umgekehrt Deutschland von der Voraussetzung einer Niederwerfung seiner Gegner aus, so würde der Friede nicht gefördert, »da die Abweichun-gen der gegenseitigen Forderungen so groß wären, dass auch der beste Wille verzweifeln müsste, eine Einigung für möglich zu halten.« Man müsse also auf der Grundlage, daß es keine Besiegte noch Sieger gebe, verhandeln. Nach diesen theoretischen Erörterungen, die mit der Friedensfrage als solcher nichts zu tun hatten, die aber dazu dienen sollten, einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen, verweigert der Reichskanzler dann auch geradezu die Antwort, die die wichtigste sein sollte und das Schicksal Deutschlands in sich barg: die präzise Antwort über Belgien. ... Diese Antwort war das jähe Ende der so hoffnungsvoll begonnenen päpstlichen Friedensvermittlung.



Matthias Erzberger

Abschrift.

Der Reichsminister der Finanzen.

Berlin, den 13. Marz 1920.

Hochverehrter Herr Reichspräsident;

Das grosse Werk der deutschen Finanzreform ist in dieser Woche durch Annahme der Einkommensteuer und des Landessteuergesetzes unter meiner Leitung zum Abschluss gebracht worden. Der neue Etat für 1920 bringt das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Das mir als
Reichsminister der Finanzen gesteckte Ziel habe ich in
weniger als einem Jahr erreicht, verfolgt von dam in der
Geschichte wohl einzig dastehenden Hass der Kriegsgewinnler und mancher besitzender Kreise. Nur hierdurch konnte
der Wiederaufbau Deutschlands und die Umgestaltung des
Friedensvertrages eingeleitet werden.

Mratie, Demokratie und Zentrum ist für den Bestand und die ruhige Entwicklung unseres Volkes die unerlässlich Voraussetzung. Der Kampf gegen die Regierung und besonders gegen meine Person hat jedoch Formen angenommen, die in dem Urteil der Geschichte als schmachvoll und ehrlos bezeichnet werden; weite Kreise der Oeffentlichkeit sind hierdurch irregeleitet worden.

Kein Makel konnte in diesem hässlichem Kampf auf meine persönliche Ehre fallen. Jeder wahre Vaterlandsfreund muss Opfer bringen, um die heutige Regierung zu stützen und zu festigen. Aus politischen Gründen und zum Wohle der

д

Gesamtheit

Herrn Reichspräsidenten E bert

An den

Berlin

07

Gossmtheit, Ass mir über alles ging, halte ich es daher für angezeigt, hierdurch um meine Entlassung als Reichsminister der Pinansen zu bitten.

Ich trage das mir zugefügte Unrecht mit der Ruhe des guten Gewissens und in dem Bewusstsein, dass ich unserem schwergeprüften Volke in harter Zeit treu und Belbstlos gedient habe.

Genchmigen Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, den Basdru ok meiner vorzüglichen Hochschtung

gez: Erzberger Reichsminister der Finanzen.

Der Reichspräfident,

Berlin, den 12. März 1920.

Sehr verehrter Herr Minister!

Inrer Bitte, Sie von Ihrem Amt zu entbinden, entspreohe ich in Würdigung der von Ihnen vorgebrachten Gründe. Aber ich kann es nicht tun, ohne mit herzlichem Dank und voller Anerkennung der Zusammenarbeit dieses letzten Jahres mit Ihnen zu gedenken und der großen Erfolge, die Ihre amtliche Tätig-keit Ihnen gebracht hat. Sie haben dem Vaterland in schwerster Zeit gute Dienste geleistet. Vor allem haben Sie mit riesigem Fleiß die neue Finanzgesetzgebung geschaffen und damit Deutschland die Grundlage für den Wiederaufbau gegeben. Diese Tatsachen werden durch nichts verdunkelt werden. Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

July/

An

den Beichsminister der Finanzen Herrn Erzberger, Exzellenz,

hier.

Matthias Erzberger als Finanzminister 1919 bis 1920

als Zeichen sahen, daß er völlig in feindlichen, sozialistisch geprägten zialdemokraten, Demokraten und Zentrumspolitikern gebildete Regierung Preußens, des weitaus größten Landes im Deutschen Reich, frühzeitig ihre Zustimmung zur Reform des Finanz- und Steuerwesens in Aussicht stellte. Mit Kompromissen in finanziellen Einzelfragen und der wendungen an die Länder hat der Reichsrat, die Vertretung der Län-Proteste, die vor allem von Bayern ausgingen, die Gesetzgebung zur

Kopf, was wiederum seine Gegner das Fahrwasser einer traditions-Politik geraten sei, zumal die aus So-

73

Das Reformpaket

- Gesetz über die Reichsfingnzweiwaltung
- Kriegsabgabe für das Jahr 1919 (10. 9. 1919) 2. Gesetz über die außerordentliche
 - Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (10. 9. 1919)
- 4. Erbschaftsteuergesetz (10. 9. 1919)
- 5. Zundwarensteuergesetz (10. 9. 1919) 6. Spielkartensteuergesetz (10. 9. 1919)
- 7. Tabakwarensteuergesetz (12, 9, 1919)
- 8. Grunderwerbsteuergesetz (12. 9. 1919) 9. Reichsabgabenordnung (13. 12. 1919)
 - 10. Umsatzsteuergesetz (24, 12, 1919) 11. Gesetz über das Reichsnotopfer (31, 12, 1919)
- 12. Gesetz über Steuernachsicht (3.11, 1920) mit einer Amnestie für zurückliegende Steuervergehen
 - 13. Einkommensteuergesetz (29, 3, 1920)
- über den Finanzausgleich zwischen Reich. Ländern und Gemeinden 14. Kapitalertrageteuergesetz (29. 3. 1920) 15. Körperschaftsteuergesetz (30. 3. 1920) 16. Landessteuergesetz (30. 3. 1920)

sen, indem die Umsatzsteuer und damit die indirekten Abgaben auf erhöht wurden. Jedoch fand als Ausgleich parallel eine Erhöhung der Steuer auf Luxusgüter statt, die vor allem die begüterte Bevölkerungsgruppe treffen sollte. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen hindern konnten. Trat hier bereits Erzbergers soziale Gesinnung zutage, so galt das noch mehr bei seinen Anstrengungen, eine Besteuerung berger außerdem, wenn er eine Besteuerung des Kapitalertrags in der Form einbrachte, daß Dividenden der Kapitalgesellschaften vor der Lebensmittel und Verbrauchsgüter verzichtete Erzberger auf Steuern, rer Arbeit und Zukunftsplanung bedurchzusetzen, die hohe Kapitalgewinne und große Vermögen betrafen. In diesem Sinn handelte Erzdie Wirtschaftsunternehmen in ih-

Aufteilung an die Aktionäre mit 10 ger sah Dividenden als unverdiente Einkommen an, die ebenso wie der Gewinn aus Grund- und Haubesitz zu behandeln seien. Dazu erklärte Prozent zu besteuern seien. Erzberder Finanzminister Ende des Jah-

form klar sein, daß wir in eine nicht scharf genug hervorgehoben. [...] Soziale Zerklüftung, essenkampf müssen dann die [...] Das Privateigentum findet »Wir müssen uns bei dieser Re– neue Zeit hineinwachsen. Ein überspannter Individualismus hat in der Vorkriegszeit den Eigen– tumsbegriff verzerrt, das Recht auf Eigentum maßlos betont, aber die Grenzen und Pflichten und die Grenzen des Eigentums vielfach Klassenhaß, zerreibender Inter– Folge einer solchen Entwicklung sein. [...] Die Grenzen des Eigen– tums sind ferner überschritten, wenn die herrschenden Klassen asten auf die Schultern der weniger Leistungsfähigen zu laden. seine Begründung, aber auch sei– ne Begrenzung durch das Sozialinteresse. Das Interesse des gesamten Volkskörpers geht dem ihre Macht benutzen, die Haupt-Interesse des einzelnen vor«

fer Strafgesetzgebung entgegen. Die Überwachung der einheitlichen richteten Reichsfinanzämtern, die aus den bisherigen Steuerbehörden Den möglichen Versuchen der Ka-Steuerabgaben lag bei den eingepitalflucht trat Erzberger mit scharder Einzelländer hervorgingen.

opfer«, das im Inflationsstrudel unterging, auch nicht die erwarteten rend zudem Kleinverdiener und die

Mehreinnahmen eingebracht. Wäh-Besitzer mittlerer Einkommen früh zeitig ihren Zahlungsverpflichtungen nachkamen, gelang es den meigroßer Einnahmen sich einer ge-

> Mit diesen Maßnahmen stellte Erzberger – durchaus der neuen Reich geherrscht hatten, auf den die Verhältnisse, die im Bismarck-Reichsverfassung entsprechend

sten Besitzern hoher Vermögen und

Garantierung der finanzieller Zu-

der, trotz vehementer süddeutscher

Zentralisierung der Finanz- und Steuerverwaltung angenommen. Es lag ganz im Sinn einer Eindämmung wicklung, daß mit den Vermögens-

der inflationären Währungsent-

be-

wurden. Nachdrücklich setzte sich

schränkt und der Geldumlauf doch nur zeitweise – verlangsamt Erzberger für ein Reichsnotopfer ein, das vor allem von den Beziehern mittlerer und dann von hohen Einkommen und entsprechender Vermögenswerte getragen und in steiwerden sollte (10 Prozent auf die ersten 50 000 Mark bis 50 Prozent bei Vermögen von 3 Millionen Mark an) wieder ein Grund Erzberger sozialistischer Tendenzen zu beschuldigen. Tatsächlich hat das "Not-

Neuinvestitionen

abgaben

Matthias der muntere Seiltanzer

genden Beträgen bis 1949 erhoben

Mag die Valuta immerhin fallen – ich falle nicht

Stiefkind der Erinnerung

Wer Matthias Erzbergers gedenken will, muss auf die Schwäbische Alb

Von Rüdiger Soldt, Frankfurter Allgemeiner Sonntagszeitung, 26. September 2011

Buttenhausen. Was für eine verwegene Idee. Buttenhausen liegt mitten auf der Schwäbischen Alb. Stuttgart, Ulm, Tübingen - all diese Städte sind weit weg. Und doch muss, wer Matthias Erzbergers gedenken will, in das kleine Dorf im Lautertal reisen. In Berlin gibt es bis heute keine Straße, die an den Zentrumspolitiker erinnert, der 1921 von Rechtsextremisten ermordet wurde. Aus Anlass des neunzigsten Jahrestages der Ermordung hat Bundesfinanzminister Schäuble von der CDU Erzberger jetzt immerhin einen Sitzungssaal in Berlin gewidmet. Aber bis heute ist Matthias Erzberger ein "Stiefkind der Erinnerungskultur".

Allein in Buttenhausen, wo die Erzbergers als Katholiken in der protestantisch-jüdischen Diaspora lebten, gibt es seit 2004 eine Erinnerungsstätte - dank des Engagements des früheren badenwürttembergischen CDU-Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Sie ist im Geburtshaus des Zentrumspolitikers. Von dem auf einer Anhöhe gelegenen jüdischen Friedhof - den Territorialherren waren Juden im 18. Jahrhundert als Steuerzahler willkommen - blickt man auf das kleine Steinhaus der Erzbergers. Die Hälfte der Einwohner Buttenhausens waren Protestanten, die andere Hälfte Juden. Der spätere Befürworter eines "Verständigungsfriedens" und Reformator des Steuersystems stammte aus einfachen Verhältnissen. Der Vater war Schneider. Matthias war der älteste Sohn, er hatte fünf Geschwister. Für eine achtköpfige Familie bot das kleine Häuschen wenig Platz.

Über die katholischen Arbeitervereine kam Erzberger in die Politik. Seine beiden Töchter schickte er ins Kloster, sein Sohn starb früh. Weil Erzberger schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts überkonfessionell dachte, sah Erwin Teufel in ihm den ersten Christdemokraten. "Er empfand eine tiefe Abneigung gegen den Adel, gegen Privilegien und gegen den preußischen Militarismus seiner Zeit", sagte der CDU-Politiker bei der Eröffnung der Erinnerungsstätte 2004. "Erzberger war also konservativ und modern zugleich. Ein echter Schwabe eben." Erzbergers Anliegen sei es gewesen, das katholische Zentrum zu einer "überkonfessionellen und gesellschaftsübergreifenden Sammlungspartei" zu machen - zu einer Partei also, wie sie die CDU nach 1945 zu ihren besten Zeiten einmal sein sollte.

Schon zu Beginn seiner politischen Karriere kritisierte Erzberger als Reichstagsabgeordneter die deutsche Kolonialpolitik. Immer wieder wurden Aufstände der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika blutig niedergeschlagen. Erzbergers Kritik führte 1906 zur Auflösung des Reichstags. Es kam zur Neuwahl, der sogenannten Hottentottenwahl. Einige Jahre später setzte er sich nochmals für ein getriebenes Volk ein. Er verfasste einige Berichte über den Völkermord an den Armeniern 1915/16. Zu dieser Zeit hielt er sich mehrmals im Osmanischen Reich auf.

Eine Besonderheit der Buttenhausener Erinnerungsstätte ist, dass es kaum persönliche Gegenstände gibt, die eine Ausstellung hätten bereichern können. Immerhin ist im Treppenhaus die in Holland gefundene Taschenuhr Erzbergers zu sehen. Auf 110 Quadratmetern in elf Räumen mussten die Ausstellungsmacher Stationen seines politischen Wirkens und seines Lebens nachstellen, ohne sich aus einem reichen Fundus bedienen zu können. Im Erdgeschoss hängen symbolisch ein Hut und ein Mantel des "Wegbereiters der deutschen Demokratie". Im ersten Stock geht der Besucher zunächst durch einen Raum, der ihn mit dem Volksschullehrer, Redner und "Anwalt der kleinen Leute" vertraut macht.

Eine wichtige Station im Leben des Zentrumspolitikers war seine Zeit als "Leiter der Waffenstillstandskommission". Mit Bild und Ton ist in der Ausstellung die Unterzeichnung der Waffenstillstandsvereinbarung mit dem französischen General Foch im Wald von Compiègne nachgestellt. Die Ausstellungsmacher haben auf der Grundlage der Protokolle sogar ein kleines Hörspiel geschaffen - Originaltondokumente sind nicht mehr vorhanden. "Der nationale Leidensweg nach Compiègne war das Schwerste und Bitterste, was mir in meiner amtlichen

Tätigkeit auferlegt worden ist", wird Erzberger dort zitiert. In einem weiteren Raum ist dann die Inszenierung nachgestellt, die Hitler 1940 ebenfalls in Compiègne zur Demütigung der Franzosen angeordnet hatte.

Seine bis heute oft unterschätzte Rolle als Reichsfinanzminister wird in der Erinnerungsstätte auf der Schwäbischen Alb ebenfalls ins rechte Licht gesetzt: Auf Notenständern werden Auszüge des Reichsgesetzblattes präsentiert, denn Erzberger sei ein "virtuoser Dirigent" während der parlamentarischen Beratung der Reichsfinanzreform 1919/20 gewesen. Er hatte sie in nur neun Monaten erarbeitet, auf ihr basiert das deutsche Steuer- und Finanzsystem bis heute: Die Einkommensteuer machte der Zentrumspolitiker zu einer konsequent progressiv ansteigenden Steuer. "Er schuf eine reichseigene Steuerverwaltung, führte eine Reichseinkommensteuer ein und wies den Ertrag der wichtigsten Steuerquellen dem Reich zu", hat der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof einmal zusammenfassend über die Reform gesagt.

Natürlich ist umfassend auch die antirepublikanische Hetze der Deutschnationalen gegen den "Erfüllungspolitiker" und "Vorkämpfer der Judenrepublik" dargestellt, der Erzberger schließlich zum Opfer fiel. Am 26. August 1921 ermordeten ihn in dem Schwarzwald-Ort Bad Peterstal-Griesbach ehemalige Marineoffiziere und Mitglieder der "Organisation Consul".

In Biberach, das in der Mitte von Erzbergers Reichstagswahlkreis lag, war es die katholische Kirchengemeinde, die Matthias Erzberger 1921 das Ehrengrab stiftete, nicht die Stadt. Als damals eine Straße nach dem ermordeten Reichsminister benannt werden sollte, lehnte der Gemeinderat dies ab. Immerhin wurden in der Weimarer Republik für Erzberger, aber auch für Walther Rathenau oder Friedrich Ebert einige Erinnerungstafeln aufgehängt. Die Nationalsozialisten ließen sie schnell beseitigen - auch die Erinnerungstafel am Buttenhausener Geburtshaus, die 1927 vom sozialdemokratischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufgehängt worden war. Erst 1971 wurde dort, dank der Initiative einer der Töchter Erzbergers, eine neue Gedenktafel aufgehängt.

Stolz meldeten die Zeitungen im "Dritten Reich", dass in Rottenburg am Neckar "Erzbergers Geistesprodukte" verbrannt worden waren. In der Bundesrepublik hatte Matthias Erzberger lange Zeit keine geschichtspolitische Lobby - das Zentrum gab es nicht mehr. Die Erinnerungskultur für die erste deutsche Demokratie ist bis heute an vielen Orten eher schemenhaft. Weit häufiger wird mit Straßen- oder Gebäudenamen an Reichspräsident Hindenburg erinnert als an Erzberger. Mitten in der Stuttgarter Innenstadt gibt es noch immer einen "Hindenburgbau", die Erzbergerstraße - immerhin - findet sich in der Nähe der Weißenhofsiedlung am Killesberg. In Münsingen, wenige Kilometer von Buttenhausen entfernt, lehnen es die Lehrer des Gymnasiums bis heute ab, ihre Schule nach Erzberger zu benennen.

Friedrich Ebert (1871 – 1925) - Sozialdemokrat und erster Reichspräsident

Themen:

Jugend und Lehrjahre in Heidelberg 1871 - 1888 Wanderjahre 1889 - 1891

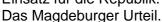
Bremen 1891 - 1905 Gewerkschaftsarbeit, Redakteur, Gastwirt Heirat und Familie Parteiagitator und Arbeitersekretär Bürgerschaftsabgeordneter 1900 - 1905

Parteitag in Bremen 1904 Sekretär beim Parteivorstand 1905 Umzug nach Berlin Aufbau der Massenpartei Der Streit um den Reformismus Reichstagsmandat für Elberfeld-Barmen 1912 Parteivorsitzender 1913

Der Ausbruch des Weltkriegs Zustimmung zu den Kriegskrediten Die allmähliche Spaltung der Partei Friedensresolution 1917 und November 1918

Rat der Volksbeauftragten 1918 – 1919 Wahlen zu Nationalversammlung Weimarer Verfassung 11. August 1919

Reichspräsident Ebert Einsatz für die Republik. Der Kampf der Rechten Das Magdeburger Urteil. Tod Friedrich Eberts am 28. Februar 1925



Literatur:

Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert. In: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Landeszentrale für politische Bildung, Kohlhammer Stuttgart 2005.

Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, hg. u. bearb. v. Walter Mühlhausen, Vorwort Johannes Rau, Kehrer Verlag Heidelberg, aktuelle Auflage 1999

Norbert Podewin: Ebert und Ebert – zwei deutsche Staatsmänner. Eine Doppelbiografie. Edition Ost. Berlin 1999.

Eberhard Kolb (Hrsq): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis. Schriftenreihe der Gedenkstätte. Oldenbourg München 1997.

Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933: Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993

Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit : der Weg der Republik von Weimar in den Untergang: 1918 bis 1933, Propyläen-Geschichte Deutschlands, Bd. 8, Berlin 1988 Werner Maser: Friedrich Ebert – der erste deutsche Reichspräsident. München 1987 Sebastian Haffner: Der Verrat – Deutschland 1918/19, Verlag 1900, Berlin 1968 Waldemar Besson: Friedrich Ebert - Verdienst und Grenze, Musterschmidt, Göttingen, 1963 Friedrich Ebert (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)



Rede nach seiner Vereidigung auf die Verfassung am 21. August 1919

Ich danke ihnen von ganzem Herzen für die freundlichen Worte, die sie an mich gerichtet haben. Ich danke ihnen ganz besonders dafür, daß sie in ihren Worten Erinnerungen an unsere gemeinsame, engere, liebe Heimat mitklingen ließen. Meine Damen und Herren. Sie vertreten alle Gaue Deutschlands. Das aber müssen wir uns erhalten, wenn wir unser Vaterland auf Grundlagen aufbauen wollen, die unverkennlich und unzerstörbar sein sollen. Die innige Liebe zur Heimat, zum Volksstamm, dem der einzelne entsprossen ist, und dazu soll kommen die heilige Arbeit am Ganzen, das sie in Dienst stellen in die Interessen des Reichs. Da löst sich der Widerspruch zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat, da in der engeren Heimat liegt die Quelle unserer Kraft, in der weiteren, in der großen Heimat das Ziel und der Kern unserer Arbeit. In diesem Geiste lassen Sie mich zu meinem Teil die Verfassung halten, vertiefen und schützen. Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein. Freiheit für alle Volksgenossen. Aber jede Freiheit, an der mehrere teilnehmen, muss ihre Satzung haben. Diese haben Sie geschaffen, gemeinsam wollen wir sie festhalten. Aus Ihrem Vertrauen bin ich an die erste Stelle im deutschen Reich gestellt worden. In Ihrer Hand habe ich das Gelöbnis abgelegt, die von ihnen für das deutsche Volk geschaffene Verfassung treu zu wahren. Ihr Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der erste zu sein, wenn es gilt, Bekenntnis und Zeugnis abzulegen für den neuen Lebensgrundsatz des deutschen Volkes, für Freiheit, Recht und soziale Wohlfahrt.

Friedrich Eberts Lebenslauf

– von ihm selbst verfasst nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten:

"Ebert ist Süddeutscher; er ist am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Als siebzehnjähriger Sattlergeselle zog er in die Fremde und wurde nach dreijähriger Wanderschaft in Bremen ansässig. Wie die meisten sozialistischen Arbeiter kam er über den Weg der Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus. Seine politische Tätigkeit lag lange vorwiegend auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Mitte der neunziger Jahre wurde er Redakteur, später leitete er das Arbeitersekretariat in Bremen bis er 1905 als Sekretär des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Partei nach Berlin berufen wurde. Nach dem Tode Bebels wurde er zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt. In den inneren Parteikämpfen stand Ebert immer im Gegensatz zur radikalen Linken. Bei den Reichstagswahlen 1912 schickte ihn der Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag. Dort hat er besonders während des Krieges in wichtigen Fragen vielfach die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion vertreten. Er gehörte dem interfraktionellen Ausschuss an und war dort an den Vorbereitungen der Juliresolution des Reichstages hervorragend beteiligt: auch dem Siebenerausschuss für die Beantwortung der Papstnote gehörte er an. In den letzten Monaten des alten Reichstages war er Vorsitzender des Haushaltsausschusses. In den Wochen vor Ausbruch der Revolution hat Ebert in mehrfachen Besprechungen der Reichsregierung den Ernst der Situation vorgestellt. Nach Ausbruch der Revolution erschien er am 9. November vormittags mit einer Deputation von Abgeordneten und Arbeitern bei der Reichsregierung und begründete die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Reichsregierung. Am gleichen Tage über-nahm er mit Zustimmung seiner Partei das ihm von der Reichsregierung übertragene Amt des Reichskanzlers. Die bisherigen Staatssekretäre berief Ebert am nächsten Tage noch einmal zu einer Sitzung, um über die Waffenstillstandsbedingungen Mitteilung zu machen und Kenntnis zu geben von einer Depesche der Obersten Heeresleitung, in der schnelle Annahme der Bedingungen verlangt wurde. Die bisherigen Staatssekretäre lehnten ab, dazu Stellung zu nehmen, wonach Ebert die Waffenstillstandskommission zur Annahme der Bedingungen bevollmächtigte. Am gleichen Tage wurde zur Leitung der Reichsgeschäfte der Rat der Volksbeauftragten gebildet. Ebert war bis zur Wahl zum Reichspräsidenten dessen Vorsitzender."

Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Internet-Materialien, Auszüge)

Die Geburt Friedrich Eberts fällt mit einer entscheidenden Umbruchsphase der deutschen Geschichte zusammen. Drei Wochen vor seiner Geburt haben sich im Spiegelsaal von Versailles die deutschen Fürsten zusammengefunden, um durch die Proklamation des preussischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser die Gründung des Deutschen Reiches zu vollziehen. Mitten im deutsch-französischen Krieg wurde so durch den Anschluss der süd-deutschen Staaten an den von Preussen dominierten Norddeutschen Bund die Zersplitterung Deutschlands in eine Vielzahl von Kleinstaaten überwunden. Zwar gelang mit der Reichsgründung die ersehnte deutsche Einheit, doch gemessen an den Zielen der unterdrückten Revolution von 1848 blieb das neugeschaffene Kaiserreich ein unvollendeter Verfassungsstaat. Die von Reichskanzler Otto von Bismarck maßgeblich geprägte Reichsverfassung sicherte die dominierende Position der Regierung gegenüber dem Parlament. So war der Kanzler allein dem Kaiser verantwortlich, nicht aber dem Reichstag, der nur über wenige Rechte verfügte. Da Verwaltung, Justiz und Militär allein der Regierung unterstan-den, hatte der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht nicht ganz Unrecht, wenn er den neu geschlossenen Bund als "fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie" bezeich-nete. Darüber hinaus durchzog das Kaiserreich von Beginn an ein tiefer Riss zwischen Adel und Bürgertum als staatstragenden Schichten auf der einen und der als "vaterlandslose Gesellen" ausgegrenzten Arbeiterbewegung auf der anderen Seite.

Die Geburtswohnung Friedrich Eberts – heute das Herzstück der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte – liegt in einem Zwischengeschoss und war nur über eine hölzerne Treppe vom Hof her zu erreichen. Sie misst etwa 46 Quadratmeter und besteht aus einem größeren Zimmer, einem Durchgangszimmer und einer Küche. Alle Räume haben eine sehr niedrige Deckenhöhe von nur knapp zwei Metern. Die Einrichtung bietet einen anschaulichen Eindruck der damaligen beengten Wohnverhältnisse.

Zur Beleuchtung dienten Petroleumlampen; geheizt wurde mit dem Küchenherd. Zu Friedrich Eberts Kinderzeit waren längst nicht alle Heidelberger Wohnhäuser mit Wasserleitungen versehen. Rund 300 Wohnhäuser besaßen weder eine Wasserleitung, noch einen eigenen Brunnen; die Bewohner mussten sich aus den 25 öffentlichen Laufbrunnen bedienen.

Die einfachen Wohnverhältnisse der Familie Ebert waren für die Pfaffengasse in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts kennzeichnend. Im Quartier rund um die Pfaffengasse wohnten vorwiegend Handwerker wie Kleidermacher, Kübler, Maurer, Schlosser, Schreiner, Schuster, Zimmerleute und auch Tagelöhner.

Von Ostern 1877 bis März 1885 besucht Friedrich Ebert die achtklassige Volksschule in der Sandgasse. Die Schüler werden nach Leistungen gesetzt. Nach dem Zeugnis der siebten Klasse ist er der 16. von 44 Schülern.

Wahrscheinlich animiert durch die benachbarte Lohnkutscherei Seppich, erlernte Friedrich Ebert später das Sattlerhandwerk. Einen Einblick in dieses mittlerweile fast völlig ausge-storbene Handwerk bietet in der heutigen Gedenkstätte der schmale Raum in der Torein-fahrt, in dem eine Sattlerwerkstatt eingerichtet wurde. In ihr sind zeitgenössische Arbeits-geräte und Werkstücke eines Sattlers zu sehen.

Aus Friedrich Eberts Kindheit

Erzählt von Binchen Ebert (Friedrich Eberts Schwägerin)

"Wenn in Heidelberg irgendeine Fensterscheibe zertrümmert, eine Laterne ausgedreht, oder eine alte Frau durch unheimliche Rufe erschreckt worden war – dann kamen in der ganzen Umgegend der Pfaffengasse nur zwei Familien als Urheber in Betracht, die sechs Buben von Frankes und die vier des alten Schneidermeisters Ebert. Das stand so fest, und wurde so allgemein vermutet, dass auch von den betreffenden Vätern mit den fälligen Prügeln nicht erst lange gewartet wurde. Und alle, die Übeltäter miteinbegriffen, waren mit dieser Ordnung der Dinge einverstanden. Denn, was es einmal zu viel gab, das wurde beim nächsten Male weggelassen. Viel Kopfzerbrechen darüber gab es in unserer Jugend nicht."

Badische Neueste Nachrichten BNN



DAS WOHNHAUS von Friedrich Ebert bildet das Herzstück der Gedenkstätte in der Heidelberger Innenstadt. Die Besucher können unter anderem das Vohnzimmer besichtigen, in dem der erste Präsident der Weimarer Republik als kleiner Junge spielte.

Auf den Spuren Friedrich Eberts

Gedenkstätte dokumentiert Leben und Wirken des ersten Präsidenten der Weimarer Republik

Heidelberg. Er wurde als "Agent der Boureoisie" und als "Novemberverbrecher" be-chimpft; von anderen bewundert, weil er es us einfachen Verhältnissen an die Spitze des staates geschafft hat. Friedrich Ebert, erster 'räsident der Weimarer Republik, hat polariiert - und deutsche Geschichte geschrieben. seinem Werk, seinem Leben und seiner Zeit

vidmet sich eine ständige Aussteling in seiner Geburtsstadt Heidelerg: Die Reichspräsident-Friedich-Ebert-Gedenkstätte zeichnet uf der Basis von Fotos, Dokumen-en, Film- und Toneinspielungen ie wichtigsten Stationen im Leben es Mannes nach, der sich zeitleens als Süddeutscher sah und daei das Schicksal des ganzen deutchen Volkes beeinflusste.

Herzstück der Schau, die jährlich

und 60 000 Besucher lockt, ist ein winziger Vohnbereich im Herzen der Heidelberger Alttadt, gelegen in einem Zwischengeschoss, aum 50 Quadratmeter groß – in dem der Poli-iker im Februar 1871 zur Welt kam, in dem er eine Kindheit verbrachte. Die Decken sind iedrig, die Ausstattung ist bescheiden - und ypisch für die Zeit, die den jungen Ebert präge. Friedrich besuchte die örtliche Volksschule. entwickelte sich zu einem durchschnittlichen Schüler, dem seine Lehrer im Zeugnis einen "ziemlich guten" Fleiß attestieren – jedoch auch anmerken: "Er muss schöner schreiben.

Zeugnisse, Erinnerungen seiner Wegbegleiter. Momentaufnahmen: Die Besucher lernen den Menschen Friedrich Ebert kennen, aber auch die Besonderheiten seiner Zeit, seines Mi-

lieus. Sie können den Lebensweg des Mannes nachvollziehen, der groß wurde als Sohn eines Schneidermeisters, schließlich bei einem Sattler in die Lehre ging. Sie können eine entsprechende Werkstatt. zeitgenössische Arbeitsgeräte und Werkstücke bestaunen und sehen, wie der junge Auszubildende mit gewerkschaftlichen Organisationen in Kontakt kam – und sich bald für den Sozialismus begeisterte. Mit 18

Jahren trat er der Sozialistischen Arbeiterpartei bei, ein Jahr später wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1912 schließlich in den Reichstag gewählt. Wenige Monate später stieg er als Nachfolger August Bebels zusammen mit Hugo Haase zum Parteivorsitzenden auf. Ebert hatte es geschafft, er besaß politische Macht - und sollte bald noch mehr bekommen: Der Heidelberger

wurde Staatsoberhaupt der neuen Republik. Schnell machte der Sozialdemokrat deutlich, wie er dieses Amt bekleiden wollte: Er wollte Präsident aller Deutschen sein. Er sah seine Rolle als Hüter der Verfassung, als Bewahrer der demokratischen Ordnung - und war doch einer Hetzkampagne ausgesetzt: Indem das Staatsoberhaupt diffamiert wurde, wurde die von vielen ungeliebte Republik in den Schmutz gezogen. Bis zu seinem Tod 1925 warb er bei der Bevölkerung, die in Teilen immer noch der Monarchie nachtrauerte, für die neue Staatsform, wollte die Grundlagen schaffen für ein System, das auf Dauer Bestand haben sollte und letztlich doch nicht hatte.

Öffnungszeiten: "Friedrich Ebert, sein Leben, sein Werk, seine Zeit" in der Heidelberger Pfaffengasse 18 ist täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, donnerstags bis 20 Uhr.

Eintritt: Der Eintritt ist frei, Führungen nach Voranmeldung ebenfalls kostenlos.

Anfahrt: Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

ab dem Heidelberger Hauptbahnhof mit dem Bus der Linie 41 oder 42 bis zum Uniplatz, Richtung Marktplatz/Heilig-Geist-Miche, über die Untere Straße zur Pfaffengasse Weitere Informationen: Telefonisch unter

www.ebert-gedenkstaette.de. Tina Kampf



Internationaler Sozialistenkongress in Amsterdam 1904

An diesem Kongress nahm Friedrich Ebert als Delegierter aus Bremen teil.

Dort griff der französische Sozialistenführer Jean Jaurès die deutsche Sozialdemokratie wegen ihrer Einstellung an:

Was im gegenwärtigen Moment auf Europa und der Welt, auf der Verbürgung des Friedens, der Sicherstellung der politischen Freiheiten, dem Fortschritt des Sozialismus und der Arbeiterklasse lastet, was auf den politischen und sozialen Fortschritt Europas und der Welt drückt, das sind nicht die angeblichen Kompromisse, die waghalsigen Versuche der französischen Sozialisten, die sich mit der Demokratie verbündet haben, um die Freiheit, den Fort-schritt, den Frieden der Welt zu retten, sondern das ist die politische Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie. (Große Bewegung)

Gewiss, ihr seid eine große, bewunderungswürdige Partei, die dem internationalen Sozialismus zwar nicht alle Denker, wie man es zuweilen zu sagen scheint, aber einige der gewaltigsten und scharfsinnigsten Denker gegeben hat, die dem internationalen Sozialismus das Vorbild einer konsequenten, systematischen Aktion, einer wohlgegliederten und machtvollen Organisation gegeben hat, die vor keinem Opfer zurückschreckt und sich durch keinen Ansturm erschüttern lässt. Ihr seid eine große Partei, ihr seid die Zukunft Deutschlands, eine der edelsten und glorreichsten Parteien der zivilisatorischen und denkenden Menschheit. Aber zwischen eurer anscheinenden politischen Macht, wie sie sich von Jahr zu Jahr in der wachsenden Zahl eurer Stimmen und Mandate ausdrückt, zwischen dieser anscheinenden Macht und der wirklichen Macht zu Einfluss und Tat besteht ein Gegensatz, der um so größer zu werden scheint, je mehr eure Wahlmacht zunimmt. O ja, am Tage nach jenen Juniwahlen [1903], die euch die drei Millionen Stimmen gebracht haben, ist es allen deutlich geworden, dass ihr eine bewundernswerte Kraft der Propaganda, der Werbung, der Einreihung habt, aber dass weder die Traditionen eures Proletariats noch der Mechanismus eurer Verfassung euch erlauben, diese anscheinend kolossale Macht von drei Millionen Stimmen in die Aktion der Nutzbarmachung und Verwirklichung, in die politische Aktion umzusetzen. Warum? Weil euch die beiden wesentlichen Bedingungen, die zwei wesentlichen Mittel der proletarischen Aktion noch fehlen ... ihr habt weder die revolutionäre, noch die parlamentarische Aktion ... Aber das deutsche Proletariat hat in seiner Geschichte keine revolutionäre Tradition. Es hat sich das allgemeine Wahlrecht nicht auf den Barrikaden erobert. Es hat es von oben bekommen. ... Und ebensowenig, wie ihr die Mittel revolutionärer Aktion, wie ihr die Kraft habt, welche euch eine revolutionäre Tradition des Proletariats geben würde, habt ihr, das wisst ihr wohl, die parlamentarische Kraft. Selbst wenn ihr die Mehrheit im Reichstag wäret, wäre euer Land das einzige, wo ihr, wo der Sozialismus nicht der Herr wäre, selbst wenn er die Mehrheit hätte.

Jean Jaurès, geboren 1859 in Castres im Departement Tarn, 1876 Lycée Louis le Grand, 1878 Concours für die Ecole Normale, Einfluss von Renan und der deutschen Philosophie, aber auch von Michelet. Professeur agrégé in Albi, Maître de Conférences an der Universität Toulouse 1885 Abgeordneter für Tarn in der Chambre des députés. Er war nie Minister und nie Parteiführer, die Sozialisten waren in Frankreich in verschiedene Gruppen zersplittert, aber Jaurès war ihr anerkannter Sprecher, Herausgeber der Humanité und Historiker. Ermordet 31. Juli 1914.

Erklärung Eberts vor dem Reichstag Ende Mai 1915:

(nach einer SPD-internen Debatte zur Beendigung des Krieges)

Trotz der verschärften Situation glauben wir, getreu unserer sozialistischen Weltanschauung, auch heute dieser Friedenssehnsucht Ausdruck geben zu sollen. Dabei wissen wir uns in Übereinstimmung mit großen Schichten aller Völker, die mit uns erstreben: einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. Darum wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen diejenigen Bestrebungen, die den Frieden abhängig machen wollen von allerlei Eroberungen. Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, dass wir jeden Eroberungskrieg verurteilen. Daran halten wir fest. ... In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am 4. August und später hier erklärt haben. Wir stehen zu unserem Volk. ...

Vom Kaiserreich zur Republik: Revolution von oben und von unten

- 1. 10. Ludendorff fordert den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstandes
- 3. 10. Rücktritt des Reichskanzlers Graf Hertling
- 3. 10. Bildung der Regierung Prinz Max von Baden mit parlamentarischer Beteiligung (Erzberger für das Zentrum, von Payer für die Liberalen, Scheidemann für die SPD)
- 4. 10. Waffenstillstandsangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson
- 24. 10. Entlassung Ludendorffs, Nachfolger General Groener
- 28. 10. Verfassungsänderung: Preußisches Wahlrecht und Parlamentarisierung der Reichsregierung (sie braucht das Vertrauen des Reichstages)
- 29. 10. Flucht des Kaisers nach Spa zur Obersten Heeresleitung Meuterei in der deutschen Kriegsflotte in Kiel gegen ein Auslaufen in einen sinnlosen Heldentod.
 - Danach Ausbreitung der Revolution, Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten
- 7. 11. Revolution in München
- 8. 11. Prinz Max bemüht sich um eine Abdankungserklärung des Kaisers Deutsche Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Compiègne
- 11. Ausrufung der Republik durch Karl Liebknecht USPD Spartakus)
 Prinz Max verkündet die Abdankung des Kaisers
 Philipp Scheidemann (SPD) verkündet vor dem Reichstag die Republik
 Prinz Max übergibt die Reichskanzlergeschäfte an Friedrich Ebert (Vorsitzender SPD)
- 10. 11. Kaiser Wilhelm geht ins Exil in die Niederlande
 - Bildung des Rats der Volksbeauftragten als Regierung (3 Mitglieder SPD, 3 USPD) Telefonisches Bündnis von Ebert und Groener/Hindenburg zur Erhaltung der Ordnung.
- 11. 11. Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch Erzberger Spartakus: Alle Macht den Räten (Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg)
- 6. 12. 14 Spartakusanhänger bei einem Angriff auf den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat tot
- 16. 20. 12. Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschließt gegen die Spartakusstimmen mit 344 gegen 98 Stimmen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung
- 29. 12. Die USPD-Mitglieder verlassen den Rat der Volksbeauftragten
- 1. 1.1919 Gründung der KPD.
 - Ablehnung der Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung Wilhelm Noske setzt als Volksbeauftragter seit dem 6. Januar rechte "Freikorps" gegen "Spartakusaufstände" und Tendenzen zu einer weitergehenden Revolution ein.
- 15. 1. Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
- 19. 1. Wahl zur Nationalversammlung (allgem. Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen) Sitze: USPD 22, MSPD 165, DDP 75, Zentrum 91, DVP 19, DNVP 44 "Weimarer Koalition": MSPD, DDP, Zentrum
- 6. 2. Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar
- 11. 2. Ebert wird Reichspräsident, Scheidemann Ministerpräsident
- 7. 5. Übergabe der Friedensbedingungen in Versailles
- 12. 5. Debatte in der deutschen Nationalversammlung: heftige Proteste
- Bis 29. 5. 17 deutsche Noten zu Einzelfragen und eine allgemeine ablehnende Denkschrift. Erzberger kämpft gegen eine Politik des herausfordernden Trotzes. Spaltung in der Öffentlichkeit und im Parlament.
- 16. Juni Übergabe des endgültigen Vertrages mit Ultimatum zur Unterzeichnung.
- 20. 6. Regierungsumbildung: Ministerpräsident Gustav Bauer, Finanzminister Erzberger
- 21. 6. Selbstversenkung der deutschen Kriegsflotte vor Scapa Flow, um der im Vertrag geforderten Auslieferung zu entgehen
- 22. 6. Nach einem Ultimatum der Alliierten vom 16. 6. stimmt die Nationalversammlung dem Friedensvertrag (mit Einwendungen) mit 237 gegen 138 Stimmen zu.
- 23. 6. Nach der Zurückweisung der Einwendungen durch die Alliierten und der Drohung, den Krieg wieder aufzunehmen, zweite Abstimmung und Ehrenerklärung für die Jastimmen.
- 28. 6. Außenminister Hermann Müller unterzeichnet den Friedensvertrag
- 11. 8. Friedrich Ebert unterzeichnet die (Weimarer) "Verfassung des Deutschen Reiches"
- 14. 8. Die neue Verfassung tritt in Kraft. Der Ministerpräsident wird Reichskanzler.

Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

ERSTER HAUPTTEIL Aufbau und Aufgaben des Reichs

ERSTER ABSCHNITT Reich und Länder

Artikel 1

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vorn Volke aus.

Artikel 2

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Republik statt Monarchie.

Starker Präsident: Der Präsident wird auf 7 Jahre direkt vom Volk gewählt. Er hat den Oberbefehl über die Wehrmacht, das Recht zu Notverordnungen und zur "Reichsexekution" gegenüber einzelnen Ländern. Er kann an Kabinettssitzungen teilnehmen und vom Reichskanzler Bericht anfordern. Verordnungen des Präsidenten müssen vom Reichskanzler gegengezeichnet werden. Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen. Kein Reichstag hat die volle Legislaturperiode von vier Jahren durchgehalten.

Föderalismus und Preußenproblem:

Das Reich ist in Einzelstaaten, die (bis auf Thüringen historischen) Länder, eingeteilt.

Die Regierungen der Länder bilden den Reichsrat, die zweite Kammer der Reichsgesetzgebung. Ein Einspruch des Reichsrates gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz kann von diesem mit Zweidrittelmehrheit zurückgewiesen werden.

Das Problem des deutschen Föderalismus war, dass Preußen für sich allein zwei Drittel des Reichsgebiets und der Bevölkerung umfasste. Deshalb war eine Aufteilung Preußens in drei Staaten diskutiert, aber schließlich verworfen worden. Aber in der preußischen Verfassung war festgelegt, dass die einzelnen preußischen Provinzen die Reichsratsstimmen vertraten, nicht die preußische Regierung. Für alle anderen Länder gilt, dass die Reichsratsstimmen nur einheitlich abgegeben werden können.

Art. 13: Reichsrecht bricht Landesrecht.

Reichstag:

Für den Reichstag gilt das reine Verhältniswahlrecht, ohne Wahlkreisbindung und Prozent-klausel. Das verstärkt den Hang zu Splitterparteien.

Der Reichstag spricht dem Reichskanzler das Vertrauen (und das Misstrauen) aus.

Wahlrecht:

Art. 22: Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts gewählt.

Volksentscheid:

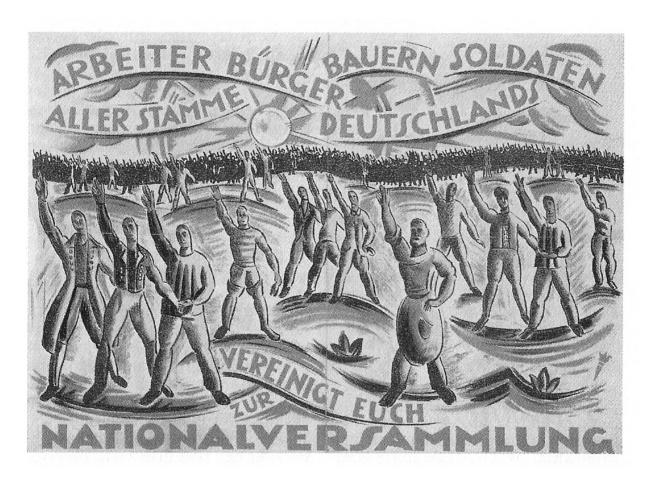
Art. 73: Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündigung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt. ... Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt.

Religionsmündigkeit mit 14. Zentralistische Finanzreform Erzbergers 1919/1920.

(Als "Vater" der Weimarer Verfassung gilt der Staatsrechtslehrer und Liberale Prof. Hugo Preuß, Mitbegründer der DDP, 1860 bis 1925)



Der Rat der Volksbeauftragten (November 1918) USPD: Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Emil Barth (bis 28. 12. 1918) (M)SPD: Otto Landsberg, Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann



Wahlplakat der (M)SPD zur Wahl am 19. Januar 1919 Die KPD fordert dagegen auf: Du sollst nicht wählen. Der Parlamentarismus ist die demokratische Kulisse für die Herrschaft des Kapitals. Conntag, ben 10. November 1918.



Berliner Dolhablatt.

Jentralorgan der sopisibemakratischen Partet Pruffchimbs.

Die Einigung

zwischen den beiden sozialdemotratischen Parteien ist vollzogen.

Ebert Haase Scheidemann Dittmann Landsberg nud Barth

werden die neue Regierung bilden.

Min bie Arbeiter- und Coldatenrate!

Das Bolf muß verhungern, wenn ber Bahntransport gestörs wird. Das geschieht aber durch seden Eingriff unzuständiger Stellen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung.

Gestern find an verschiedenen Orten von Arbeiter- und Soldatenväten solche Eingriffe vorgenommen worden, g. B. in dem Betrieb von Rangierbahnhöfen und in die Raffenverwaltung von Bahnstationen. Das darf nicht twieder vortommen! Biederholungen muffen zur Arbeitsverweigerung unferer braven Eisendahner und zum Stillsand sebes geregelten Bahnverkehrs führen.

Berlin, am 10. November 1918.

(geg.) Chert.

Sebastian Haffner: Der Verrat

Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seines gleich hat.

24. Nugult 1 9 1 9 Nr. 34 28. Jahrgang

Berliner

Einzelpreis bes fieltes 25 Pfq.

Justrirte Zeitung Derlag Ulistein & Co, Berlin SW 68

Chert und Roste in ber Commerfrische. Aufgenommen mahrend eines Besiche bes Gerbade haffitug bei Travemunte.

Das Badebild von Ebert und Noske von 1919 galt als skandalös und lächerlich.

Friedrich Ebert als Reichspräsident

Walter Mühlhausen in: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, LpB, S. 102/103

Die Große Koalition sollte zugleich der politische Eckpfeiler der von ihm gebetsmühlenartig propagierten Volksgemeinschaft sein, einer Konsenspolitik über die Parteigrenzen hinweg zum abstrakt formulierten Wohl des Staates. Das war seine Vision. Der Reichspräsident wollte Brückenbauer zwischen den gesellschaftlichen Kräften sein. Je mehr es ihm gelang, dem Amt gemäß seinem eigenen Anspruch, ein Präsident aller Deutschen zu sein, gerecht zu werden, desto mehr stieg seine Achtung und Anerkennung im demokratischbürgerlichen Lager. Dagegen begegnete ihm die eigene Partei mit wachsender Distanz. denn die SPD brachte nicht für alle Entscheidungen Eberts Verständnis auf, der als Reichspräsident den gesamten Staat in den Blick zu nehmen hatte und nicht mehr wie der Parteiführer allein im Interesse der Mitglieder agieren konnte. Mit symbolischen Akten warb Ebert für die Einheit der Nation, um ihr ein ideelles Gerüst zu geben. Unter dieser Zielsetzung standen unter anderem die Einführung des "Deutschlandliedes" als Nationalhymne (1922) und sein Eintreten für die jährliche Feier des Verfassungstages am 11. August, der in gewisser Weise Ersatz für den fehlenden Nationalfeiertag sein sollte. Solche auf Integration und Identitätsstiftung zielenden Initiativen besaßen allerdings in der segmentierten Weimarer Gesellschaft nur begrenzten Erfolg. Auch die Große Koalition kam lediglich im Sommer 1923 unter Reichs-kanzler Stresemann zustande, zerbrach aber bereits nach drei Monaten - sehr zum Unwillen Eberts. Der Badener Wirth war mit 18 Monaten immerhin der Kanzler mit der längsten Amts-dauer unter insgesamt neun Regierungschefs, die Ebert in seiner Präsidentschaft erlebte. Der unbedinate Machtwille einte Ebert und Wirth und trua wesentlich zur Überwinduna der Regierungskrise im Oktober 1921 bei, als der Völkerbund die Teilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen verfügte, obwohl sich in der nach dem Versailler Vertrag vorgeschriebenen Volksabstimmung die Mehrheit der Bevölkerung für einen Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hatte. Die Regierung Wirth war daraufhin zurückgetreten, und auch Ebert schien kurzzeitig an Amtsaufgabe zu denken. Doch Wirths Entschlossenheit, sofort ein neues Kabinett zu bilden, hielt Ebert von der Demission ab, der seinerseits dem alten und neuen Kanzler sofort den Rücken stärkte, so dass die Krise überwunden werden konnte.

Allerdings wurde das gegenseitige Vertrauensverhältnis ein halbes Jahr später zerstört, als im April 1922 Wirth und Außenminister Walther Rathenau während der Konferenz von Genua im Alleingang und ohne Wissen Eberts den deutsch-sowjetrussischen Vertrag von Rapallo abschlossen. Obwohl sich der Reichspräsident, der in außenpolitischen Fragen mitentscheiden wollte, durch den übereilten Vertragsabschluss hintergangen fühlte, unterließ er es, Kanzler und Außenminister öffentlich zu kritisieren. Das nicht zu tun, entsprach seinem Amtsverständnis.

Die Weimarer Verfassung hatte einen starken Reichspräsidenten geschaffen. Anders jedoch als von den Verfassungsschöpfern gedacht, die den mit umfassenden Rechten ausgestatteten Reichspräsidenten als Gegengewicht zu Parlament und Kabinett konzipiert hatten, verstand sich Ebert als Staatsoberhaupt immer als Teil und nicht als Gegenpol der Regierung. Angesichts der dauerhaften außen- und innenpolitischen Krisensituation war für ihn nicht nur die Einigkeit der Regierung oberstes Gebot, sondern auch, dass "die Leitung fest in den Händen der Regierung" blieb, wie er das im Oktober 1921 am Kabinettstisch einmal auf den Punkt brachte. So tat er nach Rapallo alles, um eine Regierungskrise zu vermeiden. Doch das Vertrauensverhältnis zwischen Präsident und Kanzler war zerstört, was im November 1922 zum Scheitern von Wirth beitragen sollte, als Ebert nichts unternahm, den politisch ungeschickt agierenden Zentrumsmann zu halten. Es schimmert etwas von den Dissonanzen durch, wenn Wirth nach dem Tod Eberts schreibt, dass der Reichspräsident, der bei Verhandlungen im stillen Kämmerlein zumeist in stoischer Ruhe um den Ausgleich bemüht war, mitunter aber auch recht unwirsch reagieren konnte, als gebürtiger Heidelberger eben "das lebendige, leicht erregbare Blut des Pfälzers in seinen Adern" geführt habe. ...

Zur Kurpfalz jedenfalls fühlte Ebert sich stets hingezogen und verband Dienstreisen in den Südwesten immer wieder mit Abstechern an den Neckar, auch wenn diese immer weniger wurden, was neben seiner knapp bemessenen freien Zeit auf den von ihm gelegentlich als lästig empfundenen Zwang zum Repräsentieren und auf eine gewisse Reisemüdigkeit zurückzuführen ist. Berlin, die pulsierende Metropole mit ihrer hektischen Betriebsamkeit, scheint ihm, der aus dem beschaulichen Heidelberg stammte, nicht besonders gelegen zu haben. Als "alter Freund des Schwarzwaldes" verbrachte er seine Urlaube im württembergischen Freudenstadt. Zweimal - 1921 und 1924 - weilte er zur Kur in Bad Mergentheim. Der Unterschied zwischen dem Regierungszentrum Berlin und Orten der Erholung in Süddeutschland erschien ihm wie "Nacht und Tag", wie "Verdruss und Glück". Seinen Lebensweg wollte Ebert, Mitglied im "Verein der Badener in Berlin", in der kurpfälzischen Heimat beenden. Seine Amtszeit, die der Reichstag im Oktober 1922 mit einem verfassungsändernden Gesetz unter Umgehung der vorgeschriebenen Volkswahl mit großer Mehrheit verlängert hatte, wäre am 30. Juni 1925 abgelaufen. Den Traum vom Lebensabend In der Geburtsstadt Heidelberg zu verwirklichen, blieb ihm aber verwehrt. Ebert wurde indirekt das Opfer einer beispiellosen Hetzkampagne, gegen die er sich mit juristischen Waffen zur Wehr setzte. In einem der von ihm angestrengten Beleidigungsprozesse wurde im Dezember 1924 festgestellt, dass er durch seinen Eintritt in die Streikleitung beim großen Ausstand im Januar 1918 Landesverrat begangen habe. Das Urteil war politischer Rufmord. Gesundheitlich schwer angegriffen und politisch zermürbt, verschleppte Ebert über seine Bemühungen um Revision des Urteils eine Blinddarmentzündung, die, zu spät operiert, zu seinem frühen Tod am 28. Februar 1925 führte. Gemäß dem Wunsch der Familie wurde er in Heidelberg beigesetzt. Der Tod Eberts gab Politikern Badens die Gelegenheit, an die Herkunft des Reichspräsidenten zu erinnern. In seiner Beileidsbekundung an die Witwe sprach der badische Staatspräsident Willy Hellpach davon, dass Baden mit Ebert "einen seiner besten Söhne" verloren habe, und bei der Beisetzung auf dem Heidelberger Bergfriedhof würdigte der Präsident des Badischen Landtags, Eugen Baumgartner, Eberts Verdienste um die Demokratie und nahm den ersten Reichspräsidenten, den Begründer der Republik und streitbaren Demokraten, mit vollem Recht in die Reihe der großen Badener auf: "Badens Volk ist stolz auf seinen großen Sohn, sein Wirken wird ihn für Deutschland unsterblich machen."

Friedrich Ebert und der Notverordnungsparagraph (Art. 48)

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert, Begleitband zur Ausstelllung, S. 291

Ebert lehnte, wie auch hier, selten den Einsatz von Artikel 48 ab, sofern er vom Kabinett dazu aufgefordert worden war, nur in wenigen Fällen drängte er auf Änderungen der ihm vorgelegten Entwürfe. Aber er gab seine Mitwirkungsrechte nicht auf. Als im November 1923 der Finanzminister eine globale Ermächtigung für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Rentenmark forderte, lehnte Ebert dies ab und wollte von Fall zu Fall die Einzelanordnungen einer Prüfung unterziehen.

Die Tendenzen, die Verfassungsbestimmung zu überdehnen, wurden mit Besorgnis registriert und einige Versuche zur möglichen Revision über den Reichstag unternommen, von denen allerdings nur wenige erfolgreich waren. So protestierte der preußische Ministerpräsident Otto Braun gegen die Absicht der Reichsregierung, Veränderungen der Steuergesetzgebung auf dem Wege des Artikels 48 zu erlassen, weil dies mit dem Sinn der Verfassungsbestimmung unvereinbar sei. Das wollte Ebert nicht unwidersprochen lassen: »Ich hätte es [...] als eine Verletzung meiner Amtspflichten angesehen, wenn ich mich dem einstimmigen Verlangen der Reichsregierung und den Interessen des Reiches versagt und den Erlass der Verordnung abgelehnt hätte.«

Wilhelm Groener (1867 – 1939) - Württemberger, kaiserlicher Generalstäbler, Minister in der Republik

Überblick: Wilhelm Groener und seine Zeit

(aus: Hornung, Alternativen zu Hitler – Wilhelm Groener)

22. November 1867	Geburt in Ludwigsburg.
1870/71	Deutsch-französischer Krieg.
September 1884	Fähnrichexamen in Berlin.
August 1885	Eintritt in das 3. Württembergische Infanterieregiment Nr. 121.
September 1886	Leutnant in Schwäbisch-Gmünd.
1888	Dreikaiserjahr; Wilhelm II. wird deutscher Kaiser.
März 1890	Entlassung Bismarcks.
Oktober 1893-Juli 1896	Groener an der Kriegsakademie in Berlin.
April 1897-März 1899	Abkommandierung zum Großen Generalstab.
Oktober 1902	Kompaniechef im Infanterieregiment Nr. 98 in Metz.
Oktober 1904	Im Großen Generalstab, Eisenbahnabteilung
Oktober 1908	Im Generalstab des XIII. Kgl. Württembergischen Armeekorps/Stuttgart.
Oktober 1910	Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Nr. 125 (7. Württ.).
September 1911	Verwendung in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab.
Oktober 1912	Oberstleutnant und Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab.
28. Juli 1914	Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien; Ausbruch des Ersten Weltkrieges.
3. August 1914	Chef des Feldeisenbahnwesens. Oberst.
September 1915	Groener erhält den Orden Pour le Mérite.
Mai 1916	Militärischer Vertreter im Kriegsernährungsamt.
September 1916	Stv. Bevollmächtigter Preußens im Bundesrat.
1. November 1916	Generalleutnant und Chef des Kriegsamtes, stv. Kriegsminister.
2. Dezember 1916	Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag.
12. Juli 1917	Denkschrift "Über die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs zur Regelung der Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne".
August 1917	Kommandeur der 33. Infanteriedivision.
Februar 1918	Kommandierender General des 1. Armeekorps, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn (Ukraine) in Kiew.
29. Oktober 1918	Generalstabschef (Erster Generalquartiermeister)
9. November 1918	Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt eigenmächtig die Abdankung Wilhelms II. bekannt; Philipp Scheide- mann ruft die Republik aus.

10. November 1918 Abreise Wilhelm II. in die Niederlande. Telefongespräch Ebert-Groener. "Bündnis" MSPD-OHL. 11. November 1918 Waffenstillstand in Compiègne, OHL leitet Rückzug der deutschen Heere aus Ost und West. Wilhelm II. dankt offiziell ab. Entbindung vom Treu-28. November 1918 eid. 18. Dezember 1918 Resolution des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über eine neue Wehrfassung. 19. Dezember 1918 Protest der OHL. 20. Dezember 1918 Groener nimmt in Berlin auf Einladung Eberts an der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte teil. "Weihnachtskämpfe" in Berlin um Schloss und Mar-23./24. Dezember 1918 stall. 28. Dezember 1918 Die Unabhängigen Sozialdemokraten scheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Berufung Gustav Noskes zum Volksbeauftragten für das Militärwesen. 30. Dezember 1918 Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Januar-März 1919 Kämpfe im Reich (Berlin, Ruhrgebiet, Küstenstädte, Mitteldeutschland, Sachsen und Thüringen). Amerikanisch-deutsche Militärkontakte (Obert Con-Dezember 1918-Mai 1919 ger). 7. Mai 1919 Übergabe der alliierten Friedensbedingungen. Mai-Juni 1919 Auseinandersetzungen über die Friedensbedingungen in Politik und Militär in Deutschland. Bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen. 23. Juni 1919 Groeners Rat an Ebert. 28. Juni 1919 Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles. 4. Juli 1919 Hindenburg verlässt OHL, Groener wird Leiter der Kommandostelle Kolberg. 30. September 1919 Groener beendet den militärischen Dienst. Oktober 1919-Mai 1920 Ehrengericht erklärt die Vorwürfe Gustav Graf Waldersees und anderer gegen Groener im Zusammenhang mit den Vorgängen im November 1918 für ungerechtfer-Juli 1920-August 1923 Groener Reichsverkehrsminister. Militärschriftsteller und Mitglied der Historischen Bis 1927 Kommission für das Reichsarchiv. Groener Reichswehrminister. 19. Januar 1928 Große Koalition (SPD, Zentrum, DDP, DVP). Juni 1928 29. März 1930 Berufung der Präsidialregierung Brüning. Groener bleibt Reichswehrminister. 16. Juli 1930 Auflösung des Reichstags. 14. September 1930 Reichstagswahl. Die NSDAP wird zweitstärkste Partei (107 Mandate). 27. September–4. Oktober Prozess gegen die Ulmer Offiziere und vor dem Reichs-1930 gericht in Leipzig.

- 9. Oktober 1931 Regierung Brüning II, Groener in Personalunion zugleich kommissarischer Reichsinnenminister.
 - 10. April 1932 Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.
 - 13. April 1932 Notverordnung des Reichspräsidenten zur Auflösung der SA und der SS.
 - 10. Mai 1932 Groener verteidigt die Auflösung von SA und SS im Reichstag.
 - 31. Mai 1932 Hindenburg entlässt die Regierung Brüning-Groener.
 - 2. Juni 1932 Berufung der Regierung Papen-Schleicher
 - 16. Juni 1932 Reichsregierung hebt das SS- und SA-Verbot auf.
 - 9. Juli 1932 Abkommen von Lausanne über das Ende der deutschen Reparationen. Schlusssumme von 3 Milliarden Reichsmark.
 - 31. Juli 1932 Reichstagswahl. Die NSDAP wird stärkste Partei mit 230 Mandaten.
- 13. August 1932 Hindenburg lehnt die Berufung Hitlers zum Reichskanzler ab.
- 6. November 1932 Neuwahlen zum Reichstag; Rückgang der Stimmen für die NSDAP.
- 2. Dezember 1932 Berufung der Regierung Schleicher.
- 11. Dezember 1932 Fünf-Mächte-Erklärung der Genfer Abrüstungskonferenz; der deutsche Anspruch auf militärische Gleichberechtigung wird anerkannt.
 - 30. Januar 1933 Hitler wird Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus NSDAP, DNVP und parteilosen Konservativen ("Zähmungskonzept").
 - 28. Februar 1933 Reichstagsbrand. Notverordnung des Reichspräsidenten "zum Schutz von Volk und Staat", Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung.
 - 5. März 1933 Reichstagswahl (NSDAP 43,9 Prozent, DNVP 8 Prozent).
 - 24. März 1933 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat ("Ermächtigungsgesetz").
 - 14. Juli 1933 Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.
- 1. Dezember 1933 Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (Grundlegung der totalitären Einparteiendiktatur).
 - April 1934 Groener verfasst sein Testament.
 - 30. Juni 1934 Hitlers "Batholomäusnacht" gegen SA-Führung und politische Gegner. Ermordung Schleichers und Röhms.
 - 3. Mai 1939 Groener stirbt in Potsdam-Bornstedt. Blomberg verbietet die Teilnahme an der Beisetzung des Pour-le-Mérite-Trägers. Von Hammerstein erscheint dennoch in Uniform.
- 1. September 1939 Hitlers Angriff auf Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Wilhelm Groener im Generalstab (ab 1897)

Lebenserinnerungen, S. 66ff: In der Schule Schlieffens

Zum 1. April 1897 wurde ich als Oberleutnant in den Großen Generalstab kommandiert und der im allgemeinen wenig geschätzten Topographie-Abteilung zugewiesen. Diese und die Eisenbahnabteilung galten mit Recht für die arbeitsreichsten; doch durften wir Topographen uns damit trösten, dass auch ein Moltke und ein Schlieffen einst ihren Aufstieg von hier begonnen hatten. ...

Entscheidend für mein ganzes militärisches Leben wurde mir das Winterkommando in die Eisenbahnabteilung, der die Topographen häufig zugeteilt wurden, weil ihre Zeit mit dem Zeichnen der Messtischblätter nicht ganz ausgefüllt war. — Ich kam in die Sektion Ila, die den Westaufmarsch bearbeitete. Der Sektionschef, Major Staabs, war zwar ein etwas schwieriger Herr, mir aber wohlgesinnt, und ich gewann durch die mir überwiesenen Arbeiten ein begeistertes Interesse für alle Dinge, die mit dem Aufmarsch des deutschen Heeres zusammenhingen, und legte damals den Grundstein für meine Liebe zur Eisenbahn, obwohl ich natürlich vom Eisenbahnwesen an sich noch nicht die geringste Ahnung hatte. Aber die Begriffe Eisenbahn und Aufmarsch waren von da ab für mich unzertrennlich. — So stieg ich vom kommandierten Oberleutnant in der Eisenbahnabteilung über den Hauptmann und Linienbearbeiter, später Major und Chef der Sektion Ila auf zum Abteilungschef und im Kriege zum Chef des Feldeisenbahnwesens.

Ich erhielt die Nachricht von meiner Versetzung als Hauptmann in den Großen Generalstab am 25. März 1899, und zwar in früher Morgenstunde, als ich nach einer vergnügten Nachtsitzung nach Hause kam. Das angestrebte Ziel war erreicht, es galt, es sich zu erhalten. Ich kann die Schilderung meiner Generalstabstätigkeit nicht anders beginnen als mit der Gestalt, in deren Bann ich von nun an in immer steigendem Maße trat und die mich nicht mehr Iosließ, des Generalstabschefs Grafen Alfred von Schlieffen. Ich habe Schlieffen zwar häufig gesehen und einige seiner berühmten Kritiken und Ansprachen gehört, bin ihm aber nur in belanglosen Fällen .von Angesicht zu Angesicht gegenüber getreten. Und dennoch empfinde ich es als ein Glück, dass ich in seiner Zeit im Generalstab arbeiten durfte, und die Begegnung mit seinem Geist hat meinem militärischen Denken und Handeln die ein für allemal entscheidende Richtung gegeben.

Was Graf Schlieffen und sein Plan für Deutschland bedeutet, darüber habe ich mich an anderer Stelle ausgesprochen, hier soll nur von den persönlichen Eindrücken die Rede sein, die die Entwicklung des jungen Generalstabsoffiziers bestimmt haben. Der Geist des "Großen Chefs" durchwehte den ganzen Generalstab und beherrschte alle bis hinunter zum jüngsten kommandierten Oberleutnant. Kein aufnahmebereiter Kopf und kein offener, williger Sinn konnte sich der Macht dieser Persönlichkeit entziehen, aus der beides sprach, die klarste Folgerichtigkeit des militärischen Denkens und die Vornehm-heit höchsten Menschentums. Diese seltene Verbindung machte ihn zum echten Nach-folger des alten Moltke und erklärt die Wirkungskraft seiner Persönlichkeit. Wie der ältere Moltke war Schlieffen kein einseitiger Soldat, sondern ein Mensch voll geistiger Interes-sen, wahrhaftig und aus innerem Bedürfnis gebildet. Was dem alten Moltke die Musik, war für Schlieffen die Dichtung; es verging kaum ein Abend in seinem Familienkreis, an dem er nicht vorlas. Diese Ganzheit des Menschen musste jeden dafür Empfänglichen berühren.

Der Geist des Grafen Schlieffen und damit der des Generalstabs hieß in erster Linie Ar-beit, ununterbrochene, hingebungsvolle Arbeit von der Präzisionsarbeit des Anfängers bis zum weitaus schauenden Planen der oberen und obersten Führung; Arbeit, die nicht von sich reden machte und den Glanz des Geleisteten zur Schau stellte, sondern Arbeit, der auch Schlieffen das Motto des alten Moltke voranstellte: Mehr sein als scheinen, viel leisten, wenig hervortreten. Außer mit diesem Arbeitsgeist beherrschte Schlieffen den Generalstab mit seinen Aufgaben und seinem Plan. Schon als kommandierter Oberleut-nant kam man mit Schlieffenschem Geist in Berührung und musste sich mit ihm ausei-nandersetzen, aber es waren doch nur zerstreute Funken, die einem zustoben.

Anders war es für den, dem sich mit dem Eintritt in den Generalstab mit seinem eigenen Vorwärtskommen die Gedankenwelt Schlieffens immer weiter auftat und damit die groß-artigen Zusammenhänge Schlieffenschen Planens immer deutlicher wurden. Es konnte kein rechter Generalstäbler sein, den die Gewalt dieses Geistes nicht in seinen Dienst gezwungen hätte.

Ich möchte fast sagen, dass ich die steigende Anteil- und Inbesitznah-me des Schlieffenplans als Belohnung der vorangegangenen Arbeit empfand. Mein Ehrgeiz entzündete sich an dem Wunsch, tiefer und tiefer in die Gedankengänge dieses einzigartigen Mannes einzudringen und an meinem Platz, zuerst an bescheidener, später an verantwortungsvoller Stelle an der Durchführbarkeit und Verwirklichung seines Planes mitzubauen.

Groener arbeitete an der eisenbahntechnischen Sicherstellung des großen Aufmarsches und rieb sich gleichzeitig an seinem Konkurrenten Ludendorff, der seit 1909 für den Gesamtplan verantwortlich war und dabei nach Ansicht Groeners den ursprünglichen Ansatz veränderte und abschwächte. Groener arbeitete 1913/14 an einer Alternativplanung, die den Sturm auf Lüttich vermieden hätte, machte sich damit aber keine Freunde. Mit Kriegsbeginn wurde Groener wegen des Vorrangs der militärischen vor der zivilen Planung Chef des gesamten Eisenbahnwesens.

Chef des Kriegsamtes (November 1916 bis August 1917)

1916 gab es insbesondere mit der Berufung der 3. Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff Bestrebungen, die Anstrengungen der deutschen Rüstungsund Kriegswirtschaft noch stärker zu bündeln und zu überwachen. Groener nahm für die OHL an den Besprechungen und Beratungen teil und wurde zum 1. 11. 1916 zum Chef des Kriegsamtes und stellvertretenden Kriegsminister ernannt. Groener suchte und fand die Zusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften. So wurde im Dezember das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst im Reichstag mit nur 19 Gegenstimmen verabschiedet, und Groener arbeitete mit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg eng zusammen. Auch stand er der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution positiv gegenüber, weil er, der die Versorgungslage bestens kannte, nicht mehr an einen Siegfrieden glaubte. Aber Ludendorff mit seinen militärdiktatorischen Ansprüchen setzte sich durch, Bethmann-Hollweg wurde gestürzt, und sein von Ludendorff ausgesuchter Nachfolger Michaelis entließ Groener am 16. August 1917 wegen einer aus seinem Amt stammenden Denkschrift, die analog zur britischen Gesetzgebung eine stärkere Besteuerung der Unternehmensgewinne forderte. Groener wurde zunächst als Divisionskommandeur an die Westfront und im Februar 1918 von dort in die Ukraine versetzt, um "für uns Getreide und Lebensmittel aus dem Land herauszuholen, ie mehr. desto besser" (Groener).

Das Bündnis Ebert – Groener (9. November 1918)

Am 26. Oktober 1918 wurde Groener durch ein Telegramm von Kiew ins Große Hauptquartier nach Spa gerufen:

Das war das zweite Mal, dass eine militärische Berufung an mich herangetragen wurde, die ich lieber abgelehnt hätte als angenommen. Ich habe in der Nacht nach dem Eintreffen des Telegramms reiflich überlegt, was ich tun müsse. Was mir bevorstand, wenn ich jetzt Ludendorffs Nachfolger wurde, wusste ich. Im Kreis meiner engsten Mitarbeiter gebrauchte ich den Ausdruck: "Ich bin mir klar, dass ich den Sündenbock abgeben muss. Ehre ist bei dieser Berufung nicht zu holen." Aber konnte man in dieser Lage kneifen? Ich entschloss mich schweren Herzens zur Annahme. (Lebenserinnerungen, S. 418)

(Am Ende eines langen Kapitels über Ludendorff, Lebenserinnerungen, S. 438):

So ist Ludendorff, als er am 26. Oktober 1918 seines Postens enthoben wurde, nicht, wie Volkmann in seinem Buch "Heer und Marxismus" meint, von der Übermacht und dem Gegenspiel der inneren Feinde gestürzt, sondern durch seine eigene Natur. Er war zum Retter Deutschlands prädestiniert, hatte dazu alle Macht in Händen, aber besaß nicht das Augenmaß für das Mögliche, das Erreichbare, die Wirklichkeit. An seinem Starrsinn ist er gescheitert.

Dass man mich zum Nachfolger Ludendorffs machte, geschah stark unter politischem Gesichtswinkel – die Süddeutschen würden besser mit den Parlamentariern fertig als die Preußen, hieß es -, doch habe ich mir von Hindenburg in jener ersten Unterrredung die Versicherung geben lassen, dass bei meiner Ernennung die Regierung keinerlei Einfluss ausgeübt habe. Er sagte, der Vorschlag, mich zum 1. Generalquartiermeister zu machen, sei von ihm selbst ausgegangen. (S. 440/1)

Am 30. Oktober, am gleichen Tag wie Groener, kam auch der Kaiser nach Spa. Er hatte Berlin wegen der Rücktrittsforderungen durch die Mehrheitsparteien und durch den Reichskanzler fluchtartig verlassen. Groeners Aufgabe im neuen Amt war die Bewertung der militärischen Lage, der Waffenstillstand, die Lage und Stimmung bei der Truppe, die Rückführung der Truppen, die Kaiserfrage, die Revolution und die "Bolschewisierung", die Bereitschaft der Truppen, sich vom Kaiser gegen die Revolution führen zu lassen (nein) und die Treue der Truppe zum Kaiser (nein). Am 5. und 6. November war Groener zu Besprechungen mit Prinz Max und den Führern der Mehrheitsparteien in Berlin. Auf der Rückfahrt nach Spa gab er letzte Instruktionen für die Waffenstillstandskommission, die abends unter der Führung von Erzberger die Militärgrenze überschreiten sollte. Da nach meiner Meinung keiner der zu entsendenden Persönlichkeiten, sei es diese oder jene, an den Bedingungen des Feindes würde etwas ändern können, so hatte ich gegen Erzberger als Unterhändler bei der Waffenstillstandskommission nichts einzuwenden. (S. 449)

Man hat Groener später vorgeworfen, er habe nicht treu genug zum Kaiser gestanden. Aber Groener hatte telefonische Kontakte und war dann selber in Berlin. Er verstand, dass Prinz Max ebenso wie Ebert und Payer der Überzeugung waren, die Monarchie sei nur zu retten, wenn der Kaiser und der Kronprinz abdanken würden. In einer Besprechung am Abend des 8. November erwog der Kaiser zwar den Rücktritt als Kaiser, wollte aber König von Preußen und Oberbefehlshaber bleiben. Daraufhin erklärte Groener: Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät. (S. 460).

Prinz Max gab schlie8lich am 9. November die gar nicht erfolgte Abdankung des Kaisers bekannt, aber inzwischen hatten zuerst Karl Liebknecht und dann Scheidemann die Republik ausgerufen. Prinz Max rief Ebert als den Führer der SPD zu sich und übergab ihm die Geschäfte des Reichskanzlers.

Am Abend des 9. November trafen die Waffenstillstandsbestimmungen mit einem auf 72 Stunden befristeten Ultimatum ein. Am 10. November sprach Groener mit Friedrich Naumann, der nach einer Fahrt an die Front in Spa eintraf, über Ebert: Am Abend des 10. November rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da an besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt. (S. 467/8)

Am 22. Juni 1919 verlangten die Alliierten die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages. Ebert bat Hindenburg telefonisch um eine Stellungnahme: Beim Anruf Eberts war Hindenburg bei mir; als er bei meinen ersten Worten merkte, um was es sich handelte und dass ich die Beantwortung in persönlicher Form halten wollte, um ihn nicht mitzubelasten, verließ er leise das Zimmer. Nach geraumer Zeit kam er wieder, und ich berichtete ihm über das Vorgefallene. Er schwieg eine Weile, dann sagte er zu mir: "Eigentlich haben Sie recht, Sie müssen eben wieder das schwarze Schaf sein". Die Antwort Groeners an Ebert war: Nicht als 1. Generalquartiermeister, sondern als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersieht, halte ich mich für verpflichtet, dem Reichspräsidenten folgenden Rat zu geben: 1. Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten aussichtslos. 2. Minister Noske muss die Führung des Volkes und die Verantwortung für den Friedensschluss übernehmen. 3. Nur wenn er – Noske – in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegt und von jedem Offizier verlangt, dass er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibt und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tut, besteht Aussicht, dass das Militär sich hinter ihn stellt und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert werden. (S. 507/8) Im Juli 1919 legte Hindenburg sein Amt als Oberbefehlshaber nieder und am 30. September schied auch Groener aus dem aktiven Dienst. Den Aufbau der neuen

Reichswehr, des von Versailles vorgegebenen Hunderttausend-Mann-Heeres übernahm auf Empfehlung Groeners Generaloberst Hans von Seeckt, von 1920 bis 1926 Chef der Heeresleitung.

Reichsverkehrsminister Groener Juni 1920 bis August 1923

In den Minderheitenregierungen von Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth (beide Zentrum) und in der parteilosen Regierung Cuno war Wilhelm Groener Minister für Verkehr, als parteiloser Fachmann und als Eisenbahnspezialist, der auch über Demontagen und Reparationen und in der Regierung Cuno über den Ruhrkampf entscheiden musste.

Reichswehrminister als Vertrauensmann Hindenburgs 1928 - 1933

Reichswehrminister als Nachfolger Noskes war seit 1920 Dr. Otto Geßler, DDP, wie Groener aus Ludwigsburg. Geßler war Zivilist und vertrat die Interessen der Reichswehr als "Verwaltungschef ohne Einfluss auf den militärischen Bereich" (Geßler), wurde von Seeckt schlecht informiert und von wichtigen militärischen Dingen ferngehalten, zum Beispiel von der geheimen Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee zur Erprobung schwerer Waffen, die für Deutschland verboten waren. Geßler erreichte 1926 die Entlassung von von Seeckt. Sein Nachfolger Heye hatte weniger Einfluss. Politischer Führer der Reichswehr wurde Oberst Kurt von Schleicher als Leiter der neu errichteten Wehrmachtsabteilung. Schleicher war ein früherer Mitarbeiter und "Lieblingsschüler" Groeners aus dem ersten Weltkrieg. Wegen eines Rüstungsskandals musste Geßler im Januar 1928 zurücktreten, und Groener wurde sein Nachfolger. Groener wie Schleicher waren "Vernunftrepublikaner".

Groener war der Kandidat Hindenburgs und Schleichers. Hindenburg war als Reichspräsident auch Oberbefehlshaber und verlangte deshalb ein Mitspracherecht bei der Besetzung des Ministeriums. Schleicher wollte eine bessere politische Absicherung der Reichswehr statt der bisherigen konspirativen Abschottung. Beide hatten mit Groener zusammengearbeitet und hatten volles Vertrauen in seine Persönlichkeit und seine Arbeitsfähigkeit. Groener übernahm die Führung über die Reichswehr und machte Schleicher zum Leiter des neu eingerichteten Ministerbüros. Groeners erste Bewährungsprobe war die Entscheidung für den Bau des Panzerkreuzers A, die noch im alten Reichstag gefällt wurde und bei der Wahl am 20. Mai 1928 eine große Rolle spielte. Die SPD war im Wahlkampf dagegen und wurde größte Partei. Sie bildete unter Hermann Müller eine große Koalition, in der Groener als Vertrauensmann Hindenburgs und Reichswehrminister einen wichtigen Platz hatte. Die Regierung stand zum Panzerkreuzer A, obwohl die SPD-Fraktion dagegen stimmte und die Mehrheit nur durch die Zustimmung der Rechtsparteien gesichert wurde. Hindenburg war gegen die Regierung und gegen jede sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. Trotzdem und trotz Stresemanns Tod und der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 hielt die Große Koalition bis zum 27. März 1930. Danach ernannte Hindenburg ein Präsidialkabinett mit Brüning als Kanzler und Außenminister und Groener als Reichswehrminister. Da das Parlament mit NSdAP und Kommunisten nicht mehr arbeitsfähig war, konnte die Regierung nur mit Notverordnungen des Präsidenten und der Tolerierung durch die frühere Koalition, also SPD, Zentrum und DVP ihre Arbeit machen. 1932 erreichten Brüning und Groener sogar die Wiederwahl Hindenburgs durch die Weimarer Parteien gegen Hitler als Kandidat der nationalen Rechten. Groener, seit 1931 auch kommissarischer Innenminister, sah die Gefahr bürgerkriegsähnlicher Verhältnisse und verfügte deshalb im April 1932 ein SA-Verbot. Das SA-Verbot und seine Wiederwahl mit Hilfe der verachteten Sozialdemokraten brachten Hindenburg dazu, Brüning und Groener das Vertrauen zu entziehen. Dass sein "Lieblingsschüler" Schleicher an seinem Sturz beteiligt war, schmerzte Groener besonders. Am 30. Mai 1032 trat die Regierung Brüning – Groener zurück. Nachfolger wurden der windiger Franz von Papen als Reichskanzler und Schleicher als Wehrminister.



Hindenbur g und Groener bei einem Reichsweh rmanöver 1930

Theodor **Eschenbu** rg über **Groener:** Ein völlig anderer Typ als Papen war Groener. So groß der Unterschie zwischen dem altpreußis chen Offizier Hindenbur g und dem schwäbisc hen Kleinbürge r Groener nach landsman nschaftlich er Zugehörig keit und Herkunft,

nach Vorstellungsweise und Auftreten war, so müssen doch zwischen beiden ein sehr gutes Arbeitsverhältnis und enge persönliche Beziehungen bestanden haben. Groener hätte nicht unbedingt 1928 der Nachfolger Geßlers zu werden brauchen. Gegen ihn sprach, dass er im inaktiven, aber z. T. auch im aktiven hohen Offizierskorps wegen seines angeblichen Verhaltens gegenüber dem Kaiser in den kritischen Novembertagen von 1918 als eine sehr umstrittene Figur galt. Dass er von 1920 bis 1923 den zum Teil links orientierten Kabinetten, wenn auch als Fachminister, angehört hatte, hatte bei seinen Kameraden, aber auch bei manchen höheren Offizieren der Reichswehr das Unbehagen verstärkt. Geßler hatte bei seinem Rücktritt Hindenburg, wie er mir

persönlich erzählt hat, vor Groener gewarnt und nach seiner mündlichen Darstellung sehr viel nachdrücklicher, als in seinen Erinnerungen zu lesen ist, den General von Winterfeldt vorgeschlagen. Für Geßlers Warnung sind politische Überlegungen weniger maßgebend gewesen; er meinte vielmehr, der wortkarge Groener in seiner steifen, ungelenken Art des Auftretens und in seiner Kontaktarmut wäre weder in der Lage, sich innerhalb der Reichswehr eine wirkliche Autorität zu verschaffen, noch Regierung und Parlament für die Wehrmacht nachhaltig zu "erwärmen". Zwar brächten die Mittel- und Linksparteien Groener politisches Vertrauen entgegen, aber er wäre wohl kaum imstande, dieses wirklich im Interesse der Reichswehr auszunutzen. Groener sei ein sehr kluger, gebildeter Mann, er könne aber eine politische Situation nur rational richtig erfassen, es fehle ihm an Fluidum und politischem Instinkt. Dass Hindenburg ihn trotzdem zum Reichswehr-minister ernannte, war ein ausgesprochener Vertrauensbeweis.

Groener sprach von Hindenburg stets mit großem menschlichen, keineswegs nur konventionellem Respekt, und man hatte den Eindruck, dass es aufrichtig gemeint war. Groener konnte wohl manches verschweigen, aber sich schwer verstellen. Obwohl er ein sehr kluger und scharfer kritischer Denker war, dem die Schwächen Hindenburgs nicht entgangen waren, so brauchte er wohl doch, gerade weil er unter seiner Isolierung vor allem im alten Offizierskorps schwer litt, für sein Selbstgefühl das Vertrauen Hindenburgs, auf das er sich immer wieder berief. Groener war ein harter Soldat, aber ihm fehlte die strenge traditionelle Standesauffassung des Offiziers, wie sie vor allem der norddeutsche Offizier besaß und der süddeutsche vielfach von diesem gelernt hatte. Er war sehr gewissenhaft, durchdachte Vorstellungen, Pläne und Situationen immer von neuem und gründlich. Er war ein großer Organisator, ein organisatorischer Stratege, der mit wissenschaftlicher Akribie arbeitete. Dieser Organisationsbegabung entsprang ein strenges Ordnungsdenken.

Ein begeisterter Demokrat war Groener nicht; er respektierte aber aus Einsicht ehrlich die verfassungsmäßige Ordnung. Wenn er das Vertrauen der verfassungstreuen Parteien genoss, so weniger wegen seiner politischen Einstellung als wegen seiner sehr zivilen süddeutschen Umgangsformen und seiner unbedingten Zuverlässigkeit. Groener interessierte entsprechend seiner Herkunft, vor allem als früherer Chef des Feldeisenbahnwesens, die Hebung der technischen Ausrüstung und Ausbildung der Reichswehr sehr viel mehr als die Wahrung ihrer militärischen und politischen Tradition. Auch er wollte die Autonomie der Wehrmacht aufrechterhalten. aber er wollte im Gegensatz zu Seeckt, dass aus ihr die Institution eines demokratischen Staates würde. Im schriftlichen Ausdruck war Groener formgewandt; aber spröde, ganz unbeholfen war er im mündlichen. In der Unterhaltung, aber auch in der mehr oder minder freien Rede verfügte er nur über ein sehr bescheidenes Vokabular und bediente sich primitiver Satzbildungen. Bei der Reichstagsfeier aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Verfassung hatte er als Dienstältester in Berlin anwesender Reichsminister die Schlussanspräche auf den Reichspräsidenten zu halten. Diese Rede anzuhören, war für die meisten Beteiligten geradezu peinlich. Ein Unteroffizier hätte es bei der Kaisergeburtstagsfeier kaum schlechter machen können.

Groener scheute daher auch Verhandlungen und mied die Kabinettssitzungen. Er war taktisch ausgesprochen unbeholfen. So unscheinbar er in seinem äußeren Auftreten war, so war er in dem, was er sagte, sehr bestimmt. So elastisch er geistig war, so spröde war er in seiner Haltung und seinem Gebaren. Er kalkulierte bei seinen eigenen Überlegungen die Vorstellungen und Pläne der anderen ein, bemühte sich auch, sie nach Möglichkeit zu berücksichtigen, aber er kannte genau die Grenzen seiner eigenen Konzessionsbereitschaft und hielt manchmal geradezu stur an der Grenze fest, die er sich selbst gesteckt hatte. Er gehörte zu jenem unter den Schwaben nicht seltenen Typus, dem man die Intelligenz und Entschlossenheit äußerlich zunächst kaum anmerkt; um so mehr wird man von diesen Eigenschaften im Laufe der Unterhaltung beeindruckt. Groener war ein überzeugter Anhänger der deutschen Aufrüstung, aber er sah dieses Problem nicht isoliert, sondern ordnete es in die Gesamtpolitik ein. Stresemann hat mir mehrfach gesagt, Groener zeige sehr viel mehr Verständnis für seine Außenpolitik als Geßler, der im Grund Angst vor den Offizieren gehabt habe.

Groener wirkte durch die Qualität seiner Argumentation. Hindenburg schätzte wahrscheinlich dessen zwar einsilbigen, aber sehr scharf durchdachten, präzisen Rat ebenso wie dessen strenge Zuverlässigkeit. (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9)

Brüning über ein langes Gespräch mit Groener (23. April 1932)

Es sei für ihn keine Frage mehr, dass Schleicher ihn jetzt, nach 20jähriger Kameradschaft, stürzen wolle und mich vermutlich in diesen Sturz zu verwickeln beabsichtige. Die Marine sei geradezu außer sich über diese Intrigen, und der ganze wegen Schleichers Machtstellung bisher niedergehaltene Hass der tüchtigsten Offiziere im Reichswehrministerium komme dabei zum Durchbruch. Groener, der an schwerer Furunkulose litt, war zwar ruhig, aber man merkte ihm an, dass er durch Schleichers Treulosigkeit auf das tiefste getroffen war. Er erzählte mir, er habe Schleicher, als dieser sein Adjutant gewesen sei, entdeckt, ihn hochgezogen und wie einen Sohn geliebt. Jahrelang sei Schleicher ein um den anderen Abend bei ihnen gewesen, und seine Tochter habe es als Selbstverständlichkeit angesehen, dass er sie heiraten würde. Er habe, als Schleicher sich dann anderweitig verheiratet hätte, nicht aufgehört, ihn zu verteidigen, weil er ihn so gern gehabt habe. ...

Groener wurde aufgeschlossen und erzählte ausführlicher als früher über den Ausbruch und das Ende des Krieges und wie er 14 Jahre lang alle Verleumdungen habe auf sich sitzen lassen, um Hindenburg zu retten. ...

Aber sein Rat sei nie gehört worden. Aus dem gleichen Grunde wie bei der engeren Wahl zwischen ihm und Ludendorff für den Posten des Chefs der Operationsabteilung sei er auf die Eisenbahnabteilung abgeschoben worden. Sein Vater, der nur Zahlmeister gewesen sei, sei dabei das ausschlaggebende Moment gewesen. Eigentlich sei er immer als Einsamer durch seine militärische Laufbahn gewandelt. Nur seine Schüler auf der Kriegsakademie, wie Willisen, Schleicher und Hammerstein, hätten für seine Pläne und Ideen Verständnis gehabt. Der Wechsel im Aufmarschplan, als Ludendorff 1913 die Operationsabteilung übernommen habe, sei bereits der Anfang vom Ende gewesen. Ludendorff habe damals für den Ernstfall die überraschende Offensive gegen Lüttich beschlossen. Zu diesem Zwecke seien die 42-cm-Mörser konstruiert und insgeheim in Auftrag gegeben worden. Er habe wiederholt vor der Überschätzung dieses Geschützes gewarnt, aber er sei nicht gegen Ludendorff, dessen militärische Kenntnisse er sehr schätze, aufgekommen. ...

Als lästiger Mahner sei Groener nach Berlin abgeschoben worden, um das Hindenburg-Programm durchzuführen. Er sei sich darüber klar gewesen, dass es nur mit Hilfe der Gewerkschaften abzuwickeln sei. In den ersten Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern sei es ihm gelungen, trotz aller von anderer Seite geäußerten Besorgnisse, diese für das Programm zu gewinnen unter gleichzeitiger Einführung von Tarifverträgen. Das sei aber in den Augen der Schwerindustrie und der östlichen Landschaft ein Verbrechen gewesen. Man habe ihn beim Kaiser angeschwärzt, er sei so in Ungnade gefallen, dass bei einem Empfang in Pleß der Kaiser ihn ostentativ geschnitten habe. Die Kaiserin habe das bemerkt und habe Groener wiederholt zum Frühstück eingeladen, unter vier Augen, und ihm zugeredet, er solle über die Haltung des Kaisers nicht verbittert werden.

Als er in die Ukraine geschickt wurde, habe er gewusst, dass er für die Liquidierung der endgültigen Niederlage in Aussicht genommen sei. Dann, als Ludendorff vom alten Herrn fallengelassen wurde, sei er tatsächlich in die Stellung berufen worden zu dem Zwecke, den er vorausgesehen habe. Der alte Herr habe ihn wie immer bei solchen Gelegenheiten beim Portepee gefasst und ihm ewige Treue und Dankbarkeit geschworen. Das kenne er nun schon als stereotype Erscheinung, und er wolle nicht weiter darüber reden. Ich sagte ihm nur: "Exzellenz, ich verstehe die Tragik Ihres Lebens. Ich möchte kein bitteres Wort sprechen, aber wenn Sie im Februar 1930 mir etwas von diesen Dingen erzählt hätten, so wäre ich nicht gegen meine klare Einsicht auf den gleichen Appell und die gleichen Tränen des Reichspräsidenten hereingefallen. Mein Instinkt war gegen ihn, schon als er zum erstenmal an mich appellierte. Nur Ihre Garantie, dass Sie dafür sorgen würden, dass der Reichspräsident bis zur Erringung des Erfolges hinter mir stehen würde, hat mich schließlich

bestimmt, den Auftrag anzunehmen." Groener erklärte, dass er angenommen habe, nach den Ereignissen im November 1918 und Sommer 1919, dass der Reichspräsident das Wort halten würde, das er ihm auch in bezug auf meine Unterstützung gegeben habe. Er habe zwar, namentlich im Sommer 1919, schon starke Zweifel an dem Charakter des Reichspräsidenten bekommen. Die damalige Reichsregierung sei in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen gewesen, den Versailler Vertrag abzulehnen. Ebert habe seine eigene Bereitwilligkeit, im äußersten Falle den Versailler Vertrag zu unterschreiben, davon abhängig gemacht, ob die Oberste Heeresleitung noch irgendeine Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes sähe. Im Falle einer bejahenden Antwort hätte er gegen die Annahme des Vertrages entschieden. Ebert habe Groener mitteilen lassen, dass er Hindenburg am Nachmittag vor dem Beschluss des Reichskabinetts anrufen und ihn um eine klare Meinungsäußerung über die Möglichkeit weiteren militärischen Widerstandes befragen würde. Hindenburg sei zu Groener ins Büro gekommen, etwa eine halbe Stunde vor dem angekündigten Anruf Eberts. Groener habe ihm die Frage Eberts dann vorgelegt. Hindenburg habe erklärt, er, Groener, wisse doch genauso wie er selbst, dass ein weiterer Widerstand nicht in Frage käme. Groener habe ihn auf die Bedeutung dieser Entscheidung hingewiesen. Hindenburg sei aber fest geblieben. Als es ungefähr noch eine Viertelstunde bis zum Anruf Eberts gewesen sei, habe Hindenburg plötzlich die Uhr gezogen und gesagt: "Sie können ja ebensogut, auch in meiner Abwesenheit, Herrn Ebert die Antwort geben. Es ist wohl nicht notwendig, dass ich dabei bin." Diese Antwort habe Groener Ebert erteilt, und dann habe Hindenburg 14 Jahre lang auf Groener in der Öffentlichkeit den Vorwurf sitzenlassen, als ob dieser allein die Entscheidung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages veranlasst hätte.

Literatur:

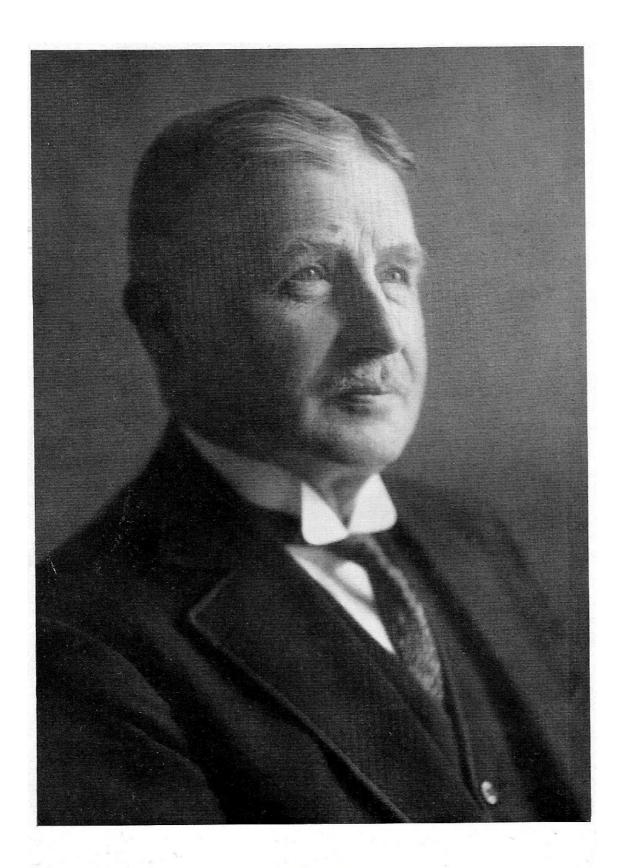
Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt 1955 Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen – Jugend – Generalstab – Weltkrieg. V&R Göttingen 1957

Theodor Eschenburg: Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik. Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, 1961 Heinrich Brüning; Memoiren 1918 – 1934. DVA Stuttgart 1970.

Johannes Hürter: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928 – 1932). Oldenbourg München 1993

Klaus Hornung: Alternativen zu Hitler. Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik. Ares Graz 2008

Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. Pantheon 2009.



Growier

Konstantin Fehrenbach (1852 – 1926) Joseph Wirth (1879 – 1956) - Zentrumspolitiker aus Baden und Reichskanzler

Themen:

Katholische Volkspartei und badisches Zentrum im Großherzogtum Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth: Freiburg - Berlin Der Reichskanzler Wirth Das Ende von Weimar Exil im dritten Reich Fremd im Nachkriegsdeutschland

Literatur:

Gernot Erler/Karl-Otto Sattler: Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Blü-ten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch. Freiburg1980

Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Theiss Stuttgart 1992

Bernhard Zilling: Joseph Wirth, S. 243-253, In:

Helmut Engler (Hrsg): Große Badener. DVA Stuttgart 1994,

Heinrich Küppers: Josef Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik. Steiner Wiesbaden 1997.

Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth. Eine politische Biografie. Paderborn 1998

Bernd Braun: Constantin Fehrenbach (1852 – 1926), Seite 106-115 Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth (!879 – 1956), Seite 116-125), In:

Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Landes-zentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Kohlhammer Stuttgart 2005, S. 106

Das badische Zentrum (Wolfgang Hug, Geschichte Badens)

Zentrum und SPD waren beide in den sechziger Jahren entstanden. Das badische Zentrum (bis 1988 katholische Volkspartei) war ein Kind des Kulturkampfes. Dem Zentrum ging es vordringlich um Kirche und Christentum, zugleich um eine politisch-soziale Emanzipation der Katholiken. Die Partei hielt engen Kontakt zum Klerus; sie wurde in den achtziger Jahren von dem Prälaten Leuder geführt (bis 1933 standen fortan stets Geistliche an der Spitze des badischen Zentrums), der sich wie sein Bischof Orbin der liberalen Regierung gegenüber kompromissbereit zeigte. Damit un-tergrub er aber das Vertrauen der katholischen Wähler: Der steile Aufstieg, mit dem die Katholiken 1881 bereits 23 (von 65) Landtagsmandaten erreicht hatten, wurde jäh gestoppt: 1887 bekam die Partei nur noch neun Sitze. Nun übernahm der entschie-dene "Kämpfer" Theodor Wacker, Pfarrer in Freiburg-Zähringen und bald als "Löwe von Zähringen" bewundert und gefürchtet, die Parteileitung. Er wusste sich vom politischen Katholizismus in Deutschland seit dem Freiburger Katholikentag von 1888 und dem preußisch-deutschen Zcntrumsführer Windthorst in seinem weitgehend "ultramontanen" Kurs bestätigt. Er gewann der Partei die aite Stärke im Landtag zurück, indem er kirchen- und kulturpolitisch scharf konservativ blieb, zugleich aber für ein demokratisches (egalitäres, direktes) Wahlrecht und für sozialen Ausgleich (zugunsten des im Land benachteiligten katholischen Bevölkerungsteils) kämpfte. An der Basis konnte das Zentrum auf die organisatorische Struktur der Kirche bauen: Pfarrer waren Ortsvorsitzende, im Pfarrhaus oder Pfarrsaal hielt man Partei- Versammlungen, hier wurde die Werbe-und Agitationsarbeit koordiniert. Der 1890 gegründete "Volksverein für das katholische Deutschland", eine Massenorganisation mit 62 000 Mitgliedern in Baden (1914), diente der Partei als wirksame und verlässliche Transmissionskraft in allen sozialen Schichten des katholischen Volkes. Offenbar auf Druck von Erzbischof Nörber (1898-1920) gab Wacker allmählich seinen radikalen Kurs auf, trat den Fraktionsvorsitz 1903 an den konzilianteren Josef Schofer ab, unter dem das Zentrum dann 1905 (nach der Wahlrechtsreform) zur stärksten Fraktion mit 28 (von jetzt 73) Landtagsabgeordneten wurde.

Konstantin Fehrenbach: Leben im Überblick

1852 11. Januar: Konstantin Fehrenbach wird als Sohn des Volksschullehrers Johann Fehrenbach und dessen Frau Rosina (geb. Gensecke) in Wellendingen (Schwarzwald) geboren.

1865-1871 Knabenkonvikt in Freiburg als Vorbereitung auf eine Priesterlaufbahn

1871-1878 Studium der Theologie und der Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau.

1882 Rechtsanwalt in Freiburg. Er macht sich als Strafverteidiger rasch einen Namen.

1884 Als Mitglied der Zentrumspartei beginnt Fehrenbach seine politische Laufbahn als Freiburger Stadtverordneter im kommunalen Bereich.

1885 Für das Zentrum wird er in den badischen Landtag gewählt.

1887 Wegen Differenzen mit der Parteiführung scheidet er aus dem Parlament aus und zieht sich zunächst aus der Politik zurück.

1895 Wahl zum Freiburger Stadtrat und 1896 Kreisabgeordneter.

1901-1913 Wiederum ist Fehrenbach Zentrumsabgeordneter im badischen Landtag.

ab 1903 Mitglied des Reichstags für das Zentrum.

1907-1909 Präsident des badischen Landtags.

1913 Nationale Bekanntheit erlangt Fehrenbach durch seine scharfe Kritik an dem Vorgehen des Militärs in der Zabern-Affäre. Er fordert eine präzisere verfassungsrechtliche Begrenzung der Militärgewalt.

1917 Fehrenbach wird Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags.

Juli: Er setzt sich innerparteilich für die Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags ein, die von Erzberger eingebracht wurde und eine Beendigung des Ersten Weltkriegs auf der Basis eines Verständigungsfriedens fordert.

1918 Juli: Er wird zum Präsidenten des Reichstags gewählt.

1919/20 Präsident der Nationalversammlung in Weimar.

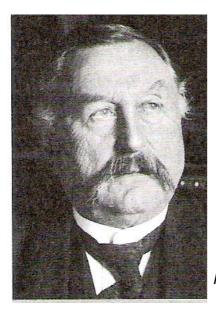
1920 Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni bildet Fehrenbach als Reichskanzler ein bürgerliches Minderheitenkabinett mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP). Seine Außenpolitik zielt auf eine Verständigung mit den Siegermächten in der Reparationsfrage. Er bemüht sich vergeblich um eine Vermittlerrolle der USA.

Als Reichskanzler führte er die deutsche Delegation bei den Reparationskonferenzen in Spa und in London. Nach der Festsetzung der deutschen Reparationslasten auf 132 Millarden Goldmark trat Fehrenbach am 4. Mai **1921** zurück, da der Reichstag dieser Regelung nicht zustimmte. Sein Nachfolger wurde Joseph Wirth.

1923-1926 Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Reichstag.

Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

1926 26. März: Konstantin Fehrenbach stirbt in Freiburg.



Joseph Wirth

Konstantin Fehrenbach



Konstantin Fehrenbachs Zabern-Rede

Aus einer Reichstagsrede des führenden Zentrumsabgeordneten Konstantin Fehrenbach vom 3. 12. 1913 (Gerhard A. Ritter (HRSG): Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1914. Ein Historisches Lesebuch. V&R Göttingen 1975, S. 342 - 344

Meine Herren, das Unzulängliche, hier wird es Ereignis.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) . . . Das Unbeschreibliche, hier ist es getan. (Wiederholte lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Das sind leider die Empfindungen, mit denen wir den Vorgängen in Zabern während des Monats November gegenüberstehen, mit denen wir aber leider noch mehr den Ausführungen gegenüberstehen, die wir vorhin von der Regierung gehört haben. (Stürmischer andauernder Beifall im Zentrum und links.)

Zu diesen Empfindungen gesellt sich aber auch das Gefühl der Beschämung, (wiederholte stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) dass sich das im Deutschen Reich ereignen konnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu gesellt sich aber auch ein bitterer Schmerz über die moralischen Verluste dieses unglücklichen Monats, (lebhafte Zustimmung im Zentrum und links) die nur in schwerer Arbeit und erst nach langer, langer Zeit wieder gut gemacht werden können [. ..]

Unser Zweck wird es sein, zu unseren Teilen an den Schäden, die eingetreten sind, und die wir noch weiter befürchten, heilen zu helfen.

In diesem Sinne trete ich für meine Person und tritt meine Partei an die Aufgabe heran, und ich bedaure nur außerordentlich, daß ich in meiner bestimmten Erwartung durch die Ausfüh-rungen von der Regierungsbank, des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Kriegsministers eine mächtige Vorarbeit vorzufinden, so schwer getäuscht worden bin.

(Lebhafter Beifall im Zentrum. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten)

Es wird mir keiner im Hause, der mich kennt, und es wird auch meiner Partei niemand nachsagen, der sie kennt, dass uns und mir das Gefühl für die Autorität abgeht,

(sehr richtig! im Zentrum) dass wir nicht in eine volle Würdigung der Bedeutung und Machtstellung auch unseres Militärs einzutreten befähigt sind. Aber was heute hier vorgetragen worden ist, das klingt aus einer anderen Welt, (stürmische Zustimmung im Zentrum und links) das ist so schmerzhaft, da gibt es gar keine Übertreibung mehr.

(Wiederholte stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) Meine Herren, das Recht geht voran, und wenn der Herr Reichskanzler gesagt hat: Schützen des Rechts, aber auch Schützung der öffentlichen Gewalt, dann sage ich: das zarteste Pflänzchen, das hier des meisten Schutzes bedarf, ist Recht und Gesetz, und wenn Recht und Gesetz beeinträchtigt werden durch irgendwen, auch durch eine öffentliche Gewalt, dann sind die hiesigen Stellen berufen, hier Remedur eintreten zu lassen, (Stürmische Zustimmung im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) und für das geschwächte Recht ein mächtiges Wort auszuspre-chen. (Andauerndes stürmisches Bravo.) Meine Herren, wir haben ja einige bedauernde Äußerungen gehört über das, was sich von seiten des Militärs in Zabern zugetragen hat. Aber haben wir irgend etwas gehört, was dage-gen getan wird, wie für das gebeugte Recht Sühne geschaffen wird? (Lebhafte Rufe: Sehr gut!) Wir haben darüber nichts gehört, wir haben Ausführungen von seiten des Herrn Reichskanz-lers, die sich im wesentlichen [...] auf die Berichte der Militärs gestützt haben. Wir haben Dar-legungen gehört, die, wie mir scheint, wenn auch nicht direkt ausgesprochen, die Pflicht und die Tätigkeit der Zivilverwaltung in das bedenklichste Licht setzen.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Und, meine Herren, was wir von dem Herrn Kriegsminister gehört haben — wenn nur dieser Mut, dieser unnötige Mut, (große Heiterkeit) diese unnötige Forschheit und Schneid nicht in die Herzen all' der jungen Leutnants einzieht gegen unsere Zivilbevölkerung, sonst wird es unheimlich. Wenn ich das Wort gehört habe — ich glaube es fast nicht, daß es gefallen ist — von dem Säbel, der einen anderen durchstechen soll (stürmische Zurufe: Jawohl, es ist gesagt worden!) — ich hoffe, daß es nicht in dem Zusammenhange gefallen ist; es wäre ein zu grausames Wort gewesen. Auch das Militär untersteht dem Gesetz und dem Recht, (stürmische Zustimmung im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) und wenn wir zu den Zuständen kämen, das Militär »ex lex« zu stellen und die Zivilbevölkerung der Willkür des Militärs preiszugeben, dann, meine Herren: finis Germaniae. Nach der Debatte sprach der Reichstag dem Reichskanzler mit 293 gegen 54 Stimmen seine Missbilligung aus.

Joseph Wirth: Leben im Überblick

1879 6. September: Joseph Wirth wird in Freiburg/Breisgau als Sohn des Maschinenmeisters Karl Wirth und dessen Frau Agathe (geb. Zeller) geboren. Nach späteren Angaben Wirths wurde er durch das christliche und soziale Engagement seiner Eltern stark geprägt.

1899-1906 Wirth studierte Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie in Freiburg. Sein Studium schließt er mit einer Dissertation in Mathematik ab.

1906-1913 Er arbeitete als Mathematiklehrer an einem Freiburger Realgymnasium.

1909 Wirth war Mitbegründer und erster Präsident der Akademischen Vinzenzkonferenz. Die karitative Laienorganisation bietet Hilfe für Arme und Bedürftige an.

1911 Für die Zentrumspartei wurde er in das Freiburger Stadtverordnetenkollegium gewählt.

1913-1921 Wirth war Mitglied des Badischen Landtags.

1914 Er wird Reichstagsabgeordneter. Sein Hauptanliegen gilt der sozialen Frage, deren Lösung er von gesellschaftlichen Reformen abhängig macht.

1914-1917 Mit Beginn des Ersten Weltkriegs meldet sich Wirth als Kriegsfreiwilliger. Für dienstuntauglich erklärt, tritt er dem Roten Kreuz bei. Dienst als Krankenpfleger an der West- und Ostfront. Eine Lungenentzündung beendet seinen Einsatz.

1917 19. Juli: Wirth stimmt im Reichstag für die von Matthias Erzberger eingebrachte Friedensresolution.

1918 10. November: Während der Novemberrevolution wird er Finanzminister der Vorläufigen Badischen Volksregierung.

1919 Februar: Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung. Wirth bezeichnet sich selbst als "entschiedenen Republikaner". April: Ernennung zum Finanzminister des Freistaats Baden.

1920/21 Wirth ist Finanzminister in den Kabinetten der Reichskanzler Hermann Müller und Konstantin Fehrenbach.

1921 10. Mai: Nach dem Rücktritt Fehrenbachs bildet Wirth als neuer Reichskanzler eine Koalition aus Zentrum, Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) und Deutscher Demokratischer Partei (DDP). Er spricht sich für die Annahme des Londoner Ultimatums, mit dem das Deutsche Reich zur Anerkennung der alliierten Reparationsforderungen gezwungen werden soll, aus. Die extreme Rechte ruft aufgrund der "Erfüllungspolitik" zu Mordanschlägen gegen Wirth auf.

22. Oktober: Aus Protest gegen die Teilung Oberschlesiens tritt Wirth mit dem Kabinett zurück. 26. Oktober: Er wird von Reichspräsident Friedrich Ebert erneut mit der Regierungsbildung beauftragt.

1922 16. April: Wirth unterzeichnet zusammen mit Außenminister Walther Rathenau den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion. Mit dem Vertrag durchbricht Deutschland seine außenpolitische Isolation. Juni: Nach der Ermordung Rathenaus durch Rechtsextremisten ruft Wirth zur Verteidigung der Demokratie und der Weimarer Republik auf.

21. Juli: Wirth setzt das Gesetz zum Schutz der Republik durch.

14. November: Er zieht die Konsequenz aus dem Scheitern der "Erfüllungspolitik" und tritt als Reichskanzler zurück.

1924 Wirth tritt dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei. Der parteiübergreifende Verband versammelt republiktreue Kräfte mit dem Ziel der Verteidigung der Republik. Wirth gehört dem erweiterten Vorstand an.

1925 15. Januar: Der parteilose Reichskanzler Hans Luther bildet eine Regierungskoalition, der neben dem Zentrum, der DDP, der Deutschen Volkspartei (DVP) auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) angehört. Als führender Vertreter des linken Parteiflügels kritisiert Wirth die Zusammenarbeit des Zentrums mit der DNVP.

August: Nach Differenzen um den sozialpolitischen Kurs der Partei tritt Wirth aus der Reichstagsfraktion des Zentrums aus. Sein Reichstagsmandat behält er.

1929 13. April: Reichsminister für die Besetzten Gebiete im zweiten Kabinett von Müller.

1930 30. März: Im Präsidialkabinett unter Reichskanzler Heinrich Brüning wird Wirth Innenminister, 1931 auf Druck von Hindenburg aber entlassen. Nachfolger Wilhelm Groener.

1933 In der Debatte über das Ermächtigungsgesetz beugt sich der Abgeordnete Wirth dem Fraktionszwang und stimmt mit dem Zentrum "mit Tränen in den Augen" dafür

24. März: Er emigriert nach Wien, da er als entschiedener Gegner des tags zuvor verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes von der Verhaftung bedroht ist.

ab 1933 Seine Aufklärungsarbeit über den totalitären Charakter des NS-Regimes sowie sein Engagement gegen den im Deutschen Reich herrschenden Antisemitismus führen Wirth durch zahlreiche Staaten Europas und in die USA.

1935 Wirth lässt sich in Paris nieder. Von den deutschen Emigrantenkreisen in der Stadt distanziert er sich.

1939 September: Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verlässt Wirth Paris und begibt sich nach Luzern in die neutrale Schweiz.

1939/40 Wirth unterhält Kontakt zum Widerstand in der Wehrmacht. Auf Wunsch von Wilhelm Canaris vermittelt er zwischen dem britischen Premierminister Arthur Neville Chamberlain und der deutschen Opposition über eine Friedensregelung. Die britische Regierung, die im Fall eines Umsturzes in Deutschland der neuen Regierung politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe zusichert, sieht in dem ehemaligen Reichskanzler Wirth einen vertrauenswürdigen Gesprächspartner.

1940 10. Mai: Der beginnende Frankreichfeldzug der deutschen Wehrmacht sowie der Rücktritt Chamberlains beenden die Vermittlungsversuche.

1942-1945 Wirth schließt sich einem Kreis deutscher Exilpolitiker an, zu dem auch Otto Braun und Wilhelm Dittmann gehören. Der Kreis entwirft Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Ende des Kriegs.

1945 12. April: Aus dem Kreis der Exilpolitiker geht die Arbeitsgemeinschaft "Das Demokratische Deutschland" hervor, welche die Interessen der in der Schweiz lebenden Deutschen wahrnehmen will und Grundsätze für einen demokratischen und föderalistischen Wiederaufbau Deutschlands entwirft. Wirth gründet nach Kriegsende die Katholische Deutsche Hilfe, die in der Schweiz Hilfslieferungen an die notleidende deutsche Bevölkerung organisiert.

1948 August: Nach einer persönlichen Bitte an den französischen Außenminister Robert Schuman erhält Wirth die Einreiseerlaubnis in die französische Besatzungszone. Er kehrt aus dem Exil zurück und lässt sich in Freiburg nieder.

Wirth gründet die christlich-soziale Arbeiterpartei "Union der Mitte".

ab 1952 nimmt Wirth an zahlreichen Friedenskongressen in ganz Europa teil.

1953 Wirth ist Mitbegründer und Vorsitzender des "Bundes der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit" (BdD). Der BdD wendet sich gegen die von Konrad Adenauer betriebene Westintegration und strebt eine Verständigung mit der Sowjetunion an.

1954 Verleihung der deutschen Friedensmedaille.

1955 Wirth spricht sich entschieden gegen den Aufbau der Bundeswehr und gegen den NATO Beitritt der Bundesrepublik aus.

Oktober: Er erhält die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

1956 3. Januar: Joseph Wirth stirbt in Freiburg.

	Jan. 1919	Juni 1920	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	Mär. 193
KPD	, 2 - 6 <u>1 -</u> 12	2,1	12,6	9,0	10,6	13,1	14,3	16,9	12,
USPD	7,6	17,9	0,8	0,3				-1	
SPD	37,9	21,7	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,
Zentrum/BVP	19,7	18,2	16,6	17,3	15,2	14,8	15,7	15,0	13,5
DDP	18,5	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	1,0	0,5
DVP	4.4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2	1,9	1,1
DNVP	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0
NSDAP			6,5	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,5
Sonstige	1,6	2,8	8,6	6,5	14,0	14,0	3,0	3,4	1,6

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 599)

Die Regierungen der Weimarer Republik 1920 - 1923

27. 3. - 8. 6. 1920 Neue Regierung unter Hermann Müller (MSPD)

Die Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 bringt für die Parteien der Weimarer Koalition ein verheerendes Ergebnis. Die DDP verliert 10%, die SPD 16%, die Koalition hat keine Mehrheit mehr (46% statt 75%). Gewinnerin ist die rechtsbürgerliche DVP und die nationalistische DNVP. Die folgenden Regierungen sind meistens Bürgerblockregierungen, die für eine Mehrheit auf die SPD angewiesen sind. Die SPD will sich in der Opposition erholen und nähert sich der USPD an, mit der sie sich 1922 wieder vereinigt. Die Wähler gehen aber mehrheitlich zur neugegründeten KPD. 25. 6. 1920 – 4. 5. 1921 Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrum) mit DDP und DVP April 1921 Besetzung der Rheinhäfen Düsseldorf und Duisburg als französische Sanktion 27. April 1921 Festlegung der Reparationszahlungen durch die Reparationskommission 2. Mai 1921 polnische Freischärler besetzen die Abstimmungsgebiete in Oberschlesien Daraufhin tritt die Regierung Fehrenbach zurück.

- 5. Mai Ultimatum der Siegermächte mit Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets. Für die Bildung einer neuen Regierung entscheidet sich die Zentrumsfraktion gegen Konrad Adenauer für Josef Wirth.
- 10. 5. 22. 10. 1921 Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) mit DDP und SPD
- 26. August 1921 Ermordung Matthias Erzbergers
- seit 1921 geheime Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee in Russland 20. 10. 1921 Der Völkerbund entscheidet über die oberschlesischen Gebiete für Polen Daraufhin Rücktritt und Neubildung der Regierung Wirth
- 26. 10. 1921 14. 11. 1922 Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) mit DDP und SPD
- 31. Januar 1922: Walter Rathenau übernimmt das Aussenministerium von Wirth
- April 1922 Reparationstagung in Genua mit der Beteiligung von Rathenau und Wirth
- 16. April 1922 Vertrag von Rapallo Rathenau Tschitscherin (Russland)
- 24. Juni 1922 Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau

Reichskanzler Wirth: Der Feind steht rechts

- 24. 10. 1922: Eine große Koalition verlängert das Mandat Friedrich Eberts bis Juni 1925. Wegen der Verhandlungen Wirths mit der DVP über eine Regierungsbeteiligung und der Industrie wegen der Reparationsforderungen tritt die SPD aus der Regierung aus. So muss die Regierung Wirth am 14. November zurücktreten.
- 22. 11. 1922 12. 8. 1923 Reichskanzler Wilhelm Cuno (parteilos) mit Zentrum und DDP Januar 1923 Inflation: 1 Goldmark entspricht 2500 Reichsmark
- Die Regierung Cuno schlägt den Siegermächten ein fünfjähriges Moratorium vor 11. Januar 1923 französisch-belgischer Einmarsch ins Ruhrgebiet "produktives Pfand"

Vertrag von Rapallo

Der Vertrag von Rapallo ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der am 16. April 1922 in Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-republik (späteres Gründungsmitglied der Sowjetunion) geschlossen wurde. Der überraschende Vertragsschluss fand am Rande der Finanz- und Wirtschaftskonferenz von Genua statt. Unterzeichnet wurde der Vertrag von dem Außenminister des Deutschen Reiches Walther Rathenau und seinem russischen Amtskollegen Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin. Der Vertrag normalisierte die Beziehungen der beiden Staaten, die mit ihm ihre internationale Isolation durchbrechen wollten, und sollte die Verhandlungsposition des Deutschen Reiches gegenüber den Westmächten stärken. Mit dem Deutschen Reich, dessen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs der Frieden von Versailles konstatiert hatte, und dem kommunistischen Russland schlossen sich zwei Geächtete der damaligen internationalen Politik zusammen.

Der Vertrag hatte hauptsächlich den Inhalt, dass das Deutsche Reich und Russland ihre durch den Krieg und die russische Revolution unterbrochenen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufnahmen (nach dem Prinzip der Meistbegünstigung). Letzteres war für das Deutsche Reich ein eminent wichtiger Punkt, da seine Waren von den ehemaligen Kriegsgegnern in Westeuropa weiterhin boykottiert wurden. Des Weiteren verzichteten beide Staaten auf Reparationen für Kriegsschäden, das Deutsche Reich zudem auf Entschädigungen für im Zuge der Revolution verstaatlichtem ehemals deutschen Besitz.

Im Umfeld des Vertrags wurde die Lieferung von Industrieanlagen an Russland vereinbart, durch die es die Ölfelder von Baku ohne Unterstützung westlicher Firmen hätte betreiben können. Zudem hatte sich das Deutsche Reich verpflichtet, Lageranlagen und Tankstellen zur Vermarktung russischer Ölprodukte einzurichten. Auf diese Weise plante das Deutsche Reich, die Abhängigkeit von britischen und amerikanischen Ölkartellen zu mindern, die den Markt beherrschten.

Rede des Reichskanzlers Josef Wirth

(Rede im Reichstag nach der Ermordung Walter Rathenaus am 24. Juni 1922, Auszug)

Meine Damen und Herren! Trotz der Leere des Hauses oder gerade deswegen will ich eine ruhige Minute benutzen, um Ihre Aufmerksamkeit zu erbitten. Es war nicht möglich, gestern mittag und gestern abend den Werdegang des Herrn Ministers Rathenau und seine Verdienste um das deutsche Volk, den deutschen Staat und die deutsche Republik ausgiebig zu würdigen. Es war auch nicht möglich, in Ihrer Mitte - und ich persönlich müsste als sein Freund das mit besonderer Bewegung tun -, über die großen Entwürfe seiner Seele zu sprechen. Allein, meine Damen und Herren, eins will ich in Ihrer Mitte doch sagen. Wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Ideen und auf sein Wort hätten bauen können, in einer Frage die Initiative zu ergreifen im Interesse unseres deutschen Volkes, dann wäre es die Weiterarbeit des Herrn Dr. Rathenau bezüglich der großen Schicksalsfrage der Alleinschuld Deutschlands am Kriege gewesen. Hier sind die großen Entwicklungen jäh unterbrochen, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr vor ihrem Volke wieder gutmachen.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Hergt mit steigender Enttäuschung gefolgt. Ich habe erwartet, daß heute nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgt, sondern dass diese Gelegenheit benützt wird, einen Schnitt zu machen gegenüber denen, gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes durch ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, dass von dieser Seite heute ein Wörtchen falle, um einmal auch die in Ihren eignen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen. Was Sie zum Beispiel, Herr Abgeordneter Körner, persönlich in Ihren Zeitungen im Schwabenland geschrieben haben, das können Sie nicht wieder gutmachen.

Wie weit die Vergiftung in Deutschland geht, will ich einmal an einem Beispiel zeigen. Ich verstehe, dass man an der Politik der Regierung, an unserem Verhalten persönlicher und politischer Art Kritik üben kann. Warum nicht? Ich verstehe auch ein scharfes Wort, verstehe auch Hohn und Spott im politischen Kampf, verstehe die Verzerrung zur Karikatur. Ziel und Richtung unserer Politik - das ist, glaube ich, oder sollte es wenigstens sein, Gemeingut des ganzen Hauses - Ziel und Richtung unserer Politik ist die Rettung der deutschen Nation.

Die Methode, meine Damen und Herren, die ist strittig. In Fragen der Methode aber sollten sich Söhne des deutschen Volkes mindestens immer mit der Hochachtung begegnen, die es uns ermöglicht, vor dem Ausland als eine einheitliche Nation überhaupt aufzutreten.

.... Dann fährt der betreffende Kollege fort: »Die jetzige Regierung ist in Wirklichkeit nur eine, vom Deutschen Reich zwar bezahlte, Angestellte, der Entente, die ihre Forderungen und Vorschriften einfach zu erfüllen hat; sonst wird sie einfach auf die Straße gesetzt und ist brotlos. « Können Sie sich eine größere Entwürdigung von Menschen denken, die, wie wir, seit Jahresfrist an dieser Stelle stehen? Steigt Ihnen (zu den Deutschnationalen) da nicht auch die Schamröte ins Gesicht?! Das Deutsche Tageblatt, Herausgeber Reinhold Wulle. Aber, meine Damen und Herren, die Sache hat noch eine größere Bedeutung! Hier liegt nicht nur eine redaktionelle Verantwortung vor, sondern dieser Artikel mit den schmählichsten Beleidigungen ist ausdrücklich geschrieben von Reinhold Wulle, Mitglied des Reichstags.

...In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind an der Macht! - nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!

Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. - Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!

(Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. - Große langandauernde Bewegung.)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Als Reaktion auf republikfeindliche Gewalttaten und Aufstandsversuche aus dem rechten und linken politischem Spektrum gründete sich auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am 22. Februar 1924 in Magdeburg das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" zum Schutz der parlamentarischen Demokratie. Neben der SPD wurde es von dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sowie von den Gewerkschaften getragen. Seine Hauptaufgabe erkannte das Reichsbanner in der Verteidigung der Weimarer Republik gegen deren rechts- und linksextremistischen Feinde. Als satzungsgemäß überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer entwickelte sich das Reichsbanner zu einer der größten Massenorganisationen der Weimarer Republik. 1932 gehörten ihm mehr als drei Millionen Mitglieder an, darunter namhafte Politiker wie Hugo Preuß, Joseph Wirth, Otto Wels, Julius Leber oder Kurt Schumacher.

Nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei der Septemberwahl von 1930 versuchte das Reichsbanner, dem verstärkt einsetzenden Straßenterror der Sturmabteilung (SA) durch die Bildung militärisch organisierter Formationen entgegenzutreten. Bis in den Februar 1933 hinein sollten diesem Kampf 47 Reichsbannerleute zum Opfer fallen. Mit der Anwendung des Führerprinzips in der inneren Organisation und der Pflege des Wehrsports näherte sich das Reichsbanner dabei jedoch in Form und Inhalt der rechten Konkurrenzorganisation der SA zunehmend an.

1931/32 vereinigte sich das Reichsbanner mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisierten Freien Gewerkschaften und anderen Verbänden zur Eisernen Front. Ihr Emblem mit den charakteristischen drei Pfeilen stammt von dem Exilrussen Sergej Tschachotin (1883-1973) und symbolisiert die wichtigsten Gegner der Eisernen Front: die "Adelskamarilla", die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Doch trotz ihrer zahlreichen Mitglieder konnte die Eiserne Front an der politischen Kräftekonstellation nur wenig ändern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die ehemaligen Funktionäre und Mitglieder des Reichsbanners systematisch verfolgt.

Der Reichspräsident von Hindenburg gegen Wirth als Reichsinnenminister

Heinrich Brüning, Memoiren 1918 – 1934, DVA Stuttgart 1970, S. 273/4

Vor Beginn der Feier (zur Ehrung der Gefallenen) brachte mir Treviranus die Nachricht, dass Oskar Hindenburg wegen der Nichtbeflaggung der Gebäude den Kopf des Reichsinnenministers gefordert hatte, obwohl dieser nach der Reichsverfassung den Ländern keine Vorschriften in dieser Frage machen konnte. Er hatte dabei auch Treviranus gegenüber geäußert, dass "mit diesem Schwein und anderen Schweinen im Kabinett aufgeräumt werden müsse". Als der Reichspräsident mit seinem Sohn in den Reichstag kam und vom Präsidium des Reichstags und einer Reihe von Kabinettsmitgliedern in der Empfangshalle begrüßt wurde, fuhr er vor diesem Gremium auf den Reichsinnenminister los und schnauzte diesen nach alter militärischer Methode an. Ich hatte große Mühe, Wirth, der sofort seine Demission einreichen wollte, zu beruhigen. Die anderen Mitglieder des Kabinetts waren über diesen Vorgang äußerst erregt.

Wirth verlor sein Amt im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung vom 7. – 9. Oktober 1931. Sein kommissarischer Nachfolger wurde Wilhelm Groener.

Hermann Müller (1876 – 1931) - Sozialdemokrat und Reichskanzler

Ein Opfer der Engstirnigkeit

Zum 50. Todestag von Hermann Müller (Franken) Reichskanzler a.D, am 20, März Von Dr. Hans de With MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium Sozialdemokratischer Pressedienst 19. März 1981

Am 20. März 1981 jährt sich der Todestag von Hermann Müller (Franken) zum 50. Male. Wir haben eines Sozialdemokraten zu gedenken, dessen Wirken eng verknüpft ist mit dem Schicksal der SPD in der Weimarer Republik. Müllers Stationen: Der in Mannheim am 18. Mai 1876 geborene Sohn eines Fabrikdirektors war seit 1906 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, gehörte seit 1916 dem Reichstag an und wurde 1920 in seinem Wahlkreis Franken - dieser umfasste Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Coburg wieder gewählt. 1919 bis 1927 war Müller neben Otto Wels Parteivorsitzender, 1920 bis 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD. Als Mehrheitssozialist half Hermann Müller, in der Novemberrevolution 1918 dem revolutionären Elan der Rätebewegung zu wehren und gemäßigten, auf die Verfassung hin arbeitenden Kräften zum Siege zu verhelfen. Der von dem sozialdemokratischen Relchskanzler Bauer geführten Regierung der Weimarer Koalition aus SPD, Deutscher Demokratischen Partei und Zentrum gehörte Müller als Außenminister an - in dieser Funktion unterzeichnete er gemeinsam mit Johannes Bell den Versailler Vertrag und zog sich so den Hass der nationalen Rechten zu.



Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches wurde Hermann Müller im März 1920 Reichskanzler. Das Ende der Weimarer Koalition im Juni 1920 beendete seine Kanzlerschaft und markiert zugleich das Ausscheiden der SPP aus der Regierungsverantwortung für fast acht Jahre. Seine 2. Kanzlerschaft, vom Mai 1928 bis März 1330, kennzeichnet die Rückkehr der Sozialdemokratie in die Regierung. Doch war diese Rückkehr gleichbedeutend mit schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD. Die Parteilinke widersetzte sich dem Eintritt der SPD in die Regierungskoalition mit Demokraten, Deutscher Volkspartei und Zentrum.

Trotz seiner begrenzten Erfolge, vor allem bei der Milderung der Reparationslasten, blieb das Kabinett Müller in der SPD stets umstritten.. Es zerbrach zu Beginn der Weltwirtschaftskrise an der Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent erhöht werden könnten. Die SPD, von der Parteilinken zur Härte gedrängt, erwies sich in dieser Frage als nicht zum Kompromiss mit den Regierungspartnern fähig, lehnte ab und scheiterte. Die Regierung Müller war, wie Joseph Rovan schreibt, "ein Opfer der Engstirnigkeit ihrer eigenen Partei und der Gewerkschaften geworden". Ihr Scheitern war das Ende der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung und das Ende parlamentarischen Regierens in der Weimarer Republik überhaupt. Müllers Nachfolger Brüning stand einem "Kabinett der Persönlichkeiten" vor, das mit Hilfe von Notverordnungen regierte.

Hermann Müller war für lange Zeit der letzte sozialdemokratische Chef einer deutschen Regierung, Erst 1966 kehrten Sozialdemokraten in die Bundesregierung zurück, erst 1969 wurde Willy Brandt Bundeskanzler. Gewiss wiederholt sich Geschichte nicht. Aber das Scheitern von Müllers zweitem Kabinett 1930 mahnt uns, kritisch zu sein gegenüber denen, die zu vergessen scheinen, dass die Wahrnehmung von Regierungsverantwortung - zumal in einer Koalitionsregierung - die Fähigkeit zum Kompromiss voraussetzt; zum Kompromiss, der freilich für die Öffentlichkeit - als Ergebnis eines notwendigen Aufeinanderzugehens verschiedener Auffassungen - stets nachvollziehbar sein sollte.

Hermann Müllers Werdegang

1876 in Mannheim geboren als erstes Kind von Georg Müller und Katharina geb. Vogt. Der Vater stammt von der Saar und ist ein (kleiner) Schaumweinproduzent.

Volksschule und Gymnasium in Mannheim

1888 Umzug nach Niederlößnitz bei Dresden, wo der Vater eine Schaumweinfabrik übernommen hat. Besuch des Realgymnasiums in Dresden-Neustadt.

1892 Tod des Vaters. Hermann muss die Schule verlassen, um Geld zu verdienen.

Kaufmännische Lehre bei Villeroy&Boch in Frankfurt. Dort arbeitet er weiter als Angestellter.

1893 Beitritt zur SPD in Frankfurt

1897 Handlungsgehilfe in Breslau, daneben journalistische Mitarbeit bei der von Paul Löbe redigierten "Volkswacht".

1899 Hauptamtlicher Redakteur bei der "Görlitzer Volkszeitung". Ausbau zur Tageszeitung.

1901 Stellvertetender Vorsitzender der Görlitzer SPD, 1902 Delegierter beim Parteitag in München,

1903 Stadtrat in Görlitz, 1904 Unterbezirksvorsitzender

1903 Heirat mit Frieda Tockus, die 1905 nach der Geburt der Tochter Annemarie stirbt

1905 wird Hermann Müller von Paul Singer für den Parteivorstand vorgeschlagen, fällt aber gegen den von Bebel und den Gewerkschaften gestützten Friedrich Ebert durch

1906 wird Hermann Müller bei Parteitag der SPD in Mannheim auf Vorschlag August Bebels als (hauptamtlicher) Sekretär in den Vorstand gewählt. Umzug nach Berlin.

1907 Erfolglose Kandidatur zum Reichstag. Heirat mit Gottliebe Jaeger. 1908 Tochter Erika. Zusammen mit Ebert Arbeit an der Modernisierung des Parteiapparats.

1913 Ebert Parteivorsitzender, Scheidemann, Otto Braun und Otto Wels neu im Vorstand 1914 Julikrise: Auf eigenen Wunsch reist Hermann Müller am 30. Juli im Auftrag des Parteivorstandes nach Paris, um eine gemeinsame Stimmenthaltung der sozialistischen Parteien zu besprechen (als Rest des früher besprochenen Generalstreiks). Am Abend des 31. Juli wird Jean Jaurès ermordet, am 1. August wird die Sitzung mit den französischen Genossen davon überschattet. Es kommt zu keiner Einigung mehr, und Müller kann nur mit Mühe zurück reisen, weil inzwischen der Krieg erklärt ist. Bericht beim Parteivorstand am 3. August

Am 4. August stimmt die SPD-Fraktion geschlossen den Kriegskrediten zu (Burgfrieden). Im März 1915 reist Müller mit Ebert, Haase und Molkenbuhr zu einer Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros nach Den Haag: "Frieden ohne Demütigungen".

Juli 1915 Memorandum des Parteivorstandes an den Kanzler: Ablehnung von Annexionen. 1916 Verschärfung des Konflikts zwischen der die Kriegspolitik mittragenden Mehrheit in der Reichstagsfraktion und im Parteivorstand und der ablehnenden Minderheit (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft unter dem Abg. Haase). Der "Vorwärts" druckt das Manifest der SAG. Daraufhin setzt der Parteivorstand Müller als Vorzensor für den Vorwärts ein, um ein Verbot der Parteizeitung durch die Regierung zu verhindern.

1916 rückt Müller bei einer Nachwahl in den Reichstag ein.

1917 Planung einer sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm. Die englischen und französischen Sozialisten wollen nur teilnehmen, wenn zuerst die Kriegsschuldfrage besprochen wird. Hermann Müller in einem Beitrag: *Nicht die Frage der Schuld am Ausbruch des Krieges steht heute auf der Tagesordnung, sondern die Frage: Wer trägt jetzt an der Verlängerung des Krieges die Schuld?*

November 1918 Hermann Müller als Vertreter des SPD-Parteivorstandes im Großberliner Arbeiterund Soldatenrat: *Der Arbeiter- und Soldatenrat kann unmöglich die Geschäfte für das ganze Reich* besorgen. Wir müssen unbedingt zu einer gesetzgebenden Versammlung kommen.

Im Dezember kämpft Hermann Müller als Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte für parlamentarische Demokratie und Nationalversammlung. Am 19. Januar 1919 wird Müller in die Nationalversammlung gewählt. MSPD 37,9%, USPD 7,6% Müller ist einer der vier Fraktionsvorsitzenden und Verbindungsmann zum Parteivorstand. In der Verfassungsdebatte ist er für einen repräsentativen Präsidenten ohne Volkswahl. Im Februar vertritt Müller die Partei bei der Konferenz der Internationale in Bern, wo er sich Vorwürfe wegen der Kriegsschuld und seiner Mission nach Paris 1914 anhören muss. Müller ist Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Mitglied der im April gebildeten Friedenskommission.

22./23. März Müller ist Hauptreferent bei der Parteikonferenz der SPD über Die politische Situation und die Lage der Partei.

Gemeinsames Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien und Ansetzung der Wahlen auf Mitte Dezember hätten eine sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung herbeigeführt. Die Unabhängigen haben das verhindert. Sie sind schuld daran, wenn wir in der jetzigen Regierung so wenig für den Sozialismus und nicht genug für die Demokratie tun können.

Im Mai schlägt Müller eine Volksabstimmung über den vorgelegten Friedensvertrag vor, um Zeit zu gewinnen. Die SPD-Fraktion beschließt aber die Ablehnung, und Müller muss den Beschluss, den er für falsch hält, vor der Nationalversammlung vertreten.

Parteitag der SPD im Juni 1919 in Weimar. Eduard Bernstein fordert die Anerkennung einer deutschen Hauptschuld am Krieg und wird dafür auch von Müller stark angegriffen. Nach Müller kann der Gewaltfrieden erst im künftigen Völkerbund gemildert werden, wenn die Arbeiterinternationale wirklich dort Einfluss bekommen wird.

Der Parteitag wählt Hermann Müller zusammen mit Otto Wels zu Parteivorsitzenden. Müller ist dabei für die Koordination zwischen Partei und Fraktion zuständig.

Nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann wegen des Versailler Vertrags wird am 21. Juni die Regierung Bauer gebildet und am 22. Juni der Vertrag mit Zustimmung der SPD angenommen. Neuer Außenminister ist Hermann Müller.

28. 6. 1919 Müller unterzeichnet in Versailles den Friedenvertrag.

Sie glauben, Deutschland zu zerstören, aber sie werden Europa zerstören.

Müller als Außenminister: Erfüllungspolitik als traurige Pflicht.

Nach dem Kapp-Putsch tritt die sozialdemokratisch geführte Regierung Gustav Bauer zurück Hermann Müller bildet am 27. März die neue Regierung, ebenso wie die alte als Bündnis mit der DDP und dem Zentrum. Es ist eine Übergangsregierung bis zu den Wahlen, die die Verstrickung der Reichswehr in den Kapp-Putsch nicht aufklären und bestrafen kann, aber an der Ruhr Arbeiteraufstände niederschlagen muss.

Nach der krassen Wahlniederlage vom Juni 1920 (MSPD 21,7%, USPD 17,9%) tritt die Regierung Müller zurück. Müller wird wieder Fraktionsvorsitzender. Die Partei vertritt eine Art "positiver" Opposition, sie beteiligt sich nicht oder nur wenig an der Regierung, aber sie verweigert ihr bei wichtigen Entscheidungen nicht die Unterstützung. Die SPD sucht die Nähe zur USPD und vereinigt sich schließlich 1922 wieder, aber die Wähler wandern zur KPD.

Bis 1928 bleibt Hermann Müller Partei- und Fraktionsvorsitzender. Nach dem Wahlsieg vom Mai 1928 (SPD 30%) übernimmt Hermann Müller noch einmal das Reichskanzleramt mit einer großen Koalition SPD, DDP, Zentrum und DVP mit Stresemann als Außenminister.

Der Young-Plan wurde von einem Gremium internationaler Finanzexperten vom Februar bis Juni 1929 in Paris ausgehandelt, die endgültige Ausformulierung erfolgte im August 1929. Der Plan legte zwar eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands bis 1988 fest, aber er setzte die jährlichen Zahlungen weiter herab. Das "Volksbegehren gegen den Young-Plan" brachte von Juli bis Dezember 1929 zwar eine Steigerung der Propaganda der nationalen Rechten, scheiterte aber am 22. Dezember an der zu geringen Beteiligung.

Der Tod Stresemanns am 3. Oktober und dann die Weltwirtschaftskrise (Schwarzer Freitag am 25. Oktober) machten das Regieren immer schwerer.

Auf Anforderung der DVP beschloss die Regierung gegen Müllers bessere Einsicht den Bau des Panzerkreuzers A. Die SPD lehnte die Vorlage am 31. Oktober ab und forderte Fraktionszwang. So musste Müller gegen die Vorlage seiner Regierung stimmen, die aber mit Hilfe der DNVP angenommen wurde. Die Umgebung Hindenburgs arbeitete immer offener auf den Sturz der Großen Koalition hin

Die Regierung zerbrach über der Sanierung der Arbeitslosenversicherung am 27. März 1930. Sie war die längste und parlamentarischste Regierung der Weimarer Republik, weil der Reichspräsident dem Reichskanzler Müller den Art. 48 (Notverordnung) verweigerte.

Als der Reichstag der neuen vom Präsidenten eingesetzten Regierung Brüning kein Vertrauen aussprach, wurde er aufgelöst. Im neu gewählten Reichstag gewannen die rechten Parteien Stimmen. Die Parteien der Großen Koalition hatten noch eine knappe Mehrheit, aber keinen Willen zur Zusammenarbeit mehr. Müller versuchte, Brüning mit dessen Regierung der Persönlichkeiten den Rücken freizuhalten.

Hermann Müller starb am 20. März 1931 in Berlin. Der Reichspräsident nahm am Begräbnis nicht teil.

Hermann Müller: Die Errungenschaften der Revolution

(Schlussbetrachtung aus seinem Buch: Die Novemberrevolution, 1928)

Der Uebergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat vollzog sich verhältnismäßig leicht, weil die Volksbeauftragten in der verfassungslosen Zeit sich auf allen wichtigen Gebieten als Gesetzgeber bewährt hatten. Der Nationalversammlung wurden die von den Volksbeauftragten erlassenen nicht weniger als 124 Verordnungen zur Ueberprüfung innerhalb dreier Monate vorgelegt. Sie bestanden in den drei Ausschüssen, denen die Verordnungen überwiesen waren, diese Prüfung. Im zehnten Jahre der Republik weiß die in der Nachkriegszeit aufgewachsene Jugend vielfach gar nicht, was sich gegen früher durch die Revolution grundlegend geändert hat. Ich denke dabei nicht nur an die Verfassungsverhältnisse, sondern an die Verbesserungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Revolution hat, um nur einiges anzuführen, die Gesindeordnung und die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen für die Landarbeiter beseitigt und diesen das Koalitionsrecht gegeben. Die Revolution hat den Kreis der Sozialversicherten bedeutend erweitert. Die Revolution hat die Beamten erst zu freien Staatsbürgern gemacht. Es war geradezu eine symbolische Handlung, als der sozialdemokratische preußische Unterrichtsminister damals den gemaßregelten Privatdozenten Leo Arons rehabilitierte, der unter dem Kaiserreich seine Lehrtätigkeit als Physiker von Ruf an der Berliner Universität aufgeben musste: weil er sich außerhalb seines Amtes politisch zur sozialdemokratischen Partei bekannt hatte. Nach der Revolution wurde die Erwerbslosenversicherung erst durch Verordnung, dann durch Gesetz eingeführt. Nur die Gewerkschaften zahlten vorher Arbeitslosenunterstützung. Wer von den Arbeitslosen ausgesteuert war, fiel der Armenfürsorge der Gemeinde zur Last, und Empfang von Armenunterstützung war vor dem Kriege mit Verlust des Wahlrechts verbunden. Die Revolution brachte die Befreiung der geringen Einkommen von der Einkommensteuer, während im Obrigkeitsstaat die geringsten Einkommen Gemeindesteuern zahlen mussten. Die Revolution hat erst die Grundlage für ein deutsches Tarifrecht geschaffen. Ohne das Schlichtungswesen wäre in den Zeiten großer Arbeitslosigkeit, wie wir sie in der Nachkriegszeit erlebten, der Reallohn von Millionen Arbeitern stark gesenkt worden, wie das vor dem Kriege stets in Krisenzeiten der Fall war. Erst nach der Revolution mussten sich die Unternehmer gesetzliche Beschränkungen bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten gefallen lassen. Die Revolutionszeit brachte durch die beiden Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit den Achtstundentag. Im Herbst 1923 wurden diese beiden Verordnungen, als sie im Ablaufen waren, von einer rein bürgerlichen Regierung nicht erneuert, und seither ist das Prinzip des Achtstundentags in Deutschland durchlöchert. Im Obrigkeitsstaat gab es keinen Schutz für die erwachsenen männlichen Arbeiter in bezug auf die Begrenzung der Arbeitszeit, nur für weibliche und jugendliche Arbeiter kannte die Gewerbeordnung einschränkende Bestimmungen. Die Revolution gab den Betriebsräten ihre Stellung im Gesetz. Das war ein erster kleiner Versuch zu dem großen Ziel: neben die politische Demokratie die Wirtschaftsdemokratie zu setzen. Die Revolution hat das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse eingeleitet. Im Werk von Weimar liegt der Keim für die werdende sozialistische Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Zukunft, das in Weimar begonnene Werk zur Reife zu bringen. Das wird gelingen, wenn wir aus der Revolutionszeit die große Lehre ziehen, dass ein so hohes Ziel nur durch die geeinte Arbeiterklasse zu

Hermann Müller 1925 vor der Wahl Hindenburgs

erreichen ist.

Die Wahl Hindenburgs müsste, weil der greise Marschall der Politik gänzlich fernsteht, zu einer unverantwortlichen Nebenregierung führen, für die in der Weimarer Verfassung kein Platz ist und die geradezu neue Krisenherde schaffen würde. ... Armes deutsches Volk, das keinen anderen Führer fände, als einen 78jährigen Greis, dem die Politik ein Buch mit sieben Siegeln ist. (Artikel in der Görlitzer Volkszeitung 23. 4. 1925)

Hermann Müller im Reichstagswahlkampf 1928

Die republikanische Verfassung ist nur ein Stück Papier, wenn hinter ihr nicht die Heere der Republikaner stehen, jederzeit bereit, sie mit allen Mitteln gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Hermann Müller über die Notwendigkeit der Großen Koalition

Brief an Otto Wels 12. Februar 1929

Kommen wir im Reich nicht zu gesicherten Regierungsverhältnissen, so ist das der Bankrott des auf der Weimarer Verfassung gegründeten Parlamentarismus im Reich.

Reichskanzler Hermann Müller (SPD) vor der 9. Völkerbundsversammlung am 7. 9. 1928

Ich mache kein Hehl daraus, dass mich der Stand der Abrüstungsfrage mit ernster Sorge erfüllt. [...] Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger bestehen als der einseitige Akt der den Siegern des Weltkrieges in die Hand gegebenen Gewalt. Es muss endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, dass der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung folgen soll. Es darf einfach nicht dazu kommen, dass der große Aufstieg, der mit der Errichtung des Völkerbundes begonnen hat, sich in einen Abstieg verwandelt, der uns sicher auf ein tieferes Niveau des internationalen Lebens führen würde, als es vorher bestand. [...] Der Mann aus dem Volke denkt einfach und denkt deshalb richtig. Er liest, dass die Regierungen sich feierlich auf die Erhaltung des Friedens verpflichten, und er sieht andererseits, dass diese Regierungen gleichwohl an ihren alten Machtpositionen festhalten und neue zu gewinnen suchen. Er liest, dass bei internationalen Verhandlungen in beredten Worten das gegenseitige Vertrauen der Staaten zueinander proklamiert und die gegenseitige Verständigung der Völker als Ereignis gefeiert wird, und er sieht andererseits, dass in der Praxis die Dinge beim alten bleiben, dass es nicht einmal gelungen ist, die aus dem Weltkrieg herrührenden Schranken völlig zu beseitigen. So ist es nicht verwunderlich, wenn er schließlich dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik zu konstatieren. In der Tat, es ist unmöglich, in der Politik auf beiden Wegen zugleich zu wandeln. Die Regierungen müssen es über sich gewinnen, sich für einen der Wege zu entscheiden, und es kann nicht zweifelhaft sein, auf welchen die Wahl fallen muss, wenn die Menschheit und ihre Kultur glücklich fortschreiten sollen. Das ist keine leere Ideologie, es ist Realpolitik im besten Sinne des Wortes.

Willy Brandt über das Ende der Großen Koalition (SPD-Pressedienst 25. März 1980) Was 1930 not tat, war ein radikaler, vor allem wirtschaftlicher Kurswechsel, ein überzeugendes Programm für Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. Man mag bezweifeln, ob hierfür eine Mehrheit zu gewinnen war. Ernsthaft versucht worden ist es nicht. Es war den Deutschen jedenfalls nicht vorherbestimmt, dass sie mehrheitlich einmal Hitler wählen würden. Die Situation wurde für große Teile der Bevölkerung, vor allem für junge Menschen, seit 1930 immer verzweifelter. Man suchte nach einem Ventil, um dem Hass auf dieses "System" Luft zu machen und fand es - bei den Extremen. Es bleibt die unbeantwortbare Frage der Geschichte, ob es so sein musste.

Literatur:

Müller, Hermann: Die November-Revolution : Erinnerungen / Hermann Müller-Franken. Berlin : Der Bücherkreis, 1928.

Potthof, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1974

Brandt, Willy, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 1980): Eine unbeantwortete Frage der Geschichte: Vor 50 Jahren zerbrach die letzte demokratische Regierung der Weimarer Republik unter SPD-Kanzler Hermann Müller

Hoffend, Andrea: "Mut zur Verantwortung" - Hermann Müller : Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim. Stadtarchiv Mannheim 2001

Braun, Bernd: Die Reichskanzler der Weimarer Republik - Zwölf Lebensläufe in Bildern eine Ausstellung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, Begleitheft, Heidelberg 2003.

Hoffend, Andrea: Hermann Müller: (1876 - 1931), in: Politische Köpfe aus Südwestdeutsch-Land, Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005.

"Solange man schnaufen kann, muss man kämpfen!"

- zu Krankheit und Tod von Reichskanzler Hermann Müller

Bernd Braun in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 157. Band, 2009, S. 403 - 428 In seinen 1956 erschienenen Lebenserinnerungen nennt Walter Zechlin. Pressechef der Reichsregierung von November 1926 bis Mai 1932, vier Politiker, die der Weimarer Republik "ihr Gepräge gegeben" hätten: "Ebert, Stresemann, Hermann Müller und Brüning" (Walter Zechlin, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf. Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten, Hannover 1956, S. 68). Diese Auswahl des Sozialdemokraten Zechlin provoziert direkt die Frage: warum gerade vier Männer und warum gerade diese vier Männer? Über die Anzahl kann man schnell hinweggehen, denn je kleiner der gezogene Kreis, desto ambitionierter der Charakter einer solchen These. Bleibt die Frage nach der personalen Zusammensetzung der vier prägenden Persönlichkeiten zu erörtern. Unzweifelhaft ist, dass der erste Reichspräsident als maßgeblicher Mitbegründer der Weimarer Republik und der langjährige Außenminister und Friedensnobelpreisträger zu diesem exklusiven Gremium gehören: auch der umstrittene Zentrumskanzler, der von März 1930 bis Mai 1932 amtierte. würde wahrscheinlich von den meisten Kennern des Weimarer Staates zu dieser Gruppe gerechnet werden. Für den vierten, den letzten freien Platz würden aber sicherlich mehrere Namen gehandelt werden: etwa der zweite Reichspräsident Paul von Hindenburg, der langjährige Ministerpräsident von Preußen Otto Braun, der am längsten amtierende Reichskanzler Wilhelm Marx oder Adolf Hitler. Verwendet man den Begriff "prägen" allerdings in seiner ursprünglichen, rein positiven Konnotation, dann scheiden Hindenburg und selbstverständlich Hitler aus. Und wenn man Hermann Müllers Leistungen für die Republik Revue passieren lässt - angefangen vom einflussreichen Mitglied des Vollzugsrates während der Revolutionszeit 1918/19, der die Weichen in Richtung parlamentarischer Demokratie stellen half, vom Außenminister im Kabinett Gustav Bauer 1919/20, der bereit war, am 28. Juni 1919 seinen Namen unter den Friedensvertrag von Versailles zu setzen und es damit in Kauf nahm, von der politischen Rechten als einer der meistgehassten "Novemberverbrecher" verleumdet zu werden (Anlässlich des Todes von Müller am 20. März 1931 notierte Joseph Goebbels verächtlich-lakonisch in sein Tagebuch: "Hermann Müller gestern abend gestorben. Ein Landesverräter weniger." Joseph Goebbels, Tagebücher 1924-1945, hg. von Ralf Georg Reuth, Bd. 2 1930-1934, München/Zürich 1992, S. 570), vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, der durch seine ihm von manchen Kritikern zum Vorwurf gemachte "konziliante" Art die im September 1922 vollzogene Vereinigung von USPD und SPD meisterte, der die oppositionsverliebte Sozialdemokratie 1928 wieder in die Regierung führte und nach den Septemberwahlen 1930 aus staatspolitischer Notwendigkeit die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD im Reichstag durchsetzte -, wenn man all diese Punkte abwägt, dann führt trotz aller Verdienste von Otto Braun oder Wilhelm Marx eigentlich kein Weg an Hermann Müller vorbei.

Bemerkenswerterweise haben die vier Persönlichkeiten, die nach Walter Zechlin der Weimarer Republik ihren Stempel aufgedrückt haben, eine verbindende Eigenschaft, die sich nicht auf den ersten Blick erschließt: Sie wurden alle unfreiwillig aus der politischen Verantwortung abberufen: Friedrich Ebert und Gustav Stresemann starben in ihren Ämtern, was ihrem Tod zugleich eine dem Nachruhm förderliche, tragisch-spekulative Komponente verleiht — gerade auch im Hinblick auf ihre potentiellen Einflussmöglichkeiten gegen die heraufziehende NS-Diktatur. Heinrich Brüning. lebte nach seinem durch den Vertrauensentzug Hindenburgs verursachten Sturz zwar noch 38 Jahre und ist damit bis heute derjenige Kanzler in der deutschen Geschichte, der seine Kanzlerschaft am längsten überlebte, aber er war nach seinem Rücktritt politisch tot und spielte, gemessen an seinen Fähigkeiten, nur noch die Rolle eines Außenseiters mit tragischen Zügen. Auch Hermann Müller, Angehöriger des Jahrgangs 1870 wie Konrad Adenauer, der allerdings 36 Jahre älter werden durfte, wurde 1931 im Alter von nur 54 Jahren aus dem Leben und aus seiner politischen Tätigkeit gerissen, aber während der vorzeitige Tod bei Ebert und Stresemann, natürlich auch bei Walther Rathenau, in der Nationalgeschichte der Deutschen eine allseits bekannte Tatsache darstellt und in den jeweiligen Biographien eine zentrale Rolle einnimmt, ist dieser Sachverhalt bei Hermann Müller so gut wie unbekannt.

Bolfsstimme

Abannement: Blonotlich 230 AB: einschließ Tidgerlohn Am Echoiser der Gelchäftsließe abgebolt monatud 2— AM, Abbinnemenis netwen an die Selchäftsließe, die Tägerenarn, fämilige Posanialian und Briefindart Ausgabe wöchnisch India. Geleckinsten: Aleitiags von II—12 Udr. Sefadisni: Edispon 25 il. VCII. Sefadishikunen von dah d dir vorm dis d udr. 25 t24. Sefadishikunen von dah d dir vorm dis d udr abends. Artispetigi: Vonnoben 1, Capitagia Nr. IV. Ungeigen: Die einsholige Richimeterzeite oder beren Raum 16 Mpfg., fleine Minichem 8 Myfg., auskobitner 28 MBfg. Eedemmittelikaseigen inden tens Kannachme. – Keilment, pillameterstell Loo MPf – Hanl Konil: Tentido Lidenburgeistlichen, flitzle Mannachm Banl der Arbeiter Angelichten und Erdenburgeistlichen. Wegenheim Ball der Arbeiter Angelichten und

42. Jahrgang

Mannheim, Camstag, ben 21. Marg 1931

Minmer 78

Hermann Müller

WTB. Beriln, 20. März. Reichskanzier a.D. Hermann Müller ist heute abend 10.45 Uhr seinem Leiden erlegen.

Bis vor wenigen Jahren noch ein kräftiger, allem Siechtum scheinbar unzugänglicher Körper, dann plötzlich von einer heimfückischen Krankheit gepackt und dicht an den Rand des Grabes gestoßen, dann dank einer letzten Kraftreserve knapp dem letzten Zugriff des Todes

entrissen, mühselig erholt, niemals aber seitdem auch nur halbwegs gesundet, nun wieder auf dem Operationstisch und in physischer Ohnmacht seit Tagen um das Sterben — nur noch um das Sterben holfnungslos ringend —, so ist gestern Hermann Müller aus unsrer Mitte geschieden: media ex vita — von der Höhe des Lebens herob, medio ex labore — mitten aus der Arbeit heraus.

Denn dies war Hermann Müllers Wesen, seines ganzen Lebens, ja selbst seines Sterbens Inhalt: Arbeit, Arbeit und noch mals Arbeit. Arbeit im Dienste der Sache, der er sich in früher Jugend, kaum zum geistigen Selbstbewußtsein erwachsen, angeschlossen hatte und der er, mit den Jahren in ihr immer breiter Wurzel schlagend, schließlich so verschmolz, daß Leben und Dienst an dieser Sache letztendlich nur noch Eine s waren und für irgendein privates Dasein daneben kein Raum mehr blieb. Arbeit im Kampfe für den Sozialis mus, Arbeit für Demokratie und Frieden, Arbeit im Dienste des deutschen und des internationalen Proletariat: Arbeit durch drei Jahrzehnte hindurcht

Hermann Müller war alles andere als ein Blender: weder in dem guten und großen historischen Sinne der meteorhaften Persönlichkeit noch gar in dem kleinen Sinne eines Bluffers, der dank irgendeiner demagogischen Gabe schon durch die Art seines Auftretens und die Suggestion, die von ihm ausstrahlt, seine Umgebung und erst recht breite Zuhörerschaften "hinlegt" und Sachlichkeit durch Raketenartistik ersetzt. Nichts widersprach seiner Natur mehr als das Feverwerkhafte, rasch Aufzischende, phantasmagoriehaft Leuchtende, im Sturme Nehmende; ihm, dem Gediegenheit zum zweiten Selbst geworden war.

Er stieg nicht auf jählings wie ein Komet, mit einem Schlage aller Augen auf sich zwingend, in einer kurzen Spanne Zeit eine riesige Summe von Leistung und persönlicher Wirkung mit verdichtender intensität zusammenroffend, und dann ebenso jählings — und meist durch einen Kurzschluß des Schlcksals — wieder aus dem unmittelbaren Wirkungskreis hinaus verlöschend, dennoch ober einen dauernden Glanz über der Welt lassend und durch diesen Glanz in der Nachwelt weiterwirkend: wie im Bereich unserer Weltanschauung etwa Männer vom Typ Lassalies und Ludwigs Franks.

Ihm strömten auch nicht — wie etwa dem Typ August Bebeis — die Massen wie von selbst zu: gepackt und bezwungen von der warmen, väterlichen und durch beides von Anbeginn an auch autoritären Persönlichkeit; als einem geschichtlichen Mittelpunkt und einem Sammelzentrum: als einem Repräsentanten der Gesamtbewegung, von den Gegnern umkämpft und verlästert, von den Anhängern desto wärmer umliebt und betreut, das Schicksal einer schmal ansetzenden, dann immer breiter werdenden Bewegung mit dem persönlichen Schicksal bis ins Letzte vereinigend.

Hermann Müllers — des dem Typ Friedrich Eberts Nahestehenden — Weg im öttentlichen Leben wie in der Partei war der der Treppe: keine selbstverständliche Prädestination von vornherein und kein jähes, alle Widerstände und Hindernisse einfach überstürmendes Aufschleßen; Stufe um Stufe vielmehr ging sein Weg aufwärts in der Partei und durch die Partei in der Politik. Und in so jungen Jahren er auch in die Führung gelangte, so dennoch, well er sich auch das erarbeitete, Schritt vor Schritt: und wenn er ein so großes

Stück seines doch so kurzen Lebens in vorderster Stellung und, von dem Vertrauen von Millionen getragen, bleiben konnte, so auch die s dank seiner unermüdlichen, fast pausenlosen Arbeit.

Auch in diesem Punkte — freilich nicht bloß in ihm — war Hermann Müller, dieser internationalist im Denken und Weltanschauung, in seinem letzten Wesenskern ein typischer Deutscher.

Nicht, ah nicht im entfernlesten, etwa eln Deutschomane, mit bornlertem, eingeengtem Blick; dazu hatte er zuviel Weit gesehen, war auch seiner ganzen Art nach selbst zu sehr ein Stück von Grenzen nicht eingekerbter Welt. Aber er war die Solidität in Person; von außen gesehen, vielleicht ein wenig von schwerfüssiger Solidität: absolute Verlößlichkeit, Geradheit und Lauterkeit, mit einer ungebrochenen inneren Konse quenz sondergleichen.

Hermann Müller war seiner ganzen Artung nach ein Mann der Mitte: in der Partei sowohl wie im politischen Leben; ein Mann des Ausgleichs und des Zusammenhaltens: in der Partei und in der Politik. Und es war kein bloßer historischer Zufall, daß immer dort und immer dann, wo und wann — wieder ebensowohl in der Partei wie in der Politik — es darauf ankam, auszugleichen und zusammenzuhalten, Hermann Müller es war, der fast automatisch in Funktion trat. Dies war, seine aroße Begabung und zugleich seine

war seine große Begabung und zugleich seine große Leistung als Fraktionsführer; denn es ist nicht immer leicht, eine große Fraktion trotz aller widerstrebenden Tendenzen zur Einheit des Handelns zusammenzuhalten. Dies auch war seine große Leistung als Kabinetts- und Koalitionsführer; denn schwerer noch als Jenes ist es sicherlich, solch ein Gebilde von heterogenen Kräften vor der Auseinanderlösung zu bewahren.

Aber wie alles im menschlichen Leben neben den Licht- auch seine Schattenselten hat, Erfolg und Mißerfolg immer in der Gemenglage sich betinden, eines durch das andere bedingt und schwer ohne das andere auch nur denkbar, so hat auch seine Gabe des Ausgleichs ihre Reversseite darin, daß off, wo es nach der Situation nicht nur mäglich, sondern zuweilen auch nötig gewesen wäre, Kontroversen nicht ausgekämpft wurden, Gegensätze nicht ausgetragen, Fragen nicht einschlieden, sondern lediglich zeitweilig überbrückt, so daß sie auch später ein den Zukunftskampf behinderndes, manchmal direkt lährmendes Nachtdasein weiterführten.

Gleichwohl: zieht man die Summe seines gesamten Wirkens, so bleibt ein großes Positives, ein dauernd bleibender und fortwirkender Ertrag — heute vielleicht noch, wie an jedes Menschen Abschluß, vom Dunst des Tagesringens verschleiert, dennoch aber schon jetzt allen sichtbor, allen fürlbar, später aber — wo alles Positive stärker hervorzutteten pflegt —, sich noch weiter lichtend und dann gewißlich für jeden erkennbar als ein mächtiges Stück unzerstörbaren Fundaments im Gesamtbau der deutschen Gegenwart und Zukunft, und zugleich im Gesamtbau der Arbeiterbewegung und des Sozialismus.

In Hermann Müller ist von uns gegangen: ein aus der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte nicht wegdenkbarer Politiker von starker nationaler und internationaler Leistung; ein Führer der Arbeiterbewegung, der, mit ihr im Innersten verwachsen, sein ganzes Dasein in ihrem Dienst verströmte und sie mit zu einem, trotz verworrener Zeitlagen für die Zukunft mächtigen und die Geschicke der Welt mitbestimmenden Faktor machte; und — last not least — ein Mensch von Lauterstem Charakter und tiefster, aufopferndster Hingabe an die Sache der ... Menschheit.

Heinrich Harpuden



Nr. 28. — 81. Jahrg. Berlin, 8. Juli 1928.

Preis 60 Pfg.

Serlin, 8. Juli 1928. Stadderadatfuj



Bei ben schlechten Zeiten hatte Muller Franken vorübergehend feine frühere Tätigkeit als Reifenber fur Sitzgelegenheiten wieder aufgenommen.

Übliche Anspielung auf Müllers Berufstätigkeit beim Sanitärhersteller Villeroy&Boch ("Klodeckelhändler")

Eugen Bolz (1881 - 1945) Zentrumspolitiker, württembergischer Staatspräsident, Widerstandskämpfer

Themen:

Eine katholische Jugend in Württemberg Das württembergische Zentrum Reichstagswahl Ellwangen 1912 Landtagswahl Rottenburg 1913 Weltkrieg

Revolution und Kriegsende Abgeordneter im Land und im Reich Das Zentrum, Bolz und die Republik Justizminister in der Regierung Blos

Justizminister, Innenminister und stellvertretender Staatspräsident in Bürgerblockregierungen Staatspräsident im Bürgerblock 1928 – 1932

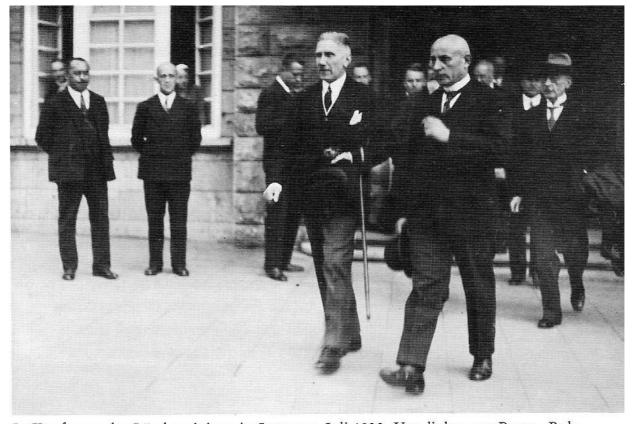
Staatspräsident ohne Mehrheit 1932 – 1933 Die Übergabe der Regierung an Murr am 15. 3. Das Zentrum und die Staatskrise (autoritärer Staat) Politischer Katholizismus und Konkordat Zentrum und Ermächtigungsgesetz Schutzhaft und Verfolgung Bolz als Steuerberater für Beuron und Caritas Privatwirtschaft

"Katholische Aktion und Politik" 1934: Bei offensichtlichem Machtmissbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes.

Anfang 1942 erstes Treffen mit Goerdeler in Stuttgart. Bolz war im Kabinett von Goerdeler zuerst als Innenminister und dann als Kulturminister vorgesehen.

20. Juli 1944

- 12. August 1944 Verhaftung
- 22. Dezember 1944 Todesurteil
- 23. Januar 1945 Hinrichtung



5 Konferenz der Länderminister in Stuttgart. Juli 1932. Von links: von Papen, Bolz

Zeittafel

15.12.1881	Geburt in Rottenburg am Neckar als zwölftes von dreizehn
	Kindern des Kolonialwarenhändlers Josef Bolz (1832–1899) und
	seiner Ehefrau Theresia, geb. Huber (1841–1918)
1888–1896	Besuch der Volks- und später der Lateinschule Rottenburg
1896–1899	Besuch des Karlsgymnasiums Stuttgart
1899–1904	Jurastudium in Tübingen, Bonn und Berlin
1905	I. Höhere Justizdienstprüfung
1906–1907	Einjährig-Freiwilliger Militärdienst beim 2. Württ. Feldartille-
	rieregiment 49 »Prinzregent Luitpold von Bayern«
1909	II. Höhere Justizdienstprüfung
1911	Eintritt in den Windthorstbund (Jugendorganisation der Zen-
	trumspartei) Stuttgart
Jan. 1912	Wahl zum Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Württem-
	berg XIII: Aalen-Ellwangen-Neresheim-Gaildorf (bis 1918)
Nov. 1912	Wahl zum Abgeordneten des Wahlbezirks Rottenburg in der
\n^*	Zweiten Kammer des Württ. Landtags
15.1.1915	Leutnant
Nov. 1916 –	
Jan. 1917	Beim Reichsentschädigungsamt Brüssel, Titel Amtsrichter
21.12.1918	Ernennung zum Amtsrichter
12.1.1919	Wahl in die Württ. Verfassunggebende Landesversammlung
	(Platz 27 der Landesliste des Zentrums)
19.1.1919	Wahl in die Deutsche Nationalversammlung in Berlin bzw.
	Weimar (Platz 4 der Landesliste des Zentrums)
29.10.1919	Württ. Justizminister im Kabinett Wilhelm Blos (SPD)
6.6.1920	Wahl in den Württ. Landtag als Abgeordneter des Wahlkreises
	18: Rottenburg-Balingen-Horb, und in den Reichstag (Platz 2
	der Landesliste des Zentrums)
30.6.1920	Württ. Justizminister und Stellvertreter des Staatspräsidenten
	im Kabinett Johannes von Hieber (DDP)

736 Zeittafel

11.10.1920	In Beuron heiratet Bolz die aus Ulm stammende Studienrätin
	Maria Hoeneß (1882–1948)
1.3.1922	Geburt der Tochter Mechtild
2.6.1923	Württ. Innenminister und Stellvertreter des Staatspräsidenten
	im Kabinett Johannes von Hieber (DDP)
8.4.1924	Württ. Innenminister, Finanzminister und Stellvertreter des
	Staatspräsidenten im Kabinett Edmund Rau (parteilos)
1924–1933	Reichstagsabgeordneter (Platz 1 der Landesliste des Zentrums)
	und Landtagsabgeordneter (Platz 1 der Landesliste des Zen-
	trums)
3.6.1924	Württ. Innenminister und Stellvertreter des Staatspräsidenten
	im Kabinett Wilhelm Bazille (Württ. Bürgerpartei/DNVP)
30.4.1928	Ehrendoktor der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Eberhard-
	Karls-Universität Tübingen
8.6.1928	Wahl zum Staatspräsidenten von Württemberg; die von Bolz
	gebildete Regierungskoalition aus Zentrum, Württ. Bürger-
	partei/DNVP und Bauern- und Weingärtnerbund verfügt über
	keine parlamentarische Mehrheit und ist vom Wohlwollen des
	Christlichen Volksdienstes abhängig
19.1.1930	Mit der Hereinnahme von Reinhold Maier (DDP) als Wirt-
	schaftsminister und Johannes Rath (DVP) als Staatsrat in seine
	Regierung schafft Bolz eine breitere parlamentarische Basis
	(absolute Mehrheit) für seine Regierungsarbeit
1931	Ehrenbürger der Stadt Rottenburg am Neckar
24.5.1932	Bei der Wahl des Staatspräsidenten erhält der NSDAP-Abge-
	ordnete Jonathan Schmid 22 Stimmen, Bolz 20 Stimmen. Die
	1928 gewählte Regierung Bolz bleibt auf Grund einer kurz
	zuvor durchgeführten Geschäftsordnungsänderung geschäfts-
	führend im Amt
15.2.1933	Bolz verweigert Adolf Hitler die Nutzung des Stuttgarter
	Schlosshofes für eine Wahlkundgebung
15.3.1933	Wahl des Vorsitzenden der NSDAP-Landtagsfraktion im Württ.
	Landtag, Wilhelm Murr, zum Nachfolger von Bolz als Staats-
	präsident

Zeittafel 137

5.5.1933	Die Teilnahme von Bolz am Parteitag der österreichischen
	Christlich-Sozialen Partei in Salzburg führt später zu den von
	der NS-Staatsführung gegen Bolz ergriffenen »Maßnahmen«
3.6.1933	Niederlegung des Landtagsmandats
19.6.–15.7.1933	Nach Vorladung auf das Polizeipräsidium Stuttgart »Schutz-
	haft« auf dem Hohenasperg; anschließend zieht sich Bolz für
	sechs Wochen in das Benediktinerkloster Beuron zurück
1933-1944	Steuerberater des Benediktinerklosters Beuron im Donautal
_	und juristischer Berater des Caritasverbandes in Stuttgart
Seit 1935	Teilhaber der Deckensteinfabrik C. H. Bauer & Co., Stuttgart
25.7.1944	Beschädigung der Villa Bolz durch Luftangriff
12.8.1944	Verhaftung durch die Gestapo; im Gefängnis des Amtsgerichts
	Stuttgart
8.12.1944	Entlassung aus dem Verhältnis eines Ruhestandsbeamten,
	Verlust aller Ansprüche aus der Tätigkeit als Minister und
	Regierungschef
22.12.1944	Verurteilung zum Tod wegen »Aufforderung zum Hochverrat
	und Feindbegünstigung« durch den 1. Senat des Volksgerichts-
	hofes
2.1.1945	Letzter Besuch von Frau und Tochter
23.1.1945	Hinrichtung durch das Fallbeil in Berlin-Plötzensee
Mai 1945	Bolzstraße in Stuttgart
21.9.1948	Tod von Maria Bolz
1995	Gründung der Eugen-Bolz-Stiftung

Die Zeittafel ist aus Frank Raberg: Eugen Bolz. Zwischen Pflicht und Widerstand. DRW 2009

Literatur:

Frank Raberg: Eugen Bolz. Zwischen Pflicht und Widerstand.

Prägende Köpfe aus dem Südwesten, Band 3. DRW Leinfelden-Echterdingen 2009 Reinhold Weber und Ines Mayer: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. LpB BW 2005. Darin Frank Raberg: Eugen Bolz (1881 – 1945), S. 157 – 166.

Joachim Sailer: Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik. Bibliotheca academica Tübingen 1994.

Joachim Köhler: Christentum und Politik. Dokumente des Widerstands. Zum 40. Jahrestag der Hinrichtung von Eugen Bolz. Thorbecke Sigmaringen 1987.

Michael Bosch und Wolfgang Niess: Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933 – 1945. LpB BW 1984. Darin: Joachim Köhler, Eugen Bolz S. 227 – 236 und Horst Rehberger, Reinhold Frank, S. 299 - 310:

Thomas Schnabel: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928 – 1933. LpB BW 1982.

Politische und Ministerkarriere von Eugen Bolz 1912 - 1933

Innenministerium und behielt es bis 1933.

1912 Wahl als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag. Ununterbrochen MdR bis 1933 1913 Wahl als Zentrumsabgeordneter in den württemb. Landtag. Ununterbrochen bis 33. In der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung für den Volksstaat Württemberg: 12. Januar 1919: SPD 34,4%, DDP 25%, Zentrum 20,8%, DNVP/Bauern 16,3% Die Regierung des Sozialdemokraten Wilhelm Blos, die seit November 1918 amtierte, wurde erweitert und bestätigt als Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum. Am 29. 10. 1919 wurde Eugen Bolz von Blos als Justizminister berufen. Wahl zum württembergischen Landtag (parallel zur Reichstagswahl) am 6. Juni 1920: USPD 13,2, SPD 16,6%, DDP 14,7%, Zentrum 22,5%, DVP 3%, Bauern/Bürgerpartei 27,9% Daraufhin beschloss die SPD, aus der Regierung auszuscheiden. Demokraten und Zentrum bildeten eine Minderheitsregierung unter Johannes von Hieber DDP. Bolz blieb Justizminister, sein

Das Innenministerium war das mächtigste und wichtigste Ministerium: Verfassungsministerium, Verfügung über die Polizei, über Versammlungen und Versammlungsverbote, über Uniform- und Organisationsverbote, über den Staatsschutz. Gleichzeitig war Bolz Vertreter des Staatspräsidenten und damit auch oft im Reichsrat.

Zentrumskollege Graf Innenminister. Nach dessen Tod übernahm Bolz am 2. 6. 1923 das

Die Regierung führte einen eisernen Sparkurs durch, mit Bolz in vorderster Front: Abbau von 11% Beamtenstellen, Beförderungs- und Anstellungssperre, Kürzung von Zuschüssen an die Kirchen. Wegen einer vom Landtag nicht getragenen Verwaltungsreform durch Zusammenlegen von Oberämtern trat Staatspräsident von Hieber am 8. April 1924 zurück, und der parteilose Staatsrat Rau wurde Staatspräsident bis zu Neuwahl des Landtags. Bolz behielt alle seine Funktionen. Die Landtagswahl vom 4. Mai 1924 erbrachte folgende Ergebnisse:

KPD 11,7%, SPD 16%, DDP 10,6%, Zentrum 20,9%, DVP 4,6%, Bauern/Bürgerpartei 30,6% Das Zentrum unter Bolz bildete mit der Fraktionsgemeinschaft der rechten Bauern/Bürgerpartei unter Wilhelm Bazille eine Koalition, in der Bazille Staatspräsident und Kultminister war und Bolz seine Funktionen behielt. Finanzminister wurde der der Rechten nahestehende Finanzbeamte Alfred Dehlinger, der bis 1942 im Amt blieb. Die neue Regierung setzte den Sparkurs fort, verzichtete aber auf die Verwaltungsreform. Erst 1938 wurden die Oberämter zu Landkreisen zusammengelegt. Über die Schaffung der späteren Landeskreditbank und die Bausparkassen wurde der Wohnungsbau gefördert. Ein Arbeitsprogramm am Neckarkanal und im Straßenbau sollte die Arbeitslosigkeit reduzieren.

Die Rechtskoalition des Zentrums war in der Partei auf Reichsebene nicht unumstritten, wurde aber dann in den Regierungsbildungen 1924 – 1928 zum Teil nachgeahmt.

Am 20. Mai 1928 wurde ein neuer Landtag gewählt. Dabei wurde die SPD stärkste Partei: KPD 7,4%, SPD 23,8%, DDP 10,1%, Zentrum 19,6%, DVP 5%, Bauern/Bürgerpartei 23,8%. Nach der Wahl verhandelte Bolz nicht mit der SPD, die das Amt des Staatspräsidenten gefordert hätte, sondern mit Wilhelm Bazille, der bereit war, das Staatspräsidium dem Zentrum und damit Bolz zu überlassen und sich selbst mit dem Kultministerium zu begnügen. Bolz wurde am 8. Juni 1928 mit 38 von 80 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. 1930 konnte er die DDP zum Eintritt in die Regierung bewegen. Reinhold Maier wurde Wirtschaftsminister, und die Regierung hatte eine Mehrheit im Landtag.

Bolz war für eine Reichsreform, die den Föderalismus stärkte und den Ländern mehr Eigenrechte vor allem im Finanzbereich gab. Er war auch für eine Zusammenlegung von Baden und Württemberg aus Kostengründen, erwartete aber einen Antrag aus Baden. Als Innenminister setzte er das auf Reichsebene seit April 1932 geltende SA-Verbot in Württemberg durch. Vor der Wahl ließ Bolz die Geschäftsordnung ändern, um bei einem Patt im neuen Landtag im Amt bleiben zu können. Wahl zum württembergischen Landtag am 24. April 1932 mit folgenden Ergebnissen: KPD 9,4%, SPD 16,6%, DDP 4,8%, Zentrum 20,2%, Bauern/Bürger 15%, NSDAP 26,4%. Nach der Wahl arbeitete Bolz eng mit dem neuen Reichskanzler von Papen zusammen an einer Regierung mit der NSDAP. . "Es ist ein Wagnis, aber man muss es riskieren", sagte Bolz zu Wilhelm Keil. Sie scheiterte in Württemberg wegen der Weigerung von Bolz, auf das Innenministerium zu verzichten Bolz regierte mit Notverordnungen. Am 15. März 1933 über-gab Bolz die Geschäfte an den neugewählten Staatspräsidenten Wilhelm Murr.

Die politische Welt von Eugen Bolz

Bolz war ein christlicher Politiker. Und er war es aus Leidenschaft. Was er unter christlicher Politik verstand, hat er in seinen Reden zum Ausdruck gebracht: »Die Zusammenstellung der Lehren der katholischen Kirche über den Staat, über Kultur-, Sozial- und Wirtschafts-politik, über das Verhältnis der Völker ergibt ein politisches Programm. ... Geradezu emphatisch konnte Bolz einmal in einer Wahlversammlung 1919 sagen: »Die Enzykliken eines Leo XIII. und die Rundschreiben unseres jetzigen Papstes Benedikt XV. muten wie Evangelien an, wie frohe Botschaften, die der leidenden Menschheit mitgeteilt wurden«. Der Vorzug der Zentrumspartei sei es, sagte er ein andermal, »dass sie auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes den Ausgleich der aus dem Wirtschaftskampf sich ergebenden Interessengegensätze der einzelnen Berufsgruppen in ihren eigenen Reihen herbeizuführen versucht«. Überzeugt, dass die Kirche nicht nur Seelsorgeaufgaben hatte, rief er einmal aus: »Der Geist der Kirche allein kann die Nation retten«. Bolz konnte sogar so weit gehen und sagen: »Politik ist nichts anderes als praktisch angewandte Religion«. Dieser Satz kann unter bestimmten Vorausetzungen äußerst gefährlich werden. Aber dieser Satz traf die Situation, in der sich Bolz befand. Das Zentrum musste sich immer wieder gegenüber dem Vorwurf verteidigen, es treibe eine klerikale oder ultramontane Politik. Von derartigen Versuchen oder Versuchungen, Politik zu treiben oder sich sogar von Rom direkt lenken zu lassen, hat sich Bolz entschieden distanziert, und zwar dadurch, dass er zwischen Programm und Verwirklichung eines Programmes, zwischen Theorie und Strategie, einen fundamentalen Unterschied machte. (Zitate von 1921, bei Köhler, S. 9)

Zu Beginn des Jahres 1924 verschärfte sich Bolz' Sprache gegenüber den Sozialdemokraten. Eine gemeinsame Politik mit ihnen bezeichnete er rückblickend als ein vergangenes Bündnis und erstmals traten Argumente grundsätzlicher Art gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten bei ihm in Erscheinung. Von einer Zentrumsversammlung in Aalen im Januar 1924 sind folgende Aussagen von Bolz überliefert: »Das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, das uns von rechts zum Vorwurf gemacht wird, war eine durch die Revolution geschaffene Notwendigkeit, ein Opfer. Gerade auch rechts gerichtete Kreise haben damals ... händeringend gebeten, in die Regierung einzutreten und zu retten, was noch zu retten war, nachdem bei den Wahlen 46 Prozent sozialdemokratische Stimmen gefallen waren ... Eine bürgerliche, nichtsozialdemokratische Regierung war damals eine glatte Unmöglichkeit ... Es ist nur eine Frage der Zeit und der Taktik, wie lange noch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie dauert«.

Ideologische Argumente gegen die SPD führte er auch auf einer Katholiken-Versammlung in Neuhausen im Februar 1924 an. Damals meinte er: »Was uns ... an der Sozialdemokratie nicht gefällt, ist, dass sie überwiegend international eingestellt ist und dass sie den Gedanken der Klassenpartei in die Massen hereingetragen hat. Daraus erklärt sich auch ihre Stellung zur Religion ... Sie haben ... tatsächlich in den letzten Jahrzehnten eine Gegnerschaft gegen Kirche und Religion gezüchtet. Begreiflich! Das Christentum kennt keinen einseitigen Klassengedanken, es weiß nichts von Revolution, von Beseitigung des Privateigentums. Erst in der Zeit nach der Revolution, als sie mit in der Regierung saßen und Verantwortung übernehmen mussten, haben einzelne ihrer besten Köpfe die Frage aufgeworfen: War eigentlich unsere bisherige Einstellung die richtige? Aber das waren nur wenige. Die große Masse ist davon nicht berührt worden. Die Partei als solche ist auf eine Religionsfreundlichkeit nicht eingestellt ... Ein überzeugter Katholik kann kein Revolutionär sein ... Wir vom Zentrum ... verwerfen schlechthin jede revolutionäre Bestrebung ... Wir sind eine Partei mit nationalem Sinn«. ...Nach dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments war die Rechte in ihrem organisatorischen Kern getroffen und war somit in kirchen- und schulpolitischen Fragen eher zu Kompromissen bereit als die Linksparteien. Zugleich entsprach ihr »konservatives Gedankengut« seinen politischen Vor-stellungen: Wie das Zentrum, so waren auch sie eingestellt »auf den Gedanken des Staats, der Autorität und der Überlieferung«, so Bolz in Neuhausen im Februar 1924. (zitiert bei Sailer, S. 52 ff)

Absolute Wahrheiten wollen wir in die Gegenwart hineinstellen, in eine Gegenwart, in der alles wankt und schwankt ... Die Menschen wollen nicht die Wahrheit, sondern die Freiheit, nicht die Pflicht, sondern das Recht ... Diese Predigt der Freiheit... wird auf der Straße und dem Markte feilgeboten, ... in der Politik,... in Handzetteln ... Freiheit in der Ehe, Verfügungsrecht über die Leibesfrucht ... Die Predigt der Freiheit ist die Predigt der Revolution ... Wir wollen dem Irrlicht der Freiheit und Verantwortungslosigkeit die Leuchte der Wahrheit und das Banner der Pflicht gegenüberstellen ... Der schrankenlosen Freiheit wollen wir die absolute Wahrheit gegenüberstellen, dem Recht das Gebot, der Willkür die Autorität ... Absolute, ewige Wahrheit duldet kein Verhandeln und keinen Kompromiss. Sie verlangt das Opfer bedingungsloser Unterwerfung. Rede auf dem Katholikentag August 1925, zitiert bei Joachim Sailer, S. 78

In seiner Neujahrsbotschaft zum Jahr 1933 stellte er fest, "von unbedeutenden Ausnahmen abgesehen" hätten sich die Parlamente als unfähig erwiesen, aufbauende Arbeit zu leisten: "Nur zum Hinreißen finden sich hin und wieder Mehrheiten von Parteien zusammen, die sich sonst nur mit Messer und Revolver bearbeiten. Beim Zusammentritt des Reichstags ist das deutsche Volk in steter Sorge vor neuem Unglück. Das Volk atmet auf, wenn der Reichstag nach Hause geht. Diktatur ist ein Unglück. Ich befürchte, dass die Verantwortungslosigkeit der Parteien, wenn sie nicht bald der Besonnenheit Platz macht, zur Diktatur zwingt." Bolz meinte eine "Diktatur auf Zeit" im Rahmen der bestehenden Verfassung und Gesetze, meinte eine "autoritäre Führung" auf dem Boden von Recht, Gesetz und Moral. Er selbst regierte weiter mit Notverordnungen, das Parlament verlor täglich an Bedeutung. *(Politische Köpfe, S. 162)*

Unsere Aufgabe ist es, diesen Wahlkampf zu führen unter der Parole: für die Verfassung, für das Recht und für die politische Freiheit. Wir wollen nicht Kampfgenossen der Marxisten sein, so wenig wir Kampfgenossen Hitlers und Hugenbergs sein wollen. Wir kämpfen nach beiden Seiten und betonen unsere Selbstständigkeit, [...] unsere einzigartige Bedeutung als katholische Volksgruppe. Eine Staatsverabsolutierung bedeutet in Wirklichkeit die absolute Verneinung jeder persönlichen Freiheit. Glaubt jemand, dass der Marxismus in Deutschland einfach durch polizeiliche Verbote ausgetrieben werden könnte? Ob man die kommunistische Partei verbieten wird, weiß ich nicht. [...] Aber es fragt sich, ob es politisch klug ist, dieses Verbot auszusprechen. Dies sind unsere Ziele: dass die Harzburger Front - der Zusammenschluss der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des >Stahlhelm
zur nationalen Opposition - die Mehrheit nicht gewinne; sie muss von uns abhängig bleiben. Das zweite Ziel ist der Kampf für eine Volksgemeinschaft gegen den Bürgerkrieg.
Bolz auf dem Parteitag der Zentrumspartei Württemberg und Hohenzollern in Ulm am 12. 2. 33

Das Vertrauen von Bolz in eine positive Entwicklung des neuen Staates, schon in der Parteitagsrede vom 12. Februar an die ausgleichende Kraft eines starken Zentrums geknüpft, wurde durch die Reichstagswahl, die anschließende Gleichschaltung der Länder und vor allem durch die Vorgänge um die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März schwer erschüttert. Fortan gehörten Bolz wie Brüning zu den Verfolgten. Am 15. Mai nahm er zum letzten Mal an einer Reichstagssitzung teil.

Das Hirtenwort der Bischöfe, natürlich auch mit Blick auf das Konkordat verfasst, muss ihm wie Hohn vorgekommen sein. Das Zentrum wurde am 20. Juli 1933 aufgelöst.

Hirtenwort der deutschen katholischen Bischöfe zum 3. Juni 1933

Die Tradition des autoritären Denkens und Verhaltens, die im Hirtenwort vom 3. Juni 1933 artikuliert und metaphysisch begründet wurde, richtete sich ebenfalls gegen den sozialen und politischen Katholizismus: »Gerade in unserer heiligen, katholischen Kirche kommen Wort und Sinn der Autorität ganz besonders zur Geltung und haben zu jener lückenlosen Geschlossenheit und sieghaften Widerstandskraft geführt, die selbst unsere Gegner bewundern. Es fällt deswegen uns Katholiken auch keineswegs schwer, die neue, starke Betonung der Autorität im deutschen Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern wiederum als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken. (zitiert bei Köhler, Christentum und Politik, S. 8)

Heinrich Brüning über Eugen Bolz

(Brüning, Memoiren 1918 – 1934)

Eine außerordentliche Hilfe war sowohl für mich als auch für die Reichsregierung die unerschütterliche Sachlichkeit und außergewöhnliche Erfahrung des württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz. Im Gegensatz zu Bayern und den übrigen Ländern legten Bolz und seine Kollegen der württembergischen Regierung stets Wert darauf, Württemberg aus eigener Kraft zu sanieren, im übrigen aber die Interessen des Reiches an die Spitze ihrer Arbeit zu stellen. Württemberg konnte das, weil es in den ganzen Jahren seit der Revolution eine nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt einzigartige, kühle und besonnene Finanzpolitik geführt hatte. Mit echt schwäbischer Zähigkeit hatte sich die württembergische Regierung jedem Antrag ihres Parlamentes auf eine Erhöhung ihrer Ausgaben widersetzt, selbst wenn es sich nur um 10000 Mark handelte. Dabei war es seit 1920 in Württemberg nie zu einer Regierungskrise gekommen, ein Beweis, dass es möglich war, selbst mit einer extrem demokratischen Verfassung zu regieren, wenn die Verantwortlichen nur den Mut hatten, sich den Entartungserscheinungen des Parlamentes von vornherein entschlossen zu widersetzen. Die Reichsgesinnung von Bolz und seinen Ministerkollegen ging so weit, dass sie die ganze Postabfindungsfrage jahrelang ruhen ließen, um die Reichskasse nicht zu erschüttern, und dafür lieber unpopuläre Steuererhöhungen im eigenen Lande machten. Erst als Bayern nach iahrelangen politischen Erpressungen eine hohe Abfindungssumme für sich gesichert hatte. kam Bolz zu mir und erklärte, es sei ihm außerordentlich peinlich, nun auch seine Forderungen anmelden zu müssen. Er wisse, dass es bei der Lage der Reichskasse ein Verbrechen sei, derartig hohe Summen zu verlangen. Aber nachdem Bayern sich gesichert habe, würde er als Staatspräsident Württembergs unverantwortlich handeln, wenn er nicht wenigstens seine Forderungen anmelde. Ich fragte ihn nach der Höhe dieser Forderungen. Sie waren niedrig im Vergleich zu denen Bayerns. Ich bat ihn, nach acht Tagen mit seinem Finanzminister wiederzukommen zu einer formalen Verhandlung. In zwei Stunden war diese Verhandlung abgeschlossen, zur beiderseitigen Zufriedenheit. Die Verhandlungen mit Bayern hatten demgegenüber sieben Jahre gedauert. Heinrich Brüning, Memoiren 1918 – 1934. Stuttgart 1970, S.216

Am gleichen Abend rief Frau Bolz an und teilte mit, ihr Mann sei in Berlin; es sei aber für ihn eine Aufforderung da, sich am Montagmorgen im Polizeipräsidium in Stuttgart einzufinden. Ich riet ihr, ihrem Mann telephonisch genau alles mitzuteilen; ich würde es für besser halten, wenn er tatsächlich dieser Aufforderung Folge leistete. Bolz stellte sich am anderen Morgen der Polizei. Er wurde ergriffen, auf einen Wagen gesetzt und mehrere Stunden durch Stuttgart gefahren. Die "erregte Volksmenge" war überall aufgebaut und nahm eine so drohende Haltung an, dass ihn die Polizei in "Schutzhaft" nahm und in das Gefängnis auf dem Hohenasperg brachte. Das geschah dem Mann, der jahrelang als Minister und Staatspräsident eine zwar unpopuläre, aber vorbildliche Verwaltung durchgesetzt und erreicht hatte, dass Württemberg von allen Ländern das einzige war, das nach 1920 keine neuen Schulden gemacht hatte - einem Mann, der zwölf Jahre ununterbrochen mit der Rechten im Kabinett zusammengesessen und sich geweigert hatte, die Sozialdemokraten ins Kabinett aufzunehmen.

Die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz

Der Parteivorsitzende des Zentrums, Prälat Ludwig Kaas, wollte mit der ganzen Fraktion dem Ermächtigungsgesetz zustimmen, um ein von Hitler angekündigtes Konkordat mit dem Vatikan nicht zu gefährden. (Brüning, Memoiren 1918 – 1934)
Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen

versicherte, dass ein solches so gut wie garantiert sei. Das war die Frage, die Kaas naturgemäß und verständlicherweise am meisten interessierte, aus seiner ganzen Anschauungswelt heraus. Seit 1920 hatte er immer gehofft, ein Reichskonkordat mitzuschaffen. Für ihn als Prälaten war die Sicherung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich eine entscheidende Frage, der die übrigen höchstens koordiniert, wenn nicht untergeordnet werden mussten. Hitler und Papen werden gemerkt haben, wie die wachsenden Aussichten auf ein Konkordat Kaas immer mehr fesselten. Er verlangte allerdings, dass Hitler in irgendeiner Form sich auf den Abschluss eines Konkordats festlegte.

Hitler ging so weit, die von Kaas vorgeschlagenen Formulierungen für seine Regierungserklärung im Reichstag zu akzeptieren, sogar Ausdrücke zu verwenden, die vermutlich kein katholischer Kanzler hätte ungestraft gebrauchen können. Kaas kam immer hoffnungsfreudiger von diesen Unterhaltungen zurück. Meine Warnung machte keinen Eindruck. Er erklärte mir, dass vor allem die Formel "die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle" der arößte Erfolg sei, den man seit zehn Jahren in irgendeinem Lande gehabt habe. Diese Formulierung werde einen ungeheueren Eindruck in Rom machen; er könne nicht anders als diesen Erfolg in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu stellen. Ich sagte ihm. dass er damit als Vorsitzender die Zentrumspartei selber zerstöre, ohne irgendeine wirkliche Sicherheit in der Hand zu haben. Meine Bemühungen, ihn zu überzeugen, wurden mehr und mehr ergebnislos. Er wollte schon gar nichts mehr von einem Abänderungsantrag zum Ermächtigungsgesetz wissen; nur meine Erwartung, dass Hugenberg einen solchen einbringen lassen würde, konnte ihn davon abhalten, von vornherein darauf zu verzichten. Schließlich bekam ich Kaas mit Hilfe einiger Freunde so weit, dass ein Brief entworfen wurde, den Hitler vor der Abstimmung der Öffentlichkeit übergeben sollte. In diesem Brief war die ausdrückliche Erklärung enthalten, dass nur unter gewissen Voraussetzungen von dem Ermächtigungsgesetz Gebrauch gemacht werden solle. Hitler erklärte sich einverstanden, diesen Brief vor der Abstimmung zu veröffentlichen, beziehungsweise Kaas auszuhändigen. Das war eine gewisse theoretische Sicherung, mehr nicht. Sie hatte aber in der Fraktion den Effekt, dass der Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz abnahm. (S. 656) Der Brief war bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht da, aber angeblich mit Boten unterwegs. Deshalb stimmte das Zentrum einschließlich Brüning und Bolz dem Gesetz zu, obwohl Brüning eigentlich dagegen stimmen und Fraktion und Partei verlassen wollte. Der Brief mit den Zusicherungen kam aber nie an.

Hackelsberger brachte den Entwurf des Konkordats nach Tübingen mit. Es war so ungeheuerlich. dass ich bat, den nächsten Bischof, Sproll von Rottenburg, heranzuholen. Selbst die konfessionellen Schulen waren de facto preisgegeben. Die Formulierung entsprach der alten Formulierung der DVP, die in dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes von 1920 enthalten war. Dagegen hatte die Zentrumspartei mit Unterstützung der Bischöfe stets gekämpft, weil nicht einmal Religionsunterricht als Pflichtfach vorgesehen war. Wir hatten diesen Streit selbst das Kabinett Marx erschüttern lassen, um nicht einer Formulierung zustimmen zu müssen, in der die konfessionelle Schule völlig entwertet wurde. Dem also wollte der Vatikan zustimmen; das hatten Papen und Kaas ausgehandelt. Ich war tief erschüttert, auch über die molluskenartigen Formulierungen über katholische Verbände und über die Lehrerbildung. Klar und eindeutig formuliert war nur die Sicherung der Stellung des Nuntius in Berlin als Doyen des diplomatischen Korps. ... In Berlin angekommen, machte ich Gegenentwürfe zum Konkordat mit einer besseren Sicherung der konfessionellen Schulen. Ich bat Hackelsberger, diese Gegenentwürfe nach Rom zu schicken, von Basel aus Kaas anzurufen und ihm mitzuteilen, dass der Abschluss des Konkordats, das an sich wertlos sei, mit absoluter Sicherheit das Ende der Zentrumspartei bedeute. Selbstverständlich würde das Konkordat nach Vernichtung des Zentrums von der Regierung nicht gehalten werden, brauche auch nicht gehalten zu werden, weil der Wortlaut viel zu schillernd sei. ... (S. 671)

Papen sprach in einer Versammlung in Maria Laach vor prominenten Katholiken des Inund Auslandes davon, dass ich versucht hätte, den Abschluss des Konkordats zu sabotieren. Das ging wie ein Lauffeuer durch die katholischen Kreise auch des Auslandes. Gerade im Begriff, eine Widerstandsfront neu aufzubauen, wurde ich von vielen Leuten verlassen, mit deren Hilfe ich gerechnet hatte. Das Konkordat wurde als gewaltigster Fortschritt des Katholizismus in Deutschland seit hundert Jahren gepriesen, das Gewissen auch der verantwortlichsten Katholiken und Geistlichen dadurch völlig beruhigt. Die Widerstandskraft ließ mehr und mehr nach. (S. 672)

Das Reichskonkordat wurde am 20. Juli 1933 in Rom unterzeichnet und am 10. September rechtskräftig.

Der Weg in den Widerstand

Eugen Bolz arbeitete nach seinem erzwungenen Rückzug 1934 an einem Manuskript "Katholische Aktion und Politik", in dem er die Stellung eines nicht politischen Katholizismus zu analysieren versuchte. Dabei sah er die Möglichkeit von Gewissenskonflikten, glaubte aber zu der Zeit, die Lösung dafür noch ganz der päpstlichen Autorität übertragen zu können:

»Es handelt sich hierbei selbstverständlich nicht um die alte Streitfrage der potestas directa oder indirecta in temporalia, sondern um die davon reinlich zu scheidende Frage nach dem Gebiet der päpstlichen Lehrgewalt, um die Frage des gegenseitigen Ineinandergreifen des Politischen, Religiösen und Sittlichen, um den inneren und äußeren Zusammenhang dieser Gebiete in bestimmten Fragen des politischen Lebens. Da muss es als ein unbestreitbares, in einem Lehrund Hirtenamt begründetes Recht des Papstes bezeichnet werden, solche Fragen in autoritativ entscheidender und richtunggebender Weise zu behandeln: einmal wegen des dogmatisch sittlichen Zusammenhangs von Politik, Religion und Moral. Zum anderen wegen des Zusammenhangs einzelner Fragen der Innenpolitik mit dem Wohl und Wehe der Kirche und ihrer Freiheit, mit der Freiheit des Glaubens, mit dem Bestand der christlichen Moral im öffentlichen Leben, mit dem Heil der Seelen, die ihm anvertraut sind«.

Daraus folgt:

Erstens die mittelbare Gewalt der Kirche in zeitlichen Dingen

Der Staat darf in seiner Regelung der zeitlichen Angelegenheiten die Erreichung des übernatürlichen Ziels nicht außer acht lassen oder erschweren.

Zweitens ein Abwehrrecht gegenüber staatlichen Übergriffen

Die Kirche muss das Recht haben, gegenüber Staatsgesetzen einzugreifen, welche Lebensinteressen der Kirche und das Seelenheil der Gläubigen gefährden.

Wenn ein Gesetz mit dem natürlichen Sittengesetz oder dem geoffenbarten göttlichen Recht in Widerspruch steht, kann es nach katholischer Auffassung im Gewissen nicht verpflichten. »Der Papst als oberster Ausleger des natürlichen Sittengesetzes und des geoffenbarten göttlichen Rechts muss allenfallsigen Widerspruch bestimmter Staatsgesetze gegen diese Normen festsetzen und den Katholiken bindend Weisungen geben.

(Text bei Köhler, S. 26. Die Zitate sind von Bolz aus Enzykliken usw. zusammengestellt)

Über den Weg in den Widerstand gibt es naturgemäß keine schriftlichen Aufzeichnungen. Deshalb nur der Anfang der Urteilsbegründung vom 21. 12. 44 (Text bei Köhler, S. 60):
Eugen Bolz, jahrzehntelang Abgeordneter des Zentrums und zuletzt in der Zeit des Weimarer Zwischenstaates Staatspräsident in Württemberg, bekannte heute vor uns, dass er kein Nationalsozialist sei. Er vermisse bei uns die individuelle Freiheit!

Aus seiner früheren politischen Tätigkeit kannte er die gerichteten Verräter Goerdeler, Wirmer und Leuschner und den früheren Zentrumsgewerkschaftsführer Kaiser sowie den einstigen Zentrumsreichsminister Hermes. Mit allen hat er in der Zeit von 1942 bis 1944 über den Verrat Goerdelers beraten und sich selbst für ihn zur Verfügung gestellt.

Goerdeler suchte ihn in Stuttgart, seinem Wohnort, im Herbst 1942 auf und entwickelte ihm, der Krieg stehe schlecht, wahrscheinlich gehe er verloren, und dann stehe der Kommunismus bereit da, während andere, die ihn in einem solchen Katastrophenfall abwehren wollten, nicht bereit seien. Dann berieten beide, ob man den Dingen ihren Lauf lassen oder ein aktives Eingreifen schon jetzt vorbereiten solle. Sie wurden dahin einig, dass man schon jetzt für diesen Fall Vorbereitungen treffen müsse, und Goerdeler sagte nun, er suche Männer für eine Regierung unter ihm als Reichskanzler und für leitende Stellungen in den einzelnen Ländern. Loeser solle Finanz-, Popitz Kultus-, Wirmer Justiz-, Hasse(II) oder von der Schulenburg Außenminister werden, Leuschner Vizekanzler. Ob er sich auch für ein Amt in der Reichsregierung zur Verfügung stelle. Er denke für ihn an den Innenminister. Bolz erklärte sich bereit. ... Auch nannte er Goerdeler auf dessen Wunsch als für Baden geeigneten Zentrumsmann den Rechtsanwalt Frank in Karlsruhe, setzte sich mit ihm in Verbindung, erhielt dessen Bereitschaft und teilte das Goerdeler mit, so dass dieser sich mit ihm in Verbindung setzen konnte.

Stauffenberg – Karriere und Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus

1. Jugend in einem schwäbischen Adelshaus

Die Familie der Schenken von Stauffenberg, seit 1698 Reichsfreiherren und seit 1874 Grafen, gehört zur alten schwäbischen Reichsritterschaft mit verstreutem Besitz, der 1803 unter neue Landeshoheit kam (unter anderem Jettingen in Bayrisch Schwaben oder Laut-lingen und Geislingen am Rand der Alb im Kreis Balingen). Die Familie war katholisch. Alfred Graf Schenk von Stauffenberg diente am württembergischen Hof als Oberhofmarschall und wohnte im Stuttgarter Alten Schloss. Seine Frau Caroline, geb. Gräfin Üxküll-Gyllenband brachte 1905 die Zwillinge Berthold und Alexander zur Welt, 1907 in Jettingen in Bayrisch Schwaben noch einmal Zwillinge, von denen aber nur einer überlebte, Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Claus wuchs im Alten Schloss auf und besuchte in Stuttgart die Schule, seit 1920 das berühmte Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, wo er 1926 mit dem Abitur abschloss.

2. Der George-Kreis

Stauffenberg stand seinen älteren Brüdern, insbesondere Berthold, sehr nahe, und die brachten ihn schon 1922 in Kontakt mit dem George-Kreis. Stefan George (1868 – 1933) war ein symbolistischer und neuromantischer Dichter, der einen Jüngerkreis um sich sammelte und Deutschland aus dem Materialismus herausführen wollte. Der Mensch sollte wieder hineingestellt werden in eine Welt der christlichen Ordnung, die im Metaphysischen ihre Wurzeln hat, er sollte wieder atmen können in der ganzen Weite des Raums, die zwischen Himmel und Erde liegt, er sollte befreit werden von der Enge einer Welt, die sich selbst verabsolutiert, weil Blut und Rasse und Kausalitätsgesetze ihre letzten Weisheiten waren. Und damit waren diese Revolutionäre weit mehr als nur die Antipoden von Hitler und seinem unseligen System; ihr Kampf ist ... auf einer höheren Ebene der Versuch gewesen, das 19. Jahrhundert geistig zu überwinden. (Marion Gräfin Dönhoff)

Der Jüngerkreis war eine Art neuer Aristokratie, das "geheime" Deutschland, das auf einen Führer hoffte, der Deutschland aus dem Jammertal herausführen konnte. Berthold und Alexander waren dem George-Kreis sehr eng verbunden, Berthold war einer der Testamentsvollstrecker Stefan Georges. Claus war etwas unabhängiger, aber dem Denken sehr eng verbunden. Er betrachtete es 1944 als Gnade seines Lebens, den besten Freund in meinem Bruder (Berthold) gefunden zu haben und dem größten Mann meiner Zeit (George) verbunden zu sein (Zitate bei Riedel, Geheimes Deutschland).

3. Stauffenberg in der Reichswehr

1926 bestand Stauffenberg das Auswahlverfahren und wurde als Offiziersanwärter in die Reichswehr aufgenommen, bei der Kavallerie, die für Bewegungstruppen stand. Die Reichswehr stand dem Reichspräsidenten Hindenburg näher als der parlamentarischen Demokratie, sie war für die Revision des Versailler Vertrags und für die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen. Am 1. Mai 1933 wurde Stauffenberg zum Oberleutnant befördert. 1934 - 1936 war er als Ausbilder an die Kavallerieschule in Hannover "abgeschoben". Im September 1936 war er einen Monat in England, und von Oktober an bei der Generalstabsausbildung in Berlin.

1933 hatte Stauffenberg die fränkische Adlige Nina von Lerchenfeld geheiratet, das Paar hatte fünf Kinder, die jüngste Tochter wurde nach dem Tod des Vaters 1945 geboren.

Literatur:

Wolfgang Venohr: Stauffenberg – Symbol des Widerstandes. Eine politische Biographie. 3. überarbeitete Auflage Herbig München 2000.

Manfred Riedel: Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg. Böhlau Köln 2006.

Peter Steinbach: Claus von Stauffenberg. Zeuge im Feuer. Prägende Köpfe aus dem Südwesten, Bd. 1. DRW Leinfelden-Echterdingen 2007.

Thomas Karlauf: Stefan George. Die Entdeckung des Charisma. Pantheon München 2008.

4. Die frühen Kriegsjahre und Stauffenbergs Militärkarriere

Entgegen den Erwartungen blieb Stauffenberg nicht in der Organisationsabteilung des Generalstabs, sondern wurde als für die Versorgung verantwortlicher Ib zur 1. Leichten Division nach Wuppertal versetzt. Er nahm an der Besetzung des Sudetenlandes teil. Die "Reichskristallnacht" erlebte er wieder in Wuppertal und lehnte sie ab. Bei Kriegsausbruch 1939 sagte er: *Trotz der Furchtbarkeit des Krieges ist das Ausrücken auch eine Erlösung. Der Krieg ist ja schließlich mein Handwerk von Jahrhunderten her.*

Der Vormarsch in Polen brachte ihn und seine zur Panzerdivision umgebildete Einheit bis über Warschau hinaus. Stauffenberg störte sich an der Disziplinlosigkeit und am Umgang mit der Zivilbevölkerung. Den Winter 1939/40 nutzte er zu Studien über "Politik und Soldatentum". Im Krieg gegen Frankreich gehörte seine Panzerdivision zu den Speerspitzen, die im Mai bis vor Dünkirchen stürmte.

Zum 1. Juni 1940 wurde Stauffenberg in die Organisationsabteilung beim Generalstab versetzt, nach Bad Godesberg, dann Chimay in Belgien und schließlich Fontainebleau, seit Oktober wieder in Berlin, seit dem Russlandfeldzug im "Mauerwald" in Ostpreußen.

Stauffenberg sah Hitlers politische und militärische Leistung, vor allem die Entscheidung zum Angriffskrieg gegen die alten Generäle. Er begrüßte in einem Brief vom 11. Januar 1941 die Übernahme des direkten Oberbefehls an Hitler: Rein sachlich ist es für uns aber heute besser arbeiten als vordem. Bei der neuen Lösung wurde es in kurzem möglich, die ganzen Kräfte der Nation einzufangen und für den Entscheidungskampf des Heeres einzuspannen.

Gleichzeitig war er für die Planung von Nachschub und Ersatz verantwortlich, er kannte die katastrophalen Verlustzahlen, er sah den Frieden als notwendigen Abschluss des Sieges, die Unfähigkeit der politischen und militärischen Führung, den rücksichtslosen Umgang mit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Nach der Winterkrise von 1941/42 verlor er deshalb langsam das Vertrauen in die Führung. Am 1. Januar 1943 wurde er zum Oberstleutnant i.G. befördert. Am 26. Januar 1943 versuchte er, General Manstein im Gespräch von der Gefahr der Lage und der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen. Am 30. Januar wurde Stauffenberg auf Betreiben von Mansteins an die Front zum Afrikakorps versetzt. Dort wurde er am 7. April 1943 durch Artilleriebeschuss schwer verwundet. Er verlor das linke Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand. Er wurde zurückgebracht und erholte sich in München und Lautlingen.

5. Die Planung der Verschwörung

Die Verantwortung ließ Stauffenberg keine Ruhe. Er meldete sich zum 1. Oktober 1943 dienstbereit beim Allgemeinen Heeresamt in Berlin bei General Olbricht. Dort war er zuständig für den Notstandsplan "Walküre" gegen einen Aufstand der Fremdarbeiter, und er erweiterte diesen Plan zu einem allgemeinen Notstandsplan, mit dem die Armee die Macht übernahm. Er knüpfte ein militärisches Netzwerk (Olbricht, v. Tresckow) und suchte die Verbindung zum politischen Netzwerk (Goerdeler, Julius Leber). Stauffenberg musste in der Doppelrolle das Attentat und den Befehl in Berlin übernehmen, weil er Zugang zur Wolfsschanze hatte, aber auch allein die "Operation Walküre" auslösen konnte.



6. Das Scheitern der Verschwörung

"Walküre" lief in Berlin an, aber das Attentat war nicht erfolgreich. Der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, General Fromm, ließ Stauffenberg und vier Mittäter erschießen. SS und SD begannen am nächsten Tag mit der Spurensuche und wickelten die Verschwörung auf. Nach Verhaftungen und Verhören wurden die meisten Angeklagten zum Tod verurteilt und hingerichtet, auch Stauffenbergs Bruder Berthold. Stauffenbergs Kinder wurden weggenommen, die Familienmitglieder kamen in Sippenhaft. Goebbels äußerte privat Bewunderung für Stauffenberg, die offizielle Propaganda sprach von Verrätern und einer Aristokratenclique.

Stauffenberg und Mertz von Quirnheim Winniza 1942

Stauffenberg und der 20. Juli 1944

1. Jugend in einem schwäbischen Adelshaus

Die Familie der Schenken von Stauffenberg, seit 1698 Reichsfreiherren und seit 1874 Grafen, gehört zur alten schwäbischen Reichsritterschaft mit verstreutem Besitz, der 1803 unter neue Landeshoheit kam (unter anderem Jettingen in Bayrisch Schwaben oder Laut-lingen und Geislingen am Rand der Alb im Kreis Balingen). Die Familie war katholisch. Graf Alfred Schenk von Stauffenberg diente am württembergischen Hof als Oberhofmarschall und wohnte im Stuttgarter Alten Schloss. Seine Frau Caroline, geb. Gräfin Üxküll-Gyllenband brachte 1905 die Zwillinge Berthold und Alexander zur Welt, 1907 in Jettingen in Bayrisch Schwaben noch einmal Zwillinge, von denen aber nur einer überlebte, Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Claus wuchs bis 1918 im Alten Schloss auf. Er war 6 Jahre alt, als der Erste Weltkrieg aus-brach, und 10, als im November 1918 der Krieg und die württembergische Monarchie endete. Sein Vater wurde Präsident der Rentkammer, die das ehemalige königliche Privat-vermögen verwaltete. Die Familie zog in die Jägerstraße, und Claus besuchte in Stuttgart die Schule, seit 1920 das berühmte Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, wo er 1926 mit dem Abitur abschloss.



Claus von Stauffenberg im Kreise seiner Eltern und Brüder; links Berthold, rechts Alexander; aufgenommen um 1923

2. Der George-Kreis

Stauffenberg stand seinen älteren Brüdern, insbesondere Berthold, sehr nahe, und die brachten ihn schon 1922 in Kontakt mit dem George-Kreis. Stefan George (1868 – 1933) war ein symbolistischer und neuromantischer Dichter, der einen Jüngerkreis um sich sammelte und Deutschland aus dem Materialismus herausführen wollte. Der Mensch sollte wieder hineingestellt werden in eine Welt der christlichen Ordnung, die im Metaphysischen ihre Wurzeln hat, er sollte wieder atmen können in der ganzen Weite des Raums, die zwischen Himmel und Erde liegt,er sollte befreit werden von der Enge einer Welt, die sich selbst verabsolutiert, weil Blut und Rasse

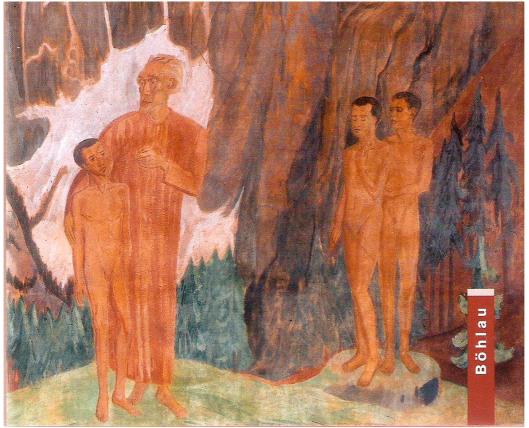
und Kausalitätsgesetze ihre letzten Weisheiten waren. Und damit waren diese Revolutionäre weit mehr als nur die Antipoden von Hitler und seinem unseligen System; ihr Kampf ist ... auf einer höheren Ebene der Versuch gewesen, das 19. Jahrhundert geistig zu überwinden. (Marion Gräfin Dönhoff)

Der Jüngerkreis war eine Art neuer Aristokratie, das "geheime" Deutschland, das auf einen Führer hoffte, der Deutschland aus dem Jammertal herausführen konnte. Berthold und Alexander waren dem George-Kreis sehr eng verbunden, Claus war etwas unabhängiger, stand aber dem elitärromantischen Denken nahe. Zum George-Kreis gehörte das Dichten, der Bruder Alexander dichtete noch nach 1945 in diesem Stil. Von Claus gibt es ein Gedicht von 1923 (der George-Kreis verachtete die Groß- und Kleinschreibung):

Ich wühle gern in alter helden sagen und fühle mich verwandt so hehrem tun und ruhmgekröntem blute. Ich könnte nicht die alten zeiten missen wo wäre denn dass ich mein leben schaute, wenn nicht in höchster sein?

Claus betrachtete es 1944 als Gnade seines Lebens, den besten Freund in meinem Bruder (Berthold) gefunden zu haben und dem größten Mann meiner Zeit (George) verbunden zu sein. (Zitate bei Riedel, Geheimes Deutschland).

Zum George-Kreis gehörten Männerbundsphantasien, gegenseitiges Bedichten, Portraitieren und Bildhauern, und eine homoerotische Komponente, die griechisch-ideologisch überhöht wurde und über die Georges Biograph Karlauf sagt: Die Abstufungen bei George waren sehr groß. Es gab sicher sehr intensive Beziehungen. In den späteren Jahren – da spielte auch die Krankheit Georges eine Rolle – genügte es ihm, in einer erotisch aufgeladenen Atmosphäre mit diesen Jungen zusammen zu sein. Es gibt also verschiedene Abstufungen wie überall in der Sexualität. (Päderastie aus dem Geist Georges? Interview mit Thomas Karlauf, FASZ, 4. April 2010, S. 23)



Erich Heckel: Die Welt des Mannes. Wandmalerei in Seccotechnik 1922 – 1924. Angermuseum Erfurt. Heckel, der dem George-Kreis nahestand, sagte dazu: *Die Dargestellten sind nicht portraitmäßig wiedergegeben, doch lassen sie sich auf Stefan George und die ihm Nahestehenden deuten.* (Abbildung Schutzumschlag des Buches von Manfred Riedel)

Der George-Kreis war ein Männerbund, auch wenn manche Frauen eine gewisse Rolle spielten. Heiraten wurden im Kreis besprochen und vom Meister genehmigt (Claus von Stauffenberg) oder abgelehnt (Berthold von Stauffenberg, der erst nach dem Tod Georges heiraten konnte). Frauen und Familien wurden vom Kreis ferngehalten, es war verpönt, über Angelegenheiten des Kreises mit ihnen zu reden, auch mit anderen Außenstehenden. So schrieb Friedrich Gundolf in seinem George-Buch 1920: Ein sicheres Zeichen dafür dass einer nicht ihm angehört ist, wenn er sich rühmt ihm anzugehören und mit seiner Kenntnis diskret oder indiskret sich wichtig macht.

Die Mitglieder hatten Chiffrenamen, DM war der Meister, Stefan George selber, EK Ernst Kantorowicz, Cajo Karl Josef Partsch. Es gab schwierige Scheidungen. Der Heidelberger Germanist Friedrich Gundolf schied aus, weil er sich nicht mehr völlig unterordnen wollte, Johann Anton und Lucius Landmann nahmen sich das Leben, Max Kommerell musste sich trennen, um zu sich zu finden, Ernst Morwitz, eines der ältesten Mitglieder seit 1910 und lange als Testamentsvollstrecker vorgesehen, ließ George 1932 fallen.

1924 legte Stefan George bei einer Italienreise am Sarkophag Friedrichs II. in Palermo einen Kranz nieder. Ernst Kantorowicz hatte unter dem Einfluss Georges seit 1923 eine Biographie des Stauferkaisers begonnen, die 1927 in Georges Hausverlag Bondi erschien und ungeheures Aufsehen erregte. In einer Vorbemerkung wird in verschleierter Form auf George und das Geheime Deutschland hingewiesen:

VORBEMERKUNG

ALS im Mai 1924 das Königreich Italien die Siebenhundertjahrfeier der Universität Neapel beging, einer Stiftung des Hohenstaufen Friedrich II., lag an des Kaisers Sarkophag im Dom zu Palermo ein Kranz mit der Inschrift:

SEINEN KAISERN UND HELDEN DAS GEHEIME DEUTSCHLAND

Nicht daß die vorliegende Lebensgeschichte Friedrichs II. durch diesen Vorfall angeregt wäre.. wohl aber durfte er aufgenommen werden als Zeichen, daß auch in andern als gelehrten Kreisen eine Teilnahme für die großen deutschen Herrschergestalten sich zu regen beginne — gerade in unkaiserlicher Zeit.

Friedrich II. gehörte zu den wichtigsten Personen und Chiffren des George-Kreises. Schon 1902 hatte George über ihn gedichtet:

Des Morgenlandes ungeheurer traum,

Weisheit der Kabbala und Römerwürde,

Feste von Agrigent und Selinunt.

Es ist durchaus möglich, dass der Name der Stauffenbergbrüder ihre Karriere im Kreis der Jünger befördert hat.

1932/33 spaltete sich der Kreis aus politischen Gründen. Stauffenberg war bei der Reichspräsidentenwahl für den jüngeren unverbrauchten Hitler: Claus von Stauffenberg fand, es sei richtig gewesen, dabei für Hitler zu stimmen, um den bürgerlichen Kreisen klar zu machen, dass sie sich nicht darauf verlassen dürften, auf die Dauer die Herrschaft zu behalten. (Erinnerungen von Cajo Partsch, zitiert bei Raulff, S. 65)

Im Sommer 1932 kam es in Wasserburg zu lebhaften Diskussionen, die auch schriftlich fixiert wurden, von Werner Anton auf der einen Seite und der Hausherrin auf der anderen. Anton trat wie Wolters für Hitler ein, der das neue und das geheime Deutschland irgendwie verkörpert, und er fand auch den Antisemitismus verständlich und richtig. Der George-Kreis war nicht antisemitisch gewesen und hatte viele Mitglieder aus dem jüdischen Bürgertum gehabt. Jetzt schwieg George dazu.

Im Sommer 1933 reiste er von Wasserburg über den Bodensee in die Schweiz. Als das Schiff mitten auf dem Bodensee gewesen sei, habe er freier geatmet, bekannte George gegenüber Robert Boehringer. Aber ob das eine gesundheitliche oder eine politische Bemerkung war, ist unklar. Er starb am 4. 12. 1933 in Minusio im Schweizer Tessin und wurde dort begraben. Claus und Berthold waren bei seinem Tod anwesend, und Berthold war später einer der Testamentsvollstrecker.

Die letzte Vorlesung von Ernst Kantorowicz in Frankfurt November 1933

Den ganzen Sommer über guälte sich Kantorowicz mit der Frage, ob das Reich, das da heraufgezogen war und das die Rasse zum entscheidenden Kriterium der Zugehörigkeit erklärt hatte, das Reich Georges sein konnte. Immerhin hatte der vertrauteste Gefährte seit Heidelberger Tagen, Woldemar von Üxküll, der jetzt in Tübingen Alte Geschichte lehrte, den Geburtstag des Dichters zum Anlass genommen, seinen Studenten in einer flammenden Rede zu erklären, »wie in Werk und Leben Stefan Georges der ungeheure Umbruch beschlossen liegt«. George soll lächelnd abgewinkt haben. Aber wie ließ sich beweisen, dass es sich bei Woldis Rede um »fatalen Mist« handelte? Obwohl Kantorowicz am gleichen Tag, an dem er seinen Geburtstagsbrief an George schrieb, vom Dekan der Philosophischen Fakultät mitgeteilt worden war, dass er nicht in das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester aufgenommen werde, und obwohl ihm (wenn auch aufgrund einer Namensverwechslung mit dem Juristen Hermann Kantorowicz) eine Einladung des New College Oxford vorlag, wollte er das Feld nicht kampflos räumen. Am 14. November 1933 nahm er seine Lehrtätigkeit wieder auf. »Warum führte man den Titel eines >Professor<, wollte man nicht in entscheidenden Stunden auch Bekenner zu sein den Mut haben!« Kantorowicz sprach über »Das Geheime Deutschland«. Das Schiller-Zitat, das er am Ende seines Vortrags auf dem Historikertag in Halle verwendet hatte, um zu illustrieren, dass für das geistige Deutschland eine andere Zeitrechnung gelte als für das politische, wurde jetzt, dreieinhalb Jahre später, zum Ausgangspunkt neuer Überlegungen. »Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, doch der Tag des Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit«, hatte Schiller 1801 geschrieben. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen war davon überzeugt, dass dieser Tag für sie nun gekommen sei, und Kantorowicz trat an, den Gegenbeweis zu führen. »Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiss, dass fast zu allen Zeiten, seit es ein »Deutsches« im emphatischen Sinne des Worts gab, bis zum heutigen Tag unabhängig von dem jeweiligen Zustand, der jeweiligen Verfassung des Reichs immer noch ein andres Deutschland gewesen ist, welchem jenseits des öffentlich sichtbaren Reiches Wesen und Leben beschieden war ... Es ist ein Reich zugleich von dieser und nicht von dieser Welt.. ein Reich zugleich da und nicht da .. ein Reich zugleich der Toten und der Lebenden, das sich wandelt und dennoch ewig ist und unsterblich. « Nachdem er mehrfach auf George verwiesen und diesen zitiert hatte, endete Kantorowicz mit einem Zitat aus dem 'Stern

Hemmt uns! Untilgbar ist das wort das blüht. Hört uns! Nehmt an! Trotz eurer gunst: es blüht – Übt an uns mord und reicher blüht was blüht!

(zitiert nach Karlauf, S. 625-627)

Zum weiteren Umfeld des George-Kreises gehörten (ohne Wertung in der Reihung und ohne Vollständigkeit) der deutsch-jüdisch-schweizerische Wirtschaftswissenschaftler Edgar Salin, dessen Nachkriegsdoktorandin Marion Gräfin Dönhoff in ihrer journalistischen Karriere die Brüder Stauffenberg oft gewürdigt hat, die Familie von Weizsäcker, die Journalistin und Publizistin Margret Boveri, der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker und dessen Sohn, der Bildungsforscher und Bildungspolitiker Hellmut Becker, ebenso sein Freund Hartmut von Hentig. Das Weiterleben des *Geheimen Deutschland* ist ein bedeutender Teil der konservativen nichtbürgerlichen Geschichtsdeutung.



ERNST BERTRAM, Nietzsche. 7. Auflage (18.—21. Tausend) 1929.

Broschiert M. 10.-, Ganzleinen geb. M. 13.50 FRIEDRICH GUNDOLF, Caesar. Geschichte seines Ruhms. 2. Auflage (7.—13. Tausend) 1925. Ganzleinen geb. M. 8.—, Halbleder M. 12.50 -, George. 3. Auflage (11.-14. Tausend) 1930. Broschiert Ganzleinen geb. M. 8.50 -, Goethe. 13. Auflage (46.-50. Tausend) 1930. Ganzleinen geb. M. 18.50 -, Shakespeare und der deutsche Geist. 8. Auflage (26.-29. Taus.) 1927. Ganzleinen geb. M. 12 .--, Shakespeare. Sein Wesen und Werk. 1928. 2 Bände. Broschiert je M. 12.50, Ganzleinen geb. je M. 15.-ERNST KANTOROWICZ, Kaiser Friedrich der Zweite. Mit einem Bildnis des Hohenstaufischen Kaisers. 3. Auflage (7.—10. Taus.) 1931. Broschiert M. 14.50, Ganzleinen geb. M. 17.50 MAX KOMMERELL, Der Dichter als Führer in der deutschen Klassik: Klopstock, Herder, Goethe, Schiller, Jean Paul, Hölderlin. 1928. Broschiert M. 13.50, Ganzleinen geb. M. 16.50 EDITH LANDMANN, Die Transcendenz des Erkennens. 1923. Broschiert M. 4.-, Ganzleinen geb. M. 6.50 WILHELM STEIN, Raffael. 1923 Broschiert M. 3.60

BERTHOLD VALLENTIN, Napoleon. Mit 8 Bildnissen. 1923.

Broschiert M. 4.—, Halbleinen geb. M. 6.—, in Halbleder M. 10.—

-, Napoleon und die Deutschen. 1926 Broschiert M. 3.-

Ganzleinen geb. M. 5.-

Halbleinen geb. M. 6.-

FRIEDRICH WOLTERS, Herrschaft und Dienst. 3. Auflage. 1923.

Broschiert M. 1.--, Ganzleinen geb. M. 2.50

--, Stefan George und die Blätter für die Kunst. Deutsche Geistesgeschichte seit 1890. Mit 8 Bildtafeln. 1930. Broschiert M. 15.50

Ganzleinen geb. M. 18.50

Das Programm des auf den George-Kreis spezialisierten Bondi Verlags in Berlin

3. Stauffenberg in der Reichswehr

1926 legte Stauffenberg in Stuttgart als Externer das Abitur ab (er war viel krank und deshalb von der Schule befreit). Er bewarb sich als Offiziersanwärter bei der Reichswehr, bestand das Auswahlverfahren und wurde bei der Kavallerie, die für Bewegungstruppen stand, aufgenommen. Die Reichswehr stand dem Reichspräsidenten Hindenburg näher als der parlamentarischen Demokratie, sie war für die Revision des Versailler Vertrags und für die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen.

Stauffenberg trat 1926 als Fahnenjunker in das Reiterregiment in Bamberg ein. Nach einjähriger Grundausbildung wurde er 1927 an die Infanterieschule in Dresden versetzt, die von allen Offiziersanwärtern ein Jahr lang besucht werden musste.

Stauffenberg war ein eigenartiger, ein besonderer Mensch, der sich deutlich von dem damaligen Offiziersdurchschnitt abhob. Stauffenberg lehnte den stumpfen und oft rüden Kasinogeist ab. Freundschaftlicher Geselligkeit durchaus nicht abgeneigt, verurteilte er jedoch Zechereien und Ausschweifungen der Kameraden und nahm dies auch bei seinen Freunden sehr übel. Seine Einstellung zu den Frauen hatte ebenfalls etwas Eigenes, das durch Zurückhaltung und Ritterlichkeit gekennzeichnet war. Den oberflächlichen Abenteuern der Kameraden mit Frauen stand er rnit Ablehnung, ja mit völligem Unverständnis gegenüber.

Das hervorstechendste Merkmal an ihm waren seine hervorragenden geistigen Fähigkeiten, (war) sein geschliffener Verstand. Während wir mit dem Unterrichtsstoff unsere Mühe hatten, bewältigte er ihn leicht, begann zusätzlich mit dem Erlernen der russischen Sprache und widmete sich künstlerischer Betätigung.

(Offizierskollege Manfred von Brauchitsch über Stauffenberg, zitiert bei Venohr, S. 49) Bamberg wie Dresden ließen ihm ausreichend Zeit zu Besuchen bei seinem Bruder Berthold und bei den Freunden des George-Kreises, mit denen er in ständigem Austausch war.

Von Dresden aus wurde Stauffenberg 1928 für ein weiteres Jahr zur Kavallerieschule nach Hannover abkommandiert, wo ihm die praktischen physischen Anforderungen wegen seiner immer noch schwachen Gesundheit mehr Probleme bereiteten als die theoretischen.

Im Sommer 1929 bestand Stauffenberg die Offiziersprüfung und kehrte als Leutnant an seinen Standort Bamberg zurück. Dort lernte er Anfang 1930 den fränkischen Adligen von Lerchenfeld und seine baltische Gemahlin kennen und dann auch deren sechzehnjährige Tochter Nina. Von November 1930 bis Februar 1931 nahm Stauffenberg an einem Lehrgang für Geschützführer in Berlin-Döberitz teil, und nach seiner Rückkehr übernahm er bis 1934 die Führung des Minenwerferzuges seines Regiments.

Stauffenberg war politisch interessiert, aber nicht engagiert. Dass er 1932 eher Hitler als Hindenburg wählen wollte, war kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sondern die Enttäuschung über die Unfähigkeit der politischen Klasse, mit der Krise fertig zu werden, und die Hoffnung auf einen neuen Mann. In der Auseinandersetzung im George-Kreis stand er mehr auf der Seite derer, die von Hitler die nationale Erneuerung erhofften. So schrieb er am 21. Juni 1933 an Stefan George: Im übrigen hat die letzte - wie jede Revolution - Gelegenheit zu recht interessanten Betrachtungen menschlicher Werte gegeben. Bei aller Verstellungskunst - bei Revolutionen kann der Bürger sich nicht mehr verstellen! Im übrigen; bei aller Gleichschaltung und dem Gesetz der Totalität: für uns ist das alles nicht neu und schon jetzt ist zu sehen: keine Partei, sondern Herren machen Umwälzungen! Und jeder, der für seine Herrschaft einen sicheren Sockel sich baut, ist ob seiner Klugheit zu loben. (zitiert bei Venohr, S. 64)

In der Tradition der Reichswehr stand Stauffenberg aber allen Parteien fern. Die außenpolitischen Ziele und Erfolge Hitlers, die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht waren in seinem Sinn, und über die innenpolitischen Veränderungen sah er hinweg. Das wurde ihm erleichtert durch persönliche Veränderungen. Zum 1. Mai 1933 wurde er zum Oberleutnant befördert, und am 26. September heiratete er in Bamberg Nina von Lerchenfeld. Beim Tod Stefan Georges im Dezember war Stauffenberg anwesend.

Gegen Jahresende 1933 verfasste Hans Walzer, Stauffenbergs Eskadronschef, folgende dienstliche Beurteilung:

Zuverlässiger und selbständiger Charakter mit unabhängiger Willens- und Urteilsbildung. Besitzt bei ausgezeichneten geistigen Anlagen überdurchschnittliches taktisches und technisches Können. Vorbildlich in der Behandlung von Unteroffizieren und Mannschaften, besorgt um Ausbildung und Erziehung seines Minenwerferzuges. Gesellschaftlich und kameradschaftlich von einwandfreiem Verhalten. Zeigt viel Interesse für soziale, geschichtliche und religiöse Zusammenhänge. Sehr guter, verständiger Reiter, mit viel Liebe und Verständnis für das Pferd. Neben diesen ausgezeichneten Eigenschaften dürfen kleine Schwächen und Mängel nicht unerwähnt bleiben. Seines militärischen Könnens und seiner geistigen Überlegenheit bewusst, neigt er gelegentlich gegenüber Kameraden zur Überheblichkeit, die sich leicht spöttisch äußert, aber nie verletzend wirkt. Etwas salopp in Haltung und Anzug, dürfte sein Auftreten als junger Offizier etwas frischer und energischer sein. Er ist etwas anfällig gegenüber Halsentzündungen, wodurch seine körperliche Widerstandskraft manchmal beeinträchtigt wird. Mit Energie und zähem Willen kämpft er dagegen an. Berechtigt bei fortschreitender Entwicklung zu den schönsten Hoffnungen. (zitiert bei Venohr, S. 68)

1934 begann die Umstellung der Reichswehr zur Wehrmacht. Im Februar wurde das neue Hoheitszeichen 'Adler mit Hakenkreuz' auf die Uniform aufgenäht, am 30. Juni wurde im "Röhmputsch" die Konkurrenz durch die SA brutal beseitigt. Am 2. August 1934 starb der entmachtete und isolierte Reichspräsident von Hindenburg auf seinem Gut Neudeck. Hitler übernahm die Funktionen und ließ die Wehrmacht auf sich persönlich vereidigen. Zum 1. Oktober wurde Stauffenberg als Bereiteroffizier an die Kavallerieschule Hannover versetzt, eine Art "Kaltstellung", die Stauffenberg wohl seinem Regimentskommandeur in Bamberg verdankte. Er musste sich um das Zureiten von Pferden kümmern, während überall die neue Wehrmacht aufgebaut wurde und junge tüchtige Offiziere große Aufgaben vor sich sahen. Sein damaliger Kamerad Pezold erinnert sich:

Es war unmöglich, ihn – selbst im größeren Kreis – zu übersehen. Auch ohne es zu wollen, war er bald der Mittelpunkt jedes Kreises; von ihm ging eine anziehende, überzeugende und vertrauenserweckende Wirkung aus. Sogar einer zufällig zusammengewürfelten Gruppe von Menschen gab er Gewicht, jedem Gespräch Niveau. (zitiert bei Venohr, S. 76)

In der Ehe Claus – Nina wurden fünf Kinder geboren, Berthold 1934, Heimeran 1936, Franz Ludwig 1938, Valerie 1940 und Konstanze 1945, nach dem Tod des Vaters und im Gefängnis. Die Familie lebte zuerst in Bamberg, 1934 in Hannover, 1936 in Berlin und 1938 in Wuppertal-Barmen. Im April 1942 zog Nina mit den Kindern nach Lautlingen.

Im Juni 1936 bestand Stauffenberg die Wehrkreisprüfung, die Voraussetzung für die Generalstabsausbildung. Im September 1936 war er einen Monat in England, und von Oktober an in Berlin, in Kontakt mit seinem Bruder Berthold, seinen Vettern Cäsar von Hofacker und Peter Graf Yorck von Wartenburg. In der Generalstabsausbildung beschäftigte man sich vorrangig mit Fragen der Taktik, aber Stauffenberg interessierte sich sehr für Fragen der Weltwirtschaft und der Wehrwirtschaft. Zum Ausbildungsprogramm gehörten auch Exkursionen und Aufenthalte bei der Truppe. Stauffenberg schloss die Ausbildung im Juni 1938 ab. Seine Beurteilung war *Großes Organisationstalent. Über dem Durchschnitt.* Entgegen den Erwartungen blieb Stauffenberg nicht in der Organisationsabteilung des Generalstabs, sondern wurde im Sommer 1938 als für die Versorgung verantwortlicher Ib (zweiter General-stabsoffizier) zur 1. Leichten Division nach Wuppertal versetzt. Sein Chef war Generalleutnant Hoepner. Vom 4. bis 16. Oktober war die Division im Sudetenland. Die Reichskristallnacht vom 9. November 1938 führte bei Stauffenberg zu einer sehr ablehnenden Reaktion, aber noch nicht zu einer grundlegenden Opposition.

Literatur:

Wolfgang Venohr: Stauffenberg – Symbol des Widerstandes. Eine politische Biographie. 3. überarbeitete Auflage Herbig München 2000.

Manfred Riedel: Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg. Böhlau Köln 2006.

Peter Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie. 4. erw. Auflage. Pantheon München 2007 (erste Auflage 1992)

Peter Steinbach: Claus von Stauffenberg. Zeuge im Feuer. Prägende Köpfe aus dem Südwesten, Bd. 1. DRW Leinfelden-Echterdingen 2007.

Konstanze von Schulthess: Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg, ein Porträt. Pendo München 2008.

Thomas Karlauf: Stefan George. Die Entdeckung des Charisma. Pantheon München 2008. Ulrich Raulff: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. Beck München 2009.

Ulrich Schlie: "Es lebe das heilige Deutschland": ein Tag im Leben des Claus Schenk Graf von Stauffenberg; ein biografisches Porträt. Herder Freiburg 2009.

4. Die frühen Kriegsjahre und Stauffenbergs Militärkarriere

Bei Kriegsausbruch 1939 sagte Stauffenberg: *Trotz der Furchtbarkeit des Krieges ist das Ausrücken auch eine Erlösung. Der Krieg ist ja schließlich mein Handwerk von Jahrhunderten her.* Der Vormarsch in Polen brachte ihn und seine zur Panzerdivision umgebildete Einheit bis über Warschau hinaus. Stauffenberg störte sich an der Disziplinlosigkeit und am Umgang mit der

Zivilbevölkerung. Den Winter 1939/40 nutzte er zu Studien über "Politik und Soldatentum". Im Januar 1940 wurde er zum Hauptmann i.G. befördert. Im Krieg gegen Frankreich gehörte seine Panzerdivision zu den Speerspitzen, die im Mai bis vor Dünkirchen stürmten. Stauffenberg wusste, dass die großen Erfolge der Deutschen in Polen wie in Frankreich nicht auf den Planungen der deutschen militärischen Führung beruhten, sondern auf der von Hitler durchgesetzten Strategie von Bewegung und Schnelligkeit. Insofern sah er in ihm den genialen militärischen Führer, der sich gegen den verknöcherten Sachverstand der Generale durchgesetzt hatte.

Zum 1. Juni 1940 wurde Stauffenberg in die Organisationsabteilung beim Generalstab versetzt, nach Bad Godesberg, dann Chimay in Belgien und schließlich Fontainebleau, seit Oktober wieder in Berlin, seit dem Russlandfeldzug im "Mauerwald" in Ostpreußen.

Stauffenberg sah Hitlers politische und militärische Leistung und begrüßte in einem Brief vom 11. Januar 1941 die Übernahme des direkten Oberbefehls durch Hitler:

Rein sachlich ist es für uns aber heute besser arbeiten als vordem. Bei der neuen Lösung wurde es in kurzem möglich, die ganzen Kräfte der Nation einzufangen und für den Entscheidungskampf des Heeres einzuspannen.

Aber Stauffenberg war gleichzeitig für die Planung von Nachschub und Ersatz verantwortlich, er kannte die katastrophalen Verlustzahlen und erwartete den Frieden als notwendigen Abschluss des Sieges. Dagegen stand die Unfähigkeit der politischen und militärischen Führung zum Frieden, die Ausweitung des Krieges auf den Balkan und nach Russland, der rücksichtslose Umgang mit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Nach der Winterkrise von 1941/42 verlor Stauffenberg deshalb langsam das Vertrauen in die Führung und begann, nach Auswegen zu suchen. Noch Anfang 1942 galt er bei seinen Vettern wie bei Kollegen als loyal. Die Sommeroffensive 1942 schien noch einmal einen Umschwung zu bringen. Aber im Herbst war deutlich, dass die Offensivstrategie gescheitert war. Nur eine deutliche Zurücknahme und Verkürzung der Front hätte eine Entlastung bringen können. Dazu war Hitler auf keinen Fall bereit, er wollte die Angriffe sogar noch ausweiten. Am 15. November 1942 sagte er zum Major von Thüngen: Es kann nicht so weitergehen. – Es wird höchste Zeit. – Es muss aber etwas Neues kommen. – Wir dürfen nicht restaurieren. – Man kann die Geschichte nicht zurückdrehen. – Ich war nicht umsonst Soldat im Volke.

Am 1. Januar 1943 wurde Stauffenberg zum Oberstleutnant i.G. befördert. Aber am 26. Januar 1943 versuchte er, General von Manstein im Gespräch von der Gefahr der Lage und der Notwendigkeit einer Änderung der Strategie zu überzeugen.

Stauffenberg wurde sehr kühn in den Fragen; er - ich möchte sagen - griff im Gespräch förmlich an. Er stellte die Frage, ob aus einer verlorenen Schlacht, hier bei Stalingrad, wohl die höhere Führung und insbesondere die höchste Führung - man vermied den Ausdruck >der Führen< die notwendigen Konsequenzen für die Zukunft ziehen würde. Und Manstein sagte: Selbstverständlich zieht man seine Konsequenzen und versucht, Fehler in Zukunft auszumerzen. Und dies bestritt Stauffenberg! Er sagte, unsere Führung führt nach Gesichtspunkten, die nicht rein militärischer und zwecknotwendiger Natur sind, >So ist<, sagte Stauffenberg, >Stalingrad für mich nicht eine verlorene Schlacht, sondern hier offenbart sich für mich ein Führungssystem, das, wenn es sich nicht ändert, ohne jeden Zweifel zum Desaster des ganzen Krieges führen wird! < Und es gäbe, fuhr er fort, überhaupt nur eine Chance: Man fände eine aktive Möglichkeit, in die Führungsspitze einzugreifen oder einzuwirken, so dass eine echte, militärische, fundierte Führung wieder an verantwortlicher Stelle etabliert werde. Ich hatte den Eindruck, dass Stauffenberg auf dieses Gespräch sorgfältig vorbereitet war. Ich hatte den Eindruck, dass er mit diesem Gespräch einen Versuch machen wollte, Manstein in seinen Gedankenkreis hineinzuziehen. Manstein seinerseits war absolut nicht geneigt, die Stauffenbergschen Konsequenzen mitzumachen. Manstein dachte Hitler gegenüber völlig loyal. Für ihn war der Oberste Befehlshaber, dem er seinen Eid geleistet hatte, tabu, schied die Möglichkeit, mit so etwas wie Gewalt oder auch nur Gewaltsamkeit in die Führungsspitze einzugreifen, völlig (Oberstleutnant Stahlberg, zitiert bei Venohr, S. 156)

Am 30. Januar wurde er deshalb auf Betreiben von Mansteins an die Front zum Afrikakorps versetzt. Dort wurde er am 7. April 1943 durch Artilleriebeschuss schwer verwundet. Er verlor das linke Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand. Er wurde zurück gebracht und erholte sich in München und Lautlingen. Damit war Stauffenberg nach den üblichen Maßstäben nicht mehr dienstfähig.

5. Die Planung der Verschwörung

Die von ihm gewonnene Einsicht über die Verantwortungslosigkeit der politischen Führung und die Verantwortung für Deutschland ließen Stauffenberg keine Ruhe. Er meldete sich zum 1. Oktober 1943 dienstbereit beim Allgemeinen Heeresamt in Berlin bei General Olbricht. Schon vorher war er zweimal in Berlin gewesen, um Beziehungen zu knüpfen. Im Heeresamt war Stauffenberg unter dem Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fritz Fromm zuständig für den Notstandsplan "Walküre" gegen einen Aufstand der Fremdarbeiter, und er erweiterte diesen Plan zu einem allgemeinen Notstandsplan, mit dem die Armee die Macht übernahm. Er knüpfte ein militärisches Netzwerk (Olbricht, v. Tresckow) und suchte die Verbindung zum politischen Netzwerk (Goerdeler, Julius Leber). Erst mit dem Eintritt Stauffenbergs in die Führungsspitze wurde die Verschwörung konkret. Die Frage der Beseitigung Hitlers war bisher immer nur nebulös beantwortet worden. Stauffenberg plante das Attentat grundsätzlich, weil andere die moralische Verantwortung nicht übernehmen wollten, und schließlich auch konkret, weil außer ihm niemand mehr Zugang zum Führerhauptquartier in der Wolfsschanze hatte. Für die mechanische Ausführung war er wegen seiner Behinderung denkbar ungeeignet. Stauffenberg musste aber auch in Berlin sein, weil nur er als Stellvertreter von Generaloberst Fromm den veränderten Walküreplan auslösen und damit die Machtergreifung der Armee gegen Partei und SS sicherstellen konnte. Die ganze Verschwörung hing von Stauffenbergs Mut und Entschlossenheit ab. Stauffenberg war mit Fromm am 15. Juli im Führerhauptquartier und dann zu einer weiteren Besprechung am 20. Juli eingeladen.

Stauffenberg informierte seine Frau mindestens grundsätzlich über sein gefährliches Vorhaben, verpflichtete sie aber gleichzeitig, ihn im Fall des Scheiterns zu verleugnen, jegliche Mitwisserschaft abzustreiten und sich so für ihre gemeinsamen Kinder zu erhalten. Sein Bruder Berthold war voll in die Pläne eingeweiht. Mit ihm und dem Georgeaner Rudolf Fahrner arbeitete er einen Schwur aus:

Wir glauben an die Zukunft der Deutschen. Wir wissen im Deutschen die Kräfte, die ihn berufen, die Gemeinschaft der abendländischen Völker zu schönerem Leben zu führen.

Wir bekennen uns im Geist und in der Tat zu den grossen Überlieferungen unseres Volkes, das durch die Verschmelzung hellenischer und christlicher Ursprünge in germanischem Wesen das abendländische Menschentum schuf.

Wir wollen eine Neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und beugen uns vor den naturgegebenen Rängen.

Wir wollen ein Volk, das in der Erde der Heimat verwurzelt den natürlichen Mächten nahebleibt, das im Wirken in den gegebenen Lebenskreisen sein Glück und sein Genüge findet und in freiem Stolze die niederen Triebe des Neides und der Missgunst überwindet.

Wir wollen Führende, die aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch grossen Sinn, Zucht und Opfer den anderen vorausgehen ..."

6. Das Scheitern der Verschwörung

"Walküre" lief in Berlin an, aber das Attentat war nicht erfolgreich. Der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, General Fromm, ließ Stauffenberg und vier Mittäter erschießen. SS und SD begannen am nächsten Tag mit der Spurensuche und wickelten die Verschwörung auf. Nach Verhaftungen und Verhören wurden die meisten Angeklagten zum Tod verurteilt und hingerichtet, auch Stauffenbergs Bruder Berthold. Stauffenbergs Kinder wurden weggenommen, die Familienmitglieder kamen in Sippenhaft. Goebbels äußerte privat Bewunderung für Stauffenberg, die offizielle Propaganda sprach von Verrätern und einer Aristokratenclique.



Nina und Claus von Stauffenberg in Bamberg im Sommer 1933 (kurz vor ihrer Hochzeit).

Theodor Heuss, der erste Bundespräsident (1884 – 1963) Elly Heuss-Knapp (1881 – 1952)

Theodor Heuss (aus Sieckmeyer / Füßmann)

Lebensdaten

- geboren am 31.1.1884
- 1902 Abitur in Heilbronn, erste Zeitungsartikel
- 1902 Begegnung mit Friedrich Naumann
- 1902 bis 1905 Studium in München und Berlin
- 1905 Promotion über "Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn"
- 1905 Begegnung mit Elly Knapp
- 1905 Wohnsitz Berlin, Arbeit als Redakteur bei der Zeitschrift "Die Hilfe"
- 1908 Heirat
- 1910 Geburt des Sohnes Ernst-Ludwig
- 1912 Umzug nach Heilbronn, Chefredakteur der "Neckar-Zeitung"

- 1918 Umzug nach Berlin, Geschäftsführer des "Deutschen Werkbundes"
- 1919 Dozent "Deutsche Hochschule für Politik"
- 1924 bis 1928 Reichstagsmitglied für die DDP
- 1930 bis 1933 Reichstagsmitglied für die "Deutsche Staatspartei"
- 1932 Erscheinen des Buches "Hitlers Weg"
- 1933 Aberkennung des Reichstagsmandats, Entlassung als Dozent
- 1936 erzwungene Aufgabe der Arbeit in "Die Hilfe"
- 1937 Biographie über Friedrich Naumann
- ab 1939 Biographien über Pölzig, Dohrn, Bosch
- 1943 Umzug nach Heidelberg

- 1945 Mitherausgeber der "Rhein-Neckar-Zeitung" in Heidelberg
- 1945 Kultusminister in Nord-Württemberg/ Nord-Baden
- 1948 erster Vorsitzender der FDP
- 1948 Parlamentarischer Rat
- 1949 bis 1954 erster deutscher Bundespräsident
- 1952 Elly Heuss-Knapp stirbt
- 1954 bis 1959 zweite Amtszeit
- ab 1956 offizielle Auslandsreisen
- 1958 Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung
- 1959 "Friedenspreis des Deutschen Buchhandels"

Über seine Mutter schreibt Heuss:

"... im Grunde war das die heimliche Tragik ihres Lebens, daß sie von dem Politisieren im Hause gar nichts hielt, ge-sellschaftlich unter dem Radikalismus meines Vaters eher litt als Tochter einer konservativen Beamtenfamilie, aber sie war eine überaus liebenswürdige Natur und hat das schöne Talent gehabt, die Atmosphäre in unserem Haus für alle Menschen heiter und unbefangen zu gestalten."



Elly Heuss-Knapp

Tochter des Volkswirtschaftsprofessors Georg Friedrich Knapp, in Straßburg geboren (Ausblick vom Münsterturm. Erinnerungen. 1934). Lehrerinnenexamen 1901, Begegnung mit Friedrich Naumann, sozialpolitisches, politisches und frauenpolitisches Engagement. 1905 begegnet sie Theodor Heuss, 1908 heiraten sie (Trauung durch Albert Schweitzer). Geburt des Sohnes Ernst Ludwig 1910. 1910 erschien ihr Buch *Bürgerkunde und Volkswirtschafts-lehre für Frauen.* Mit diesem Thema reiste sie in der Weimarer Zeit zu Vorträgen. Im dritten Reich erhielt sie Auftritts- und Redeverbot und begann dann damit, die Rundfunkwerbung zu revolutionieren. Damit verdiente sie den Unterhalt der Familie. Politisch hatte das Ehepaar die gleichen Interessen und waren beide sehr aktiv. Sie kandidierten beide 1919 erfolglos für die Nationalversammlung, sie waren beide im Landtag von Württemberg-Baden und waren an der Gründung der FDP beteiligt. Elly Heuss-Knapp gründete und förderte 1950 das Müttergenesungswerk. Sie starb 1952. Die Trauerfeier gestaltete Helmut Gollwitzer.

Theodor Heuss als Journalis, Politiker und Politikwissenschaftler

Auch für Theodor Heuss war die Begegnung mit dem sozialen Linksliberalen Friedrich Naumann entscheidend. Von 1905 bis 1912 leitete er dessen Zeitschrift *Die Hilfe.* Von 1912 bis 1918 war er Heruasgeber der Neckarzeitung in Heilbronn. Von 1920 bis 1933 war er Dozent und Studienleiter an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Aus dieser Tätig-keit erwuchs die Schrift "Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Natinalsozia-lismus", die bis 1932 acht Auflagen erlebte und 1933 von Goebbels verbten wurde.

Heuss war von 1924 – 1928 Reichstagsabgeordneter für die DDP und von 1930 bis 1933 für die Staatspartei. Mit seiner Frankltion stimmte er für das Ermächtigungsgesetz. Er verlor seinen Dozentenposten und erhielt 1936 Publikationsverbot.

In der Defensive 1933 - 1945

Heuss schrieb Zeitungsartikel unter anderen Namen und arbeitete an den Biographien von Justus von Liebig und von Robert Bosch. Er hatte Kontakte zu Oppositionellen, gehörte aber nicht zu den Verschwörern vom 20. Juli. Von 1943 an lebte die Familie bei der Schwägerin von Heuss in Heidelberg in einer Dachwohnung. Die tüchtige Elly Heuss-Knapp verdiente den Lebensunterhalt für die Familie. In einem Brief vom 13. März 1945 schrieb er:

Heinrich Heine, den Sie hassen und aus dem ich mir nicht sehr viel mache, hat die zwei Zeilen geschrieben, die unsere Situation quälend einfach sagen: Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht ... Ich gestehe, die Phantasie versagt, wenn ich an die Aufgabe der kommenden Generation denke. Und das geht so weiter, denn in Deutschland ist noch viel zu ruinieren.

Theodor Heuss, Briefe, Bd. 3, In der Defensive, 1933 – 1945, München 2009

Zeitungsherausgeber, Kultusminister, Parteigründer, Bundespräsident

Die amerikanischen Besatzer machten Theodor Heuss noch 1945 zu einem der Lizenzträger und Herausgeber der Rhein-Neckar-Zeitung. Schon im September wurde er erster Kultminister in der neuen Regierung für Württemberg-Baden, und die Familie zog nach Stuttgart. Ein Jahr später, nach der Wahl, verzichtete er auf das Ministeramt, blieb aber Abgeordneter. 1948 war er für die Liberalen Mitglied des Parlamentarischen Rates für das Grundgesetz, und im Dezember wurde er zum Vorsitzenden der neugegründeten west-deutschen FDP gewählt. Nach der Gründung der Bundesrepublik und der ersten Wahl zum Bundestag wurde er, im Gegenzug zur Bildung einer Koalition aus CDU und FDP unter Adenauer, am 12. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt. Er war ein "unpolitischer" Präsident, der sich nie in die Regierungsgeschäfte einmischte, den Staat bürgerlich und unpathetisch repräsentierte und seine Reden selber schrieb. 1950 starb seine Frau Elly. Der Verlust traf ihn schwer. 1954 wurde er ein zweites Mal gewählt. In seinem Verhalten gegenüber der neugegründeten Bundeswehr blieb er Zivilist ("Nun siegt mal schön"). Er legte auf Betreiben Adenauers die dritte Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne fest und begründete das Bundesverdienstkreuz. Seine erste Auslandsreise als Präsident führte ihn 1956 nach Griechenland ("Rückwanderung in die eigene geistige Heimat"). 1959 zog er nach Stuttgart. Dort starb er 1963.

Lebensläufe: Elly Heuss-Knapp und Theodor Heuss

Themen:

1881 bis 1908

Elly Knapp: Jugend unter dem Münsterturm (1881 in Straßburg geboren) Theodor Heuss: Brackenheim und Heilbronn (1884 in Brackenheim geboren)

Politische Begegnung: Friedrich Naumann

Erste berufliche Erfahrungen

Persönliche Begegnung: Elli und Dorle

1908 bis 1912: Berlin

Journalismus ("Die Hilfe"), Familiengründung (Geburt des Sohnes Ernst Ludwig 1910),

"Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen"

1912 bis 1918: Heilbronn

Journalismus ("Neckarzeitung"), Weltkrieg, soziales Engagement, Frauenarbeit,

Verlust der Heimat 1918 bis 1943: Berlin

Deutscher Werkbund, Hochschule für Politik, politische und Frauenarbeit

1924 bis 1928 und 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter

1932 "Hitlers Weg", 1933 Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, Entlassung

Elly Hauss-Knapp als Pionierin der Werbewirtschaft

1943 bis 1945: Heidelberg

Rückzug in die ruhigere "Provinz", Notunterkunft bei der Schwester von Elly

1945 bis 1949: Stuttgart

Rückkehr in die Politik, Gründung der FDP, Kultminister von Württemberg-Baden,

Elly im Landtag

1949 bis 1952: Bonn mit Elly

Bündnis mit Adenauer, erster Bundespräsident

Gründung des Müttergenesungswerkes. Tod Ellys 1952

1952 bis 1959: Bonn ohne Elly

1959 bis 1963: Stuttgart

Bücher von Elly Heuss-Knapp:

Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen (acht Auflagen 1910 bis 1929)

Vorwort zu G. F. Knapp: Aus der Jugend eines Gelehrten (1926)

Ausblick vom Münsterturm (Erinnerungen) 1934

Literatur:

Margarethe Vater: Bürgerin zweier Welten. Elly Heuss-Knapp. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen. Tübingen 1961.

Kirsten Jüngling/Brigitte Roßbeck: Elly Heuss-Knapp. Die erste First Lady. Heilbronn 1994.

Theodor Heuss / Elly Heuss-Knapp: So bist Du mir Heimat geworden. Eine Liebesgeschichte in Briefen. Hrsg. Hermann Rudolph. Stuttgart 1986.

Doris Sieckmeyer / Klaus Füßmann: Theodor Heuss - der Zeichner. Köln 1993.

Theodor Heuss: Stuttgarter Ausgabe (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus): Briefe in 4 Bänden. Band 3 "In der Defensive 1933 – 1945". München 2009.

Thomas Hertfelder:Theodor Heuss (1884 – 1963), in: Politische Köpfe aus Südwest-Deutschland. Landeszentrale für politische Bildung. Kohlhammer Stuttgart 2005.

Ernst Wolfgang Becker (Hrsg): Theodor Heuss. Vater der Verfassung. Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49.

Mit einem Essay von Jutta Limbach. Walter de Gruyter Berlin 2009.

Elly Heuss-Knapp: Lebensdaten

(aus "Bürgerin zweier Welten)

1881

Januar: 25. Januar, 0.45 Uhr, Geburt von Elisabeth Eleonora Anna Justine Knapp, genannt Elly, in Straßburg i. E., Am Sandplätzchen 5. Eltern: Georg Friedrich Knapp, Professor der Nationalökonomie an der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg - Lydia geb. von Karganow. Großeltern väterlicherseits: Friedrich Ludwig Knapp, Professor der Chemie in Braunschweig - Elise geb. Liebig (Schwester des Chemikers Justus von Liebig). Großeltern mütterlicherseits: Joseph von Karganow, Generalmajor in Tiflis (Kaukasus) -Anna geb. Fürstin Bebutow. Mai: für anderthalb Jahre zur

1897

schweiger Dom.

Pflege bei den Großeltern in

Braunschweig. Taufe im Braun-

Mitarbeit an der Sonntagsschule in Straßburg.

1899

Lehrerinnenexamen, Gründung des Privat-"Schülchens", Unterricht in den Elementarfächern.

1900

Mitbegründung der ersten Fortbildungsschule für Mädchen in Straßburg. Unterricht in Bürgerkunde.

1901

September: Reise nach Berlin und nach Potsdam. Mitarbeit an der "Elsässischen Rundschau". Besuch in Darmstadt in der Künstlerkolonie.

1902

August/September: Teilnahme an einem Ferienkurs in Grenoble. Zahlreiche Ausflüge ins Elsaß mit dem neugegründeten "Radelclub". 1903

Mai: Teilnahme an einer Liebigfeier in Darmstadt. Ferienaufenthalt bei Lujo Brentano in Ansbach, gemeinsam mit Friedrich Naumann. Wanderung in den Dolomiten.

1904 Juni: Tod des Großvaters Fried-

rich Ludwig Knapp in Braunschweig.
Reisen in den Harz, nach Lübeck, Norderney, Hamburg, Helgoland. Mitarbeit im "Knabenhort" in Straßburg.
September: Apstellung an der

September: Anstellung an der Fortbildungsschule Straßburg. November: Besuch von Friedrich Naumann in Straßburg.

1905

Entschluß zum Studium. Reise nach Locarno, München. Studium der Volkswirtschaft an der Universität Freiburg. Sommerreise mit G. F. Knapp an den Bodensee. Besuch bei Hermann Hesse in Gaienhofen. Teilnahme an der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim.

Oktober: Fortsetzung des Studiums in Berlin. Begegnung mit Theodor Heuss bei Friedrich Naumann.

1906

Januar/Februar: Mitarbeit an der Ausstellung für Heimarbeit in Berlin.

April: Rückkehr nach Straßburg. Teilnahme am Historikertag in Stuttgart als Begleiterin von G. F. Knapp.

Wiederaufnahme des Unterrichts an der Fortbildungsschule in Straßburg. Besuch von Theodor Heuss in Straßburg.

August: Reise durch Holland als Begleiterin von Frau Ida Feist. September: Reise nach Berlin und Dresden zur Kunstgewerbeausstellung.

Oktober: Vorträge über Heimarbeit in Freiburg, Lahr, Heilbronn, Tübingen, Mannheim. Dezember: Mitarbeit in der Armenverwaltung in Straßburg.

1907

März: Vortrag bei Hugo Stinnes in Mülheim an der Ruhr.
April: Verlobung mit Theodor Heuss in Berlin.
Mai: Hochzeit der Schwester

Mai: Hochzeit der Schwester Marianne mit Ernst Lesser. Teilnahme am Evangelischsozialen Kongreß.

August: Reise mit Frau Ida Feist durch Belgien, Nordfrankreich und nach Paris.

1908

Januar/Februar: Aussteuer beschafft, kochen gelernt.

April: 11. April Hochzeit mit Theodor Heuss in Straßburg, Trauung durch Albert Schweitzer.

Hochzeitsreise nach Colmar, Basel, Alt-Breisach, Freiburg, Heidelberg, Erbach, Amorbach, Miltenberg, Frankfurt/Main. Übersiedlung nach Berlin und Einrichten der Wohnung in Schöneberg, Königsweg 8 (jetzt Friedrich-Naumann-Straße).

Mai: Unterricht im Lette-Verein und in der Victoria-Fortbildungsschule.

Juli: Ferienwochen in Mannenbach am Bodensee.

November: Besuche in Straßburg und Basel.

1909

April: Erste Italienreise des Ehepaars Heuss (Genua, Florenz, Pisa, Siena, Verona, Bozen).

Juni: Beginn der Arbeit am Buch "Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen". Teilnahme am Evangelisch-sozialen Kongreß in Heilbronn.

1910

Februar: Vorträge in Charlottenburg vor den Armen- und Waisenpslegerinnen.

März: Abschluß des Manuskripts; es erscheint im September im R. Voigtländer Verlag Leipzig. August: 5. August Geburt des Sohnes Ernst Ludwig, langes Kranksein.

Theodor Heuss

Erinnerungen 1905 bis 1933. Tübingen 1963

Darin findet sich auf der vorletzten Seite die Verlagsankündigung

THEODOR HEUSS

Das literarische Werk im Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins

Vorspiele des Lebens · Jugenderinnerungen. 25. Tausend. 348 Seiten und 7 Kunstdrucktafeln. Ganzleinen DM 16.80

Friedrich Naumann · Der Mann, das Werk, die Zeit. 5. Tausend. XVI, 592 Seiten. Ganzleinen DM 19.50

Robert Bosch · Leben und Leistung. 28. Tausend. 732 Seiten und 4 Kunstdrucktafeln. Ganzleinen DM 26.50

Anton Dohrn. 10. Tausend. 448 Seiten und 9 Kunstdrucktafeln. Ganzleinen DM 24.50

Hans Poelzig · Lebensbild eines Baumeisters. 3. Tausend. 168 Seiten und 16 Bildtafeln. Ganzleinen DM 12.80

Deutsche Gestalten · Studien zum 19. Jahrhundert. 65. Tausend. 488 Seiten. Ganzleinen DM 9.80. Wohlfeile Sonderausgabe in der Reihe DIE BÜCHER DER NEUNZEHN

Von Ort zu Ort · Wanderungen mit Stift und Feder. 66. Tausend. 312 Seiten mit 8 Zeichnungen. 16 Bildtafeln. Ganzleinen DM 14.80

Lust der Augen · Stilles Gespräch mit beredtem Bildwerk. 32. Tausend. 304 Seiten mit 16 Zeichnungen. 16 Bildtafeln. Ganzln. DM 14.80

Vor der Bücherwand · Skizzen zu Dichtern und Dichtung. 16. Tausend. 308 Seiten mit 17 Zeichnungen. 16 Bildtafeln. Ganzleinen DM 14.80 Essays · Drei Bände mit Wanderbildern, Kunst- und Literaturbetrachtungen (Von Ort zu Ort, Lust der Augen, Vor der Bücherwand) in einer Kassette. 924 Seiten mit 41 Zeichnungen. 48 Bildtafeln. Ganzleinen cpl. DM 45.-

Schattenbeschwörung · Randfiguren der Geschichte. 21. Tausend. 264 Seiten und 12 Bildtafeln. Ganzleinen DM 12.80

Zur Kunst dieser Gegenwart. Drei Essays. 5. Tausend. 144 Seiten. Gebunden DM 8.80

Was ist Qualität? Zur Geschichte und zur Aufgabe des Deutschen Werkbundes. 3. Tausend. 80 Seiten. Gebunden DM 3.80

Friedrich Naumanns Erbe. Eine Rede. 4. Tausend. 48 Seiten. Gebunden DM 4.50

Von der geistigen Freiheit in unserer Zeit. Ansprachen von Theodor Heuss und Benno Reifenberg zum Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1959. 4. Tausend. 32 Seiten. Gebunden DM 2.20

Soldatentum in unserer Zeit. 13. Tausend. 32 Seiten. Broschiert DM 1.90

Hugo von Hofmannsthal · Eine Rede. 24 Seiten. Broschiert DM 1.80

Figuren und Stationen der Geschichte. Versuche einer Deutung. ca. 380 Seiten. Ganzleinen ca. DM 16.80. Erscheint zum 80. Geburtstag des Autors am 31. Januar 1964

März: Umzug nach Berlin-Steglitz, Grillparzerstraße 15.

April: Taufe des Sohnes in Straßburg.

Juli: Englandreise mit Theodor Heuss (London, Ely, Cambridge, Oxford, York, Lincoln, Canterbury).

August: Arbeit für die Ausstellung "Die Frau in Haus und Beruf".

September: Reise nach Straßburg und Basel.

November: Unterricht an der "Sozialen Frauenschule" von Alice Salomon.

Dezember: Vortrag auf dem Großen Frauen-Kongreß: "Reform der Hauswirtschaft".

1912

Februar: Entschluß zur Übersiedlung nach Heilbronn am Neckar. Arbeit für die Ausstellung "Die Frau in Haus und Beruf".

März: In Straßburg mit Familie zum 70. Geburtstag von G. F. Knapp.

April: Aufenthalt in Badenweiler.

Mai: Übersiedlung der Familie nach Heilbronn, Lerchenstraße 31. Teilnahme an der Werkbundtagung in Wien; Besuch der Gewerbeschau in München.

Juli: Reise mit Sohn nach Straß-

burg, Mannheim und Heidelberg.

August: Zweite Auflage des Buchs "Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen". (Achte und letzte Auflage 1929)

Oktober: Vorträge in Heilbronn über "Einführung in soziale Fragen".

November: Vortrag in Mannheim über "Die Hausfrau in der Volkswirtschaft".

Dezember: Über die Weihnachtstage mit der Familie in Straßburg.

1913

Januar: Vorträge in Straßburg, Thema: "Die Frau im deutschen Wirtschaftsleben", Essen, Dortmund, Hamm: "Einzelhaushalt im Zeitalter des Großbetriebs".

Februar: Reise nach Mannheim und Heidelberg. Längerer Klinikaufenthalt in Heilbronn. März: Reise nach Straßburg.

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Juni: Teilnahme an der Werkbundtagung in Leipzig. Juli: Beginn der Mitarbeit in der

Redaktion des "März".

August: Reise an den Bodensee, Wanderungen in der Schweiz. Besuch bei Hermann Hesse in Bern.

Oktober: Vorträge in Stuttgart, Heilbronn: "Einzelhaushalt und Volkswirtschaft", in Geislingen, Göppingen: "Hausfrau und Frauenbewegung".

November: Reise nach München zu einer Konferenz des "März". Bekanntschaft mit Ludwig Thoma. In Heilbronn "Jugendgruppe für soziale Arbeit" gegründet.

Dezember: Weihnachtstage in Straßburg.

1914

Januar: Vortrag in Speyer: "Hausfrau nach dem BGB". Februar: Vortrag in Großsachsenheim in der Landfrauenschule.

März: Reise nach Straßburg.

April: Teilnahme am Evangelisch-sozialenKongreßinNürnberg, Vortrag in Hall zur

Gründung des Frauenvereins. Mai: Vier Wochen in Rom und Umgebung.

Juni: Vortrag in Stuttgart: "Bedeutung der Frauenbewegung für die Jugend".

Juli: Reise zur Werkbundtagung nach Köln, Vortrag in Tübingen.

August: Nach Kriegsausbruch zunächst Bahnhofsdienst in Heilbronn, dann rasch Begründung der "Arbeitsbeschaffung" für Kriegerfrauen.

September: Reise nach Straßburg. Oktober: Arbeit in den Jugendgruppen. Erste Einquartierung. November: Tod des Freundes Walter Leoni. Mehrwöchiges Krankenlager.

1915

Januar: Klinikaufenthalt.
Februar: Vorträge in Ulm, Heidenheim und Gmünd: "Ernährungsfragen im Kriege".
Mürz: Erholungsaufenthalt in

Badenweiler.

Juni: Straßburg.

September: In Berlin erfolgreiche Verhandlungen mit dem Beschaffungsamt und Kriegsministerium wegen Wollezuteilungen.

Oktober: Vorträge über "Bürgerkunde" in Heilbronn.

Dezember: Vortrag in Barmen über "Kriegswirtschaft".

1916

Januar: Erste Pläne über eine eventuelle Übersiedlung nach Berlin.

März: Fahrt mit Mitgliedern der Jugendgruppe nach Berlin zur Generalversammlung des Verbands der Jugendgruppen. Dabei Vorträge über "Hinterbliebenenfürsorge", "Hausfrau und Berufsfrau" und "Hausfrau und Steuern".

Oktober: Vortrag in Nürnberg: "Frauenerwerbsarbeit vor und nach dem Krieg".

November: Vorträge in Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt.

Dezember: Vorträge in Lahr und Karlsruhe: "Einzelner und Volksgemeinschaft".

1917

Januar: Vorträge in München: "Von der Wohltätigkeit zur Sozialpolitik", Bayreuth, Hof: "Frauenerwerbsarbeit im Krieg", Darmstadt und Aschaffenburg.

März: Vortrag in Heidelberg: "Vaterländischer Hilfsdienst der Frau".

Übernahme der Leitung der Meldestelle des Roten Kreuzes in Heilbronn.

April: Vortrag in der Aula der Straßburger Universität: "Frauenarbeit und vaterländischer Hilfsdienst".

Juli: Erneute Reise nach Straßburg zum Vortrag vor Jugendgruppen. Reise nach Arosa.

Oktober: Reise nach Straßburg, Beschluß zur Rückkehr der Familie Heuss von Heilbronn nach Berlin.

November: Vorträge in Bruchsal, Landau, Straßburg: "Die Hausfrau und die Steuern". Leitung des Kursus für Fabrikpflegerinnen in Stuttgart.

Dezember: Wohnungssuche in Berlin.

1918

Februar: Kursus: "Sozialpolitische Charakterköpfe" in Heilbronn.

März: Abschied von Heilbronn. Übersiedlung der Familie Heuss nach Berlin-Friedenau, Fregestraße 80. Kurzer Besuch in Straßburg.

April: Einrichten der Berliner Wohnung. Beginn des Unterrichtens im Pestalozzi-Fröbel-Haus und in der Sozialen Frauenschule.

Juni: Reise nach Straßburg, Vorträge für die Angestellten der Kriegsämter und für freiwillige Hilfskräfte.

Juli August: Reise nach Heilbronn und Wasseralfingen, Aufführung des selbstgedichteten Kindertheaterstücks: "Die Prinzessin und der Schweinehirt".

Oktober: Reise zum Timmendorfer Strand bei Lübeck und nach Rostock.

November: Übernahme des Vorsitzes der Propagandagruppe für das Frauenstimmrecht im Ausschuß der Frauenverbände. Zahlreiche Flugblätter und Propagandaverse werden verfaßt.

Dezember: Kandidatur zur Nationalversammlung. Zahlreiche Reden in Wahlversammlungen im Kreis Teltow-Beeskow, Charlottenburg.

1919

Januar: Täglich Wahlreden. Der Erfolg bleibt versagt.

Februar: Reden in Versammlungen für die Stadtverordnetenwahl in Berlin.

April: Heilbronn, Stuttgart, Aalen, Vortrag: "Geist der Selbstverwaltung".

Juli: Teilnahme am Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

August: Fahrt nach Wyk auf Föhr und Amrum.

September: Erholung in Bad Boll. Vorträge in Eßlingen und Göppingen.

Oktober: In Offenburg G. F. Knapp, der nach Darmstadt übersiedelt, am Flüchtlingszug abgeholt. Vortrag in Landsberg an der Warthe.

November: Reise nach Heilbronn, Vortrag.

Tagung der Jugendgruppen in Berlin.

1920

Januar/Februar: Vorträge in der "Elternschule" über, Häusliche Erziehung", "Spiele und Geselligkeit". Mitarbeit im Elternbeirat der Schule des Soh-

März: Vortrag in Eberswalde: "Familie und Politik". Reise nach Hamburg.

April: Reise nach Heilbronn und Darmstadt, Vorträge in Mannheim und Heilbronn: "Familie und Politik".

Mai: Kandidatur zum Reichstag im Wahlkreis Potsdam II, an dritter Stelle, zusammen mit Bernhard Dernburg und Otto Nuschke. Jeden Abend Wahlversammlungen. Wieder erfolglos.

Juni: Teilnahme am Evangelischsozialen Kongreß in Berlin.

August: Reise nach Amrum und Föhr.

September: Zur dritten Vorsitzenden des "Bundes der Erneuerung" gewählt. Zahlreiche Aufsätze geschrieben.

Oktober: Reise nach Erfurt und Jena. Vortrag: "Armut und Würde". Besichtigung der Zeiss-Werke. Zur Bürgerdeputierten für das Pestalozzi-Fröbel-Haus gewählt. Vorträge in Treptow und Angermünde.

Dezember: Teilnahme an einem Kursus über Psychoanalyse.

1921

Januar: Tagung der "Sozialen Arbeitsgemeinschaft" in Berlin. Auseinandersetzung mit der "sentimentalen Sozialpolitik".

März: Reise nach Darmstadt und Heidelberg. Vorträge im Frauenverein, in der Deutschen Demokratischen Partei zu Frankfurt und Gießen.

April: Reise nach Rostock.

Juni: Reise an die Ostsee. Vortrag in Kolberg.

Lebhafte politische Diskussionen und Schwierigkeiten im Pestalozzi-Fröbel-Haus.

Juli: Reise nach der Insel Föhr. Erholungsaufenthalt mit Mann und Sohn in Nieblum.

Oktober: Reise nach Heilbronn und Köln. Vortrag über "Familie".

Besuch georgischer Verwandter, Helene Terian und Joseph von Loris-Melikow, in Berlin.

1922

März: Reise zum 80. Geburtstag von G. F. Knapp nach Darmstadt. Vortrag in Speyer.

April: Vortrag in Lahr: "Familie". Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Besuch in Basel, Rückreise über Stuttgart. Porträtiert von Käthe Schaller-Härlin.

Juli: Aufenthalt auf dem Roten Berg bei Stuttgart.

August: Reise nach Darmstadt. November: Deutscher Sprachunterricht für Japaner und Engländer gegen Bezahlung in Devisen.

Dezember: "Bibelkunde" im Pestalozzi-Fröbel-Haus als ein neues Fach.

1923

Januar: Beginn der Mitarbeit bei Pfarrer Otto Dibelius in der Gemeinde zum Heilsbronnen. Februar: Teilnahme an einer Schulwoche des Reichselternbundes. Reise nach Leipzig zum Kulturtag der Deutschen Demokratischen Partei. Teilnahme an einem Parteitag in Schlesien.

März: Bibelstunden mit Jugendleiterinnen. Teilnahme am katechetischen Seminar der Schule für Innere Mission. Kennenlernen des "Burckhardthauses" in Berlin-Dahlem, erste Aufsätze für den "Jugendweg" geschrieben.

April: In Braunschweig bei der Tagung des Reichselternbundes.

Juni: Besuch von Albert Schweitzer in Berlin.

Juli: Reise nach Mannheim und Freudenstadt.

August: Fahrt nach Darmstadt und Miltenberg.

September: Beginn der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der städtischen Armenpflege in Berlin-Schöneberg.

Oktober: Vortrag im Erholungshaus des Charlottenburger Jugendheims in Finkenkrug: "Die Frau in der Ehe". Neuer Bibelkurs im Pestalozzi-Fröbel-Haus.

November: Organisation der "Nachbarschaftshilfe".

Dezember: Teilnahme an der Reichserziehungswoche.

1924

Januar: Reise nach Stuttgart, Mannheim und Darmstadt.

Februar: Intensive Mitarbeit in der Gemeinde zum Heilsbronnen in Berlin-Schöneberg.

März: Aufsätze unter dem Pseudonym "Ottilie Frey" veröffentlicht. Teilnahme am religions-pädagogischen Seminar von Professor Delecat (durch einige Jahre).

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Aufenthalt in Darmstadt. Juni: Teilnahme am Evangelischsozialen Kongreß in Reutlingen.

Juli: Reise nach Schlesien zur Teilnahme an einer Freizeit in Muskau. Vortrag in Reutlingen: "Sinnbilder". Geschichten erzählt im Frauengefängnis "Gotteszell" bei Gmünd. Teilnahme an einer Schulungswoche in Maulbronn.

August: Reise nach Darmstadt. Teilnahme an einer Freizeit der "Weggenossen" im Diakonissenkrankenhaus.

Oktober: Reise nach Jena, Vortrag: "Die Frau im alten und neuen Staat". Fahrt nach Darmstadt, Göttingen und Soest. Geschichten erzählt vor zweihundert Schwestern. Für längere Zeit Mitarbeit als Schöffe beim Jugendgericht. Dezember: Reise nach Reutlingen, Ulm, Stuttgart, Vortrag: "Familie und Staat".

1925

Januar: Fahrt nach Wolfen, Märchen erzählt.

Februar: Beginn des Unterrichtens in der Offiziersschule der Heilsarmee in Berlin.

März: Konfirmation des Sohnes bei Pfarrer Otto Dibelius in der Kirche zum Heilsbronnen, Berlin-Schöneberg.

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Reise nach Darmstadt und Bremen zur Teilnahme an einer Tagung des Evangelischen Verbandes der weiblichen Jugend. Vortrag: "Neue Menschen und die harte Wirklichkeit des Lebens".

Juli: Reise nach Darmstadt, Tod der Mutter am 23. Juli.

August: Reise mit Theodor Heuss zur Weltausstellung nach Paris und nach Chartres. Erster Besuch in Straßburg seit Kriegsende.

Oktober: Reise nach Mannheim, Darmstadt, Badenweiler, Basel. November: Teilnahme an einem Treffen der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei in Würzburg. Vortrag in Heilbronn: "Von Sitten und Traditionen, ihr Wert und Unwert". Reise nach Darmstadt, wegen der schweren Erkrankung des Vaters.

Dezember: Kassel. Vortrag: "Sitten und Traditionen".

1926

Januar: Reise nach Darmstadt, Stuttgart, Reutlingen. Teilnahme am Frauentag. Vortrag in Göttingen: "Sitten und Traditionen".

Februar: Vortrag in Wittenberg: "Erziehung".

Teilnahme am Studientag über religiöse Erziehung. Rundfunkvortrag über "Kindergedichte". Sozialpolitische Lehrstunden bei der Heilsarmee.

Reise nach Darmstadt. Tod des Vaters G. F. Knapp am 20. Februar.

Vortrag in Heidelberg: "Sitten und Traditionen".

Juni: Teilnahme an einer Freizeit der "Fichte-Gesllschaft" im Johannesstift in Spandau. Juli: Ferienreise der Familie Heuss nach Slowenien und Dalmatien (Bled, Split und

Dubrovnik).

September: Leitung einer Freizeit für Wohlfahrtspflegerinnen in Maulbronn zusammen

mit Wilhelm Stählin und Anna Paulsen.

Reise nach Holzminden zum Stiftungsfest des "Landschulheims am Solling" und Besuch des Sohnes.

November: Vortrag im Landschulheim Holzminden: "Sitten und Traditionen", aktive Teilnahme am Deutschunterricht. Vorträge in Magdeburg, Wolfen, Göttingen und Kassel: "Evangelische Führer, Naumann, Bodelschwingh, Wichern".

Vortrag in Stettin: "Ehe". Beginn des Unterrichtens im Burckhardthaus in Berlin-Dahlem. Aufsatz über "Ruth Schaumanns Lyrik" im "Eckart". Vorwort geschrieben für das von ihr herausgegebene Erinnerungsbuch des Vaters G. F. Knapp: "Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart.

1927

Februar: Vorträge für die Heilsarmee. Rundfunkvortrag über "Familienkultur".

März: Vortrag in Mannheim: "Wandel des Frauenideals in sittlich seelischer Beziehung". April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Vortrag in Lahr:

"Sitten und Traditionen". Juni: Reise nach Holzminden, Göttingen und Gotha, Vortrag: "Die heutige Jugend". Heilbronn, Festrede beim Frauenverein.

Juli: Vortrag in Neudietendorf, Aufsätze für den "Jugendweg" verfaßt, u. a. über Albert Schweitzer.

August: Ferienreise der Familie Heuss nach Schweden und Dänemark (Wisby, Stockholm, Göteborg, Kopenhagen).

September: Teilnahme am Kongreß des Bundes der Auslandsdeutschen in Dresden und an einer Freizeit in Königsweg bei Stettin. Vortrag: "Vom Helfenwollen und Helfenkönnen".

Oktober: Teilnahme an der Werkbundtagung in Mannheim und der Bauausstellung in Stuttgart. Reise nach Göttingen, Holzminden. Gremsmühlen, Teilnahme am Theologischen Tag, Vortrag: "Tradition".

November: Vorträge in Gmünd, Heilbronn und Eßlingen. Aufsätze über "Erziehung der Mütter". Vortrag in Torgau und im Landschulheim Holzminden über "Friedrich Naumann".

Dezember: Vortrag in Neumünster: "Wichern".

Januar: Fahrt durch das Braunkohlenrevier. Vortrag in der Grube "Ilse".

Vortrag im Gemeindehaus zum Heilsbronnen: "Wichern".

Februar: Vorträge bei der Heilsarmee. Geleitwort zum Erinnerungsbuch "Elisabeth. Ein Leben aus der Jugend- und Singbewegung", von E. Fr. Spiecker geschrieben.

Vortrag bei den Weggenossen: "Joseph Wittig".

März: Rundfunkvortrag. Reise nach Darmstadt und Mannheim, Vorträge in Speyer und Bietigheim: "Frauenerwerbsarbeit", Königsfeld: "Sitten".

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Vorträge in Lahr: "Frauenliteratur", Idar, Wahlreden in Ludwigsburg und Eßlingen: "Familie, Volk und Staat".

Juni: Vortrag in Königsberg: "Wohlfahrtspflege", und in Misdroy.

August: Reise nach Göttingen, Kassel, Badenweiler.

September: Vorträge in der Bauernhochschule in Lunden/Holstein.

Oktober: Vorträge in Kolberg und Dessau: "Verantwortung". November: Zweiter Vortrag in

Dessau: "Familie".

Dezember: Vortrag in Köslin:
"Sitten und Traditionen". Aufführung eines Sprechchors mit
der Klasse des Burckhardt-

1929

hauses.

Januar: Vorträge in Neunkirchen, Saarbrücken, Saarlouis: "Die Frau in Recht und Wirtschaft" und "Sitten und Traditionen".

Rundfunkvorträge: "Volkswirtschaftliche Plaudereien".

April: Reise nach Magdeburg, Goslar, Hildesheim, Braunschweig.

Mai: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Juni: Vortrag bei einer Tagung der Wohlfahrtspflegerinnen in Saarow.

Vortrag in Stettin: "Junge und Alte".

Juli: Reise nach Prien/Chiemsee (Lujo Brentano) und Breslau zur Werkbundtagung.

September: Teilnahme an der Tagung des Evangelischen Kinderpflegerinnenverbandes in Gütersloh.

Oktober: Teilnahme am Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Heidelberg. Ferienreise mit Theodor Heuss nach Vevey, Lausanne, Genf. Vortrag in Pforzheim: "Die Frau in der Gegenwart". November: Rundfunkvorträge: "Allerhand zum Nachdenken aus Sprache, Sitte und Aberglauben".

Dezember: Reise nach Köslin zur Hochzeit von Gertrud Fuhrmann.

1930

Januar: Vortrag in Neustrelitz.
April: Beginn der Rundfunkvortragsreihe: "Die Jungmädchenstunde" mit Ilse Reicke.
Reise nach Straßburg, Colmar,
Badenweiler.

Juni: Reise nach Prien. Vortrag bei der Hygiene-Ausstellung in Dresden: "Krankenlektüre". Juli: Umzug der Familie Heuss ins eigene Haus nach Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3 (zunächst zur Miete).

Oktober: Vortragsreihe im Rundfunk: "Die Frau und der Beruf ihres Mannes". Aufsätze, regelmäßige, wöchentliche Radiokritiken für die Zeitschrift: "Der Rundfunkhörer".

November: Vortrag in Köln: "Erschütterung und Bestand der Familie".

Dezember: Reise mit Theodor Heuss nach Lindenberg (Allgäu) zu Otto Gessler über Silvester.

1931

Januar: Teilnahme am "Dreikönigstag" der Deutschen Demokratischen Partei in Stuttgart. Vorträge bei den landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen in Hannover, Northeim, Algermissen, Elze. Vortrag in Soltau.

Rundfunkvorträge: "Die stille Stunde".

Februar: Mitglied des Kulturbeirats des Berliner Rundfunksenders. Rundfunkvorträge: "Jugend und Arbeitslosigkeit".

März: Vortrag in Berlin-Steglitz: "Die sich wandelnden Formen und der bleibende Gehalt der Wohlfahrtspflege". Vortrag auf der Domäne Wittstock (Neumark) vor Landfrauen. Freude an der Arbeit im Garten.

April: Reise nach Heidelberg, Miltenberg, Erbach. Wiedersehen mit der Cousine Tamara von Loris-Melikow.

Mai: Vortrag auf der Tagung des Deutsch-evangelischen Frauenbunds in Göttingen. Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Juni: Vorträge in Misdroy: "Religion und Alltag", in Militsch: "Generationen". Intensive Gartenarbeit. Juli: Reise nach Heidelberg und Heilbronn.

August: Verfassungsrede in Militsch.

Oktober: Vorträge in Heilbronn, Pforzheim und Karlsruhe: "Krise". Reise nach Prien und München.

November: Rundfunkvorträge.
Dezember: Vortrag in Königsberg, Begegnung mit Agnes
Miegel, Fahrt nach Marienburg und Danzig, Vortrag in
Köslin.

1932

Februar: Mitwirkung bei der Sprechchorfeier: "Sein Reich kommt" des Burckhardthauses, fünf Aufführungen.

April: Besprechung des Buchs "Begegnungen und Trennungen" von Sigrid Undset für den "Eckart".

Mai: Fünf Rundfunkvorträge über "Familie und Erwerbslosigkeit". Besuch bei einem Kursus für Müttererholung in Potsdam.

Juli: Teilnahme am Kongreß für "Familie und Fürsorge" als Berichterstatterin für den Rundfunk.

Vortrag in Augsburg. Besuch in Prien.

August: Reise nach Heilbronn zur Beerdigung des Schwagers Ludwig Heuss.

Oktober: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

November: Sprechchoraufführung im Burckhardthaus.

Dezember: Vortragsreihe im Berliner Rundfunk: "Die Krankenstube".

1933

Januar: Text eines Hörspiels über evangelische Liebestätigkeit. Rundfunkreportage über die Mütterschule. Ende der regelmäßig geschriebenen Rundfunkkritiken.

Februar: Mitwirkung bei der Leitung der Sprechchoraufführung: "Das unsichtbare Reich".

März: Vortragsreise nach Ostpreußen (neun Vorträge in zehn Tagen), Königsberg, Sensburg, Lyck, Johannisburg, Allenstein, Deutsch-Eylau, Rosenberg, Marienburg, Danzig.

April: Feier der silbernen Hochzeit im Haus des Vetters Hermann Geiger in Riehen bei Basel.

Aufenthalt in Badenweiler. Vortrag vor Wohlfahrtspflegerinnen.

Geschichten erzählt im Frauengefängnis "Gotteszell" bei Gmünd. Geplante Vorträge in Stuttgart und Heilbronn wurden von der Polizei verboten.

Mai: Erneuter Aufenthalt in Badenweiler. Entlassung von Theodor Heuss aus dem Lehramt an der Deutschen Hochschule für Politik. Erster Auftrag der Firma Wybert GmbH, Lörrach, auf Entwürfe für Werbeschallplatten für den Rundfunk. Erfindung des akustischen Warenzeichens.

Juli: Ende der Mitarbeit im Burckhardthaus als Folge der politischen Denunziation einer Schülerin. Entlassung aus dem Programmbeirat des Berliner Rundfunksenders und Ende der Rundfunkvorträge. Vortrag im Liebig-Museum in Gießen: "Georg Friedrich Knapp". Aberkennung des Reichstagsmandats von Theodor Heuss. Fahrt nach Aschaffenburg, Miltenberg, Würzburg.

August: Abschied von der Familie Gustav Stolper, die nach USA auswandert.

September: Rundfunkgespräche über Familie. Erste Fäden über weitere Tätigkeit in der Werbung angeknüpft.

Oktober: Reise nach Heidelberg, dort schwerer Herzanfall, und nach Heilbronn. Erstes Werbegespräch mit der Firma Knorr, doch ergebnislos.

Reise zur Firma Henkel nach Düsseldorf, erster Auftrag für Persil, acht Rundfunkdurchsprüche auf Schallplatten. Haussuchung in der Kamillenstraße.

Aufsatz: "Ein neuer Versuch in der Rundfunkwerbung" im "Kaufmann überm Durchschnitt".

November: Abschied von Gertrud Stettiner-Ful-rmann, die mit ihrer Familie nach Brasilien auswandert. Bibelabende mit der Mütterschule. Zimmer an einen Holländer vermietet. Werbearbeit für die Firmen Wybert, Henkel, Leiser, Tack, Reemtsma (Werbeschallplatten für den Rundfunk).

Dezember: Auftrag, eigene Lebenserinnerungen zu schreiben.

1934

Januar: Aufenthalt in Badenweiler, dort das Manuskript zum Erinnerungsbuch "Ausblick vom Münsterturm" diktiert. In Basel Entwürfe für Anzeigen und Prospekte für Gaba und Wybert. In Heidelberg Buchmanuskript beendet. März: Vortrag beim Reklameschutzverband in Berlin. Treffen mit Gustav Stolper in Zürich.

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Werbedurchsprüche für Persil.

Juli: Verhandlungen mit Kathreiner in München. Aufenthalt in Prien. Darmstadt: Werbeaufträge von Burnus.

August/September: Intensive Werbetätigkeit.

Oktober: Erscheinen des Erinnerungsbuchs "Ausblick vom Münsterturm", Hans Bott Verlag, Berlin, neue Ausgabe 1952 im Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins. Kurzer Erholungsaufenthalt in Badenweiler mit Werbearbeiten für Wybert und Gaba.

November: Mehrere Reisen nach Hamburg zur Firma Beiersdorf. Erste Aufträge für Nivea-Werbung.

Dezember: Abschied von Luise Bresslau-Hoff in Hamburg, die mit ihrer Familie nach Brasilien auswandert. Mitarbeit im Kreis von Anna von Gierke.

1935

Januar: Reise nach Basel zu Werbebesprechungen mit der Firma Gaba. Treffen mit Albert Schweitzer in Zürich. Verhandlungen mit der Firma Wolff & Sohn in Karlsruhe über Werbung für Kaloderma und mit Burnus in Darmstadt. Werbetexte für Junkersquell und Osram.

Februar: Verhandlungen mit der Firma Leitz in Wetzlar über Werbung für Leica. Viele neue Aufträge für Wirtschaftswerbung, vorwiegend akustische Werbung. Reise nach Bonn.

April: Aufenthalt in Badenweiler, Verhandlungen bei der Firma Robert Bosch in Stuttgart, Auftrag über Diapositive. Werbeplatte über Leica.

tive. Werbeplatte über Leica. Mai/Juni/Juli: Viele Werbeaufträge.

Ende Juli Reise mit Theodor Heuss zu Gertrud Bäumer nach Schlesien.

September: Treffen mit Gustav und Toni Stolper in Zürich. Starker Herzanfall. Kurzer Aufenthalt in Badenweiler.

Oktober: Sanatoriumsaufenthalt in Dresden-Loschwitz. Elsässische Erinnerungsplatte "Gruß ans Elsaß" entworfen und aufgenommen. November: Vorbereitungen für Kinowerbung.

Dezember: Ersten selbstentworfenen Nivea-Werbefilm gedreht.

1936

Januar: Zweiter Nivea-Werbefilm. Reise nach Darmstadt - Werbefilm für Burnus - und Heidelberg. Verbot der Rundfunkwerbung.

Februar/März: Aufnahme vieler Werbeschallplatten und -filme. April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Juni/Juli: Reise nach Basel und Zürich, Filmaufnahmen für die Gaba A.G., Basel. Gemeinsamer Ferienaufenthalt der Familien Heuss und Stolper am Karersee. Filmabnahme in Basel.

August/September/Oktober: Geschäftsreisen nach Hamburg, Werbebesprechung mit Kyriazzi, Nivea-Werbefilme.

November: Sanatoriumsaufenthalt in Fürstenberg. Werbeauftrag für Bleyle, Mitarbeit im Seminar der Höheren Reichswerbefachschule Berlin.

Dezember: Reise nach Basel, Werbebesprechungen mit den Firmen Gaba und Wybert. Fliegenballade für die Firma Werner & Mertz.

1937

Januar/Februar/März/April: Lebhafte Werbetätigkeit für Wybert, Persil, Nivea, Kathreiner, Bosch, Bleyle, Knäckebrot, Kaisers Kaffee, Kaloderma, AEG, Sonnebriketts, Mey-Kragen u. a.

Mai: Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Kauf des Hauses Kamillenstraße 3.

Juni: Vortrag im Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware: "Wort und Werbung", auf Einladung des damaligen Geschäftsführers Dipl.-Kfm. Dr. Ludwig Erhard. Juli: Reise nach Wien, Treffen mit Gustav und Toni Stolper.

Oktober: Aufsatz "Wort und Werbung für Markenartikel" in der Zeitschrift "Der Markenartikel".

November: Reise nach Basel, Werbetexte für Rotbart-Rasierklingen.

Dezember: Sanatoriumsaufenthalt in Dresden-Loschwitz.

1938

Das ganze Jahr über lebhafte Tätigkeit in der Wirtschaftswerbung. Januar: Vortrag in der Höheren Reichswerbefachschule Berlin.

März: 365 Werbeverse über Mey-Kragen für Mey-Kalender der Firma Mey & Edlich.

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Teilnahme am 300jährigen Jubiläum der Goldenen Apotheke in Basel.

Oktober: Einleitung zur Kunstmappe: "Deutsche Frauenbildnisse aus vier Jahrhunderten", Sammlung Parthenon. Hans E. Günther Verlag, Berlin.

1939

Februar: Reise nach Basel.

März: Werbetexte für Junkers
Gasbadeofen.

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

Mai: Fahrt mit der Dante-Gesellschaft nach Oberitalien (Provinzen Toscana und Umbrien, Städte Verona, Mantua, Bologna, Pistoja, Pisa, Volterra, S. Gimignano, Siena, Florenz, Arezzo, Perugia, Assisi, Urbino, Ravenna, Ferrara, Padua).

Juli: Auf der Nordseeinsel Baltrum den Werbefilm "Frische Fische" für die GEG gedreht. September: Aufsatz "Das Werden eines Werbefilms" in der Zeitschrift "Deutsche Werbung". Fortsetzung der Werbetätigkeit.

Dezember: Werbetexte für AEG-Kühlschränke.

1940

Januar: Textgestaltung der Broschüre "Kriegswaschfibel" im Auftrag des Reichsausschusses für volkswirtschaftliche Aufklärung.

Februar: Reise nach Basel. März/April: Kinderspiel "Der rechte Schluß" für den Sparkassenverband.

Mai/Juni: Kuraufenthalt in Marienbad.

Juli: Textgestaltung des Hausfrauenkalenders der GEG.

Oktober: Erholungsaufenthalt in Badenweiler.

November: Aufsatz "Vom Werben und Waschen" in der Zeitschrift "Die Frau".

1941

März: Reise nach Basel.

April: Erholungsaufenthalt in
Badenweiler.

Kriegsbedingte allgemeine
Einschränkung bei der Wirtschaftswerbung.

März: Klinikaufenthalt mit Operation (Martin-Luther-Krankenhaus, Berlin).

April: Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Theodor Heuss literarischer Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH., mit dem Auftrag zur Abfassung einer Robert-Bosch-Biographie.

Juni: Neuer Werbeauftrag der Firma Henkel. Text für das Werbemärchen "Plageteufelchens Abenteuer" für Lysol.

Juli: Entwürfe von Propagandafilmen über "Schuhpflege" der Reichsstelle für Lederwirtschaft.

September: Gemeinsame Ferien bei Freunden in Tübingen.

1943

Januar: Kleine Sprengbombe auf dem Grundstück Kamillenstraße 3 bei Luftangriff. Auftrag für Wybert-Werbung.

Februar: Familienarchiv geordnet und in ein Salzbergwerk bei Merseburg verlagert.

März: Reise nach Heilbronn, Eßlingen, Heidelberg, Darmstadt, Vortrag: "Biedermeier aus Knapp-Liebig-Archiv". Neustadt. Soever.

August: Evakuierung des Ehepaares Heuss aus Berlin wegen der stärker werdenden Luftangriffe, auf Drängen des Sohnes. Zunächst mehrwöchiger Besuch im Hause Rümelin in Heilbronn.

September/Oktober: Aufenthalt auf dem "Boschhof" bei Beuersberg/Oberbayern. Regelmäßig Unterricht an einem selbst eingerichteten "Schülchen" in Deutsch, Rechnen, Englisch, Biologie.

November: Übersiedlung in zwei Dachstuben im Haus der Schwester, Marianne Lesser-Knapp, Heidelberg-Handschuhsheim, Kehrweg 4. Reise nach Lahr, Straßburg, Kehl.

1944

Februar: Reise nach Reutlingen. Vortragsabend im Hause Hermann Leins.

Mai: Aufenthalt mit Theodor Heuss in Badenweiler. Gemeinsame Fahrt nach Straßburg.

Juni: Reise nach Heilbronn. Neue Werbeaufträge der Firmen Wybert und Beiersdorf.

August: Familienzusammenkunst in Heilbronn bei der Hochzeit des Nessen Konrad Heuss. Juni: Besuch von Wolfgang Stolper in Heidelberg, später seiner Brüder.

"Lizenz" für Theodor Heuss zur Mitbegründung der "Rhein-Neckar-Zeitung".

August: Hochzeit des Sohnes mit Hanne Elsas in Berlin.

September: Theodor Heuss Kultminister in Württemberg-Baden. Übersiedlung des Ehepaares Heuss von Heidelberg nach Stuttgart-Degerloch, Löwenstraße 86.

Oktober: Besuch des Sohnes mit Frau in Stuttgart.

November: Mitarbeit an der Gestaltung eines neuen Schullesebuchs.

Dezember: Beginn einer Reihe von Rundfunkvorträgen im Südfunk Stuttgart.

1946

Januar: Mitglied des Kuratoriums der Gustav-Werner-Stiftung, Reutlingen.

Februar/März: Band Kurzgeschichten "Schmale Wege", Erzählungen von menschlichen Schicksalen der Jahre 1933 bis 1945, geschrieben. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins.

Mai/Juni: Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Übersiedlung des Sohnes und dessen Frau von Berlin-Lichterfelde nach Lörrach-Tumringen zur Übernahme der Geschäftsleitung der Wybert GmbH. Wahlrede in Heidelberg.

August: Vortrag bei der Evangelischen Akademie in Bad Boll. September:, Besuch in Lörrach. Vorträge bei der Evangelischen Akademie in Bad Boll, bei den Quäkern über "Albert Schweitzer" in Stuttgart. Vortrag über "Kinderbücher" in Stuttgart.

November: Wahlreden in Reutlingen, Tübingen und Heidelberg. Zur Landtagsabgeordneten gewählt.

Dezember: Erste Fraktionssitzungen. Reise nach Schwenningen, Trossingen, Wiesbaden, Nürnberg. Ansprache bei der Weilnachtsfeier des Kultministeriums Stuttgart. Theodor Heuss aus dem Amt des Kultministers ausgeschieden.

1947

Februar: Wiedersehen mit Gustav Stolper, dem Begleiter von Herbert Hoover, in Stuttgart. März: Tätigkeit in Ausschüssen des Landtags. Referat über Sozialpolitik in Rothenburg o.d. Tauber bei einer Konferenz der Partei.

April: Sanatoriumsaufenthalt in Heidelberg.

Mai: Nachkur in Badenweiler.

Juni: Neue Auflage des Erinnerungsbuchs des Vaters Georg

Friedrich Knapp, jetzt unter
dem Titel "Eine Jugend", erweitert mit eigenem Beitrag:
"Georg Friedrich Louis, der
Alte vom Berge", herausgegeben. Deutsche Verlagsanstalt,
Stuttgart.

Juli: Aufenthalt in Riehen bei Basel.

August: Treffen mit Gustav und Toni Stolper in Basel. Aufenthalt in Badenweiler.

17. September: Geburt der Enkelin Barbara Toni Heuss in Basel.

Oktober: Einleitung geschrieben zur Auswahl "Friedrich Rükkert, Gedichte", erschienen 1948, Hans E. Günther Verlag.

November: Mehrwöchiger Klinikaufenthalt in Bad Cannstatt, schwere Gelbsucht.

1948

Februar: Wiederaufnahme der Tätigkeit im Landtag.

April: Teilnahme an der Taufe der Enkelin in der Dorfkirche Rötteln bei Lörrach.

Mai: Aufenthalt in Badenweiler. Juli: Anzeigenentwürfe für Aronal Vitamin-Zahnpasta der Gaba A.G. in Basel.

September: Reise nach Nürnberg zum Germanischen Nationalmuseum. Theodor Heuss Mitglied des Parlamentarischen Rats in Bonn.

Oktober: Aufenthalt in Badenweiler. Vorträge in Bad Boll. Mitarbeit im Landtag.

Dezember: Teilnahme am Parteitag der FDP in Heppenheim.

1949

Januar: Reise nach Bonn zum Parlamentarischen Rat. Übernahme des Präsidiums der Hooverspeisung.

Februar: Tätigkeit im Landtag. Teilnahme an der Gründung des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg.

März: Vortrag im Amerikahaus Stuttgart: "Albert Schweitzer". April: Aufenthalt in Baden-

weiler.

Mai: Reise nach Bonn zum Parlamentarischen Rat.

Juni: Tätigkeit im Landtag. der bayerischen Wohlfahrtspflegerinnen in Nürnberg:
"Robert Owen und Oberlin". Erster Besuch im Mütterwerk der Evangelischen Kirche Bayerns in Stein bei Nürnberg; erste Begegnung mit der Leiterin Frau Antonie Nopitsch. August: Rede zur Hoover-Feier im Landtag. Theodor Heuss Bundestagsabgeordneter. Kurzer Erholungsaufenthalt im Kurhaus Bühlerhöhe. Miete von zwei möblierten Zimmern in Bonn, Koblenzer Straße 89a.

September: Reise nach Bonn zur Bundesversammlung. 12. September: Theodor Heuss

Bundespräsident. Übersiedlung des Ehepaars Heuss nach Bad Godesberg, Viktorshöhe. Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Abschied

vom Landtag.

Oktober: Teilnahme am Staatsbesuch von Theodor Heuss in
München. Besuch beim Mütterwerk in Stein bei Nürnberg.

November/Dezember: Bespredungen mit allen Wohlfahrtsverbänden zur Vorbereitung der Gründung des Deutschen Müttergenesungswerks.

1950

Januar: Errichtung der "EllyHeuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk"
am 31. Januar, Bekanntgabe
mit einer Rundfunkansprache.
Februar/März: Erholungsaufenthalt in Badenweiler. Ehrenbürgerin der Gemeinde Badenweiler. Rede über das Müttergenesungswerk bei einer
Pressekonferenz im Bundeshaus.

besuch von Theodor Heuss in Freiburg.

Mai: Reise nach Bayern, Aufenthalt in Prien. Teilnahme an den Passionsspielen in Oberammergau.

Aufruf zur Sammlung am Muttertag.

Juni: Teilnahme an den Staatsbesuchen in Stuttgart und Tübingen. Eröffnung der Bundesgartenschau in Stuttgart. Reise nach Frankfurt, anschließend nach Miltenberg.

Juli: Erholungsaufenthalt der Familie in Aschau/Oberbayern. August: Teilnahme am Evangelischen Kirchentag in Essen.

September: Teilnahme am Internationalen Frauenkongreß in Bad Reichenhall

Oktober: Reise nach München zum Ankauf von Möbeln für die Villa Hammerschmidt.

November: Einrichtung der Villa Hammerschmidt in Bonn. Rundfunkinterview mit Mrs. McCloy.

Dezember: Umzug des Ehepaars Heuss von der Viktorshöhe Bad Godesberg nach Bonn, Koblenzer Straße 135, in die Villa Hammerschmidt.

1951

Januar: Text für "Das Blaue Buch vom Rhein", K. R. Langewiesche Verlag.

März: Besuch in Lörrach.

April: Teilnahme an der Jahreshauptversammlung des Markenverbands in Köln. Rede zur Eröffnung der Bundesgartenschau in Hannover. Rede auf Müttergenesungswerk in Bonn. Mai: Aufruf zur Sammlung am Muttertag, Rede an die Schulkinder.

Juli/August: Ferienaufenthalt der Familien Heuss in Aschau/ Oberbayern.

September: Reise nach Berlin, Teilnahme an der Einweihung des Schiller-Theaters, Wiedersehen mit Verwandten und Freunden.

Zusammentreffen mit Albert Schweitzer in Frankfurt bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

Oktober: Aufenthalt in Badenweiler und in Locarno. Vortrag auf dem Deutschen Krankenkassentag Frankfurt: "Die Mutter".

November: Klinikaufenthalt in Bonn.

1952

Februar: Teilnahme an verschiedenen Einladungen und Veranstaltungen.

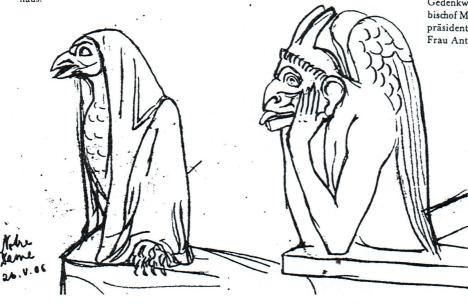
April/Mai: Krankenlager in Badenweiler. Rundfunkgespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer über Müttererholung.

 Mai: Vermächtnis Müttergenesungswerk niedergeschrieben.

Juni: Klinikaufenthalt in Bonn.
Juli: 19. Juli, 15.30 Uhr, Elly
Heuss-Knapp stirbt in der
Universitätsklinik in Bonn.
23. Juli, Trauerfeier in der
Lutherkirche in Bonn.
Gedenkworte von Professor
Helmut Gollwitzer und Bischof
Otto Dibelius.
24. Juli, Beisetzung auf dem

Juli, beisetzung auf dem Waldfriedhof Stuttgart. Gedenkworte von Landesbischof Martin Haug, Ministerpräsident Reinhold Maier und Frau Antonie Nopitsch.

E. L. H.



Allerlei: je ein Artikel von Theodor Heuss und Elly Knapp aus der "Hilfe" 1907 (aus Theodor Heuss/Elly Heuss-Knapp: So bist Du meine Heimat geworden)

Nachtlahrt. Ein schwarzes. Tunfel, in denn nur der graue Dunst der seugten Täler ein merkwirdiges und sornloses Leden schied. Den Scher und eines Berge. Acede und umschligtig der Softer und leinen Schobe. Ab hinten jeht. — Die Schlan und Berüfen geht es aus Sertofer und leinen Schobe. Ab hinten jeht. — Die Serfommulung ist aus. Auf einer etwas abenteuerlichen Stiege geht seus erroße berunter. Iste mu unter Sohlen und Grüßen ins Automobil und der Bothen und Berüfen in Berüfen binden auf in 'einem Bellen Schein. Eine Ruvve, eine etwas bodige Bewegung über den schlen Schein. Eine Ruvve, eine etwas bodige Bewegung über den schlen school ben gentler der Grüße Bewegung über den Schwarzen rausgenden Furden den den dem dem den den Schwarzen und ber Samblicke in de Racht und den Walb den und geht so. Der Bagen rast die Endigt gebutt vor uns. Und num geht so. Der Bagen rast die Endigt gebutt vor uns. Und num geht so. Der Bagen rast die Endigt Geflasten hermige wei wohrte der Berüffiger und der Berüffiger und der Berüffiger und der Berüffiger Berüffiger. Und Schwarzen in der Schwarzen ein Geflasten in derechnen von der Bagelbes Birtlichteit. Und vorbei. An bei hopen der Geglen der Laber berüffiger Berüffiger. Der Geglen gegen gilt der Geglen in Garfes Zempo. Bie von des Geglen der Geglen der Geglen in Garfes Zempo. Bie von der Schwarzen gegen gilt man, wei der Geglen flürmt hinnuh und hinnuter und der Geglen der Geglen und Fleich und gegen der Racht der Geglen und Fleichpung. Berüfferung der der Geglen und gegen der und ber Bachten er Berüfferung. Berüfferung der der Geglen und berüfferung der der Geglen und berüfferung der der Geglen und berüfferung der Manglich gerans, guden und 'etwigende Geglen und ber Bachten geglen der Gegles über hinder Geglen und eine Laben Geglen der Geblen Gerüfferung der Geglen der Gegles über hin der Eubeng Hi sammen. Alle diesse schaftlichen Städtigen haben so verslucht stelle Gassen. Ausgepaßt! Und nun wieder hinaus. Da läust es hin, das All himmter neden dem Fluß, der Postwagen trottet dorbei, und die Chause stelle seiner iesen geblendet. Und nun sider die Höße weg. fich ein matter mit ihren Latern Impressionen von Theodor Heuss aus dem Reichstagswahlkampf 1907 . Nachtfahrt - (- Die Hilfe - vom 20. Januar 1907)

Herausgegeben von Martin Rade.

Gugen Dieberiads, Jenter, verausgegeben von Vallin Jaube, Gugen Dieberiads, Jena 1908)

Wenn je ein Buch alles erfüllt hat, was sein Ferausgeber im Bornoct verspricht, so ist se biese Gammilung aus Gchieternachen Bereich.

Weis viesen Bereich ansonner. Wan som den ber Siebier ausberichen Den vieten Wenscheer scheich best sie en Bereich ber gerausgegeber Gat, das in deuen, vier Bande phisloogisch genau heren Wenscher, die sie die Geberten und der Geberten werten Wensche den bei solgisch genau bereich Wenscher, die sie die Erfählung siehe Phisloogisch genau berausgegebere Briefe aus der Eiblischen den und der Gereicheren Berich ein gute Erfählung siehe mit der Bände den, das sie der eine Gute Erfählung siehe mit der Wenschellen und Seugausgebener Berichen Bände geber und der Steine gute Erfählung siehe mit siehe Wenschellen und Seugausgebener Merken Siehe eines sich von Wensche Schalen und Seugausgebener Steine Greiflichen Wensche Schalen und der Mehr will, seum nun den Mehr Wensch es berdiert, in seine verschlichen wird, seundschaft eine Aussichen siehe und den der Gefeiermacher, der seunschaft eine Aufligau under den Wensch der Gescheitern der Steine St

Und noch eins: er ist der große Frauenlober. W

Elly Knupps Rezension der Briefe Schleiermachers in der "Hilfe"

com 3. März 1907



Theodor Heuss Bundespräsident 1953

Elly Heuss-Knapp

In Bürgerin zweier Welten Wunderlich Verlag Tübingen 1961



Theodor Heuss als Bundespräsident

(Thomas Hertfelder, in: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, S. 242) (Ansprache zur Einweihung des Mahnmals im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen am 30. November 1952): "Wir haben von den Dingen gewusst, führte Heuss im Hinblick auf die Existenz von Konzentrationslagern und die Praxis der Euthanasie aus, und weiter: "Die

am 30. November 1952): "Wir haben von den Dingen gewusst, führte Heuss im Hinblick auf die Existenz von Konzentrationslagern und die Praxis der Euthanasie aus, und weiter: "Die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah". Mit solchen Postulaten trat Heuss einigen der damals verbreiteten Entlastungsstrategien entgegen und ging an den Rand dessen, was er, zumal im Amt eines Bundespräsidenten, den Deutschen zumuten konnte. Als unzeitgemäß erwies sich Heuss schließlich erneut in einem Versuch, in einer großen Rede an der Freien Universität Berlin unter dem Titel "Dank und Bekenntnis" den gescheiterten Staatsstreich vom 20. Juli vom Vorwurf des Hochverrrats zu befreien und zum Ausgangspunkt einer positiven Gedenktradition in Deutschland zu erklären. ...

Heuss' entscheidende Leistung als Bundespräsident liegt also vor allem auf jenem Feld, das heute mit "politischer Kultur" umschrieben wird. Wie wenige andere Politiker der frühen Bundesrepublik kümmerte er sich um die "Stilfragen der Demokratie", so der Titel einer seiner Reden aus dem Jahr 1955. Wie wenigen anderen war ihm bewusst, dass die beste Verfassung und alle Institutionen der Demokratie wenig nutzen, wenn sie nicht von den entsprechenden Einstellungen und Werthaltungen der Bürger getragen werden. Es kam ihm sehr darauf an, nicht als Institution vor den Bürgern zu erscheinen, sondern als Individuum, als "der Heuss", wie er zuweilen salopp schwäbelnd formulierte. "In ihm schien der Dialekt unmittelbar Träger des Humanen", so Theodor W. Adorno, der in Heuss "die Idee des Bürgers einer Welt, in der man sich nicht zu fürchten brauchte", erblickte.

Das gerne gezeichnete Bild vom harmlosen Heuss konnte indes auch trügen. Kein geringerer als Konrad Adenauer bekam dies zu spüren, als er seine eigenen Ambitionen auf die Heuss-Nachfolge mit der Bemerkung kommentierte, das Amt des Bundespräsidenten im In- und Ausland werde bislang zu gering eingeschätzt: "Es gibt", so Heuss in einem erbosten Brief an den Kanzler, "eine seltsame Grenze, wo ich mir nichts mehr gefallen lasse … Wollen Sie, bitte, das, was ich in Kreisen der Wissenschaft und der musischen Dinge zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, neben Ludwig I. von Bayern und wohl auch Friedrich Wilhelm IV. an Goodwill für den Staat geschaffen habe, nie vernachlässigen!"

Das Grundgesetz der Bundesrepublik setzt den politischen Kompetenzen des Bundespräsidenten bekanntlich enge Grenzen. Diese Grenzen hat Heuss von Anfang an respektiert und gleichwohl seine eigenen Akzente in der Tagespolitik gesetzt. So hat er keinen Hehl daraus gemacht, dass er die Gründung eines aus Baden und Württemberg vereinigten Südweststaates, die er bereits 1919 öffentlich propagiert hatte, begrüßen würde. ...

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland mit dem Inkrafttreten des Deutschlandvertrages am 5. Mai 1955 weitgehende außenpolitische Souveränität erlangt hatte, nutzte Heuss seine zweite Amtszeit für eine Reihe bedeutsamer Staatsbesuche, die ihn 1956 nach Griechenland, 1957 in die Türkei, nach Italien und in den Vatikan sowie 1958 nach Kanada, in die USA und nach England führten. Diese Missionen waren alles andere als einfach - zu frisch waren vielfach noch die Erinnerungen in den Gastländern an den Zweiten Weltkrieg, als dass ein deutscher Bundespräsident ganz ohne Vorbehalte empfangen worden wäre. Heuss meisterte diese Schwierigkeit durch seinen betont zivilen Habitus, der ihn von seinen Vorgängern im höchsten Staatsamt grundsätzlich unterschied, durch eine versöhnende, um Vertrauen werbende Rhetorik und durch Gesten der Reue.

Auch bei seiner England-Reise im Oktober 1958, seinem wohl schwierigsten Staatsbesuch, zeigte sich Heuss auf der Höhe der Situation: Während Queen Elizabeth II. beim Staatsbankett ihren Gast als "statesman with such strong links with the great liberal traditions of the past" lobte, fand Heuss in seiner Erwiderung, die er mit der Einladung der Queen zu einem Gegenbesuch nach Deutschland verband, ermunternde Worte: "Ich kann Ihnen in meiner engeren Heimat die Burg Teck zeigen, wo die Ahnen Ihrer Frau Großmutter, der Königin Mary, saßen - es fließt auch schwäbisches Blut in Ihren Adern -, nehmen Sie diese Anmerkung im Nebenbei als eine Huldigung entgegen."

Theodor Heuss Mein Bundespräsident

13.01.2012 · Schwäbische Kunde oder Erinnerung eines Kindes an schlechtere Tage, aber bessere Zeiten und einen fabelhaften Mann namens Theodor Heuss. Aus gegebenem Anlass. Von Gerhard Stadelmaier

Was wird es an diesem Septembertag zu essen gegeben haben? Wahrscheinlich Rädlesgemüse, wie so oft in dieser Jahreszeit. Das sind in dünne Scheiben geschnittene (gerädelte) Kartoffeln, gekocht in einer süßsauren, sehr essigbetonten Mehlsauce. Dazu wurden Saitenwürstchen gereicht, die in anderen Landstrichen Wiener oder Frankfurter Würstchen heißen. Die Eltern gönnten sich je ein Paar davon. Die vier Kinder teilten sich ein Paar. Jeder ein halbes Würstchen, scharf futterneidisch geteilt. Die Schule hatte nach den Sommerferien Anfang September wieder begonnen. Man bereitete sich schon auf die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium (Diktat, Mathe, Aufsatz) vor. Jetzt, am 12. September 1959, durfte zu Tisch noch weniger gesprochen oder auch aufbegehrt oder gemeckert werden als sonst ("Halt dei saudomma Gosch, du Rotzbua! I hau dr glei oins en dr Anka nei!"; wobei "Anka" als erweiterter Wangen-, Gesichts- und überhaupt Kopfbereich zu übersetzen wäre).

Denn aus dem Nebenzimmer, dem Schlafgemach der Eltern, dröhnte eine Ansprache. Aus dem Radio. Dieses stand nicht im Wohnzimmer. Sondern auf dem Nachtkästchen des Vaters neben dessen Bett. Fernseher gab es keinen. Man ging, wenn man damals Fernsehen wollen durfte, was ungefähr einem Theater- oder Konzertbesuch gleichkam, gut angezogen (unbedingt mit Krawatte), mit einem Präsentblumenstrauß in Händen, zu Nachbarn, die, selten genug, ein solches Wundergerät besaßen, und guckte an festlichen Samstagabenden Komödien oder sonstwie Lustiges, wozu Goldfischli-Gebäck und Kroatzbeere oder Eckes-Edelkirsch gereicht wurde (Himbeersaft für die Kinder).

Auf einmal hatten diese Wörter wieder Klang

Aber ein Radio gab es. Nicht für alle. Nur für den Vater. Immerhin schon im knallweißen Nüchternheitsdesign der Firma Braun. Und aus diesem Schlafzimmerorakel tönte an diesem 12. September eine "Rede an das deutsche Volk". Es war die Abschiedsrede des Bundespräsidenten. "Volk" und "deutsch" klang damals noch so unverdächtig wie abgenutzt. Wenn Lehrer, die meisten ins bigott Christliche hinein mutierte alte Nazis, solche Worte in den Mund nahmen, klang das irgendwie komisch. Wir Kinder hörten sie, aber glaubten sie nicht oder konnten uns nichts darunter vorstellen außer etwas seltsam Hohles, Ungefähres. So, als redeten sie von "Gott" und wüssten nicht, von wem sie da eigentlich redeten. Und über die Lippen unserer Eltern kamen solche Worte sowieso nicht. Aber.

Aber jetzt auf einmal klangen "Volk" und "deutsch" und "Demokratie" und "Herrschaft" und "Bürger" und "Verantwortung" aus dem Radio im Elternschlafzimmer nicht als Hohlheiten, sondern als nüchtern schöne Konkretheiten, als könnte man sie fassen und genießen wie das Rädlesgemüse auf unseren Tellern, besser noch: wie die Saitenwürstchen. Nur dass es nicht halbe schienen, sondern schöne ganze.

Eine Unerhörtheit im Bundestag

Die Stimme des Herrn Bundespräsidenten, von dem wir wenig mehr wussten und erfuhren, als dass seine Unterschrift unsere Sieger- oder Ehrenurkunden zierte, die uns bei den alljährlichen sportiven Bundesjugendspielen im Erfolgsfall ausgehändigt wurden, die Stimme also des Staatsoberhauptes (auch so ein Wort, das wenig sagte) klang tief. Sie hatte sattes Volumen. Rudolf Augstein sprach später einmal von einem "orphischen Bass". Und sie war gemütlich, ohne harmlos zu sein.

Sie nahm sich Zeit. Ruhte aus auf den Vokalen. Ließ die Konsonanten sanft vibrieren und nahm alle Zischlaute und die "st"- oder "sp"-Stellen sowieso so weich, wie wir das gewohnt waren: "Aschpekt"oder "Reschpekt" oder "Schtaat" klangen viel menschlicher, humaner, lebensnäher als in der reinen Hochsprachlautung. Es schien, als repräsentiere der Herr aus dem Radio ein rechtes Reich Schwaben auf Erden. Und plötzlich die Sensation: herzliches, gelöstes Gelächter im Bonner Bundestag. Der Bundespräsident hatte offenbar bei sich eine Gedächtnis- oder auch nur Zitatlücke entdeckt. Er gab zu, dass er das jetzt so genau nicht wisse und meinte: "Ab'r daas isch ja auch wurscht." Eine Unerhörtheit in einem Land, in dem zwar niemand etwas gewusst haben wollte, aber nie jemand zugab, etwas nicht zu wissen.

Was immer im Land geschah: Er überstrahlte es

Dabei war dem Land und den Leuten 1959 noch lange nicht nach Lachen zumute. Schon gar nicht offiziell. Und dass das Staatsoberhaupt sich lächelnd und redlich und humorbegabt als fehlbarer Mensch präsentierte, war eigentlich weder in der Verfassung noch in der Gesellschaft vorgesehen. Denn diese Gesellschaft bestand aus Ernst und Heuchelei. Sie bescherte uns Väter, die als Buben in den Krieg gezwungen wurden und in einem Alter, in dem wir später erst anfingen, richtig zu pubertieren, ganze Kompanien in den Tod kommandieren mussten. Und ihre verlorene oder gestohlene Jugend im Nachkrieg mit einer verbissenen-schnoddrigen Erwachsenheit kompensierten, unter der für Kinder wenig mehr übrig blieb, als auch erwachsen zu tun. Der weißhaarige Herr mit dem freundlichen, großflächigen Gesicht und dem beredten Mund, der tiefen Stimme und der genießerisch gerauchten Brasil-Zigarre, die viel edler war als die etwas primitive Sumatra-"Handelsgold" des dicklichen und immer wie nicht ganz zulänglich wirkenden Wirtschaftsministers Erhard, war dieser ganzen wunden Nation aus verlorenen Vätern eine Art Ersatzvater. Und was immer im Land geschah: Er überstrahlte es.

Die junge Bundesrepublik hatte noch keine Gastarbeiter-, keine Ausländer-, keine Asylantenströme zu bewältigen. Aber jeder kannte in seiner Nachbarschaft "Flüchtlinge", seltsam sprechende Leute, die zu Millionen aus den Ostgebieten vertrieben wurden und jetzt den Einheimischen die schönsten Bauplätze zu Vorzugspreisen wegschnappten. In Ämtern und Behörden und Kanzlerbüros taten alte Nazis effektiv ihren neuen demokratischen Dienst. Die Kommunisten waren im Westen verboten und hatten in der DDR (vulgo Ostzone) sich noch nicht hinter Mauer und Stacheldraht verbarrikadiert. Die Frauen durften nur mit Genehmigung ihrer Männer ein Arbeitsverhältnis eingehen. Trotzdem arbeiteten viele. Ihre Kinder hießen "Schlüsselkinder", weil sie einen Schlüssel um den Hals trugen, mit dem sie nach der Schule in die mutter- und vaterlose Wohnung gelangten.

Ein höchst aufregendes, spannendes Jahrzehnt

In den Schulen, die großenteils noch Bekenntnisschulen (getrennt nach Religion) waren, durfte geprügelt werden: Rohrstocktatzen auf die bloße Hand, Schläge auf den Po, Ohrfeigen. Die wenigsten Häuser hatten Badezimmer. Wasserspülung hatte sich noch nicht überall durchgesetzt. Duschen waren so selten wie Telefone. In manchen Straßenzügen hatten nur ein, zwei Familien Telefonanschluss, die Nachbarn mussten, wenn sie telefonieren wollten, sich voranmelden ("Jetzt goht's grad net, i han a Supp' auf'm Herd"). Teppiche wurden mit dem Teppichklopfer ausgeklopft (Staubsauger waren Luxusgüter). Vor jedem Haus lagen riesige Kohlenhaufen (Brikett bei den ärmeren, Eierkoks bei den reicheren Leuten). Die Luft war, vom Hausbrand geschwängert, zum Schneiden, Zentralheizung nicht einmal in allen Behörden und Ämtern gang und gäbe. Man fachte morgens die Öfen mit Zeitungspapier und Spänen an. Das Land war im Aufschwung, aber arm. Und jedes zweite Jahr irgendwo eine existenzbedrohende Krise oder eine Berlin-Blockade oder die Drohung eines Dritten Weltkriegs. Die Eltern horteten für den Ernstfall Vorräte (Erbsen, Trockenmilch, Mehl) auf dem Speicher, der im Schwäbischen "Bühne" heißt. Die Russen richteten in Prag, Warschau, Budapest Blutbäder an. Und die Leute saßen 1956 vor den Radios und weinten, manche (meine Großmutter) schrien auch vor Entsetzen. Es war ein höchst aufregendes, spannendes Jahrzehnt. Die harmlosen sechziger und die miefig verkrampften siebziger Jahre waren noch fern.

Dieser weltläufige württembergische Provinzgeistesfürst

Und dieses ganze gespannte Jahrzehnt, in dem die alte Zeit noch schimmelte und die neue noch ganz neu war, fand seinen Ausgleich, seinen Ruhe- wie seinen Bewegungspunkt in diesem über siebzigjährigen Herrn, Jahrgang 1884, der 1949 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und das Amt zehn Jahre ausübte. Der Nationalökonomie, Literatur, Geschichte, Kunstgeschichte und Staatswissenschaften studiert, als Journalist und als Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes gearbeitet hatte, Reichstagsabgeordneter der Liberalen war, gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz reden wollte, aber aus Fraktionszwang für es stimmte, dessen Buch "Hitlers Weg" die Nazis verbrannten und ihn mit Berufsverbot belegten.

Der Schwabe aus Brackenheim (bei Heilbronn), der über den Weinbau promoviert hatte und dessen Stimmtiefe auch auf einer gewissen Trollinger-Gerbung beruhte und der, wenn er

Weinberge und deren Gewächse beschrieb, ganz unschuldig vom "gediegenen Alkoholiker" schwärmen durfte, was für ihn mit nichts weiter als mit "Kennerschaft" zu übersetzen war; dieser protestantische Genussmensch, Freund der Schriftsteller und Künstler in aller Welt, dieser weltläufige württembergische Provinzgeistesfürst - er wurde zum deutschen Idealherrscher. Auf Zeit. Und völlig ohne Macht.

So begreift man Kern und Zauber seines Wesens

Er herrschte allein durch das, was er sagte. Und er sagte nie, was spätere Bundespräsidenten im Dutzend billiger sagten: nämlich Aufforderndes. So à la "Wir müssen" oder "Seid" oder "Tut dies" oder "Tut das". Rudolf Augstein schrieb in seinem immer noch lesenswerten Nachruf auf Heuss 1963: "Dieser Präsident wusste, dass man den Regierten nichts anderes predigen kann, als die Regierer zu tun willens sind ... Dass man Moral überhaupt nicht predigen und dass ein Mann über 70 sie auch nicht leben kann. Dieser Präsident war, als der strengste Nicht-Heuchler im Land, eine moralische Figur." Was diesen Bundespräsidenten, den nicht nur der Boulevard "Papa Heuss" nannte, zur überragenden Figur machte, war etwas, das er in einem hinreißenden Aufsatz über Schiller (zu dessen zweihundertstem Geburtstag 1959) bescheiden, nüchtern und grundklug sich einfühlend dem großen Dichter attestierte: eine "edle Schüchternheit". Es ist die Schüchternheit "eines Mannes, der sich seines Wertes wohl bewusst war", aber seinen eigenen hohen Ansprüchen in Demut gerecht werden müsse. Sieht, liest man die schüchterne, herzlich freie Freude, die Heuss in herrlichen Feuilletons (ganz früh auch Theaterkritiken), Reisebeschreibungen, Architekturkritiken, Designvorschlägen, Dichteranalysen, von ihm so genannten "Begegnungen" mit "Bildern und Gestalten" an den Tag legt, glänzend geschrieben, prunkvoll zurückhaltend, aber genießerisch im Ton, die Sprache abschmeckend wie das "Bodag'fährtle" (den Abgang) eines guten Weins - dann begreift man den Kern und den Zauber seines Wesens und seiner ungeheuren Wirkung.

Man hat das einmal "Bildung" genannt

Wie er Thomas Mann gegenüber, den er 1955 dazu verführt, gegen das damals politisch korrekte Geschrei und Gegeifere der Alleinvertretungsnationalisten sowohl in Stuttgart wie in Weimar (in der DDR) seine große Schiller-Rede zu halten, den verehrungsvollen Takt und die Dezenz der edlen Schüchternheit wahrt, die gegen einen heimkehrenden und misstrauisch-distanzierten Emigranten eben zu wahren war; wie er einem Carl Zuckmayer dafür dankt, dass der Dramatiker, den die deutsche Heimat verjagte und den die amerikanische Heimat aufnahm, das Bundesverdienstkreuz der ersten Heimat annahm, ohne dass der Präsident sich dabei winden und quälen musste, sondern sich einfach freien Geistes und Herzens freuen durfte und wollte; wie er über Dante, über Rembrandt, über Mörike, über Maulbronn und Ravenna und Ischia und Lessing und Shakespeare und Cervantes und Büchner und oberschwäbisches Barock und Florenz schreibt - das alles zeigt und beweist: dass da ein wunderbarer, unprätentiöser, unpathetischer Bürger die großen Geister und ihre unbegreiflich hohen Werke und schwierigen Figuren nicht als ferne Güter begreift, mit denen man protzen kann. Auch nicht als Material, das man im politischen Geschäft verwenden mag. Sondern als kostbare, gegenwärtige, ja, doch, göttliche, das heißt: urmenschliche, geniale Lebendigkeiten. Als große Geschenke. Die man ergreifen, derer man sich aber würdig erweisen muss. In beweglicher Intelligenz und glanzvollem Stil. Denen man staunend und liebend begegnen darf. Dieses hat man einmal "Bildung" genannt. Theodor Heuss war nichts weiter als in diesem Sinne gebildet. Als Bürger. Und als erster Bürger seines Staates, dem er in dessen Kindheitstagen gutgetan hat wie nach ihm kein zweiter. Er war ein Segen. Es ist ganz gut, heute mal an ihn zu denken